Georg G. Iggers (Buffalo)

Die Bedeutung des Marxismus für die Geschichtswissenschaft heute*

Die Frage stellt sich selbstverständlich heute, ob mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme, die sich als Verkörperungen marxistischer oder marxistisch-leninistischer Ideen betrachteten, der Marxismus nicht nur als Gesellschaftssystem, sondern auch als wissenschaftliche Methode seine Relevanz verloren hat. Niemand kann die Bedeutung von Marx für die Geschichtswissenschaft und allgemein für die Gesellschaftswissenschaften in den letzten anderthalb Jahrhunderten leugnen. So schrieb Jacques LeGoff, betont kein Marxist, in seinem Aufsatz "Die Neue Geschichtswissenschaft", der ganz bewußt ein Manifest der "Annales"- Gruppe in den späten 1970er Jahren war: "Marx ist in vieler Hinsicht einer der Vordenker einer Geschichtskonzeption, die problemorientiert, interdisziplinär ist und eine Gesamtvorstellung geschichtlicher Prozesse besitzt."[1]

Nun enthält Marxens wissenschaftlicher Ansatz gleichzeitig einen kritisch-theoretischen Kern, der dem sozialwissenschaftlichen Denken des 19. und des 20. Jahrhunderts einen großen Ansporn gegeben hat, und einen dogmatischen, der dazu geführt hat, daß der Marxismus den Anschluß an die sozialwissenschaftlichen Diskussionen unserer Zeit zunehmend verpaßt hat. So kann man sich einerseits die modernen Sozial- und Kulturwissenschaften nicht ohne Marx vorstellen. Sie sind in vieler Hinsicht in Auseinandersetzung mit ihm entstanden. Ohne Marx ist auch Max Weber unvorstellbar. Für die Sozialwissenschaften wurde sein Modell der kapitalistischen Gesellschaftsformation ein heuristisches Mittel zur Analyse der industriellen Gesellschaft und der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse der Zeit. Andererseits gehören Marxsche Vorstellungen zunehmend einer vergangenen Zeit, einer früheren Epoche der Industriegesellschaft an, die Marx nur zum Teil begriffen hat, und die jetzt ihre Überzeugungskraft eingebüßt haben. Für uns ist entscheidend, ob der Marxismus, oder besser gesagt die Denker und die geistigen Strömungen und Traditionen, die sich als Nachfolger der Gedanken von Marx und Engels verstanden haben, in der Lage gewesen sind, Marx'sche Gedanken weiterzuentwickeln, so daß sie einen ernstzunehmenden Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Diskussion des spä-

* Vortrag, gehalten auf der Sitzung der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät am 20. April 1995

ten 20. Jahrhunderts leisten können, selbst nachdem sie ihre institutionelle Basis in den realsozialistischen Staaten verloren haben.

Man kann Marx selbstverständlich nicht dafür verantwortlich machen, daß er im 19. Jahrhundert gelebt und gedacht hat und damit die Welt des 19. Jahrhunderts widerspiegelt. Seine Stärke besteht zweifelsohne darin, daß er gewisse Aspekte der sozialen Realität des 19. Jahrhunderts besser verstanden hat als seine Zeitgenossen. Für die Sozialwissenschaften wurde der Begriff der Klasse, den Marx nicht allein entwickelt hat - ich denke an Lorenz von Stein oder Louis Blanc - ein heuristisches Mittel zur Analyse der industriellen Gesellschaft und der politischen Verhältnisse der Zeit. Allerdings war es ein Modell, das sich selbst auf die damalige Zeit nicht ohne wichtige Modifizierungen anwenden ließ, weil sein ökonomisch bedingter Klassenbegriff kulturelle, ethnische und religiöse Faktoren weitgehend ausklammerte. Das Proletariat, das für Marx die bewegende revolutionäre Kraft des industriellen Zeitalters darstellt, hat es in der Form, in der es sich Marx vorstellte, sicher nicht in dem England, das er in "Das Kapital" beschrieb, und nur vorübergehend und annähernd im kaiserlichen Deutschland gegeben.

Marx hat kein geschlossenes System hinterlassen. Trotz dogmatischer Elemente in seiner Lehre war er keineswegs ein sehr systematischer Denker. Wenn es ein Grundmotiv in Marxens wissenschaftlicher Arbeit gegeben hat, dann war es die Verbindung seines radikalen Gedankens von sozialer Gerechtigkeit mit revolutionärer Praxis. Innerhalb des Rahmens dieses Grundmotivs hat es dann tiefe Widersprüche gegeben, die dazu geführt haben, daß spätere Marxisten ihren Marx unterschiedlich konstruieren konnten. So war er in bezug auf seine Wissenschaftskonzeption einerseits der Begründer dessen, was später vulgärer Marxismus genannt wurde, eines mechanistischen Materialismus, dessen Vorbild die Naturwissenschaften des 19. Jahrhunderts waren, wie sie Engels mit einer darwinistischen Variante in seiner "Dialektik der Natur" und Lenin in seiner Schrift "Materialismus und Empiriokritizismus" übernommen hatten. Das immer wieder zitierte Vorwort "Zur Kritik der Politischen Ökonomie" (1859) bestätigt diese Auffassung. Andererseits betont Marx immer wieder den dialektischen Charakter der Wissenschaft. Die Dialektik, wie sie bei Marx und nach ihm bei Marxisten verschiedenster Art vorkommt, enthält aber auch einen Widerspruch. So wird sie besonders von Engels, aber auch von Marx, szientistisch verstanden, wie in dem eben erwähnten Vorwort, als ein vorbestimmter Prozeß der menschlichen Geschichte als Ganzes. Dialektik ist daher untrennbar mit spekulativer Geschichtsphilosophie verbunden, man könnte sagen, mit einer säkularisierten Heilslehre, insofern die Geschichte, wie gerade in dem eben erwähnten Vorwort, auf ihre Erfüllung und auf die Befreiung der Menschen von Gewalt und Ausbeutung hinläuft. Andererseits bedeutet Dialektik, wie

sie auf die Wertlehre im 1. Kapitel von Band 1 in "Das Kapital" angewendet wird, eine kritische Haltung zur Empirie, das heißt, daß man die Tatsachen oder Aussagen nicht nimmt, wie sie sind, "eindimensional", wie es Marcuse formuliert[2], sondern ihre Vernünftigkeit an menschlichen Werten mißt, wie in dem Abschnitt über den Warenfetischismus, aber auch anderswo. In diesem Zusammenhang entsteht auch die Frage, ob Marxens Beschäftigung mit dem Entfremdungsgedanken, sein Humanismus, wie Althusser behauptet,[3] lediglich der vorwissenschaftlichen, hegelschen Phase seines Denkens angehört, oder - wie Fromm und andere behaupten - auch den späteren ökonomischen Schriften, einschließlich "Das Kapital", zugrunde liegt.

Ähnlich widersprüchlich sind Marxens politische Äußerungen, die sich zwischen einem diktatorischen Staatssozialismus und einer anarchistischen Zukunftsutopie bewegen. Letztere kommt in seinen Reden zum Bürgerkrieg in Frankreich besonders stark zum Ausdruck, wo er, direkt unter dem Eindruck der Ereignisse in Paris, die Kommune mit der Dezentralisierung der politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen, aber auch ihrem revolutionären Terror, idealisiert. Anachronistisch sieht Marx die jakobinische Phase der Französischen Revolution, eben mit ihrem revolutionären Terror, als das Vorbild für eine sozialistische Revolution. Hier stehen Lenin und Stalin in vieler Hinsicht in seiner Tradition. Der Staat verschwindet keineswegs im letzten Teil des Kommunistischen Manifests. Er übernimmt Besitz und Kontrolle der Wirtschaft und verliert daher keineswegs, wie das "Kommunistische Manifest"behauptet, seinen "politischen Charakter", sondern übt revolutionäre Gewalt gegen seine Gegner aus.

Es hat dann später offene und orthodoxe Formen des Marxismus gegeben, und beide konnten sich zurecht auf Marx berufen. Er selber trug zu dem Zustandekommen einer marxistischen Orthodoxie bei. Wie jede Orthodoxie hatte der Marxismus seinen Propheten, seine heilige Schrift und seine autoritären Strukturen. In dieser Form eignete sich der Marxismus in seiner leninistischen Form als Staatsdoktrin der realsozialistischen Staaten. Hier nur einige kurze Bemerkungen. Man muß offensichtlich zwischen Doktrin und Praxis unterscheiden. Für die Geschichtswissenschaft bedeutete das Vorhandensein einer offiziellen Staatsdoktrin, daß die Historie Gefangene von Anschauungen wurde, die Marxens brillantes, aber doch einseitiges Verständnis der europäischen Welt des neunzehnten Jahrhunderts verhaftet blieben. Sie mußte als Orthodoxie eine Sprache benutzen, die ihr den Zugang zur wirklichen Welt verbaute. Diese gesteuerte, an überholte Vorstellungen des 19. Jahrhunderts gebundene Wissenschaft wurde daher zunehmend unfähig, sich in einer sich rasch ändernden Welt zurechtzufinden. Der Begriff der Parteilichkeit rechtfertigte die Instrumentalisierung von Geschichtsforschung und -schreibung.

Eine Hauptaufgabe der Geschichtsforschung in den realsozialistischen Staaten, die sich mit der neuesten Zeit beschäftigte, war die politische Auseinandersetzung mit der sogenannten bürgerlichen Geschichtsschreibung. Geschichte wurde so zur Propaganda. Man ging in die Archive, um die auferlegten Thesen zu belegen, was allerdings auch häufig im Laufe des Kalten Kriegs in den nichtsozialistischen Ländern geschah. Eine völlige Gleichschaltung hat es aber auch im Realsozialismus nicht gegeben - ich denke an die innovativen Richtungen, die polnische Historiker wie Witold Kula und sowjetische wie Mikhail Bakhtin und Aaron Gurjewitsch einschlugen. Aber das waren leider Ausnahmen, die in der DDR, wo sich die Historikerschaft besonders willfährig gegenüber Staat und Partei verhielt, seltener waren als in anderen sozialistischen Ländern.

Die ersten bedeutenden kritischen Auseinandersetzungen mit der orthodoxen, ökonomistischen Version des Marxismus kamen nach dem ersten Weltkrieg außerhalb der Sowjetunion von Denkern, die allerdings eine aktive Rolle in der kommunistischen, nicht der sozialdemokratischen Partei, spielten, von Antonio Gramsci, György Lukács und Karl Korsch, deren Ideen aber von der Komintern nicht rezipiert wurden. Als Häftling in Mussolinis Gefängnissen versuchte Gramsci, den Sieg des Faschismus zu erklären, indem er die Macht des Kapitalismus nicht mehr vorwiegend mit seiner politischen und wirtschaftlichen Stärke in Verbindung brachte, sondern kulturelle Faktoren miteinbezog, die die kulturelle "Hegemonie" der bestehenden Ordnung über das italienische Proletariat erklärten. Lukács übernahm einerseits unkritisch die makrohistorischen und makrogesellschaftlichen Begriffe einer einheitlichen Arbeiterklasse, der die Zukunft gehörte, obwohl viele ihrer Mitglieder seiner Meinung nach in den politischen Auseinandersetzungen nach 1917 ein falsches Klassenbewußtsein an den Tag gelegt hatten. Andererseits ging er in "Geschichte und Klassenbewußtsein" (1923) auf die nichtökonomistische, Hegelsche Seite von Marx, den Gedanken der Verdinglichung, zurück, den er nicht nur in Marxens Frühschriften, sondern auch in "Das Kapital" entdeckte und der weitgehend mit Marxens Begriff der Entfremdung in den erst 1932 veröffentlichten Pariser Manuskripten von 1844, die Lukács daher 1923 noch unbekannt waren, identisch war. Der Kapitalismus wurde jetzt von Lukács als eine gesellschaftliche Ordnung verstanden, in der, wie es Marx in dem berühmten Abschnitt über den Warenfetischismus formuliert hatte, alle menschlichen Beziehungen und Werte in Waren verwandelt wurden. Diese Kommodifikation des Lebens durch den Kapitalismus durchdrang, wie Lukács behauptete, Bewußtsein und Kultur. Indem er die antirationalistischen Strömungen der Jahrhundertwende mit dem Weberschen Rationalisierungsbegriff verband, stellte Lukács jetzt auch das auf quantifizierbare Abstraktionen zielende moderne wissenschaftliche Denken als Ausdruck eines kapitalistischen Be-

wußtsein in Frage. Statt der empirischen, analytischen Wissenschaften gab es in seiner Sicht für den Marxismus letzten Endes nur eine einzige, einheitlich-geschichtlich-dialektische Wissenschaft: die der Entwicklung der Gesellschaft als Totalität.

Dieser optimistische Gedanke von Entwicklung und Totalität wurde nun durch die Kritische Theorie der Frankfurter Schule in Frage gestellt. Von Lukács übernahmen Horkheimer und Adorno die Skepsis gegenüber den empirischen Wissenschaften, ohne empirische Feldforschung, wenn sie im Rahmen einer kritischen Theorie ausgeführt wird, auszuschliessen, und den Gedanken der Kommodifikation von Gesellschaft und Kultur durch den Kapitalismus. Zunehmend im amerikanischen Exil gab Horkheimer aber seine marxistische Zuversicht, die sein Denken noch in den 1930er Jahren bestimmt hatte, auf und damit auch Lukács' Glauben an die "Entwicklung der Gesellschaft als Totalität". Was blieb, war der Gedanke der Kommodifikation des Bewußtseins, der Transformation der Kultur in eine vom Markt bestimmte Industrie, die zur Manipulation der gleichgeschalteten Massen führte. Die Geschichte führte nicht zur Selbstbestimmung mündiger Menschen, die die Aufklärung anvisierte, sondern im Gegenteil zur Entmündigung der Menschen in einer Welt, in der die technologische und adminstrative Beherrschung von Mensch und Gesellschaft zum Ziel der Wissenschaft wurde. Der Fortschritt führte so zu seinem Gegenteil. Der Faschismus war die logische Konsequenz dieser Entwicklung, die von Horkheimer und Adorno zu einfach mit dem Kapitalismus identifiziert wurde; Auschwitz und Hiroshima sind demnach Produkte der modernen kapitalistischen Kultur.

Von Marcuse, der den Marxismus angesichts der veränderten Lebensbedingungen des späten 20. Jahrhunderts weiterdenken wollte, wurden zwei Grundkonzeptionen des herkömmlichen Marxismus in Frage gestellt. Erstens konnte die Revolution nicht mehr vom Proletariat ausgehen, das im Spätkapitalismus in seiner klassischen Form gar nicht mehr bestand, wenn es je bestand, und dessen Bewußtsein ohnehin vom System kooptiert worden war. Die einzige wirksame Negation einer Gesellschaft und einer Kultur, in der die Menschenrechte untergegangen sind, konnte nur von den verelendeten Menschen der dritten Welt und den entrechteten Randgruppen in der ersten Welt, die Marx noch als Lumpenproletariat abgestempelt hatte, kommen.

Marcuse stellte aber noch ein zweites Prinzip des Marxismus in Frage: den Glauben, den Marx und Engels von der kapitalistischen Ethik übernommen haben, daß der Mensch sich durch seine Arbeit identifiziert und kreiert. Das entscheidende Merkmal des späten Kapitalismus sei nicht die Produktion, wie Marx gedacht hatte, sondern der Konsum. Dadurch wurde der Kern der

protestantischen Arbeitsethik, die, wie Marx' Schwiegersohn Paul Lafargue 1893 in seiner Schrift "Das Recht auf Faulheit" behauptet hatte, der Sozialismus vom Kapitalismus übernommen hatte, in Frage gestellt und gleichzeitig das Pochen auf industrielles Wachstum als den zentralen Motor der Befreiung.

Damit führte eine von Marxisten geführte Diskussion zu einer radikalen Kritik der klassischen Positionen des Marxismus. Was vom Marxismus blieb, war nicht der wissenschaftliche Sozialismus oder der Dialektische oder Historische Materialismus, sondern der Aufschrei der "Elenden der Welt" (Fanon)[4], der das Weltbild einer wissenschaftlich-technischen Wachstumsgesellschaft in Frage stellte, die der Marxismus vom Kapitalismus übernommen hatte. Gedanken, die seit dem späten 19. Jahrhundert angesichts der Industriegesellschaft mit ihren sozialen und besonders kulturellen Folgen von Denkern wie Nietzsche und Heidegger, die dem rechten Lager zuzuordnen sind, vertreten wurden, wurden jetzt von linken Sozial- und Kulturkritikern übernommen. Darunter war die Vorstellung, daß die ganze abendländische Philosophie seit Sokrates vom mythischen Gedanken der Beherrschung der Welt durch das logische Denken dominiert war. Die Technologie, die die Natur beherrschen sollte, führte zur Beherrschung von Mensch und Natur und zur Zerstörung beider.

Die Identifizierung mit dem dynamischen Charakter westlicher Produktionsweisen, wie sie Marx in seiner abwertenden Beschreibung der asiatischen Produktionsweisen vollzogen hatte, wurde jetzt aufgegeben. Claude Lévi-Strauss bestand darauf, daß es keinen grundsätzlichen normativen Unterschied zwischen Kultur- und primitiven Völkern gebe, daß das "wilde Denken" (la pensée sauvage) auf seine Weise ähnlich rational sei wie die modernen westlichen Wissenschaften. Diese Themen wurden in den französischen philosophischen Diskussionen, besonders bei Foucault, aber auch bei Derrida und Lyotard, und im feministischen Diskurs in Frankreich und in Amerika (Beauvoir, Kristeva, Scott) weiterentwickelt. Während Marx das eigentliche Motiv der Ausbeutung ökonomisch konzipierte, wurde es von der neuen sozialkritischen Strömung, die sich oft noch als marxistisch betrachtete, auf andere Bereiche des Lebens ausgeweitet. Die Ausbeutung betraf in erster Linie nicht das klassische Proletariat, sondern Frauen und ethnische und rassische Minderheiten, Homophile und soziale Randgruppen. Macht wurde nicht nur von den großen Institutionen wie dem Staat und der Wirtschaft ausgeübt, sondern wirkte sich in allen Poren zwischenmenschlicher Beziehungen aus.

Die Frage stellt sich, was an dieser Auffassung noch marxistisch ist, oder ob es sich um einem Postmarxismus handelt, der nur noch vage Bindungen zu den Ideen von Marx und Engels hat. Georges Sorel hat einmal gesagt, daß

die Bedeutung von Marx nicht in seiner Wissenschaft beruhe, sondern in dem Mythos seiner revolutionären Rolle. Aber Marx betrachtete sich nicht nur als Revolutionär, sondern auch als Wissenschaftler, obwohl beide Rollen für ihn untrennbar verbunden waren. An eine Revolution glauben wenige der späten Marxisten; wohl aber an die kritische Funktion der marxistischen Analyse. Aber ohne wissenschaftliche Analyse, selbst wenn diese von Wissenschaftskonzeptionen ausgeht, die anders als die von Marx sind, weil sich die Lebens- und intellektuellen Bedingungen in einer postindustriellen Welt geändert haben, kann eine sozialkritische Haltung kaum behaupten, daß sie in der Tradition von Marx steht

Diese Diskussionen haben sich in der Geschichtsschreibung der letzten dreißig Jahre niedergeschlagen. Ich werde mich hier auf Literatur beschränken, die sich als marxistisch versteht und aus Gründen meiner mangelnden Kenntnis auf Westeuropa und Nordamerika, obwohl marxistische Ideen auch eine wichtige Rolle in Lateinamerika und Indien spielen, zum Beispiel in den Diskussionen um koloniale und postkoloniale Abhängigkeit wie in den Dependencia-Theorien.

Der Einfluß marxistischer Ideen auf die Forschungen und Diskussionen in Frankreich, Italien und überraschenderweise England darf nicht unterschätzt werden. In keinem dieser Länder dominiert der Marxismus, aber ein bedeutender Teil der historiographischen Diskussionen erfolgt in der Auseinandersetzung mit marxistischen Ideen. In den 40er und 50er Jahren bewegten sich diese Diskussionen in England und Frankreich noch um makrohistorische Vorstellungen des Übergangs von der feudalen zur kapitalistischen Gesellschaftsformation. Dobbs und Sweezy trugen die Auseinandersetzung aus, ob der Verfall des Feudalismus das Resultat seiner internen ökonomischen Widersprüche (Dobbs) war oder durch externe Faktoren wie den Aufschwung des Handels (Sweezy) bedingt war. Diese internen marxistischen Diskussionen wurden für Nichtmarxisten erst interessant, sobald sie die abstrakten Konzepte des sozialen Wandels auf die Analyse konkreter politischer Vorgänge, in erster Linie der großen Revolutionen der Neuzeit, anwendeten. Der Hauptanstoß zur Diskussion in England kam von der zwischen 1947 und 1956 aktiven Communist Party's Historians' Group, zu der Dobb und eine Reihe jüngerer Historiker wie Christopher Hill, Rodney Hilton, Eric Hobsbawm, George Rudé, Dorothy Thompson und Edward Thompson, gehörten. 1952 gründeten sie zusammen mit einigen Nichtmarxisten die Zeitschrift "Past and Present", in der die großen Auseinandersetzungen zwischen ihnen und führenden nichtmarxistischen Historikern wie Lawrence Stone und Geoffrey Elton über die ökonomischen und sozialen Faktoren in der sogenannten "Crisis of the Aristocracy" und der puritanischen Revolution ausgetragen wurden. Parallele Diskussionen fanden schon früher in Frankreich mit dem Schwerpunkt auf der französischen Re-

volution und ihren Wurzeln im Ancien Regime statt. Anstelle der konventionellen ereignis- und personenorientierten Historiographie stellten Marxisten wie Albert Mathiez und Albert Soboul die These einer bürgerlichen Revolution in den Vordergrund, die zunehmend von nichtmarxistischen Historikern wie Alfred Cobban und François Furet in Frage gestellt wurde.

Wichtig ist aber, daß diese Geschichtsschreibung zwar von Marx ausging, aber dann über ihn hinausging. Als ein Paradigma marxistischer Geschichtsschreibung können wir den "Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte" (1852) nehmen. Der "Achtzehnte Brumaire" steht in vieler Hinsicht im Gegensatz zum "Kommunistischen Manifest" (1847-48). In diesxer Schrift mußte sich Marx mit der Frage auseinandersetzen, warum die Revolution von 1848, deren welthistorische Notwendigkeit im "Kommunistischen Manifest" verkündet wurde, gescheitert ist. Um dies zu erklären und gleichzeitig sein Konzept des historischen Prozesses aufrecht zu erhalten, ringt sich Marx zu einer differenzierteren historischen Analyse durch. Statt der schematischen Gegenüberstellung von Bourgeoisie und Proletariat zeichnet Marx jetzt ein vielschichtigeres Bild der sozialen Gruppierungen, die zwar bestimmte ökonomische Interessen vertreten, aber auch von politischen, patriotischen, religiösen und anderen Motiven geprägt sind, die sich nicht auf rein ökonomische Kräfte reduzieren lassen. Trotz der revolutionären Absicht und Rhetorik des "Ahctzehnten Brumaire" enthält die Schrift viel vom Gedankengut der konventionellen bürgerlichen Geschichtsschreibung, die Konzentration auf die Politik und damit auf die politischen Eliten, die Vernachlässigung der Massen - Arbeiter und Bauern erscheinen als passive Faktoren ohne menschliches Gesicht. Marx vergleicht die französischen Bauern mit einem Sack Kartoffeln.[5] Die Frauen kommen in Marxens Darstellung im Gegensatz z. B. zu Michelets Geschichte der Französischen Revolution fast gar nicht vor. Und Marx verkörpert ganz und gar das Arbeitsethos des Bürgertums in seiner totalen Verachtung der wirklich Elenden, des "Lumpenproletariats", dem Fleiß und Leistungsprinzip fehlen.

Die französische und besonders die englische marxistische Revolutionsgeschichte ging dann einen bedeutenden Schritt weiter, indem sie, ohne die großen sozialen Strukturen und Prozesse zu leugnen, diese doch in einen engeren Zusammenhang mit kulturellen Verhaltensweisen brachte, als es Marx getan hatte. Die unteren Schichten werden jetzt im Gegensatz zum "Achtzehnten Brumaire" als aktive Faktoren gesehen. Damit gewann die Geschichte ein menschliches Antlitz. Georges Lefebvre hatte in "La Grande Peur", wo er die Panik unter den Bauern im Sommer 1789, die zum Aufstand führte, behandelt, die Grundlage für eine Geschichte von unten geschaffen. Ronald Hilton tat etwas Ähnliches für die englischen Bauern in

den Aufständen des Mittelalters, Christopher Hill für die unteren Schichten in der englischen Revolution, und der schwarze amerikanische Bürgerrechtsführer und Kommunist W. E. B. DuBois für die schwarze Bevölkerung im amerikanischen Süden in der Zeit der Umwälzungen nach der Sklavenbefreiung. Schon in den Untersuchungen über die Unruhen in Frankreich und England am Vorabend und während der Französischen Revolution und der Frühindustrialisierung von George Rudé, Eric Hobsbawm und Edward P. Thompson, die noch ökonomische Faktoren wie die der steigenden Brotpreise - ähnlich wie Georges Lefevbre in seiner Klassenanalyse der Franzäsischen Revolution - in den Vordergrund stellen, erscheinen zwei neue Akzente. Besonders Rudé untersucht an Hand von Polizeiarchiven, wer sich an den Unruhen beteiligte; und alle, besonders Thompson, sehen die tieferen Ursachen der Unruhen nicht in den Preisbewegungen, sondern in den Anschauungen von sozialer Gerechtigkeit, was Thompson "the moral economy of the crowd"[6] nennt, mit denen die unteren Schichten auf Brot- und Getreidepreise oder industrielle Innovationen reagierten. Dieser Ansatz wird von Thompson in seiner jetzt klassischen Arbeit von 1963 über die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, die bewußt den Titel "The Making of the English Working Class" hat, erweitert.

Thompson unterscheidet betont "zwischen dem Marxismus als geschlossenem System und einer von Marx abstammenden Tradition offener Untersuchung und Kritik. Die erste steht in der Tradition der Theologie. Die zweite ist eine Tradition der aktiven Vernunft", die sich "von der wahrhaft scholastischen Vorstellung freimacht, daß die Probleme der heutigen Zeit (und die Erfahrungen unseres Jahrhunderts) mittels der rigorosen Analyse eines vor hundertzwanzig Jahren veröffentlichten Textes verstanden werden können".

Marx' Vorstellung, gesellschaftliches Sein bestimme gesellschaftliches Bewußtsein, ist "problematisch", wenn wir nicht erkennen, daß "Männer und Frauen (und nicht bloß Philosophen) vernunftbegabte Wesen sind und darüber nachdenken, was mit ihnen und der Welt geschieht". Thompson lehnt damit die Basis/Überbau-Lehre ab, nach der die Arbeiterklasse das Resultat der neuen Produktivkräfte ist. Er sieht "Klasse nicht als eine `Struktur' oder gar als eine `Kategorie', sondern als etwas, was sich unter Menschen, in ihren Beziehungen, tatsächlich abspielt". Dies bedeutet aber keinen reinen Kulturalismus. "Die Klassenerfahrung ist weitgehend durch die Produktionsverhältnisse bestimmt, in die man hineingeboren wird - oder in die man gegen seinen Willen eintritt". Klassenbewußtsein dagegen "ist die Art und Weise, wie man diese Erfahrungen kulturell interpretiert und vermittelt: verkörpert in Traditionen, Wertsystemen, Ideen und institutionellen Formen". Die Entstehung der Arbeiterklasse war nicht das automatische Re-

sultat des Fabriksystems. "Die Veränderungen der Produktionsverhältnisse und Arbeitsbedingungen durch die Industrielle Revolution wurden nicht irgendeinem Rohmaterial aufgezwungen, sondern dem freigeborenen Engländer", der seit langem bestehende Anschauungen, Verhaltensweisen und Werte in diesen Prozeß einbrachte. "Die Arbeiterklasse wurde nicht nur geschaffen, sie war zugleich ihr eigener Schöpfer".[7] Die Gefahr besteht dabei in der Idealisierung einer Arbeiterschaft, die keineswegs so einheitlich war, wie sie Thompson, in dieser Form noch der marxistischen Orthodoxie verbunden, darstellt. Allerdings ist es bezeichnend für den Anglomarxismus, daß er sich in seiner Analyse der Auswirkungen der Industriellen Revolution auf das Leben der Arbeiter viel weiter von einer ökonomistischen Auffassung entfernt als die liberalen Wirtschaftshistoriker wie Clapham und Ashton. Während diese auf quantitativer Grundlage beweisen wollten, daß sich die materielle Lage der Arbeiter im Prozess der Frühindustrialisierung eher verbessert als verschlechtert hat, betonten die Anglomarxisten wie Thompson die menschlichen Kosten dieses Prozesses.

Thompsons "Making of the English Working Class" ist in erster Linie noch die Geschichte der Anschauungen und Ideen der englischen Arbeiter. In den siebziger Jahren folgt der betonte Übergang zur Geschichte der plebeischen Kultur. In den Arbeiten des Amerikaners Herbert Gutman über die Arbeiter verschiedener ethnischer Herkunft in Amerika wird der industrielle Rahmen beibehalten, aber noch stärker als bei Thompson betont, wie die Traditionen, Einstellungen und Gewohnheiten, die die Arbeiter zum Arbeitsplatz bringen, ihre Welt gestalten. Ähnlich verfährt er auch in seiner Geschichte der afroamerikanischen Familie während und nach der Sklavenzeit. Eugene Genoveses stark von Gramscis Begriff der Hegemonie beeinflußte Buch "Roll Jordan, Roll" (1976), mit dem bezeichnenden Untertitel "The World that Slaves Made", beschreibt, wie sich die Welten von Herr und Knecht, der Sklavenhalter und der Sklaven, beide mit ihren kulturellen Traditionen, gegenseitig beeinflussen und gestalten. In England betont die 1977 gegründete Zeitschrift "History Workshop. A Journal of Socialist and Feminist Historians" nicht nur den Alltag der gewöhnlichen Menschen, sondern auch, wie der Untertitel bezeugt, den der Frauen. Die Tendenz zur Alltags- und Kulturgeschichte löst sich zunehmend vom Marxismus. Für Historiker der Arbeitergeschichte wie Gareth Stedman-Jones in England und William Sewell in Amerika wird die Arbeiterschaft in erster Linie nicht durch ihre ökonomische Abhängigkeit, oder wie für Thompson durch ihre Ideenwelt, sondern durch ihre Sprache definiert. Sprache, Ideen und Symbole, nicht Klasse, sind für Lynn Hunt und François Furet in den 1980er und 90er Jahren die entscheidenden Kräfte, die die Französische Revolution konstituiert haben. Die Neue Kulturgeschichte wendet sich

entschieden gegen den Marxismus und ist doch in vieler Hinsicht dessen Kind.

Die Trennungslinie zwischen marxistischer und nichtmarxistischer Geschichtsschreibung ist dabei in den letzten fünfzehn Jahren immer fließender geworden. Mit der Auflösung des Marxismus als einer politischen Bewegung wird diese Unterscheidung auch zunehmend irrelevant. Der Einfluß marxistischer Ideen auf viele Aspekte der heutigen Neuen Kulturgeschichte ist unbestreitbar, genau so wie die Brüche mit der klassischen marxistischen Gesellschaftslehre. Mehrere Ideen sind auch heute noch wesentliche Bestandteile marxistischer Geschichtsauffassungen. Ein grundsätzlicher Gedanke ist der des sozialen Konflikts. Der Marxismus ist unvereinbar mit Gesellschaftskonzeptionen, die nicht die zentrale Rolle sozialer Konflikte anerkennen. Der Marxismus kommt ohne den Begriff der Ausbeutung nicht aus. Diese ist in politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und geschlechtlichen Machtstrukturen verwurzelt. Kultur kann daher nicht als eine autonome Potenz gesehen werden, wie in der Kulturanthropologie von Clifford Geertz, die von besonderer Bedeutung für die historische Anthropologie der letzten zwei Jahrzehnte gewesen ist. Auch die Mentalitätsgeschichte, wie sie seit Lucien Febvres "Rabelais" in den Annales verfolgt worden ist, steht im Widerspruch zur marxistischen Konzeption der Auseinandersetzung gesellschaftlicher Kräfte. Ähnlich unvereinbar ist der Gedanke einer postindustriellen Konsensgesellschaft, wie sie die amerikanischen Theoretiker einer postindustriellen klassenlosen Gesellschaft wie Daniel Bell in den 60er und Francis Fukuyama in den späten achtziger Jahren konzipiert haben.

Zwar steht die Mikrohistorie keineswegs im Widerspruch zur marxistischen Tradition, aber auch die Unterdrückung im Alltag muß in Zusammenhang mit einem breiteren gesellschaftlich-historischen Kontext gebracht werden. Wie die Amerikanerin Joan Scott in "Gender and the Politics of History" (1988) moniert, muß die Kluft zwischen einer marxistischen Strukturgeschichte, die die Geschichte mit veralteten Konzepten angeht, die kein Verständnis für die existentielle Seite der Unterdrückung von Frauen hat, und einer ghettoisierenden Frauengeschichte, die das Schicksal von Frauen von größeren sozialen und historischen Zusammenhängen isoliert, überbrückt werden.

Zum Schluß sollten wir noch einmal die Frage aufwerfen, was vom Marxismus bleibt. So viel steht fest: Seine Gesellschaftsanalyse ist überholt. Sie enthält zudem die Gefahren des Dogmatismus auf der theoretischen Ebene und der Diktatur auf der praktischen Ebene. Seine Vorstellung vom Gang der Geschichte war tief in den optimistischen Anschauungen des Bürgertums des 19. Jahrhundert mit seinem festen Glauben an unendlichen

Wachstum und an der Beherrschung der Welt verankert. Die Schrecken des 20. Jahrhunderts, zu denen der institutionalisierte Marxismus beigetragen hat, haben dieses Weltbild widerlegt. Dennoch darf man den Beitrag, den marxistische Gedanken zum Geschichtsdenken und zur Geschichtswissenschaft unserer Zeit gemacht haben, nicht gering schätzen. Paradoxerweise hat der Marxismus, der sich als Historischer Materialismus verstand, viel zur Überwindung ökonomistischer und soziologistischer Auffassungen beigetragen. Es scheint mir, daß Marxens Grundgedanke von den Frühschriften bis zu "Das Kapital", die Befreiung des Menschen von den Verhältnissen war, die die Würde des Menschen verletzten. Für Marx waren diese Verletzungen in den ökonomischen Besitzverhältnissen und in den Machtstrukturen, die auf diesen beruhten, verankert, aber das Ziel der Marxschen Lehre, das Marx in Selbsttäuschung mit dem Ziel der Geschichte gleichsetzte, war die Wiederherstellung der Autonomie der Menschen, jedoch nicht als isolierte Individuen, sondern als Mitglieder einer "Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."[8] Es ist daher bezeichnend, daß die marxistischen Ideen in England, Frankreich und Italien und in bescheidenerem Maße in den USA, den Ansporn zu einer neuen Kulturgeschichte gaben, die sich den existentiellen Fragen menschlichen Lebens zuwandte. Diese neue Kulturgeschichte verlor aber im Gegensatz zu manchen anderen Formen der Alltagsgeschichte und der Historischen Anthropologie den politischen und sozialen Rahmen dieses Alltagslebens nicht aus den Augen und löste sich auch nicht in einen postmodernen Irrationalismus auf, für den die Grenze zwischen Wissenschaft und Dichtung verwischt wurde. In diesem Sinn lebt das Erbe des Marxismus weiter.

Anmerkungen

1. Jacques LeGoff, Roger Chartier, Jacques Revel, Hrsg., Rückeroberung des historischen Denkens, Frankfurt a/M 1990, S. 47
2. Siehe Herbert Marcuse, One Dimensional Man. Studies in the Ideology of Advanced Industrial Society, Boston 1964.
3. Louis Althusser, Pour Marx, Paris 1965.
4. Frantz Fanon, Wretched of the Earth, New York, 1963.
5. Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Karl Marx und Friedrich Engels, Werke, Band 8, Berlin 1969, S. 198.
6. Edward P. Thompson, The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century, in: Past and Present, No. 50 (Februar 1971, S. 71-136.
7. Siehe Edward P. Thompson, The Making of the English Working Class, New York, 1963; besonders "Preface".
8. Karl Marx und Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx-Engels Werke, Bd. 4 (Berlin, 1969), S. 482.

Wolfgang Küttler

Formationstheorie und Moderne.[1]

Die folgenden Ausführungen sollen der kritischen Positionsbestimmung der Formationstheorie als eines zentralen Elements an Marx orientierter Gesellschafts- und Geschichtsforschung dienen. Ausgangspunkt ist zum einen die Orientierungskrise, die für Marxisten, aber auch generell, aus dem Scheitern des Sozialismus-Versuchs erwächst,[2] und zum anderen der wachsende Transformationsdruck globalen Wandels, der theoretische Konzepte gesellschaftlicher Veränderung notwendiger werden läßt denn je.[3] Nicht nur angesichts der aktuellen Debatten, sondern auch realgeschichtlich und in der Theorieentwicklung halte ich das Verhältnis von Kapitalismus, Sozialismus und Moderne dabei für das eigentliche Kernproblem. Dieser Relation möchte ich in der Verknüpfung theoriegeschichtlicher und aktueller kognitiver Aspekte nachgehen - auch in kritischer Reflexion eigener früherer Arbeiten zur Formationstheorie und ihrer Entwicklung.[4] Nach einer aktuellen Standortsbestimmung des Problems (I) werden im Vergleich die beiden wichtigsten Entwicklungsphasen die Entstehung des ursprünglichen Entwurfs (II) und die Verbindung mit dem Leninismus in der Epoche von 1917 (III) bzw. die jeweiligen kognitiven Ansätze (IV und V) behandelt; abschließend sollen Umrisse einer Revision unter den Bedingungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts gewagt werden (VI).[5]

---

1 Erweiterte Fassung eines in der Klasse Geistes- und Sozialwissenschaften der Leibniz-Sozietät am 16. 2. 1995 gehaltenen Vortrags.

2 Vgl. Wolfgang Fritz Haug, Determinanten der postkommunistischen Situation, Hamburg 1993, bes. S. 47 ff., 74 ff., 148 ff.

3 Vgl. besonders: Matthias Middell (Hg.), Weltsystem und Globalgeschichte (Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 4/1994, H. 5), Leipzig 1994.

4 Vgl. Ernst Engelberg/Wolfgang Küttler (Hgg.), Formationstheorie und Geschichte. Studien zur historischen Analyse von Gesellschaftsformationen im Werk von Marx, Engels und Lenin, Berlin 1978; Wolfgang Eichhorn/Wolfgang Küttler, "...daß Vernunft in der Geschichte sei". Formationsgeschichte und revolutionärer Aufbruch der Menschheit, Berlin 1989.

5 Die Quellentexte werden zitiert nach: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Berlin 1956 ff. (MEW); W.I. Lenin, Werke, Berlin 1955 ff. (LW); Karl Marx/Friedrich Engels,

I. Die neue Problemlage: „Erste globale Revolution" und „Formationsdenken".

Die erste Frage ist die nach dem grundsätzlichen Standort der mit der Kategorie „Gesellschaftsformation" verbundenen perspektivischen Vorstellungen und heuristischen Ansätze in der gegenwärtigen Problemsituation. Zweifellos sind diese vom weit verbreiteten Akzeptanzverlust des Marxismus besonders betroffen, vor allem weil „Formationstheorie" in allen Versionen für ein doppeltes Anathema des Zeitgeistes steht: für eingreifende, praxisorientierte Theorie und für Gesellschaftskritik an den bestehenden Verhältnissen.[6]

Dafür ist die vielschichtige Kategorie „Moderne" auch bei vielen Linken zum Bezugsrahmen der Theorie- und Perspektivendebatten geworden,[7] und eine sinnvolle Rezeption von Marx wird häufig nur noch darin gesehen, ihn frei von ideologischem Ballast und theoretischen Systemversuchen als geistesgeschichtliche Größe der Moderne zu historisieren.[8] Dies löst wiederum bei manchen Marxisten scharfe Antikritiken aus, in denen davor gewarnt wird, die Konzeption der progressiven Formationsentwicklung nebst Kapitalismus-Sozialismus-Problematik, Klassen- und Revolutionstheorie einfach in allgemeinen Kulturfragen der „Moderne" verschwinden zu lassen - als resignierendes Sich-Abfinden mit dem Kapitalismus.[9]

Meine Ausgangsthese ist, daß es hier nicht um ein Entweder-Oder gehen kann. In den Umbrüchen der Gegenwart ist vielmehr ein kritisches *Zusammendenken* von Formations- *und* Modernekonzeptionen erforderlich - daher die Wahl meines Themas. Es wäre allerdings mit einem „Sowohl als auch" gleichermaßen gründlich mißverstanden. Statt falscher Harmonisierung oder Konfrontation ist vielmehr eine beiderseits kritische Überprüfung der Orientierungsmuster „Kapitalismus-Sozialismus" und

---

Gesamtausgabe, Abteilung I-IV, Berlin 1975 ff. (MEGA). Die Zitate werden in der modernisierten Schreibweise der MEW wiedergegeben.

6 Ausführlicher dazu: Wolfgang Küttler, Marxistische Geschichtswissenschaft heute, in: Ilko-Sascha Kowalczuk (Hg.), Paradigmen deutscher Geschichtswissenschaft. Ringvorlesung an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1994, S. 211-235, bes. 216 ff.

7 Vgl.u.a. Michael Brie/Dieter Klein, Umbruch zur Moderne.Kritische Beiträge, Hamburg 1991.

8 Vgl. Helmut Fleischer, Epochenphänomen Marxismus, Hannover 1993, bes. S. 69 ff., 28 ff.

9 Vgl. u.a.Heinz Jung, Marktwirtschaftliche Moderne oder kapitalistische Marktwirtschaft, in: „In großer Sorge", Köln 1995.

„Moderne-Modernisierung" dringend geboten.[10] Das Grundproblem der „Moderne" ist gegenwärtig mehr denn je das Verhältnis von Kapitalismus und menschlicher Kultur.

In dieser Hinsicht muß auch das gewiß richtige Postulat, die Marxsche Formationstheorie wieder im Kontext des - um den bekannten Buchtitel von Habermas zu verwenden - „philosophischen Diskurses der Moderne"[11] zu begreifen, selbst genauer bestimmt werden. Ich meine damit die Zuordnung zur umfassenden geistigen Auseinandersetzung über Grundfragen menschlichen Lebens in Gegenwart und Zukunft. In dieser Hinsicht haben „Moderne" und „Modernisierung" im Unterschied zu engeren kunst- und teilweise auch wissenschaftsgeschichtlichen Bedeutungen die Dimension allgemeiner Geschichts-, Kultur- und Gesellschaftsbegriffe. Als solche aber entwickelten sie sich stets in einem übergreifenden Zusammenhang der Vorstellungen von Kapitalismus und Sozialismus wie auch der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft. Daher ist das Verhältnis zwischen den wechselnden Modernevorstellungen und der Entwicklung bzw. den Rezeptionen der Formationstheorie immer teils gegensätzlich, teils komplementär gewesen.[12]

Die gegenwärtigen Debatten um Krise oder Ende des Marxismus, der großen Entwürfe und Utopien, des Fortschrittsdenkens und der Aufklärung generell sind nur zum Teil Resultat des Systembruchs von 1989/90. Lange schon vor dieser Zäsur herrschte im Westen jene krisenhafte Unübersichtlichkeit und Verunsicherung,[13] die mit dem ebenso schillernden Begriff der „Postmoderne" verbunden, wenn auch keineswegs identisch ist.[14] Diese Situation wird von den Herausgebern der Festschrift für Georg Iggers 1991 in bezug auf das Geschichtsdenken am Ende des 20. Jahrhunderts und die Folgen von 1989 treffend als "Doppelkrise des Marxismus und der Postmoderne"[15] beschrieben.

---

10 Vgl. Peter Glotz, Die Linke nach dem Sieg des Westens, Stuttgart 1992, S. 44 ff., 127 ff.

11 Vgl. Jürgen Habermas, Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen, Frankfurt/Main 1988, bes. S. 9-31.

12 Dazu bereits sehr weitgehend: Dieter Bergner/Reinhard Mocek, Gesellschaftstheorien, Philosophie und Lebensanspruch im Weltbild gesellschaftstheoretischn Denkens der Neuzeit, Berlin 1986, vor allem Kap.2, S. 48-117.

13 Vgl. Jürgen Habermas, Die Neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt/Main 1985.

14 Vgl. Wolfgang Welsch, Unsere postmoderne Moderne, 3.,durchges. Aufl., Weinheim 1991, Vorwort, S. XIV f., u. Einleitung, S. 1-4.

15 Einführung der Hgg., in: Geschichtswissenschaft vor 2000. Perspektiven der Historiographiegeschichte, Geschichtstheorie, Sozial- und Kulturgeschichte. Festschrift für Georg

Damit ist mehr gemeint als der Zusammenbruch des östlichen Staatsmarxismus und der westliche Streit um die Kritik der Postmodernen, und die angesprochenen krisenhaften Perspektivenprobleme beschränken sich auch nicht auf die Umwälzungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Sie betreffen vielmehr den gesamten Weltzustand und vor allem die Zukunft der westlichen Zivilisation. Es geht um einschneidende Veränderungen in der realen Geschichtlichkeit und im Geschichtsdenken sowohl im Westen als auch im Osten, im Nord-Süd-Verhältnis und im Prozeß einer neuen technisch-zivilisatorischen Umwälzung mit präzedenzlosen Ausmaßen.

Der Bericht des "Club of Rome" von 1992, der eine umfassende Bilanz dieses allgemeinen Wandels zu geben suchte, prägte dafür bereits im Titel die Bezeichnung „erste globale Revolution".[16] Überraschend wird hier ein weit gefaßter Revolutionsbegriff mit der vorherrschenden Konjunktur des Zeitgeistes verbunden, daß nämlich die Unsicherheit über Gegenwart und Zukunft allgemein unter dem Attribut des Globalen figuriert: Globalisierung, Globalität, globale Probleme, gobaler Wandel kennzeichnen von den unterschiedlichsten Standpunkten aus - gleichermaßen national („Standortproblematik") und international (Weltordnung, Weltgemeinschaft) begründet - den ungeheuren Transformationsdruck, der von der aktuellen Weltsituation ausgeht.

Die Experten des „Club of Rome" meinen mit „Revolution" somit nicht primär den osteuropäischen Umbruch, auf den der Revolutionsbegriff zur Zeit sogar im überhöhten Vergleich mit 1789 einseitig bezogen wird.[17] Was den beispiellosen "Wirbelsturm der Veränderung"[18] in der Gegenwart angeht, habe das Ende des Systemkonflikts nur "den Deckel vom Hochdruckkocher der Weltprobleme weggerissen".[19] Aus globaler Sicht erscheint die Zäsur von 1989 nicht als initiierendes, sondern als beschleunigendes, die Probleme eher verschärfendes Geschehen in einem schon länger andauernden Umbruch der gesamten Zivilisation.

G. Iggers zum 65. Geburtstag. Hg.v. Konrad H. Jarausch/Jörn Rüsen/Hans Schleier, Hagen 1991, S. 16.

16 Alexander King/Bertrand Schneider, Die erste globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome. Aus dem Engl.übertragen v. K. Krieger, Frankfurt/Main 1992.

17 Vgl.Jürgen Habermas, Die nachholende Revolution (Kleine politische Schriften, VII), Frankfurt/Main 1990, S. 179 ff.

18 King/Schneider, S. 21 u. ff.

19 Ebenda, S. 14.

Vielmehr geht es um eine Umwälzung ganz anderer, übergreifender Art, die sich bereits in der Ausgangssituation auf dem gesamten Erdball vollzieht, von mehreren Zentren aus und mit „multiversalen" Auswirkungen, d.h. im Klartext für die Europäer, heute aber ebenso auch für Nordamerikaner und Japaner, mit steigenden Rückwirkungen und Kosten in den „alten" Metropolen. Sie griff revolutionierend die Fundamente des seit etwa Mitte der 1950er Jahre entstandenen Systemgleichgewichts an, legte gewissermaßen klassisch nach Marx die Insuffizienz des realen Sozialismus bloß und leitete eine neue Qualität von Transformationen ein, von denen auch und gerade die im Kampf der Blöcke erfolgreichen westlichen Länder schon lange vor 1989 erfaßt worden waren.[20]

Die Elemente dieser Veränderungen werden seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre mit ständig wachsender Intensität in weltwirtschaftlichen, ökologischen, demographischen, militärischen und politischen Krisenszenarien demonstriert. Diese stehen zumeist im Kontext eindringlicher Warnungen, daß die Menschheit ohne tiefgreifende gesellschaftliche, kulturelle und mentale Veränderungen die Zukunft nicht bestehen könne.[21]

Wie aber soll praktischer Wandel in dieser Dimension auch nur beginnen, wenn die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse unberührt bleiben oder, wie seit 1990 zu beobachten, sich mit allen ihren weltweiten und internen Ungleichgewichten eher noch verfestigen? Auch die Autoren des Club of Rome weisen darauf hin, daß der notwendige globale Wandel nicht ohne strukturelle soziale und politische Umgestaltungen zu haben ist. Sie widmen der gesellschaftspolitische Seite ihrer Diagnose ausführliche Darlegungen.[22] Aber wie in anderen Expertendossiers auch, die von Naturwissenschaftlern, führenden Vertretern großer Religionsgemeinschaften und Philosophen sehr unterschiedlicher Couleur stammen, sind die Unschärfen am stärksten, wo es um plausible

---

[20] Der Beginn wird zumeist mit dem Nahostkrieg und der Ölkrise von 1973 angesetzt. Eric Hobsbawm nennt die Krisenjahrzehnte seitdem den „Erdrutsch" nach dem „Goldenen Zeitalter" relativer politischer und sozialer Stabilität in der Nachkriegsperiode, vgl. ders., Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20.Jahrhundets. Aus dem Englischen von Yvonne Badal, München 1995, S. 503 ff. u. 285 ff.

[21] Vgl. Globaler Wandel I-II, Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, H.1/2 (1994); Bd.2 (1995), H. 1/2

[22] Betrand/King, S. 73 ff. (über Mismanagement in der Weltwirtschaft) u. Kap. II: Die Weltlösungsstrategie, S. 117 ff., bes. 155 ff. (über Regierung und Regierungsunfähigkeit).

Konzepte praktischen Eingreifens geht. Sehr konkreten Diagnosen stehen dann nur Appelle an die Vernunft der Entscheidungsträger gegenüber.

Die etablierte Politik und Wissenschaft richten sich jedoch im Zweifelsfalle wenig nach Angeboten wirklich eingreifender, d.h. vor allem Reichtum umverteilender Reform, nachdem die gesellschaftliche Alternative eben erst gründlich versagt hat. Vielmehr grassieren Neoliberalismus und Neokonservatismus, Abbau der sozialstaatlichen Regulierungen und hemmungslose Entfesselung des Wettlaufs um Marktanteile, Rationalisierung durch neue Technologien, Freisetzung von Arbeitskräften mit immer weniger Aussicht auf Rückkehr zum Arbeitsmarkt. Hinzukommt, das die technologische Revolution ohne ökologische Umwälzung - und diese ist heute ferner denn je - weitere katastrophale Auswirkungen im Kultur-Natur-Verhältnis zur Folge hat.

Zugleich wachsen die alten und neuen Gegensätze des herkömmlichen Nord-Süd-Gefälles, das mit dem Ende des osteuropäischen Sozialismus immer mehr zu einem Nordwest-Südost-Gegensatz zu werden droht. Die damit verbundenen Konflikte entladen sich in regionalen Kriegen und Bürgerkriegen, Genoziden und Massenfluchtbewegungen. Ihre Bruchstellen gehen immer mehr auch durch die hochentwickelten Regionen, je weiter sich dort die Schere von Arm und Reich öffnet.

Der Präsident des "Club of Rome" mahnt, daß die Zeit drängt, "und wir werden zweifellos auch diesmal wieder als Untergangspropheten kritisiert werden. Vielleicht ist das die Aufgabe, die uns zur Ehre gereicht. Den Untergang zu prophezeien ist jedoch keineswegs unsere einzige, ja nicht einmal unsere wichtigste Funktion oder Absicht, sondern nur ein notwendiges Vorspiel zur Verhütung der Katastrophe."[23]

So ist die Lage, aber sie begegnet gerade in den reichen Industrieländern nicht einer adäquaten Bereitschaft zum Wandel. Statt epochaler Aufbruchstimmung herrscht eine seltsame Mischung von ultraradikal verbrämtem Kulturskeptizismus, konservativem Zeitgeist und bedrängenden Zukunftsängsten. Ihre Symptome sind der Boom von "Post"-Ideen und -Begriffen zu Moderne, Industriegesellschaft, bürgerlich, Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus, schließlich zur Geschichte überhaupt. "Posthistoire" war das Kennzeichen vielfältiger Versionen, das „Ende

[23] Vorwort zu King/Schneider, Globale Revolution, S. 12.

der Geschichte" zu denken.[24] Sie reichen von Szenarien der Auflösung der Geschichte durch radikale „Dekonstruktion"[25] bis zur liberalen Vollendungsprognose Fukuyamas.[26] Die Konjunktur der Endzeitgeschichten hat angesichts der gegenwärtigen Entwicklungs- und Krisendynamik zwar deutlich abgenommen. Aber die Hilflosigkeit des "Danach-" und nicht Neudenkens, die Abneigung und auch die Ratlosigkeit, wirklichen Wandel zu konzipieren, ist eher noch gewachsen.

Zivilisations- und Kulturkritik, Abkehr von Aufklärung und gestaltenden Zukunftsideen, in deren Tradition sich der Marxismus stets sah und sieht,[27] in kognitiver Hinsicht die Ablehnung allgemeiner Gesellschaftstheorien und makrohistorischer Synthesen unter dem Verdacht gefährlichen utopischen und metaphysischen Denkens dienen immer mehr als Fluchtwege aus der Realität oder zu deren neokonservativer bzw. neoliberaler Apologie.[28] Von Anfang an war die Radikalkritik am Marxismus in der realsozialistischen Version ein wesentlicher Impuls der Postmoderne, die in allen Großerzählungen der klassischen Moderne und besonders bei Marx die geistigen Wurzeln des Totalitarismus des 20. Jh. zu erkennen glaubte.[29] Die Doppelkrise zeigt somit nur die beiden Seiten einer Medaille: „Krise des Marxismus" steht hier pars pro toto für grundsätzliche Verunsicherung über Chancen und Möglichkeiten gesellschaftlichen Fortschritts. „Krise der Postmoderne" ist das aktuelle „Kulturzeichen" dieses Skeptizismus.[30]

Hier zeigt sich zweifellos ein tiefer Gegensatz der Perspektivität zu jeder Art der theoretischen und praktischen Anknüpfung an Marx. Aber was dieser Gegensatz eigentlich bedeutet, bedarf schon genaueren Hinsehens.

---

24 Vgl. Lutz Niethammer, Posthistoire. Ist die Geschichte zu Ende? Reinbek bei Hamburg 1989, bes. S. 7 ff., 163 ff.

25 Vgl. zugespitzt Wolfgang Ernst, Kritik der universalgeschichtlichen Vernunft, in: Gerald Diesener (Hg.); Karl Lamprecht weiterdenken. Universal- und Kulturgeschichte heute, Leipzig 1993, S. 405-420.

26 Vgl. Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München 1992, bes. S. 79 ff.

27 Vgl. Friedrich Engels, Einleitung zur englischen Ausgabe der „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", in: MEW, Bd. 22, S. 303-305.

28 Vgl.Herbert Schnädelbach, Zur Reabilitierung des animal rationale (=Ders., Vorträge und Abhandlungen, Bd.2), Frankfurt/Main 1992, bes. S. 15 ff.

29 Vgl. Jean-Francois Lyotard, Beantwortung der Frage: Was ist postmodern? (15. Mai 1982), in: Peter Engelmann (Hg.) Postmoderne und Dekonstruktion, Stuttgart 1990, S. 33-48, bes. S. 48; ders., Randbemerkungen zu den Erzählungen, in: ebenda, S. 49 ff.

30 Vgl.dazu Reinhard Mocek, Die Postmoderne - intellektuelle Mode oder Kulturzeichen der Gegenwart, in: SBLS Bd.4/1995, H.4, bes. S. 7 ff.

Einerseits erscheint die Marxsche Gesellschaftstheorie, die Revolution oder zumindest eingreifende Umgestaltung und Transformation als Rahmen- und Zielvorstellung impliziert, gerade in der Konfrontation mit dem Zeitgeist durch die wirkliche Problemlage eher bestätigt. Auch der veränderte Kapitalismus ist im Wesen der alte geblieben, und die das Ende der Theorien, Utopien und Entwürfe verkünden, meinen - selbst den traditionellen Klischees ihrer eigenen „großen Entwürfe" folgend - zumeist nur das siegesbewußte Verdikt über alle kritischen, gesellschaftsverändernden Projekte, die sich mit konservativen und liberalen Lösungsstrategien der Weltprobleme nicht abfinden wollen.[31] Die liberalen und konservativen Theorien sind ihrerseits trotz allen skeptischen Philosophierens höchstwirksam erkenntnis-, interessen- und politikleitend geblieben. „Globalität" hat daran gar nichts geändert, sondern den Wirkungsradius vorerst eher noch erweitert. Hier wird höchstens wiederum sehr einseitig interessengesteuerte Konfrontation, nicht wirkliche Problemdistanz zum Anliegen des Marxschen Formations- und Revolutionsdenkens begründet.

Viel ernster zu nehmen sind Marxismus-Kritiken, in denen der neoliberale „Triumphalismus" und das Weiter-so-Modernisieren nach westlichen Modellen nicht weniger zurückgewiesen wird.[32] Marx erscheint darin auf paradoxe Weise zugleich als bestätigt und widerlegt. Jacques Derrida, einer der Vordenker der Postmoderne, sieht die von Marx beschworenen Gespenster des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft mächtiger als je zuvor ihr Unwesen treiben, aber das signalisiere mit der gescheiterten Alternative neben ungebrochener Aktualität der kritischen Anliegens auch das Überholtsein der Marxschen Theorie.[33] Ganz ähnlich urteilt von völlig anderen Positionen aus Georg Iggers, der die heuristische Bedeutung des Marxschen Ansatzes für die Geschichts- und Sozialwissenschaften stets sehr hoch veranschlagt hat.[34] Die

---

31 Dafür typisch Joachim Fest, Der zerbrochene Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters, Berlin 1991 (und seither viele weitere Wortmeldungen).

32 Vgl. z.B. aus amerikanischer Sicht Charles S. Maier, Gibt es einen Sieger der Geschichte? Geschichtswissenschaft und DDR-Vergangenheit, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, Berlin 1991, S. 197-216.

33 Vgl. Jacques Derrida, Marx' Gespenster. Der verschuldete Staat, die Trauerarbeit und die Internationale. Aus dem Französ. v. Susanne Lüdemann, Frankfurt/Main 1995, bes. S. 85 ff.

34 Vgl. Georg G. Iggers, in diesem Heft, u. ders.(Hg.), Ein anderer historischer Blick. Beiträge ostdeutscher Sozialgeschichte, Frankfurt/Main 1991, Einleitung.

„Doppelkrise" bringt, wie schon hervorgehoben, unabweisbare Aspekte der Distanz zum Ausdruck, die zum Umdenken zwingen, auch und gerade wenn wir Marxsche *Theorie* kognitiv weiter nutzen wollen.

Zum einen sind es die realen und ideellen Folgen des „Zeitalters der Extreme", wie Eric Hobsbawm das „kurze 20. Jahrhundert" nennt, vor allem seiner ersten Hälfte,[35] die Abstand schaffen. Sie veranlassen ihn gerade als überzeugten Linken zu der Mahnung, die Rezepte der selbst ernannten Propheten seien häufig schlimmer gewesen als die zu heilenden Übel.[36] Zum anderen verändert die Globalität der aktuellen Umwälzungen die Voraussetzungen gesellschaftstheoretischen Denkens. Sie bringt als entscheidendes distanzschaffendes Moment eine Dezentrierung und „Multiversalität" des Geschichts- und Gesellschaftsdenkens mit sich. Der Auseinandersetzung über die Moderne ist nicht länger nur der Diskurs der Europäer und Nordamerikaner. Die fortdauernde Vorherrschaft ihrer Theorien und Modelle täuscht vor allem deshalb, weil diese durch ihre Geschichte und ihre ambivalenten Rezeptionsmöglichkeiten selbst zur Streitsubstanz der „ersten globalen Revolution" werden. Das geschieht längst weltweit in der Mischung und Brechung mit Traditionen wie auch Gegenreaktionen, die aus den außereuropäischen Kulturen und Religionen erwachsen, und hat Wurzeln schon in der Kolonialexpansion des 19., besonders aber in den Kriegen und Revolutionen des 20. Jahrhunderts.[37]

Wie nützlich und tragfähig das Marxsche Formationsdenken heute noch sein kann, muß sich vor allem in diesem weiten Kontext erweisen.

II. Der ursprüngliche Entwurf im „Diskurs der Moderne"

Die Situation, in der vor 150 Jahren die Marxsche Formationstheorie entstand, war in vieler Hinsicht durch ähnlich präzedenzlose Umbruchserfahrungen gekennzeichnet wie die heutige. Die langfristigen Folgen

---

35 Hobsbawm, Zeitalter, Teil I, S. 37 ff.

36 Ders., Geist der Unsicherheit, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BZG), 1992, H.4, S. 54.

37 Am Beispiel der dafür besonders zentralen Menschenrechtsfrage vgl. Jörn Rüsen, Die Individualisierung des Allgemeinen - Theorieprobleme einer vergleichenden Universalgeschichte der Menschenrechte, in: ders., Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbewußtseins, sich in der Zeit zurechtzufinden, Köln/Weimer/Wien 1994, S. 168ff., bes, 181f.

der Französischen Revolution und das Aufkommen des Industriekapitalismus - die bürgerlich-kapitalistisch geprägte „Doppelrevolution“[38] der Moderne - hatten tiefe Einschnitte in allen Bereichen geschichtlicher Existenz verursacht, die neue „soziale Frage“ von Kapital und Arbeit als unabweisbares Perspektivenproblem entstehen lassen und zugleich die bisherigen Ideen nicht nur konservativen Beharrens, sondern auch des Wandels und der Revolution gründlich erschüttert. Was wir heute retrospektiv als einheitlichen Vorgang der bürgerlichen Revolution und industriegesellschaftlichen Modernisierung betrachten, stellte sich den Zeitgenossen, die ihre Schlüsselerfahrungen vor 1789, in der Revolutionszeit, nach 1815 oder im Vormärz und 1848/49 hatten, als kaum überschaubares *Nach- und Nebeneinander* sehr unterschiedlicher Prozesse, von Revolution und Restauration, Fortschritten und verheerenden Rückschlägen in der Lebenswelt dar.[39]

Neue Ansatzpunkte gesellschaftlichen Fortschritts über die sichtbar werdenden Grenzen der bürgerlichen Revolution hinaus zu finden, erwies sich nicht nur angesichts der wachsenden sozialen und politischen Gegensätze als äußerst schwierig. Denn die tradierten Denkmuster der Aufklärungs- und Revolutionszeit waren gründlich erschüttert - nicht nur die geistigen Fundamente der traditionalen ständisch-feudalen Welt, sondern auch die Ideentrias von 1789: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Die Hoffnungen der Aufklärung auf Fortschritt durch Vernunft schienen illusionär, die revolutionäre Demokratie war durch Terror, Krieg und Scheitern an der Restauration fragwürdig geworden. Abkehr von der Aufklärung und den großen idealistischen philosophischen Entwürfen, Hinwendung zu Individualismus und Skeptizismus waren weit verbreitet.

Gewissermaßen läßt sich somit schon damals, unter dem Eindruck der industriellen Umwälzung, im Vergleich mit der Revolutionsära von 1789 und den diese leitenden Ideen, eine „Doppelkrise“ feststellen- der Aufklärung als des großen Entwurfs einer vernunftgeleiteten bürgerlicheemanzipierten Gesellschaft einerseits, der Romantik und resignativen

---

[38] Vgl. Manfred Kossok, 1789 und die neuen Alternativen gesellschaftlicher Transformation (=Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1989/9G), Berlin 1989, bes. S. 14 ff.

[39] Das illustrieren die Beiträge des Bandes: Helmut Bock/Renate Plöse (Hgg.), Aufbruch in die Bürgerwelt. Lebensbilder aus Vormärz und Biedermeier, Münster 1994, vgl. bes. Helmut Bock, Vorrede, S. 13 ff.

Restaurationsideen andererseits. Der ins Auge springende Gegensatz zur heutigen Situation, in der die Grundlagen progressiver Entwürfe überhaupt erschüttert scheinen, besteht in den Präferenzen historischer Perspektivität. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts dominierte trotz aufbrechender Antinomien und skeptischer Reflexion doch im ganzen noch die Erfahrung eines großen progressiven Aufschwungs. Die Akzeptanz von Perspektivenfragen über die Grenzen und Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft hinaus gehörte zur geistigen Situation der Zeit. Dazu zählten sozialistische und kommunistische Ideen[40] ebenso wie schon seit der späten Aufklärung die Suche nach wissenschaftlichen Ansätzen, die innere Struktur und Entwicklung der Gesellschaft zu erfassen. Wo Marx hier kritisch anknüpfte, bei den frühen Sozialisten, bei der klassischen deutschen Philosophie, vornehmlich Hegel, bei der britischen Nationalökonomie und der französischen Revolutionsgeschichtsschreibung, waren diese am weitesten gediehen.[41]

Marx suchte in der Verbindung dieser Impulse einen grundsätzlich neuen Standort für praktische und theoretische Gesellschaftskritik zu gewinnen, den er in den Feuerbach-Thesen formulierte: Im Gegensatz zur bisherigen bloß interpretierenden, spekulativen Philosophie müsse statt der bürgerlichen "die menschliche Gesellschaft oder die gesellschaftliche Menschheit" der Standpunkt praktisch eingreifender Wissenschaft sein, wodurch die Welt nicht mehr nur verschieden interpretiert, sondern verändert werde.[42]

Ursprünglich hatte er sein emanzipatorisches Anliegen - in kritischer Anknüpfung an Hegel und schon auf die Lage der Arbeiter bezogen - noch als allgemeines Problem der Entfremdung des Individuums und der menschlichen Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft gesehen.[43] Ab Mitte der 1840er Jahre stellte er - bereits in enger Kooperation mit Friedrich Engels - die Frage der Perspektiven der Moderne konsequent

---

[40] Vgl. Jacques Grandjonc, Communisme/Kommunismus/Communism. Origine et développement international de la terminologie communautaire prémarxiste des utopistes aux néo-babouvistes 1785-1842, Bd.1-2 (Schriften aus dem Karl-Marx-Haus 39/1-2), Trier 1989.

[41] Aus der DDR Literatur wäre hier vor allem zu verweisen auf Wolfgang Förster (Hg.), Studien zur Vorgeschichte des historischen Materialismus, I: Bürgerliche Revolution und Sozialtheorie; II: Gesellschaftslehren der klassischen bürgerlichen deutschen Philosophie, Berlin 1982/83.

[42] Thesen über Feuerbach, MEW, Bd. 3, S. 7.

[43] Vgl.Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, MEGA, I,2, bes. S. 234 ff., 365 ff.

als Problem der Widersprüche der kapitalistischen Ökonomie und ihrer revolutionären Überwindung durch das Proletariat. Die allgemeine Geschichts- und Gesellschaftstheorie zu diesem Vorhaben bildete das Konzept, Geschichte als Entwicklung ökonomischer Gesellschaftsformationen zu begreifen, das wohl am treffendsten und jenseits dogmatischer Verengung als Theorie der historischen Formierung der Gesellschaft bezeichnet werden kann.[44]

So neuartig dieser Ansatz vor allem durch seine Verknüpfung von Geschichte und Materialismus war, so lagen doch wesentliche heuristischen Elemente in den damaligen Trends der Wissenschaftsentwicklung,[45] so daß die Marxsche Theorie ihrerseits dieser insgesamt auch innovative Impulse von bleibender Wirkung gab.[46] Als Ansatz sozialökonomischer System- und historischer Formierungsanalyse konkreter Gesellschaften ist sie aus der Geschichte der Sozialwissenschaften nicht mehr wegzudenken.[47]

Auch das Streben, wissenschaftlich begründete Gesellschaftslehren als praktizierbare Entwürfe vorzustellen und mit dem Gemeinwohl wie auch den Interessen sozialer Gruppen, Klassen und Stände zu verbinden, war im szientistisch geprägten 19. Jahrhunderts nicht ungewöhnlich. Der Formationsansatz läßt sich somit zunächst auch in praktischer Hinsicht durchaus als ein radikales Projekt der Moderne, im Sinne der Transformation *zu sich selbst*, begreifen.[48]

In zwei wesentlichen Punkten ging das Marxsche „Formationsdenken" jedoch qualitativ über den Rahmen des *bürgerlich*-modernen Diskurses beträchtlich hinaus. Erstens traf Marx durch die revolutionären Konse-

---

[44] Vgl die gründliche theoriegeschichtliche Analyse von Hans-Peter Jaeck, Geschichtswissenschaftliche Erklärungen, Erklärungsprobleme und die Marxsche Theorie der historischen Formierung der Gesellschaft, in: Wolfgang Küttler (Hg.), Gesellschaftstheorie und geschichtswissenschaftliche Erklärung, Berlin 1985, S. 237-288.

[45] Vgl. Hans-Peter Jaeck, Genesis und Notwendigkeit. Studien zur Marxschen Methodik der historischen Erklärung 1845/46, Berlin 1988, S. 11 ff.

[46] Vgl. Karl-Hermann Tjaden, Gesellschaftsformation- Formationsfolge und -gliederung, in: Hans Jörg Sandkühler (Hg.), Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Hamburg 1990, Bd.1, S. 348 f.

[47] Vgl. Georg G.Iggers, Geschichtswissenschaft im 20.Jahrhundert. Ein kritischer Überblick im internationalen Zusammenang, Göttingen 1993, S. 63 ff., zur Formationstheorie bes. S. 64.

[48] So auch von gegensätzlichen Marx-kritischen Positionen aus Habermas, Diskurs, S. 75-88, u. Jean- François Lyotard, Der Widerstreit. Übers. v. Joseph Vogl, 2.Aufl., München 1989, S. 282f.

quenzen seiner historisch-materialistischen Methode dessen sensibelste Stelle, indem er eine Gesellschaftsformierung jenseits der Prinzipien des Privateigentums an Produktionsmitteln und der darauf beruhenden sozialen Ungleichheit forderte. Menschliche Kultur und Gesellschaft sollten aufgrund der Möglichkeiten der modernen Produktionsweise zu sich selber finden, indem sie durch das Proletariat von ihren kapitalistischen Fesseln befreit wurden.

Im „Manifest der Kommunistischen Partei" beschreiben Marx und Engels - damals noch in der Hypothesenphase der Formationstheorie - den *modernen* Umwälzungsprozeß als die Aufstiegs- und Erfolgsgeschichte zuerst der Bourgeoisie, die alle traditionalen Bindungen auflöst und die Klassenspaltung auf die Spitze treibt, und dann der Arbeiterklasse.[49] Diese ist aufgrund ihrer Stellung in der modernsten gesellschaftlichen Produktion, d.h. durch die Verbindung mit der großen Industrie und die Trennung von allen Besitzverhältnissen außer der Verfügung über die eigene Arbeitskraft, objektiv daran interessiert, den bestehenden Zustand durch die Bewegung des und zum Kommunismus progressiv aufzuheben. Es ist die Aufgabe der Kommunisten, sie über diese Lage aufzuklären und zur sozialen Aktion zu mobilisieren.[50]

Zweitens begründete Marx diesen Entwurf emanzipatorischer Transformation nicht nur mit seiner wissenschaftlichen Analyse des Kapitalismus, sondern er bestimmte auch umgekehrt die revolutionäre Praxis des Proletariats als Position dieser praktisch verändernden neuen Wissenschaft, von der die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft aufgedeckt würden. Das galt ihm als die eigentliche Differenz des neuen, nach Engels' späterem Buchtitel „von der Utopie zur Wissenschaft" entwikkelten Sozialismus gegenüber seinen Vorläufern und der neuen, materialistischen Wissenschaft von Geschichte und Gesellschaft gegenüber dem als falsch erkannten Bewußtsein der bürgerlichen Ideologie.[51]

Marx' große ideen- und theoriegeschichtliche Bedeutung besteht gerade in seiner durchaus kritischen Steigerung der praktisch verändernden und umwälzenden Tendenz perspektivischen Denkens über Moderne und

---

[49] MEW, Bd. 4, S. 462-474.

[50] Ebenda, S. 474 u. ff.

[51] Engels schrieb im Auftrag und mit Billigung von Marx, vgl. MEGA, I,27, S. 653 ff.; diese Wissenschaftsauffassung findet sich ausgeprägt schon in der „Deutschen Ideologie", MEW, Bd.3, S. 18-27.

Kapitalismus. Er wurde damit der herausfordernde Exponent des Strebens nach durch moderne Wissenschaft gestützten Fortschrittsprojekten. Zweifellos gingen davon eine ungeheure Geschichtsmächtigkeit im Aufschwung der marxistisch orientierten Arbeiterbewegung und auch eine große Faszination für kritische Intellektuelle aus. Zugleich entstand damit jedoch die unaufhebbare Spannung zwischen den Funktionen als Weltanschauung, politische Strategie und wissenschaftliche Theorie, von der die weitere Entwicklungs- und Rezeptionsgeschichte des Marxismus generell und der Formationstheorie in den modernen Sozial- und Geschichtswissenschaften im besonderen weitgehend bestimmt werden sollte. Innerhalb des Diskurses der Moderne steht Marx in einem scharfen, wohlverstanden nicht nur aus Klassenwidersprüchen resultierenden Gegensatz zu allen Denkweisen reflexiver Fortschrittsskepsis wie auch allgemeiner Kultur- und Zivilisationskritik als dem anderen Grundzug neuzeitlicher Ideengeschichte.[52]

III. „Formationsdenken" als Idee der Revolutionsepoche von 1917 und Illusion des „real existierenden Sozialismus"

Die Formations- und Revolutionsprozesse und mit ihnen auch die bewegte Theoriegeschichte des Formationskonzepts nahmen einen anderen Verlauf, als es Marx aus den Tendenzen und Widersprüchen des Kapitalismus in der Mitte des 19. Jahrhunderts abgeleitet hatte, und dies, obwohl sich seine ökonomische Theorie glänzend bestätigte und die soziale Bewegung des Proletariats in Verbindung mit dem Marxismus tatsächlich zur stärksten sozialpolitischen Kraft in der bürgerlichen Gesellschaft aufstieg. Zunächst erwies sich der Kapitalismus als noch langfristig entwicklungs- und ausdehnungsfähig, wie Engels 1895 im Vergleich zu den Revolutionsprognosen um 1850 feststellte, im Gegensatz zu reformistischen Konzeptionen allerdings wiederum aufgrund der sicheren Erwartung eines neuen Aufschwungs und Anlaufs der revolutionären Arbeiterbewegung.[53] Diese neue Epoche innerer Erschütterungen des Kapitalismus begann tatsächlich zwei Jahrzehnte später, jedoch unter Voraussetzungen, die sich trotz teilweise verblüffend präziser Voraussa-

---

52 In dieser Hinsicht soll Max Weber Nietzsche und Marx als konstitutive Figuren für das Verständnis der modernen Welt bezeichnet haben- vgl. Eduard Baumgarten, Max Weber-Werk und Person, Tübingen 1964, S. 554 f.

53 Friedrich Engels, Einleitung (zu Karl Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850"), in: MEW, Bd. 22, bes. S. 512 ff.

gen[54] doch wiederum grundlegend von der Konstellation unterschieden, die Engels im Bewußtsein der wachsenden Stärke der nationalen Arbeiterbewegungen und der II. Internationale erwartete.

Die okzidentale bürgerlich-kapitalistische Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur expandierte als Weltmarkt und koloniale Herrschaft über alle Kontinente. Sie griff rigoros in andere, bisher eigenständige Kulturen ein und konstituierte sich so gegen und über andere Gesellschafts- bzw. Kulturformen als „universaler" Formationsprozeß in der doppelten Bedeutung *einseitiger* und zugleich *allgemeiner* Expansion.[55] Dadurch löste sie langfristig den Widerstand der betroffenen Völker aus, und verbunden mit der Tendenz der Metropolen zu imperialistischen Kriegen verlagerten sich so die Bruchstellen der Widersprüche an die Ränder, diesmal in den Osten und Südosten Europas, nach Asien, aber auch in andere außereuropäische Regionen, d.h. in jene Gebiete, wo die Gegensätze von „Zentrum" und „Peripherie" wie auch deren jeweilige innere Widersprüche direkt aufeinanderprallten.

Schon durch die Welle militärischer Konflikte und revolutionärer Bewegungen nach 1900 und dann verschärft im ersten Weltkrieg zeigte sich eine Formationskrise, in der sich die innere soziale Frage im Zentrum mit Gegenbewegungen von den Rändern verband.[56] Von der Peripherie her begann eine neue Qualität von Transformation: die russische und chinesische Revolution, die Ära von 1917 und die Entwicklung eines entsprechenden Typs sozialistisch orientierter Gesellschaften.

Während die Marxsche Formations- und Transformationsperspektive in den sozialdemokratischen Parteien und im Marxismus des Westens immer mehr in den „Diskurs der Moderne" als demjenigen der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Reform integriert wurde, wanderte ihre revolutionär-antikapitalistische Version nunmehr ebenfalls in die Peripherie.

Verbunden mit der russischen revolutionären Bewegung und insbesondere dem Wirken Lenins, vollzog sich diese Wende aber mit dem Anspruch der Kontinuität zur Marxschen Formations- und Revolutionsperspektive. Konstitutiv dafür war Lenins Imperialismus-, Revolutions- und

---

54 Ebenda, S. 521-525; vgl. ders., Kann Europa abrüsten? - ebenda, S. 365 ff.

55 Vgl. Enrique Dussel, Europa, Moderne und Eurozentrismus, in: Z 20/Dez. 1994, bes. S. 86-89.

56 Vgl. dazu Wolfgang Eichhorn, in diesem Heft

Epochenanalyse in der Zeit des ersten Weltkriegs und in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution, deren neue Aspekte hier nur angedeutet werden können: Ausgehend von der Analyse der Herausbildung kapitalistischer Formationsverhältnisse in Rußland,[57] begründete Lenin zunächst die langfristige sozialistische Revolutionsperspektive auch aus den inneren Entwicklungen Rußlands und konkretisierte sie 1905 zur Theorie des Übergangs von der bürgerlich-demokratischen zur proletarisch-sozialistischen Revolution, wobei die erstere bereits unter Hegemonie des Proletariats und der Bauernschaft bis an ihre Grenzen vorangetrieben werden sollte.[58]

Im ersten Weltkrieg modifizierte er dann den Formationsbegriff „Kapitalismus" durch seine Imperialismus-Theorie, die im analytischen Teil im wesentlichen das umfangreiche zeitgenössische Schrifttum rezipierte.[59] In den theoretischen Schlußfolgerungen ergibt sich bei Lenin aus den bekannten Merkmalen: Konzentration der Industrie und der Banken, Entstehung des Finanzkapitals, Aufteilung der Welt und ihrer Absatzmärkte und imperialistische Kriege um deren Neuaufteilung, zum einen formationell das Konzept des Monopolkapitalismus als neueste und letzte Stufe des Kapitalismus,[60] zum anderen revolutionstheoretisch die Begründung des Beginns der sozialistischen Revolutionsepoche, die mit den gegen Imperialismus und Kolonialismus gerichteten nationalen und agrarischen Bewegungen verbunden sein werde. Rußland wird als Zentrum dieser demokratischen und proletarischen Revolution wie auch der neuen Bündniskonstellation angesehen, und die Sowjetmacht verkörpert nach Lenin - wenn auch unter den ungünstigen Bedingungen eines rückständigen Landes und mit dem Zwang zu langfristigen Übergangsstrukturen im Innern und zur Koexistenz mit dem Kapitalismus

---

57 Vgl. W.I.Lenin, Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: LW, Bd.3, mit vorausgegangener gründlicher Rezeption der damals bekannten Marx-Texte zur Formationstheorie, vgl. W.I.Lenin, Was sind die 'Volksfreunde' und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?, in LW, Bd.1, bes. S. 126-137.

58 W.I.Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, in LW, Bd.9, bes. S. 82 ff., 92 ff, unter dem Untertitel: „Dürfen wir siegen?" in exemplarischer Polemik mit dem gemäßigten Kurs der Menschewiki.

59 Vgl. W.I.Lenin, Hefte zum Imperialismus, in: LW, Bd. 39, bes. das Verzeichnis der benutzten Schriften, S. 837 ff.

60 Vgl. W.I.Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW, Bd. 22, bes. S. 269 ff., 304 ff. (im russischen Original heißt der Titel „jüngstes" oder „neuestes" (novejšij) Stadium).

nach außen- den neuen, höheren sozialistisch-kommunistischen Formationstyp.[61]

Zweifellos stand dieses Konzept, von der weiteren Entwicklung aus betrachtet, im Widerspruch zum Wesen eines modernen Sozialismus als Höherentwicklung der bürgerlichen Produktionsweise und Gesellschaft, zumal Lenin die bürgerlich-zivile Modernisierung nur noch als Nebenprodukt der sozialistischen Umwälzung auffaßte[62] - bei allen Ansätzen behutsamer Übergänge, die jedoch gegenüber forcierter Revolution und Diktatur gegen die Konterrevolution äußerst prekär blieben.

Es wäre aber unhistorisch, ex post alle jene Kritiker im Recht zu sehen, die Lenin und den Revolutionären vom Oktober 1917 vorwarfen, daß sie angesichts der Rückständigkeit Rußlands schon damals bewußt und endgültig im Widerspruch zur Marxschen Formationsprognose des Sozialismus handelten. Vielmehr war es - ebenfalls im Hinblick auf die gleichzeitigen und folgenden Konstellationen revolutionärer Erschütterungen in den Zentren, auf Weltwirtschaftskrise und Faschismus - eine real- und theoriegeschichtlich offene Alternativlage, in der die Formationstheorie von Lenin als Konzept der sozialistischen Revolution des Typs vom Oktober 1917 und der Sowjetmacht modifiziert und genutzt wurde. Die Anfänge der Umwälzungen standen in Theorie und Praxis in der Tat *zwischen „moderner sozialer Revolution" und Aufstand der Peripherie gegen den Hochkapitalismus in einer entwicklungsdiktatorischen Formation.*[63]

Die Entscheidungen fielen von außen durch die Isolierung der bedrängten Sowjetmacht, aber mehr noch von innen im Verfehlen einer *modern* sozialistischen Wandlung und Normalisierung des Revolutionsprozesses. Erst als nach Bürgerkrieg, revolutionärem und konterrevolutionärem Terror langfristig eine modern-sozialistische Normalisierung der neuen Gesellschaft verfehlt, vielmehr Terror und Repression für das neue Herrschaftssystem konstitutiv wurden, deformierte der Versuch von 1917 de-

---

61 Vgl. besonders W.I. Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, in: LW, Bd.28, S. 302 ff., u. ders., Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW, Bd. 31, S. 5-7, und den parteigeschichtlichen Abriß ebenda, S. 8 ff.

62 Exemplarisch dafür seine Rede zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution 1921, LW, Bd. 33, S. 34.

63 Vgl. die gerade angesichts der neuen Situation nach wie vor aktuelle Analyse von Dietrich Geyer, Die russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1968 (und seither mehrere Neuauflagen), bes. S. 130ff.

finitiv in seiner beanspruchten Marxschen emanzipatorischen Zielsetzung. Vor diesem Hintergrund pervertierte auch das Formationsdenken zur „Theorie des Sozialismus in einem Lande" mit der schematischen Projektion der bisherigen Weltgeschichte auf den Sowjetkommunismus. Das ursprünglich mit den Mitteln moderner Wissenschaft begründete Konzept nahm um so mehr dogmenähnliche Züge an, wurde in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern gewissermaßen zum Katechismus einer säkularen Glaubensdoktrin erhoben und dann den Wissenschaften als quasireligiöse Basislehre oktroyiert. Außer- und vorwissenschaftliche Einflüsse bis zu vormodernen Mustern inquisitorischer Repressionen, die der Durchsetzung der einen sanktionierten Version der wahren Lehre dienten, separierten das Formationsdenken jahrzehntelang, von den 1930er bis zu den 1950er Jahren, praktisch von der modernen Wissenschaftsentwicklung.

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU galt die partiell von Stalinschen Deutungen befreite Epochenkonzeption Lenins weiter als verbindliche Doktrin.[64] Sie wurde 1957 durch abgestimmte Beschlüsse der „kommunistischen und Arbeiterparteien" den Bedingungen der Nachkriegsentwicklung angepaßt[65] und in dieser immer mehr mit neuen Entwicklungen kollidierenden Version nochmals 1960 und 1969 festgeschrieben. Der „gesetzmäßige Übergang" vom Kapitalismus in seinem monopolistisch-imperialistischen Stadium zum Sozialismus, wie er sich seit 1917 in der Sowjetunion bzw. nach 1945 in weiteren Staaten als Gesellschaftsordnung dieses Typs herausgebildet hatte, als erstem Stadium des Kommunismus blieb bis zum Systembruch die strategische, weltanschauliche und gesellschaftstheoretische Rahmenvorstellung, wenn auch mit immer verschwommeneren transitorischen Zusätzen.[66] Allerdings war sie unter den kommunistischen und ihnen nahestehenden Parteien international nach 1970 nicht mehr mit konzilsähnlichen Beschlüssen durchsetzbar.[67]

---

[64] Nach sowjetischer Lehrmeinung war dieser selbst stark dogmatisierte „Leninismus - der Marxismus unserer Epoche", vgl. P. N. Fedossejew, Der Marxismus im 20. Jahrhundert. Marx, Engels, Lenin und die Gegenwart, Berlin 1973, S. 181 ff.

[65] Dokumente der Beratungen von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1957, bes. S. 15 ff.

[66] Vgl. Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1976.

[67] Die Divergenzen wurden besonders im Marx-Jahr 1983 und noch stärker nach Beginn der Perestroika deutlich, vgl. Treffen der Vertreter von Parteien und Bewegungen zum

Auch als spätestens seit Mitte der siebziger Jahre immer deutlicher wurde, daß der "revolutionäre Weltprozeß" seine früheren Impulse eingebüßt hatte und neuartige globale Veränderungen die Existenzgrundlagen des realen Sozialismus erschütterten, blieben theoretische und strategische Konsequenzen, die ja rigorose Gesellschaftskritik auch an die eigene Adresse vorausgesetzt hätten, aus. Der kritische Punkt ist dabei gar nicht einmal, daß die neuartigen Umwälzungsprozesse und deren mit bestehenden Doktrinen immer weniger zu vereinbarende Konsequenzen vor 1989 in der DDR und den anderen sozialistischen Ländern außer von erklärten Dissidenten überhaupt nicht gesehen worden wären. Die Formel, nur der Sozialismus sei in der Lage, auch die neuen globalen Probleme zu lösen, erforderte immerhin deren wenngleich eingeschränkte Diskussion. Ich erinnere an die Stichworte Krieg-Frieden, Subjekt Menschheit, Ökologie, wissenschaftlich-technische Revolution und die entsprechenden Ansätze, mit denen neuen Herausforderungen begegnet werden sollte.[68] Entscheidend war jedoch, daß nichts Wesentliches am Marxismus-Leninismus verändert werden durfte.

In diesem Sinne hat sich das Formations*denken* der Epoche von 1917 als revolutionäre Illusion und später als falsches Bewußtsein der Herrschaftsträger in den kommunistisch geführten Staaten erwiesen. Es versagte auch im Versuch "neuen Denkens"[69] der Perestroika als viel zu spät eingeleitetes Projekt einer „Revolution von oben" im Sozialismus, das bald in Systemdestruktion umschlug. Der Sozialismus vom Typ 1917 bzw. 1944-1950 hatte trotz tiefgreifender Transformationsleistungen mit kaum zu überschätzenden Rückwirkungen auf die erste und dritte Welt keine neue Produktionsweise geschaffen. Er war nach ebenfalls beträchtlichen Erfolgen im Aufholen industriegesellschaftlicher Modernisierung dennoch strukturell an der Peripherie der Formationsentwicklung geblie-

70. Jahrestag der Oktoberrevolution. Moskau, 4. u. 5. November 1987, Reden und Beiträge, Berlin 1988.

68 Vgl. u.a. Sozialismus und Frieden. Humanismus in den Kämpfen unserer Zeit. VI. Philosophiekongreß der DDR vom 17. bis 19. Oktober 1984 in Berlin, Berlin 1988.

69 Vgl. Michail Gorbatschow, Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Berlin 1987, S. 171 ff.

ben.[70] Die Dogmatisierung der Theorie und ihrer wissenschaftlichen Anwendung war ein wichtiger Faktor in diesem Kontext.[71]

Andererseits aber wurde die Formationstheorie in den skizzierten Grenzen der Systemlegitimation und -dogmatik nach 1956 dennoch auch zu einem kompatiblen und rezeptionsfähigen heuristischen Instrumentarium der Sozial- und Geschichtswissenschaften, das eine wichtige Rolle im Systemdiskurs der folgenden Jahrzehnte spielte. Lenins ursprüngliches Konzept konnte dafür ebenso genutzt werden wie eine neue Marx-Rezeption, weil bzw. solange die kritischen Bruchstellen vorerst in der Absicht system*konformer* Veränderungen und Denkimpulse verborgen blieben.[72] Erstmals etablierte sich die Formationstheorie im Rahmen eines institutionalisierten professionellen Wissenschaftsbetriebs. Durch diese Veränderungen wurde auch eine partielle Integration in den internationalen Wissenschaftsdiskurs möglich.

Im Westen war die Marx-Rezeption seit der innermarxistischen Polarisierung 1914/17 philosophisch und wissenschaftlich ganz andere Wege gegangen.[73] Formationstheoretische Ansätze hatten hier nur partielle Bedeutung. Aber in den Debatten über bürgerliche Revolution und Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus[74] oder auch im französischen Strukturalismus spielten sie durchaus eine wichtige Rolle. Ihre Bedeutung wuchs dann schnell mit der internationalen Kommunikation im späteren Systemdiskurs, und zwar vor allem im Kontext der Wachstums-, Industriegesellschafts-, Entwicklungs- und Modernisierungstheorien.[75] Diese waren zum Teil indirekt, zum Teil explizit Gegenentwürfe zur Formationskonzeption mit deren Orientierung am östlichen Gesellschaftssystem. Zugleich führten sie

---

70 Vgl. Manfred Kossok, Das 20. Jahrhundert - eine Epoche der peripheren Revolution? In: Hintergrund. Marxistische Zeitschrift für Gesellschaftstheorie und Politik, 1993, H. 1, S. 5 ff.

71 Vgl. ders., Im Gehäuse selbstverschuldeter Unmündigkeit oder Umgang mit der Geschichte, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1993, H. 2, S. 24 ff.

72 Vgl. dazu ausführlicher Wolfgang Küttler, Geschichtstheorie und -methodologie in der DDR, in: ZfG 42/1994, H.1, S. 8 ff.

73 Vgl. Georg G. Iggers, in diesem Heft.

74 Vgl. Paul Sweezy u.a., Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Aus dem Engl. v. H.G. Holl u. H. Medick, Frankfurt/Main 1978.

75 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975, bes. S. 51 ff..

dazu, daß Versuche einer Teilrezeption Marxscher und marxistischer Ansätze damals weit verbreitet waren.[76]

Diese freilich stets prekäre Integration in den intersystemaren Wissenschaftsdiskurs vermochte aber nichts mehr am Scheitern der Theorie im Sinne kritisch begleitender Orientierung auf den Übergang zu einem modernen Sozialismus zu ändern. Im Gegenteil: die mühsam eroberten Spielräume wissenschaftlicher Anwendung erwiesen sich unter den gegebenen Prämissen eher als Zeichen der Krise und Erosion.[77]

IV. Die kognitive Bedeutung des Originals.

Fragen wir nun nach der aktuellen kognitiven Bedeutung formations*theoretischer* Ansätze, so läßt sich dies natürlich nicht säuberlich vom vielschichtigen Erbe des praxisorientierten Formations*denkens* trennen, dessen Entwicklung, wie vorstehend skizziert, Aufstieg und Niedergang eines großen Entwurfs zeigt, der schließlich auch daran scheiterte, das er zum Dogma deformiert wurde. Die Theoriegeschichte dokumentiert aber auch, daß Original und Rezeption jeweils kritischen Zäsuren im „Diskurs der Moderne" und in der Entwicklung moderner Gesellschaftstheorien entsprachen. Es geht also nicht darum, das Marxsche Original dem späteren Marxismus einfach zu konfrontieren,[78] sondern auf seine Ansatzpunkte für neue Lösungen ebenso wie auf seine Kontinuität in kritischen Punkten des ganzen Konzepts zu prüfen.

Insgesamt ist die Entstehungsgeschichte der Formationstheorie im Marxschen Werk selbst und - davon nicht zu lösen - in eigenen und editorischen Arbeiten von Engels wie auch später in der problematischen Modifizierung durch Lenin kompliziert und vielschichtig; ein einheitliches System „Formationstheorie" werden wir hier nicht finden. Zweifellos sind Marx' Ansätze in wichtigen Punkten der Perspektive und der Sachaussagen heute überholt oder nur durch „dekontextualisierende"

---

[76] Typisch dafür war die Weber-Marx-Debatte, vgl. u.a. Stefan Böckler/Johannes Weiß (Hgg.), Marx oder Weber? Zur Aktualisierung einer Kontroverse, Opladen 1987.

[77] Vgl. Helga Schultz, Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR?, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 2/1991, H.1,, bes. S. 27 ff.

[78] Vgl. die zahlreichen Engels-Konferenzen im Jubiläumsjahr 1995 u. ferner: Lenin. Theorie und Praxis in historischer Perspektive. Beiträge zum Internationalen Lenin-Symposium, Wuppertal, 15.-18.März 1993.Hrsg.v. Theodor Bergmann, Wladislaw Hedeler, Mario Keßler u. Gerd Schäfer, Mainz 1994.

Übertragung auf veränderte Probleme anwendbar. Dafür aber bieten sie zugleich hochaktuelle Anknüpfungspunkte, die im folgenden gerade im Hinblick auf eine widersprüchliche Aktualität zusammengefaßt werden sollen, wobei wir den wichtigsten Etappen der Theoriegeschichte folgen.[79]

1. Die Kategorie „Gesellschaftsformation" bündelt gewissermaßen Marx' historisch-materialistische Perspektivität auf Geschichte und Gesellschaft. Hypothetische Ansätze zum Formationskonzept finden wir schon in den frühen Schriften und dann vor allem in der „Deutschen Ideologie" in teilweise noch anderen Begriffen („Verkehrsform" statt „Formation")[80] skizziert.[81] In Vorarbeiten und Texten des Hauptwerks liegen dann die Umrisse der ausgearbeiteten Theorie vor. Darin wird zunächst der unmittelbare Forschungskontext deutlich: Es ging Marx *erstens* um die Formierung des Kapitalismus als "modern bürgerliche Produktionsweise" im Nach- und Nebeneinander seiner historischen Voraussetzungen und in der Bildung eigener Strukturen.[82] *Zweitens* handelte es sich um die kritische Bestimmung dieser als der letzten antagonistischen Formation, der aufgrund der selbst produzierten Gegensätze notwendig die künftige gesamtgesellschaftliche Emanzipation folgt.[83]

In diesem Kontext bezieht sich der Formationsbegriff historisch übergreifend auf Werden, Entwicklung und progressive Überwindung einer Produktionsweise, die sich nicht mehr auf dem Grund und Boden als vorherrschendem Produktionsmittel, sondern auf freier gewerblicher Arbeit und Kapitalbildung und damit auf Marktbeziehungen gründet. „Modern" erscheint in diesem Sinne als Attribut der „bürgerlichen Pro-

---

79 Im folgenden werden aus Raumgründen nur knappe Textnachweise gegeben, vgl. dazu Formationstheorie und Geschichte; Wolfgang Küttler, Das geschichtswissenschaftliche Erbe von Karl Marx, Berlin 1983, ders. (Hg.), Gesellschaftstheorie und geschichtswissenschaftliche Erklärung, Berlin 1985.

80 MEW, Bd. 3, S. 36, vgl. auch ebenda, S. 20 ff., 50 ff., 71, und etwa zeitgleich Marx an P.W. Annenkow v. 28. 12,1846, MEW, Bd. 27, S. 451 ff.(MEGA, III,2, S. 70 ff.).

81 Ausführlich dazu Hans-Peter Jaeck, Die materialistische Erklärung des gesellschaftlichen Formationsprozesses, in: Formationstheorie und Geschichte, S. 19-90

82 Vgl. Vorwort zur 1.u. Nachwort zur 2. Aufl. von „Das Kapital", MEW,Bd. 23, S. 11-28 (MEGA II, 6, S. 65-68, 700-710) sowie den Abschnitt „Methode der politischen Ökonomie" in der Einleitung zu den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie", MEW, Bd. 42, S. 21-31 (MEGA, II,1,1, S. 35-45).

83 Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie", MEW, Bd. 13, S.9 (MEGA, II,2,S. 101) u. Das Kapital, Bd.1, MEW, Bd.23, S. 791 (MEGA,II,5,S. 609 f.; 2. Aufl. II,6,S. 683), mit direktem Hinweis auf die entsprechende Prognose im Kommunistischen Manifest, MEW, Bd.3, S. 472,474.

duktionsweise". Die eigentliche Formationsanalyse gilt dem Industriekapitalismus, wie er sich in England in bis dahin reinster Ausprägung entfaltet hat. Sie ist im wesentlichen ökonomische Theorie; die Ansätze einer sozialen und den Überbau einbeziehenden Gesamtanalyse der bürgerlichen Gesellschaft blieben unvollendet und sind daher auch nur in Fragmenten der von Engels ergänzten Teile des Hauptwerkes enthalten oder bruchstückhaft über das ganze Werk verstreut.[84]

Zugleich wird in den entsprechenden Methodenskizzen die zugrundegelegte Geschichts- und Gesellschaftstheorie generell dargelegt: Strukturell wird der gesellschaftliche Formierungsprozeß aus den jeweiligen materiellen Produktions- und Reproduktionsbedingungen, d.h. der Produktionsweise, und davon ausgehend den Produktions- und Klassenverhältnissen; entwicklungstheoretisch aus dem Entstehen von Widersprüchen zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den jeweils herrschenden Produktionsverhältnissen erklärt. Dadurch ergibt sich die Notwendigkeit der Ablösung einer ökonomischen Gesellschaftsformation durch die andere, wobei der Klassenkampf die letzte treibende Kraft gesamtgesellschaftlicher Veränderung, die Vermittlung der naturgeschichtlich getreu zu erfassenden Veränderungen in der ökonomischen Basis zur daraus folgenden Umwälzung in den politischen, ideologischen, rechtlichen und kulturellen Verhältnisses des „Überbaus" ist. Die entsprechenden genetischen Begriffe sind „progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation" bzw. „Epochen sozialer Revolution", mit denen die wichtigsten innovativen Schübe, nicht aber die gesamte Formationsgeschichte erfaßt werden sollen.[85]

2. Die Konzentration auf den englischen Industriekapitalismus und dessen unmittelbare sozialökonomischen Voraussetzungen bedeutet historisch, daß die europäische Formationsgeschichte bei der Kapitalismusanalyse zunächst Priorität hat. Es geht um die Genesis des englischen (und dann kontinentaleuropäischen) Kapitalismus aus der Auflösung des in Europa entwickelten Feudalismus und der bereits in dessen Spätformen fortschreitenden Verbindung von Markt und Produktion. Die mo-

---

[84] Vgl. neben zahlreichen Stellen im Briefwechsel Engels' Vorworte zum 2. und 3. Band von „Das Kapital" (1893/94), MEW, Bd. 24, S. 7-26; Bd. 25, S. 7-30.

[85] Die hier wiedergegebene Methodenskizze im Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie" von 1859 (MEW, Bd. 13, S.7-11; MEGA, II,2, S. 99-103) entspricht ausführlicheren Darlegungen in der Einleitung zu den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie" von 1857/58 (MEGA,II,1,1, S. 21 ff., 43 ff.); die Hauptinhalte finden sich auch in „Lohnarbeit und Kapital" (1849), MEW, Bd.6, S. 408.

derne Transformation ist der Stufengang der Warenwirtschaft von vielfältigen Formen der Kleinproduktion in Stadt und Land über die Manufaktur zur großen Industrie in West- und Mitteleuropa. Er wird zugleich als Auflösungsprozeß der unmittelbaren Bindung der Produzenten an die Produktionsmittel, an stabile Gemeinschaften und an persönliche Abhängigkeits- (Herrschafts- und Knechtschafts-) Verhältnisse erfaßt. Das impliziert historisch-retrospektiv die Unterscheidung und den Gegensatz der modernen kapitalistischen Produktionsweise zu den „Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen".[86]

In diesem Zusammenhang werden ursprüngliche (asiatische), antike und feudale Formen nach der jeweiligen Beziehung der Produzenten zum Grund und Boden, Vieh und Inventar und zueinander in der jeweiligen Organisation der Gemeinwesen untersucht. Es sind dies mögliche Dominanten in früheren Gesellschaften ebenso wie historische Mischformen, vielfältige Ausgangslagen und dann auch modifizierende Umstände der modernen kapitalistischen Transformation.

Der vielzitierte und umstrittene Satz: "In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden",[87] gibt eine ungefähre historische Skizze des Ablaufs dieser Entwicklung anhand der bekannten Epochen der mediterran-okzidentalen Geschichte, bevor die Methodenskizze mit der Feststellung abschließt, daß die bürgerliche Gesellschaft die letzte antagonistische ist und mit ihr die „Vorgeschichte der Menschheit" endet.[88] Ein universales Schema einer bestimmten Formationsfolge oder eines überall gültigen Strukturmodells vor dem Kapitalismus lag nicht in dieser Intention. Im Gegenteil, bekanntlich warnte Marx energisch davor, seine Theorie als "Universalschlüssel" für jede einzelne konkrete historische Entwicklung benutzen zu wollen.[89]

Auch strukturell wird eine Vielfalt von Basis-Überbau-Vermittlungen, d.h. Wechselbeziehungen ökonomischer, sozialer und politischer Bezie-

---

86 Marx, Grundrisse, MEGA, II,1, S. 379 ff.

87 MEW, Bd. 13, S. 9; MEGA, II,2, S. 101.; 1849 noch ohne „asiatische" Form, MEW,Bd.6, S. 408.

88 Zur Werk- und Rezeptionszuordnung vgl. Jaeck, Genesis und Notwendigkeit, S. 210 ff., bes. 217 f.

89 Brief an die Redaktion der „Otetschestwennyje Sapiski", MEW, Bd. 19, S. 111 f. (MEGA, I, 25, 116 f., franz.Original)

hungen vorausgesetzt, wenn auch wegen der ökonomisch-theoretischen Präferenz nur andeutungsweise beschrieben. Schon im Vergleich der britischen und kontinentalen Vorformen des Kapitalismus wird deutlich, daß der konkrete klassische Fall nicht mit der gesamten Transformation identisch ist und sich die ungeheure Bandbreite möglicher Entstehungs- und Entwicklungsformen jeder Schematisierung entzieht. Marx' Ansatz ist somit in historischer und systematischer Hinsicht prinzipiell durchaus offen für die kritische Einbeziehung neuer Entwicklungen und Erkenntnisse, womit er sich - auch auf Kosten der Vollendung seines Hauptwerks - zeitlebens immer wieder neu auseinandersetzte.[90]

3. Die mehrdimensionale Auffassung der Formationsgeschichte wird im Spätwerk wesentlich verstärkt und auf neue Grundlagen gestellt. Zum einen betrifft das die weitere Formierung des Kapitalismus angesichts neuer Entwicklungen in Rußland, den USA, auf dem europäischen Kontinent (besonders in Deutschland), aber auch durch die weltweite Expansion.[91] Noch wichtiger waren aber zum anderen Studien zur Urgesellschaft. Seit Mitte der 1870er und vor allem um die Wende zu den 1880er Jahren erhalten die ursprünglichen Gemeinwesen (Urgemeinden) angesichts neuer ethnologischer und vorgeschichtlicher Forschungsergebnisse (u.a. Bachofen, v. Maurer, Kovalevskij[92] und vor allem Morgan) wie auch Untersuchungen der Verhältnisse in den britischen und niederländischen Kolonien die Bedeutung der primären Formation zwischen Hominisation und Zivilisation.[93] Marx ist zu einer Synthese seiner Forschungen nicht mehr gekommen. Engels setzte sie - eingeschränkt wiederum auf die mediterran-okzidentale Formationsgeschichte und daher später oft einseitig interpretiert - im „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" fort.[94] Der viel umfassendere Ansatz von Marx wird am deutlichsten in den Entwürfen zu einem Brief

---

90 Vgl. Friedrich Engels, Vorwort zum 2. Babnd des „Kapitals", MEW, Bd. 24,, S. 11-13

91 Vgl. Joachim Herrmann/Jens Köhn (Hgg.), Familie, Staat und Gesellschaftsformation. Grundprobleme vorapitalistischer Epochen einhundert Jahre nach Friedrich Engels' Werk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats", Berlin 1988.

92 Vgl. Hans-Peter Harstick, Karl Marx über Formen vorkapitalistischer Produktion, Frankfurt/Main/New York 1977, bes. Einführung u. Einleitung des Hg., S. XIII-XLVIII u. 2-21.

93 Vgl. The Ethnological Notebooks of Karl Marx (Studies of Morgan, Phear, Maine, Lubbock). Transcribeld and edited, with an Introduction by Lawrence Krader, Assen 1972.

94 MEW, Bd. 21, über das werkgeschichtliche Verhältnis zu Marx' „Vermächtnis" bes. das Vorwort zur 1. Aufl., S. 27-29.

an die russische Revolutionärin Vera Zasulič expliziert, wo es um historischen Ort und Perspektiven der russischen Dorfgemeinde geht.[95]

Die Urgesellschaft erscheint nicht nur als selbständige Formierungsstufe (Urgesellschaft). Vielmehr kommen urgesellschaftliche Formen des Gemeinwesens auch als Schichtungen späterer Formationsprozesse in den Blick, die wie die antagonistischen Strukturen vorkapitalistischer Entwicklungen bis in die Neuzeit hineinreichen. Wie der Feudalismus in Europa, sind sie in den Kolonialreichen weit verbreitete Ausgangs- und Begleitumstände des weltweit vordringenden Kapitalismus und seiner Penetration außereuropäischer Kulturen, wie sie Marx schon in den 1850er Jahren am Beispiel Indiens zu studieren begonnen hatte.[96] Außerdem analysiert Marx Spätformen der urgesellschaftlichen Territorialgemeinde mit Übergängen zur Privateigentumsordnung auch als mögliche Grundlage von Herrschaftsverhältnissen in antagonistischen Hochkulturen bis hin zum neuzeitlichen Rußland. In dieser Perspektive wird "asiatische Produktionsweise" auch zum gesamtgesellschaftlichen Formierungs- und Strukturbegriff.

Das wichtigste Resultat der neuen gesamtgeschichtlichen Integration der Urgesellschaften war, daß die europäische Formationsgeschichte dadurch als - wenn auch weiterhin genetisch charakteristischer - Sonderfall des allgemeinen Formationsprozesses menschlicher Kultur und Gesellschaft erschien und ihr Verhältnis zu diesem das entscheidende neue Problem für den Marxschen Ansatz wurde. Daraus folgte eine veränderte diachrone und synchrone Betrachtung des gesamten Formationsprozesses. Dieser wurde jetzt nach großen übergreifenden Grundtypen gegliedert, die sich nach gemeinschaftlicher oder privater Aneignungsform unterschieden: Urgemeinschaften mit gentiler Struktur oder kollektivem Grundeigentum, patriarchalische Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse mit individuellem oder kollektivem Privateigentum besonders an Grund und Boden (bei kontrovers gebliebener Ein- und Zuordnung der altorientalischen Gesellschaften, der Antike und des Feudalismus[97])

---

[95] MEW, Bd. 19, S. 384-306, der nur sehr kurze abgesandte Brief v. 8.3. 1881 ebenda, S. 242 f.; der französische Originaltext in: MEGA, I, 25,S. 219-239 u. 240-242, Kommentar S. 823-920.

[96] Vgl. bes. Karl Marx, Die britische Herrschaft in Indien (1853), MEW, Bd. 9, S. 127 ff., MEGA, I,12, S. 166ff.

[97] Vgl. Klaus Naumann, Probleme antiker Gesellschaftsformation. Wissenschaftsgeschichtliche Studien zur Geschichtsmethodologie, Budapest 1984.

- kapitalistische und in der Prognose nach deren Überwindung modern kommunistische Gesellschaften.[98]

Auf diese Weise erhält die moderne kapitalistische Formation in den fragmentarischen Randglossen zu Exzerpten und Bemerkungen von Marx in seinen letzte Lebensjahren insgesamt einen veränderten Platz in der Formationsgeschichte. Neben die theoretische Analyse einer bestimmten Formationsstruktur, wie sie in Europa und Nordamerika Systemcharakter (Totalität) angenommen hatte, tritt zunehmend der differenzierende Blick auf die Umstände der weltweiten, alle Kulturen erfassenden Umwälzung, die der expandierende Kapitalismus auslöst. Zugleich ergeben sich vertiefte Einsichten in die Heterogenität und künftige Vielfalt der modernen Transformation. Deren Ausdehnung über alle Kontinente implizierte vor allem das Problem von „Zentrum" und „Peripherie" und seinen Konsequenzen für Bedingungen, Fristen und Chancen der modernen sozialen Revolution, wobei beides weniger räumlich als strukturell, im Vergleich des erreichten Entwicklungsniveaus, aufzufassen ist: zunächst im Vergleich der englischen und kontinentalen Entwicklung, dann in bezug auf die kolonial unterdrückten Völker und schließlich vor allem im Zusammenhang mit den Aussichten einer revolutionären Bewegung in Rußland.

4. Was die Subjektseite der Formierung einer neuen Gesellschaft betrifft, so sind bei Marx deutlich zwei unterschiedliche Tendenzen zu erkennen, die nach dem System- und Perspektivenbruch von 1989ff. als innere Widersprüche des Konzepts erscheinen. Einerseits kommen im unmittelbaren Kontext der Formationsanalyse des Kapitalismus sowohl allgemeine Prognosen als auch konkrete Hinweise immer in strikter Verknüpfung mit der Beschreibung von destruktiven Folgen und Entwicklungsschranken des Kapitalismus vor: bezogen auf die weiteren Vergesellschaftungsprozesse ebenso wie für den "Stoffwechsel" von Mensch und Natur. Im Vordergrund steht jeweils der Nachweis, *wie* die materiellen Bedingungen und die allgemeinen Erfordernisse der Überwindung des Kapitalismus aus diesem selbst hervorwachsen. Das betrifft auch die generelle Kritik am Fortbestehen der privaten Aneignungsform.

---

[98] Zum Vorstehenden ausführlich: Wolfgang Küttler, Der gesellschaftliche Formationsprozeß als Dialektik von Gemeineigentum und Privateigentum, in: Formationstheorie und Geschichte, bes. S. 254-292.

Marx sieht den modernen Kapitalismus sowohl als höchste Entwicklung als auch beginnende Auflösung auf Privateigentum begründeter Gesellschaftsformationen an. Der Formationsprozeß des Kapitals zerstört zuerst das kleine und erschüttert dann fortschreitend durch immer schnellere Konzentration auch das große Privateigentum; seine Entwicklungsschranke ist damit der Gegensatz von fortbestehender privater Aneignung des gesellschaftlich produzierten Reichtums bei rapider Vergesellschaftung der Produktivkräfte.[99] Dabei orientiert sich Marx am Grundanliegen der Entfaltung der gesellschaftlichen Individualität der Menschen im Prozeß der Arbeit. Seine Kritik an der Verbindung von Kapitalismus und Markt enthält keine konkreten Vorschriften für die Abschaffung von Marktbeziehungen und individuellem Besitz überhaupt. In dieser Hinsicht ist sein „Formationsdenken" in die Zukunft offen.

Andererseits werden menschliche und proletarische Emanzipation gleichgesetzt, als historisch notwendige Einheit der modernen sozialen Revolution betrachtet, die die bürgerlich-politische von 1789 zugleich vollendet und progressiv aufhebt. Dazu müßte die bisherige Gesellschaft aufgelöst und die bisherige Gewalt, d.h. die Herrschaftsstrukturen der herrschenden Klassen, durch die soziale Revolution des Proletariats gebrochen werden.[100] Auch in denjenigen Ansätzen des Spätwerks, die deutlich Elemente einer globalen, dezentrierten Betrachtungsweise erkennen lassen und eine beträchtliche heuristische Flexibilisierung bedeuteten, ist partiell zugleich eine Steigerung der utopischen Züge des Formationsdenkens enthalten. Die transitorische Betrachtung des Kapitalismus als Übergang zur eigentlichen Geschichte der menschlichen Gesellschaft wurde von der neuen Dimension der Formationsgeschichte unter Einschluß der Urgesellschaften wie auch ihrer Nachfolgeentwicklungen gestützt. Marx sah dadurch seine Kritik des Privateigentums an Produktionsmitteln ebenso erhärtet wie die Annahme, daß die klassenantagonistische Zivilisation nur eine notwendige Durchgangsstufe vom ursprünglich primitiven zum modernen Kommunismus sei.[101]

---

[99] Das Kapital, Bd.1, MEW, Bd. 23, S. 789 -791. (MEGA, II,6, S. 681-683).

[100] Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Bd. 4, S. 481 f.

[101] Dieser Gedanke ist in allen drei Briefentwürfen an Vera Zasulič enthalten (MEW, Bd. 19, S. 386 ff.); vgl. auch den Schlußabschnitt „Barbarei und Zivilisation" in Engels' „Ursprung", MEW, Bd. 21, S. 152 ff.

Aus heutiger Sicht geht es um die Zusammenhang und Widerspruch zweier Ansätze von Fortschritt, die im Marxschen Formationsdenken beide angelegt sind: Einerseits beruht es auf einer Klassen- und Revolutionstheorie in den Perspektiven eindeutiger Machtentscheidung durch Revolution und Diktatur des Proletariats. Andererseits ist Fortschritt im weiteren Sinne gleichbedeutend mit dem keineswegs geradlinig verlaufenden geschichtlichen Prozeß fortschreitender Sicherung der zivilisatorisch-gesellschaftlichen Existenz der Menschheit aufgrund der jeweils erreichten Produktions- und Reproduktionsbedingungen und ihrer Höherentwicklung, was Rückschläge durch Stagnation oder auch in Revolutionen nicht ausschließt, aber die allgemeine Entwicklungstendenz des Formationsprozesses anzeigt. Dieser Fortschrittsbegriff ist für die heutigen Bedingungen globalen Wandels hochaktuell. Insgesamt ergibt somit die Marxsche Methodik der Formationsanalyse eine widersprüchliche Aktualität für neue Fragen der gegenwärtigen Situation.

V. „Marxistisch-leninistische Formationstheorie" im Systemdiskurs - Aspekte notwendiger Revision

Wie oben gezeigt, scheiterte die Formationstheorie als Entwurf für den Sozialismus im 20. Jahrhundert. Dieses gravierende Versagen veranlaßt den russischen Mediävisten Aron Gurjewitsch zu dem Urteil, bei aller theoriegeschichtlicher Bedeutung von Marx verstelle heute das Formationsdenken insgesamt den Blick auf die praktischen und kognitiven Aufgaben unserer Zeit.[102] Auch wer dem nicht folgt, muß sich kritisch nach dem Zusammenhang von praktischem Scheitern und kognitiven Defiziten fragen. Ich sehe im wesentlichen die folgenden Revisionspunkte, die immer auch mit unbezweifelbaren Leistungen in der bisherigen Wissenschaftsgeschichte des Formationskonzepts verbunden sind.

1. Die Perspektiven gesellschaftlicher Formation, von Revolution und Wandel müssen in einem weiteren historischen Kontext als dem des bisher gültigen Kapitalismus-Sozialismus-Schemas gesehen werden. Heute geht es um eine multiperspektivische Betrachtungsweise der globalen Transformation und ihrer je verschiedenen historischen Voraussetzungen in einzelnen Regionen, Kontinenten und Kulturen. Vor allem kommt es

[102] A.J. Gurjewitsch, Die Theorie der Gesellschaftsformationen und die historische Wirklichkeit, in: Berliner Debatte Initial. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs, 1991, H. 4, S. 432 ff., bes. S. 445.

auf eine Überwindung der "Scheinsicherheit" des System- und Epochendenkens der Ära von 1917, insbesondere in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, an.[103]

Die moderne Formationsentwicklung wurde auf eine *bestimmte* Lösung der Konflikte als die gesetzmäßige, d.h. historisch notwendige und normativ zwingende, gesamtgesellschaftliche Perspektive festgelegt: Das Schicksal der modernen Gesellschaft ist deckungsgleich mit der Transformationsfigur Kapitalismus-sozialistische Revolution und Sozialismus bzw. Kommunismus, worin die Zukunft aller Völker gesehen wurde.[104] Auf das Attribut „modern" wurde dabei durchaus nicht verzichtet. Die Epoche nach 1917 sei - so der bezeichnende Passus eines sowjetischen Ökonomie-Lehrbuchs - der "Übergang der modernen Gesellschaft von der kapitalistischen Produktionsweise und den vorkapitalistischen Produktionsweisen zur kommunistischen Produktionsweise".[105] Die DDR-typischen Relativierungen - erst durch die Bestimmung des Sozialismus als „relativ selbständige Gesellschaftsformation",[106] dann in der Kompromißformel der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft"[107] - reflektierten das Problem zwar differenzierter, ließen aber auch den allgemeinen Bezugsrahmen unangetastet.

Dieses Entwicklungskonzept hat sich in seiner unilinearen Gerichtetheit als unhaltbar erwiesen. Denn es besteht in diesem Sinne eben keine Dekkungsgleichheit des bourgeoisen Kapitalismus mit der "Moderne", wenn damit eine genetische und strukturelle Gesamtvorstellung des soziokulturellen Aufbruchs der Menschheit aus traditionalen Ordnungen und Bindungen einschließlich seiner system*spezifischen* und system*übergreifenden* Konsequenzen gemeint ist.

Marx' ursprüngliches Konzept war in dieser Beziehung selbst ambivalent zwischen der universalen Kapitalismus-Kommunismus- Konzeption

---

[103] Detlev Albers, 1989 - 1917, in: BzG 1991, H. 1, S. 52.

[104] Das trifft bei allen inneren Differenzierungsversuchen auch für eigene Überlegungen zu, vgl. die Zusammenfassung in: Formationstheorie und Geschichte, S. 719 ff. Daß diese Rahmenvorstellung dem marxistischen Gesetzesbegriff (als Resultante in Möglichkeitsfeldern) widerspricht, ließ die Philosophie außen vor, obwohl die methodologische Vorarbeit geleistet war, vgl. dazu ausführlicher Wolfgang Eichhorn, in diesem Heft..

[105] Politische Ökonomie, Bd.3: Der Sozialismus - die erste Phase der kommunistischen Produktionsweise (Übersetzung aus dem Russ.), Berlin 1974, S. 129.

[106] Vgl. Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969.

[107] Vgl. Handbuch Wirtschaftsgeschichte, hg.v. Insitut für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1981, Bd.2, S. 862 ff., bes. 866 f.

und den multidimensionalen Elementen eines übergreifenden Formationsbegriffs.[108] Und auch bei Lenin divergieren forcierte Beschleunigung des Übergangs zum Kommunismus („Kriegskommunismus") und die Diagnose vielfältiger Mischverhältnisse im Rahmen des Übergangs zum Sozialismus.[109] Der Kapitalismus wurde von Marx einerseits von der annähernd idealen Totalität seiner Ausprägung in England und später den USA als Formationssystem theoretisch erfaßt, andererseits aufgrund seiner Entwicklungsdynamik und Entwicklungsschranken transitorisch gesehen. In seiner Geschichte gehen „Formation" und „Revolution" ständig ineinander über. Engels subsumierte den Kapitalismus in "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" unter dem Begriff der "kapitalistischen Revolution", die den Übergang von der naturwüchsig klassantagonistischen "mittelalterlichen Gesellschaft" zur "proletarischen Revolution" bildet.[110] Lenin betrachtete den Übergangscharakter der großen Monopole als unmittelbar auf den Sozialismus hinweisend.[111] Diese Verkürzungen gelten gleichermaßen für die Entstehungsgeschichte, für die Entwicklung des hochkonzentrierten Kapitalismus („Imperialismus" und „Monopolkapitalismus") und für die Möglichkeiten weiterer Transformation.

2. Die praktizierte Formationstheorie war -trotz immer neuer Schwierigkeiten mit der konkret historischen Verifizierung - überwiegend auf "Totalität", "System", "Gerichtetheit" von Formationsentwicklungen und -strukturen fixiert. Einerseits hatte das unbestreitbare Vorzüge bei der analytischen Unterscheidung von konkreten Gesellschaften nach ihrer sozialökonomischen Struktur. Die vielfältigen und sehr divergenten Modernekonzeptionen, vor allem ihre aktuellen kulturalistischen Versionen, haben in der großen Mehrheit gemeinsam, daß die übergreifenden Wirtschafts-, Sozial- und Kulturfaktoren gegenüber kapitalistischer Systemspezifik und deren Kritik Priorität besitzen, wenn diese nicht sogar ganz ausgeklammert oder negiert wird. Sie können daher Gesellschafts-

---

108 Vgl. hierzu besonders Hans-Peter Krüger, Perspektivenwechsel. Autopoiese, Moderne und Postmoderne im kommunikationsorientierten Vergleich, Berlin 1993, II. Teil: Kapitalismus, Moderne und Postmoderne, bes. S. 101 ff.

109 Vgl. W.I. Lenin, Über „linke" Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, LW, Bd. 27, S. 325 ff., u. ders., Über die Naturalsteuer, LW, Bd. 32, S. 341 ff. (über den Übergang vom Kriegskommunismus zur Neuen Ökonomischen Politik).

110 MEW, 19, 227 f. (MEGA, I,27, S. 579 f., franz. Text).

111 Vgl. u.a. W.I.Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, in: LW, Bd. 25, S. 367 ff.

kritik am Kapitalismus ebensowenig ersetzen wie modernetheoretische Argumente die heuristische Funktion der Formationsanalyse.

Jedoch hatte die einseitige Fixierung der Formationstheorie erhebliche negative Folgen für die Reichweite und die heuristische Flexibilität des gesamten Ansatzes im Hinblick auf das Verhältnis materieller und ideeller Prägungen gesellschaftlicher Verhältnisse, insbesondere von Ideologie, Politik und Ökonomie. Die Hegel-Marxsche Totalitätsorientierung wurde über Lenins Marx- und Hegel-Rezeption gewissermaßen zur Annahme einer formativen Totalität des modernsten Kapitalismus und des Sozialismus/Kommunismus gesteigert, die nur noch eine Wer-wen-Entscheidung offenließ.

Das implizierte, wenn auch von Lenin so nicht intendiert, die Gefahr des ökonomischen wie auch gegenläufig des politischen Reduktionismus. Von seiner sozialökonomischen Grundlegung („System der Produktionsverhältnisse", „ökonomische Basis") wurde der Formationsbegriff zwar immer mehr als Kategorie für das konkrete Gesamtsystem gesellschaftlicher Verhältnisse verwendet. Über die nach Engels wechselseitig aufzufassende „Dialektik von Basis und Überbau" sollten auch die außerökonomischen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einbezogen werden. Jedoch gelang es nicht oder höchstens unbefriedigend, das systembildende Eigengewicht von Herrschaftsverhältnissen, Recht, Verwaltung, Kultur, Wissenschaft und Religion, weltanschaulichen bzw. religiösen Normen mit dem vorgegebenen Formationsbegriff kompatibel zu erfassen.

Andererseits dominierte in bezug auf den realen Sozialismus eine indoktrinierte Politisierung und Ideologisierung des Formationsbegriffs, der hier statt von einer realistischen Formationsanalyse von der Systematisierung des Sein-Sollens nach Parteivorgaben bestimmt wurde. Die Formationsfrage wurde für die Gesellschaften vom Typ 1917 im Marxschen Sinne so überhaupt nicht konsequent gestellt. Kritikansätze verblieben auf abstrakter methodologischer Ebene oder wurden in Stellvertreterdebatten, z.B. über die vorkapitalistischen Formationen und die asiatische Produktionsweise, aber auch in Forschungen und theoretische Diskussionen über den bürgerlichen Revolutionszyklus verpackt.[112] Es fehlen daher formationstheoretisch taugliche Begriffe, was eigentlich seit 1917

[112] Vgl. den subtilen Theorie- und Methodenvergleich bei Manfred Kossok, Vergleichende Geschichte der neuzeitlichen Revolutionen (SB AdW d. DDR, 2 G 1981), Berlin 1981.

geschehen, was zuende und was weiterhin existentiell wichtig geblieben ist.

3. Abgesehen von der gültigen Parteidoktrin, waren auch die wissenschaftlich flexibel operationalisierten Versionen der Formationstheorie analog zu ihrer engen Orientierung am östlichen Sozialismus auf eine verkürzte Perspektive der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft fixiert. Ihrem Wesen nach sollte sie Vor- und Übergangsstufe zu demjenigen Sozialismus sein, der sich seit 1917 formiert hatte. Die neuzeitliche Transformation erhielt dadurch einen auch dem ursprünglichen Anliegen von Marx gegenüber einseitigen, begrenzten historischen Inhalt. Zwar zeigten die Debatten über "Stadien des Kapitalismus" sowie seine "Typen" und "Wege", über die Wesensbestimmung frühkapitalistischer Verhältnisse zwischen Feudalismus und Kapitalismus wie auch für das 20. Jahrhundert über den „staatsmonopolistischen Kapitalismus" und mögliche kapitalistisch-sozialistische Übergangsformen[113] noch im Rahmen des Systemdiskurses zunehmende Diskrepanzen innerhalb einer angenommenen Formationseinheit. Auch gab es in den 1980er Jahren Relativierungen und Modifizierungen hinsichtlich der aktuellen Entwicklungen im Kapitalismus - durch eine Aufwertung der Möglichkeiten reformerischen Wandels, durch übergreifende Debatten zum Demokratieproblem, durch stärkere Differenzierung bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften in bezug auf Imperialismus und Faschismus und schließlich mit der Diskussion über Friedensfähigkeit bürgerlicher Eliten und Herrschaftsträger als Möglichkeit auch im 20. Jahrhundert.[114] Insgesamt aber blieb es bei der Rahmenvorstellung, daß die zivilgesellschaftlichen Grundlagen wie Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaat einseitig als Teil kapitalistischer "Totalität" und bourgeoiser Herrschaftsstruktur aufgefaßt und nicht als unverzichtbare Grundbedingungen der aktuellen Zivilisation, sondern als transitorische Elemente gesehen wurden, die von der „sozialistischen Demokratie" bzw. dem „demokratischen Zentralismus" abgelöst werden.

---

[113] Lenin hatte die mögliche Kombination der Sowjetmacht mit modernem Staatskapitalismus als besonderen Übergangsgesellschaftin einem rückständigen Lande wie Rußland bezeichnet (vgl. Anm. 109 u. 111).

[114] Im Zusammenhang der Erbe- und Traditionsdebatte, vgl. Walter Schmidt, Aspekte der Erbe- und Traditionsdebatte in der Geschichtswissenschaft (SB AdW d. DDR, 1 G/1988), Berlin 1988.

Wie die bürgerliche Gesellschaft insgesamt auf den Übergang zum Sozialismus/Kommunismus, so wurden auch die vorkapitalistischen Produktionsweisen auf die Entwicklung zum Kapitalismus und Sozialismus projiziert. Dadurch entstand generell ein teleologisch verengtes Bild der Formationsgeschichte - sowohl vor als auch im Kapitalismus, hinsichtlich der modernen bürgerlichen Gesellschaft und Kultur ebenso wie der auf großer Industrie und Marktbeziehung gegründeten Produktionsweise und ganz besonders im Hinblick auf außereuropäische Formationsentwicklungen und Kulturen.

4. Der Formationsbegriff des "Kapitalismus" enthielt Arbeiterklasse und "Sozialismus" bzw. "Kommunismus" nicht nur als Ausdruck seiner systemspezifischen sozialökonomischen Widersprüchlichkeit, die alternative Perspektiven impliziert, sondern als einzige Lösung für eine progressive Zukunftsgestaltung. Formationstheorie, bei Marx Theorie historischer Formierung, wurde als Handlungstheorie nicht entwickelt. Die „Mission" der Arbeiterklasse blieb daher schematisch, auch in der Beziehung zu den anderen Bündnispartnern im „weltrevolutionären Prozeß". Bis zuletzt wurde an der Fiktion von der transformierende Kraft der sozialistischen Länder unter Führung ihrer Parteien im Bunde mit der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Zentren und der Befreiungsbewegung der kolonial unterdrückten Völker gegen den Imperialismus, zusammen als die drei „Hauptströme des weltrevolutionären Prozesses" sanktioniert und hypostasiert, festgehalten. Der Ausfall dieser schon lange vor 1989 wirklichkeitsfremden Perspektive hinterläßt einen Problemstau. Wie schon angedeutet, liegt in der Ratlosigkeit über Kräfte und Triebkräfte künftigen Wandels die Krux aller Konzepte sozialer Veränderung. Aber für an Marx orientierte Perspektiven gilt dieses Dilemma in besonderem Maße, da hier eine Grundsäule seiner Lehre, daß nämlich das Proletariat imstande sein werde, die gesamtmenschliche Emanzipation zu erreichen, trotz der unstreitigen Transformationsleistungen der Arbeiterbewegung im 19. und 20. Jh. in dem entscheidenden Punkte einer zwingenden Formationsalternative utopisch geblieben ist.

VI. Multiversalität versus Universalität? Umrisse einer globalen Formationsgeschichte.

Versuchen wir, „Formationsgeschichte" im Hinblick auf die neuen „globalen" Verhältnisse kritisch umzudenken, so ergeben sich sowohl

aus den Leistungen als auch aus den Grenzen und Defiziten der vorhandenen Ansätze eine Reihe weiterführender Anregungen, die abschließend unter methodologischen Gesichtspunkten, als Ansätze einer revidierten historischen Formationsanalyse, skizziert werden sollen.

1. *Die neue Qualität der Formationsprozesse erfordert eine veränderte strukturell-genetische Perspektivität des Formationsbegriffs.*[115] Die Veränderungen der „globalen Revolution" greifen tief in alle Lebensbedingungen ein. In den hochentwickelten Zentren USA, Europa, Japan und immer mehr auch denen Südostasiens verändern sich das Mensch-Technik-Verhältnis und der allgemeine Stellenwert der Industrieproduktion; die Erzeugung und Reproduktion der materiellen Lebensbedingungen kann von immer weniger Menschen besorgt werden. Die gängigen Begriffe „postindustrielle Gesellschaft", „Dienstleistungs-" und „Kommunikationsgesellschaft", die Debatten über künstliche Intelligenz und Gentechnologie sind Indizien dafür, daß die Grundlagen der Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Formationsprozesses, d.h. in der Marxschen Terminologie der Produktionsweise, betroffen sind. In den innovativen Branchen und am weitesten fortgeschrittenen Regionen entstehen, von der Entwicklung der Produktivkräfte, des gesellschaftlichen Reichtums, der kulturellen und zivilisatorischen Möglichkeiten her betrachtet, Formierungspotentiale, wie sie nach dem Marxschen Entwurf erst in der eigentlichen Geschichte der "gesellschaftlichen Menschheit" nach der Überwindung der klassenantagonistischen Formationsentwicklung als möglich angesehen wurden.

Insgesamt verändert sich das innere Gefüge der Beziehungen, die die Menschen bei der Sicherung ihrer Lebensbedingungen eingehen, in vieler Hinsicht. Die Faktoren der Formationsbildung sind nicht gleich geblieben, weder innerhalb der materiellen Verhältnisse und ihrer Erzeugung noch in deren Wechselwirkung mit neuartigen "Verkehrsformen" in den Bereichen der Kommunikation, allgemein der Dienstleistungen und vor allem auch durch die wachsende Bedeutung geistigen Kapitals. Zugleich bedeutet „Globalisierung" aber nicht nur weltweite Ausbreitung dieser modernsten Veränderungen, sondern umgekehrt auch die allgegenwärtige Präsenz von Widersprüchen aus allen Stadien der modernen Transformation und ihren Kollisionen mit alten Kulturen.

---

[115] Vgl. Manfred Kossok, Von der Universal- zur Globalgeschichte, in: Diesener (Hg.), Lamprecht, S. 352-369, bes. S. 356 ff.

Aus alledem folgt aber, daß Begriffe wie „Produktivkräfte", „Produktionsweise". „Produktionsverhältnisse" , die aus der Analyse der kapitalistischen Ökonomie Mitte des 19. Jahrhunderts stammen, heute der inhaltlichen Überprüfung bedürfen, ob und wie sie auf die neuen Transformationsprozesse übertragen werden können. Für die Innovationen der „globalen Revolution" gilt das noch weit stärker als für die vorkapitalistischen Epochen, für die eine je spezifische Inhaltsprüfung der Begriffe schon von Marx selbst und dann in späteren Diskussionen gefordert wurde.[116]

2. *In historischer und perspektivischer Hinsicht ist „Kapitalismus" als Formationsbegriff im Zusammenhang der „globalen Revolution" in größeren Dimensionen zu bestimmen. Die Multiversalität des Kapitalismus zieht dabei auch eine multiperspektivische Zuordnung des Sozialismus nach sich.* Im Verlaufe des 20. Jahrhunderts hat sich die Typenvielfalt "kapitalistischer Produktionsverhältnisse" durch die weitere Ausdehnung dieser Produktionsweise erst in universaler (kolonialer, imperialistischer) und nun in globaler Dimension ungeheuer erweitert. Von den grundlegenden Veränderungen seit Ende der 1960er Jahre ist mit der Entstehung neuer „strategischer Zentren" noch eine weit größere Bandbreite abzusehen. Schon dabei wird deutlich, daß der Begriff "kapitalistische Produktionsverhältnisse" selbst inzwischen formationell nicht mehr eindeutig ist.

Diese Unschärfe gilt generell und verstärkt in der Gegenwart auch für die politischen, rechtlichen, ideologischen und kulturellen wie auch die administrativ-institutionellen Formationen moderner Gesellschaften. Deren konstitutive Bedeutung für gesellschaftliche Ordnungen z.B. in der jeweiligen konkreten Verquickung ethisch-religiöser und sozialökonomisch-politischer Impulse wird heute unter dem Vorzeichen globaler Multiversalität besonders wichtig.[117] Bei der notwendigen Einbeziehung dieser Faktoren fällt es noch wesentlich schwerer, über alle Länder, Kulturen und Kontinente eine einzige homogene Formation zu konstru-

---

[116] In der sowjetischen Diskussion fanden Vorschläge, nur den Kapitalismus als im Wortsinne *ökonomische* Gesellschaftsformation zu bezeichnen, aus Gründen der Systemdogmatik entsprechende Ablehnung, vgl. L.V. Danilova u.a. (Red.), Problemy istorii dokapitalističeskich obščestv, Bd.1, Moskau 1968

[117] Vgl. hierzu die Marx-Weber-Diskussion vor allem der 1970er und beginenden 1980er Jahre.

ieren, die den bisher angelegten strengen Systemkriterien einheitlich gerecht werden könnte.

Das Marxsche Totalitätskonzept, wonach der Kapitalismus entweder neue, eigene Verhältnisse schafft oder sich die vorgefundenen unterwirft, trifft zwar die immer neue Reproduktion der Grundwidersprüche und ihrer wesentlichen Konsequenzen nach wie vor. In dieser Beziehung bedeutet Globalisierung weiterhin auch Universalisierung, aber eben nur in dem ganz allgemeinen Sinne der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Grundqualität aller Formationsprozesse, die ja auch ex negativo am Schicksal des mittel- und osteuropäischen Sozialismus abzulesen ist.

Wie gezeigt, sollte die großindustriell-marktwirtschaftliche, „modernbürgerliche" Produktionsweise bei Marx aber nur den Abschluß, die Kulmination und transformatorische Negation der klassenantagonistischen Entwicklungsreihe darstellen, deren eigentliche Grundlage die agrarisch-traditionale, auf Naturalaustausch beruhende Produktions- und Reproduktionsweise war. Mit dem Wegfall der Systemperspektive einer sozialistisch-kommunistischen Universalformation legt der Ansatz, den Marx im Spätwerk im Vergleich der Urgesellschaften und der klassengesellschaftlichen Formationen entwickelte, nunmehr nahe, die "moderne Produktionsweise" selbst, über ihre *bürgerlich*-privatkapitalistische Primärstufe in Europa und Nordamerika hinaus, als jene "tertiäre" Entwicklungsreihe zu betrachten, die diesem Übergang folgen sollte. Das würde vom methodischen Ansatz her bedeuten, die spezifische Unterscheidung von Formationssystemen und -prozessen unterhalb des Begriffes „Kapitalismus" anzusetzen. Innerhalb der „Moderne" und ihrer weiteren Transformation, die von der euroamerikanisch zentrierten „Universalisierung" nunmehr in die multiversale Globalität übergeht, müßten, wenn das zutrifft, analog zu den asiatischen, antiken und feudalen Verhältnissen der sekundären Reihe neue spezifische Strukturen und Prozesse als Formationen ausdifferenziert werden - als unterschiedliche Formierungen von Gesellschaften, die auf Markt, großer Industrie, ständiger technisch-wissenschaftlicher Innovation beruhen und in denen Verfügung über Kapital und Lohnabhängigkeit die Grundlage von Produktion, Distribution und Herrschaft bilden.

„Kapitalismus", „Sozialismus" und „Moderne" stehen somit zueinander in einer *formationellen Beziehung möglicher Identität, Divergenz und Alternativität*. "Sozialismus" kann nicht mehr als die ausschließliche Transformationszukunft, als Ziel des Wandels verstanden werden, son-

dern ist als Teil der Lösung der "Weltproblematik" und der "Weltlösungsstrategie" im Sinne des Club of Rome zu begreifen - als grundsätzliche Möglichkeit und Alternative *innerhalb* modernen Wandels, nicht gegen die Moderne als bürgerlich-zivile Gesellschaft. "Kapitalismus" muß vice versa in Beziehung zur modernen Transformation insgesamt gesehen und aus einer vorschnellen Fehlidentifikation mit dieser gelöst werden, gerade um ihn nicht im Modernebegriff verschwinden zu lassen, sondern um Alternativen zu den kapitalistisch geprägten Disproportionen und Widersprüchen der bestehenden modernen Gesellschaften bestimmen zu können.

3. *„Globalität", „Dezentrierung" und „Multiversalität" heben weder die Frage des Fortschritts noch die nach den subjektiven Fortschrittsträgern auf.* Infolge der weltweiten Dominanz von Kapitalverhältnissen müßten deren Träger und Akteure auch die Adressaten ebenso wie die Ausführenden von Ideen des Wandels sein. Marx sah die ausgebeutete produktive Klasse in dieser Rolle; aber die moderne Transformation und noch wesentlich verstärkt die gegenwärtigen Veränderungen haben die Gesamtheit der Lohnabhängigen in allen Weltteilen ebenso in differenzierte und gegensätzliche Schichten aufgespalten, wie die gesellschaftlichen Formationen divergieren, die von der modernen Produktionsweise hervorgebracht wurden.

Auf der anderen Seite sind die ökonomischen und politischen Entscheidungsträger schon lange nicht mehr die „bürgerlichen Klassen" im alteuropäischen Sinne der klassischen Moderne. Zu diesen besteht soziale und institutionelle Kontinuität höchstens teilweise in den alten Metropolen. Die abstrakte Gemeinsamkeit der „Bourgeoisie" im ökonomisch-theoretischen Sinne wird jedoch historisch konkret nur in den spezifischen Formierungsverhältnissen der einzelnen Länder. Hinsichtlich des entscheidenden Verhältnisses von marktwirtschaftlich-unternehmerischen Impulsen und sozial regulierter, humaner und ökologischer Existenzsicherung sehen wir auf dieser Seite ebenso gegensätzliche und sich immer wieder neu differenzierende historische Handlungssubjekte wie unter den Lohnabhängigen.

Die ökonomisch-theoretischen Abstrakta „Bourgeoisie" und „Arbeiterklasse" stehen zwar unverändert für grundsätzlich verschiedene und gegenläufige Interessen, aber nicht mehr für das universale „Wer-wen" von Klassenkampffronten und Systemen. Sie taugen auch nicht für ein Entweder-Oder der Macht- und Herrschaft der einen im „Kapitalismus" und

der anderen im „Sozialismus", wie sie sich realhistorisch gegenüberstanden. Dem widerspricht nicht, daß Konzerne, Banken und Unternehmerverbände ihre Interessen gegen Gewerkschaften und politische Formierungen der Arbeiterbewegung weiterhin in harten Klassenkonflikten verfolgen und es auch seitens der Betroffenen kapitalistischer Ungleichheit soziale Widerstandsbewegungen in traditionellen und neuartigen Formen geben wird. Ich meine nur, daß diese Konflikte für sich genommen nicht mehr die formativen Entscheidungen im Sinne des bisherigen Formations- und Revolutionsverständnisses bringen können.

Das würde einen einheitlichen Welt-Klassenkampf einer universalen Bourgeoisie gegen ein universales Proletariat voraussetzen. Genau von dieser Möglichkeit der großen revolutionären Konfrontation mit epochal zwingender Richtung hat sich die Formationsentwicklung im letzten Jahrhundert mit immer größerer Geschwindigkeit entfernt - und dies gerade im Ergebnis der gewaltigen Anstrengungen, die im 20. Jahrhundert gemacht wurden, um sie zu erzwingen und ein für allemal zu entscheiden. Auch darin besteht die Distanz, die die „globale Revolution" vom traditionellen „neuzeitlichen Revolutionsbegriff" nach den Mustern von 1789 und 1917 trennt, die nach Kossoks Urteil heute sämtlich veraltet sind.[118]

Der erreichte Stand der zivilisatorischen Mittel und ihrer technischen Destruktionspotentiale würde heute weder die oft katastrophalen Umstände der Formationsübergänge in traditionalen Kulturen, noch gar die Gewalt mit den Machtmitteln der modernen Gesellschaft erlauben, ohne daß die Katastrophe weltweite Dimensionen annähme. Das haben die katastrophalen Folgen des gewaltsamen Austragens von Konflikten im 20. Jahrhundert bereits sehr deutlich angezeigt.

Diese Situation erfordert neue Konstellationen gestaltenden Handelns, d.h. vor allem: eine ebenfalls multiversale, nicht mehr monistisch auf eine Klasse festgelegte Subjektivität, um neue Lösungswege zu öffnen - Reformstrategien unter Einbeziehung aller relevanten Kräfte in den Zwang des Transformationsdrucks, Formierung einer Weltgemeinschaft. Die Alternative dazu sind Katastrophen einschließlich der Möglichkeit des Untergangs zumindest der heute erreichten Zivilisation. Der Preis

---

[118] Vgl. Manfred Kossok, Was bleibt von der Revolution und ihrer Theorie. Ein Gedankenspiegel in dreizehn Thesen, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 12/Dez. 1992, S. 20.

dafür, so weiterzumachen wie bisher, „die Alternative zu einer umgewandelten Gesellschaft, ist Finsternis."[119]

Diese Gesichtspunkte resümierend, lautet meine Hauptthese: Ein Entweder-Oder im Sinne des Nacheinanders sich ausschließender und gegenseitig sukzessive ablösender Systemtotalitäten realer Sozialismus versus realer Kapitalismus hat sich als Illusion der Revolutionäre von 1917 und später als borniert falsches Bewußtsein der herrschenden Parteien im realen Sozialismus erwiesen. Marktwirtschaftlich begründete, Privateigentum einschließende Innovationskraft einerseits und soziale gesamtgesellschaftliche Regulierung andererseits sind Grundzüge moderner Transformation (und im übrigen auch Generalthema des gesamten "Diskurses der Moderne"), die geschichtlich in eine Vielfalt von Wechselbeziehungen und Formierungen eingetreten sind und noch eintreten werden.

Der Transformationsdruck der Gegenwart verlangt sicher tiefe Einschnitte, aber nicht Aufhebung des einen durch das andere Prinzip. Die Alternative zu den Widersprüchen bisheriger kapitalistischer Formierung kann nicht in der Ausrottung und Ausgrenzung oder, wo noch gar nicht vorhanden, im Überspringen der Entwicklung unternehmerischer Rationalität bestehen. Wirkliche "Weltlösungsstrategien" können sich aber ebensowenig auf einer dogmatischen euroamerikanisch- bürgerlich-kapitalistischen, im Grunde heute neoliberalen Perspektive gründen. Die Konsequenzen zeigen sich bereits in der Hilflosigkeit der davon geleiteten politischen Konzepte gegenüber den in allen Weltregionen aufbrechenden neuen und wiederbelebten alten Konflikten, besonders aber gegenüber den vom "Club of Rome" genannten Dringlichkeiten der Existenzsicherung: Abrüstung, Ökologie, ökonomische Entwicklung. Die Nagelprobe für unser Anliegen, die Formationstheorie in analytischer und perspektivischer Absicht für die gegenwärtig aktuellen Forschungs- und Orientierungsfragen zu reformulieren, kann nur der Versuch sein, die moderne Formationsgeschichte neu zu schreiben. Das konnte hier natürlich nicht geleistet werden. Die vorstehenden Überlegungen sollten aber zumindest Umrisse möglicher Wege unter methodologischen Aspekten, vom Denkansatz her, aufzeigen und Anregungen zur weiteren Diskussion des Formationsansatzes geben, der - davon bin ich überzeugt - für die heutigen Perspektivenproblem wichtig geblieben ist.

---

[119] Hobsbawm, Zeitalter, S. 720.

Wolfgang Eichhorn

Über Gesellschaftsformation und -transformation[1]

Urteile über geschichtliche und zeitgeschichtliche Ereignisse beruhen, ob man es will oder nicht, ob man es akzeptiert oder leugnet, stets auf philosophischen Grundannahmen über Geschichte. Diese sind immer da und immer wirksam. Sie geben dem Nachdenken eine bestimmte Richtung und determinieren sowohl im wissenschaftlichen wie im Alltagsbewußtsein in entscheidendem Maße, was aus der Überfülle der täglich einstürmenden Informationen als Erfahrungsmaterial ausgefiltert und als Erinnerung festgehalten wird.

Da sie Denken leiten, können sie es auch fehlleiten. Das haben philosophische Denkvoraussetzungen historischer Urteile mit allen theoretischen Entwürfen (und überhaupt mit allen ideellen und materiellen Instrumenten) gemein, und sie pflegen in diese Richtung umso mehr zu wirken, je weniger man sich ihrer bewußt wird oder je mehr sie gar zum Vorurteil geworden sind. Es ist daher empfehlenswert, sie einer ständigen kritischen Prüfung zu unterziehen. Das dürfte gerade angesichts der dramatischen geschichtlichen Wandlungen, die das Ende des Jahrhunderts begleiten, angebracht sein. Denn da ist eine Krise der großen Theorieentwürfe, die auf die Gestaltbarkeit von Gesellschaft mit Hilfe geschichts- und sozialwissenschaftlicher Erkenntnis zielen[2], ebenso unübersehbar wie das dringende Bedürfnis nach eben solchen Entwürfen. Die Situation muß jeden Theoretiker, der auf dem Feld der Geschichte arbeitet, beunruhigen, es sei denn, er zählt zu jenen, welche die allgemeine theoretische Unsicherheit und die eigenen Unfähigkeit, etwas zu ihrer Behebung zu tun, kurzerhand unter der Lyotard-Losung "Kampf dem Ganzen" in höchste theoretische Tugenden umdeuten oder sich darin gefallen, die momentan herrschenden Verhältnisse als der Weisheit letzten Schluß anzusehen, was natürlich auch nichts anderes ist als eine "große Erzählung".

Auf dem Prüfstand steht auch das theoretische Konzept der Gesellschaftsformation. Das Desaster eines als sozialistisch deklarierten Gesellchaftsmodells muß schon Zweifel an der Richtigkeit einer Theorie hervorrufen, die ja

---

1 Erweiterte Niederschrift eines Vortrags, der am 16. Februar 1995 in der Sitzung der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät gehalten wurde.

2 Siehe W. Küttler: Erkenntnis und Form. Zu den Entwicklungsgrundlagen der modernen Historiographie. In: Geschichtsdiskurs. Band 1: Grundlagen und Methoden der Historiographie (Hg.: W. Küttler, J. Rüsen, E. Schulin). S.54.

allgemein als gedankliche Grundlage dieser Konzeption galt. Wenn man auf der Basis der Theorie der Gesellschaftsformation über geschichtsphilosophische Themen gearbeitet hat, ist man es dem eigenen theoretischen Gewissen schuldig, in den aufgeworfenen Fragen um Tiefenprüfung - auch zu eigenen Arbeiten - bemüht zu sein, zumal dann, wenn man - wie der Verfasser dieser Zeilen - die Absicht hat, auf der Grundlage dieser Theorie weiterzuarbeiten. Das setzt voraus, kritisch zu fragen, was - nach heutiger Erfahrung und heutigem Wissensstand - von dieser Theorie für Philosophie und Geschichtstheorie bleibende Bedeutung hat, aber auch, was durch die Geschichte relativiert oder als unzutreffend erwiesen wurde.

Formationstheorie - methodologischer Gehalt

Gewöhnlich wird das Konzept der Gesellschaftsformation mit dem wissenschaftlichen Werk von Marx in Verbindung gebracht und dabei mehr oder weniger gleichgesetzt mit der Behauptung, daß sich alle Geschichte in der Stufenfolge Urgemeinchaft - Sklaverei - Feudalismus - Kapitalismus (auf den der Sozialismus folgt) entwickle.[3] Beides ist nicht richtig. Zwar wurde die Vorstellung, daß sich in der Geschichte ein Formierungsprozeß der Gesellschaft abspielt, in dem sich qualitativ unterschiedliche Formierungsstufen ausprägen, von Marx vor allem im Hinblick auf die Entwicklung und die Perspektiven der kapitalistischen Gesellschaft methodologisch fruchtbar gemacht.[4] Aber diese Idee selbst ist durch recht verschiedenartige Stränge der europäischen theoriegeschichtlichen Entwicklung des 18. und frühen 19. Jahrhunderts vorgedacht.[5] Das ist das eine. Zum anderen muß gesagt werden, daß die Behauptung, die Geschichte vollziehe sich in jener universalgeschichtlich obligatorischen Stufenfolge, bei Marx gar nicht vorkommt.[6] Die Vorstellung, die Geschichte werde gewissermaßen durch

---

3 Auf die Debatte über die "asiatische Produktionsweise" wird nicht weiter eingegangen. Ihre Interpretation als weitere Stufe einer universalgeschichtlich obligatorischen Folge ändert nichts Wesentliches an der uns hier interessierenden Frage.

4 Im Vorwort zur ersten Ausgabe und im Nachwort zur zweiten Ausgabe des ersten Bandes des "Kapital" bezeichnet sie Marx geradezu als das Wesen der in diesem Werk praktizierten Methode. (Siehe MEGA II/6. S. 68, 704 ff)

5 Siehe H.-P. Jaeck: Die materialistische Erklärung des gesellschaftlichen Formationsprozesses. Zur Entstehung des Kategoriensystems der dialektisch-materialistischen Geschichtsauffassung von Karl Marx und Friedrich Engels. In: Formationstheorie und Geschichte. Berlin 1978 (Hgg. von E. Engelberg und W. Küttler); ders.: Adam Ferguson - Gesellschaftstheoretiker, Moralphilosoph, Historiker. In: Geschichtsdiskurs Bd. 2: Anfänge modernen historischen Denkens. Frankfurt a. M.

6 Auch nicht im Vorwort zu dem Werk "Zur Kritik der politischen Ökonomie", wo es heißt, in "großen Umrissen" könne man asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als "progressiven Epochen ökonomischer Gesellschaftsformation" bezeichnen. (MEGA II/2. S. 101) Hier ging es Marx, wie der anderthalbseitige Kontext zeigt, überhaupt

einen universell gültigen Geschichtsfahrplan beherrscht, war ihm völlig fremd.[7]

Selbstverständlich gibt es bei Marx Aussagen formationstheoretischer Art, die aus heutigem Blickwinkel unhaltbar oder überholungsbedürftig sind. Wolfgang Küttler hat dazu einiges gesagt. Das betrifft einige Theoreme über Klassen und Klassenkampf, vor allem über die weltgeschichtlichen Rolle der Arbeiterklasse, einige Fragestellungen zur künftigen kommunistischen Gesellschaft u. ä. Unstreitig kann man bei Marx auch einen europaorientierten Blickwinkel konstatieren, der allerdings mit Marx' Hauptinteresse, der Analyse der kapitalistischen Produktionsweise, verbunden war und der sich daher auch nicht mehr findet, sobald Marx sich über außereuropäische Verhältnisse äußerte und die Forschung ihm entsprechendes empirisches Material an die Hand gab.[8] Man kann auch - etwa bei Engels - noch gewisse Einflüsse eines traditionellen starr-deterministischen Gesetzesverständnisses finden, wobei die Gerechtigkeit gebietet zu betonen, daß Engels zu jenen wenigen Denkern des 19. Jahrhunderts gehört, die am meisten getan haben, um es zu überwinden. Jedenfalls finden wir in der klassischen marxistischen Literatur nirgends jenes allgültige Abfolgegesetz. Marx

---

nicht darum, eine allgemeingültige Entwicklungsfolge aufzuweisen; vielmehr griff er jene gesellschaftlichen Formen heraus, die nach dem damals verfügbaren Erkenntnisstand (und dieser Erkenntnisstand war in den Hauptzügen der in Europa oder doch weitgehend aus europäischer Sicht gewonnene) in der zivilisatorischen und kulturellen Entwicklung hin zur kapitalistischen Produktionsweise sozusagen als Knotenpunkte eine besondere Rolle spielten. Darauf verweist auch der Terminus "progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation". Dabei lag es Marx ganz fern, eine abgesicherte Erkenntnis vorzutragen. Der Hinweis, man könne in "großen Umrissen" bestimmte Stufen benennen, bekundet sozusagen die Bereitschaft, diese Skizze an Hand vorliegenden oder neu zu findenden Materials jederzeit zu präzisieren, zu verändern, zu korrigieren, zu überholen. Zwar begriff Marx Sklaverei und Leibeigenschaft als Grundformen sozialökonomischer Gestaltung, die dem Kapitalismus vorhergingen, aber nirgendwo ließ er sich einfallen, daraus ein allgemeingültiges Entwicklungsschema zu machen.

7 Der Versuch, die Vorstellung von einem universalgeschichtlichen Verlauf an der zurückliegenden Geschichte selbst zu verifizieren, führt zu großen Schwierigkeiten (Siehe dazu W. Eichhorn/W. Küttler: " ... daß Vernunft in der Geschichte sei". Berlin 1989. S. 45 ff). Man kann allenfalls in der europäischen Geschichte eine realgeschichtliche Entsprechung dieser Folge ausmachen, aber auch das nur im Sinne eines Nacheinanders territorial und ethnosozial wechselnder Zentren, das in unserer retrospektiven Abstraktion als Aufeinanderfolge sichtbar wird. Und auch da kann von einer allgemeingültigen Abfolge keine Rede sein. Übrigens zeigen auch allgemeine methodologische Erwägungen evolutionstheoretischer Art, daß das Bestreben, derartige universelle Ablaufgesetze ausfindig zu machen, generell verfehlt ist. Das hat unser so früh verstorbenes Mitglied Ulrich Röseberg in einer seiner letzten Veröffentlichungen überzeugend entwickelt (Einmaliges und Gesetzmäßiges. Naturwissenschaftliche Evolutionsforschung auf dem Wege zur Geschichtswissenschaft? In: Dialektik. 1993, Heft 3)

8 Siehe dazu vor allem: Karl Marx über Formen vorkapitalistischer Produktion. Hgg. u. eingel. von H.-P. Harstick. Frankfurt/New York 1977; ferner: The Ethnological Notebooks of Karl Marx (H.: L. Krader). Assen 1974. Vergleiche auch B. Brentjes: Exzerpte von Karl Marx zu Grundeigentumsformen bei den Pathanen und einige Bemerkungen zu diesem Problem anhand neuer Studien. In: Wiss. Zeitschr. d. Univ. Halle XXXII'83 G, H. 2.

warnte ausdrücklich und mehrfach vor solcher Sichtweise, und er grenzte sich von jedem Bestreben ab, einen theoretischen Universalschlüssel für die Geschichte zu finden.[9]

Was an Marx' formationstheoretichem Konzept wirklich wichtig und bewahrenswert ist, liegt auf einer ganz anderen Ebene. Es besteht in dem an die europäische Aufklärung anknüpfenden und doch zugleich aufklärungskritischen Anliegen, dem Entwicklungsprozeß der menschlichen Gesellschaft, den die Menschen selber bewerkstelligen, indem sie ihr Leben produzieren und reproduzieren, auf die Spur zu kommen und daraus Konsequenzen für die sachliche Kritik des Bestehenden und die Umgestaltung der Gesellschaft in Richtung auf die Befreiung der arbeitenden Klassen und die menschliche Emanzipation überhaupt zu gewinnen. Und in diesem Sinne thematisiert das formationstheoretische Konzept vor allem: a) die grundlegende Rolle, die der Produktion und Reproduktion des materiellen Lebens der Menschen bei der Formierung der Gesellschaft zufällt, vor allem der Entwicklung ihrer produktiven Kräfte in der Wechselbeziehung einerseits mit der Natur, andererseits mit den Produktionsverhältnissen, den sozialen Strukturen, den Institutionen und ideologischen Formen; b) den Vergesellschaftungssprozeß, der von familiär-lokalen Dimensionen zwischenmenschlicher Verkehrsformen zu sich weiter ausdehnenden und schließlich globalen Verflechtungen voranschreitet und dabei von Anbeginn ein sich ausweitendes Gesellschaft-Biosphäre-System mit all seinen Widersprüchen erzeugt[10]; c) die Formung geschichtlich bestimmter gesellschaftlicher Qualitäten (Stufen) im Wechselverhältnis ökonomischer, sozialer, politischer, institutioneller, geistig-kultureller Lebensbereiche und das Auftreten von Instabilitäten infolge innerer und äußerer Widersprüche, wodurch gesellschaftliche Transformationen - im speziellen politische und soziale Revolutionen - auf die Tagesordnung der Geschichte treten.

Im Vordergrund der Aufmerksamkeit steht hier das theoretische Instrumentarium, das sich eignet, Geschichte als Entwicklungsprozeß gedanklich zu reproduzieren und so für perspektivische und prospektive Interessen genutzt werden kann, kurz, es geht um das Methodologische. Die Orientierung auf

---

9 Besonders eindringlich in den Entwürfen der Briefe an Vera Sassulitsch (MEW Bd. 19. S. 384 ff) und in dem schließlich abgeschickten kurzen Brief selbst (Ebenda S. 242/43) (Französicher Urtext der Entwürfe und des Briefs in MEGA I/25). Zu verweisen ist auch auf seine Kritik an der Bildung schiefer "Feudalisationsanaloga" bei der Interpretation der Eigentumsverhältnisse im mittelalterlichen Indien, im arabischen und türkischen Raum (Karl Marx über Formen vorkapitalistischer Produktion. Hgg. u. eingel. von H.-P. Harstick. Frankfurt/New York 1977. S. 99 e. a.).

10 Die Mensch-Naturproblematik als Aspekt der formationellen Entwicklung der Menschheit ist nicht Gegenstand dieses Vortrags. Hierzu sei verwiesen auf die verdienstvolle Arbeit von K. H. Tjaden: Mensch-Gesellschaftsformation-Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur. Kassel/Bamberg 1990.

reale Gesellschaftssysteme und Prozesse, die sich in der normalen Lebenspraxis der Menschen täglich und im Massenumfang ausbilden, reproduzieren, wandeln, auf "Geschichte von unten" - das ist der entscheidende Gesichtspunkt. Man muß sich also lösen nicht nur von der Identifikation der Formationstheorie mit Abfolgeschemata, sondern auch von der Vorstellung, Gesellschaftsformationen seien sich identisch reproduzierende, in sich über Jahrhunderte hinweg unbewegliche, voneinander abgeschlossene Gebilde. Statt dessen müssen die unterschiedlichen Dimensionen des Formierungsprozesses[11] - ich verweise wieder auf das von Wolfgang Küttler Gesagte - und die realgeschichtliche Vielfalt der Gestaltungsformen[12] ebenso hervorgehoben werden, wie die Einheit von Kontinuität und Kontinuitätsbrüchen, die Widersprüchlichkeit, die zeitlichen Verwerfungen und Wechselbezüge, die Übergangsformen und -prozesse, die Möglichkeit von Synthesen unterschiedlicher Gesellschaftsformen.

Schematismus und Epochebestimmung (1957)

Übrigens hat sich die Interpretation des Formationsgeschehens im Sinne jener universalgeschichtlichen Stufenfolge erst im 20. Jahrhundert ausgebildet, und die Verwandlung der 5-Stufen-These in ein Prokrustesbett, in das die Geschichte aller Länder, Regionen und Völker eingezwängt wurde, griff erst Raum, als man begann, die Einlassungen Stalins aus dem Jahre 1938[13] zu kanonisieren. Mit der Methodologie, die sich bei Marx mit dem Begriff der Gesellschaftsformation verbindet, hatte das nur noch sehr wenig zu tun, und die Konsequenzen für die Idee des Sozialismus waren verderblich. Da ging es nun schon eindeutig darum, der damals praktizierten Gesellschaftspolitik und Herrschaftsstruktur eine scheinbar unumstößliche historisch-nomologische Legitimierung zu verschaffen. Daher das simplifizierende Schema: a) In der Geschichte wirkt eine allgültige Abfolgegesetzlichkeit, kraft deren jede Stufe mit unabwendbarer geschichtlicher Notwendigkeit auf die vorherige folgt und nun also der Kapitalismus ebenso notwendig durch den Sozialismus ersetzt wird. (b) Der sowjetische Gesellschaftstyp wird mit "dem" Sozialismus schlechthin identifiziert[14]; ein bestimmter (der in der

---

11 Siehe D. Pasemann: Kapitalismus-Analyse und historisch-materialistische Untersuchung der Formationsentwicklung (1852 bis 1867).

12 Anderson schreibt: "Im marxistischen Gebrauch dient der Begriff der Gesellschaftsformation dazu, die Pluralität und Heterogenität der innerhalb einer gegebenen historischen und gesellschaftlichen Totalität möglichen Produktionsweisen hervorzuheben." (P. Anderson: Von der Antike zum Feudalismus. Frankfurt a. M. 1978. S. 22)

13 J. W. Stalin: Über dialektischen und historischen Materialismus. In: Fragen des Leninismus. Moskau 1947. S.669 ff

14 Das ist zwar auch insofern geschichtlich verständlich, als dieser Weg, wie auch Georg Fülberth richtig vermerkt, von Anbeginn an und für lange Zeit als das einzig mögliche "Modell" der

Sowjetunion eingeschlagene) Weg wird - zudem noch unkritisch - konzeptionell verabsolutiert.

Auch die in der Konferenz kommunistischer und Arbeiterparteien 1957 vorgenommene Deutung der Gegenwartsepoche als "Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland eingeleitet wurde"[15], ging eben von diesem theoretischen Schematismus aus, und ihre politische Handhabung barg ihn immer in sich. Das mußte einerseits darauf hinauslaufen, ein bestimmtes Gesellschaftskonzept als Endzeitverheißung - als Erfüllung der ganzen geschichtsobligatorischen Kette - zu kreieren, was jeder dialektisch-materialistischen Einsicht entgegensteht. Andererseits führte es zu einem simplifizierenden, die Problemsicht verengenden und über weite Strecken kontraproduktiven strategischen Konzept.[16] Die Folgen - ich nenne nur den Besitzanspruch auf Kenntnis des Geschichtsverlaufs bei sich vertiefender Kluft zwischen theoretischer Proklamation und geschichtlicher Realproblematik, die Tendenz zur Ausgrenzung anderer Alternativerwägungen und Progressionsbewegungen, die Selbstisolation - sollen hier nicht im einzelnen analysiert werden. Sie erweisen sich jedenfalls als verheerend, bis hin zu dem Orientierungsverlust und den heute noch vorhandenen Irritationen, die der Zusammenbruch Ende der 80er Jahre bewirkte. Dieses Epochekonzept ist offenkundig gescheitert. Aber damit scheiterte auch ein Teil des Konzepts der sozialistischen Revolution, so wie es sich im 20. Jahrhundert ausgebildet und speziell in den ebenfalls auf der Konferenz 1957 proklamierten "grundlegenden" und "allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten" der sozialistischen Revolution Ausdruck gefunden hatte.[17]

Das soll nicht falsch verstanden werden. Es geht mir nicht darum, die in dieser Epochedefinition enthaltene weltgeschichtliche Perspektive in toto zu verwerfen. Ich wende mich gegen den mit ihr verbundenen und aus politischem Voluntarismus geborenen theoretischen Schematismus, und daher halte ich es für erforderlich, ihre methodologischen Grundlagen kritisch zu erörtern. Heute ist ja weithin anerkannt, daß gesellschaftstransformatorische

---

revolutionären Umgestaltung erscheinen mußte (G. Fülberth: Der große Versuch. Köln 1994. S.78) - trotz der kritischen Haltung in dieser Frage etwa bei Rosa Luxemburg und bei Lenin selbst.

15 Dokumente der Beratungen von Vertretern der kommunistischen und Arbeitsparteien. Moskau 1957. S. 5. In späteren Tagungen wurden zu dieser Bestimmung andere hinzugefügt, und zugleich wurde sie verengt, speziell mit der Formel "Übergang immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus" (Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien. November 1960. Berlin o. J. S. 10)

16 Detaillierter in W. Eichhorn: Wege und Irrwege einer Transformation. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie. Beiheft 44. 1991. S. 69 ff

17 Dokumente der Beratungen von Vertretern der kommunistischen und Arbeitsparteien. Moskau 1957. S. 15/16

Veränderungen auf der geschichtlichen Tagesordnung stehen - ich bemühe mich zunächst, ganz vorsichtig und möglichst neutral zu formulieren -, welche die gefährlich anwachsenden Menschheitsprobleme möglichst komplexen zukunftsträchtigen, naturverträglichen, humanistisch-emanzipatorischen Lösungen zuführen. Aber von derartigen Veränderungen entsteht ein völlig schiefes und unbrauchbares Bild, wenn sie als determiniert im mechanistisch-deterministischen Sinne - wie er etwa im Denkmodell des sogenannten Laplaceschen Dämon zum Ausdruck kommt - interpretiert werden. Denn hier haben wir es mit weitestgehend offenen Prozessen hochkomplexer Systemveränderungen und Zustandsfolgen zu tun, in denen Kontinuitätsbrüche eine wesentliche Rolle spielen und sich neue Qualitäten in einem unübersehbaren Feld von Zufallsereignissen ausbilden. Eine solche Transformation muß als Gesamtheit möglicher, ganz unterschiedlicher, im Detail nicht vorherbestimmbarer Umgestaltungen verstanden werden. Nur auf diesem methodologischen Hintergrund kann heutzutage von einer sozialistischen oder kommunistischen oder irgendwie anders benannten Transformation sinnvoll geredet werden.[18]

Das Problem mag noch etwas an Hand der bereits angeführten angeblich "allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten" der sozialistischen Umgestaltung verdeutlicht werden. Ist es überhaupt möglich, allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten eines Umbruchsprozesses aufzufinden, der sich in komplexen Systemveränderungen, im Wechselspiel von Kontinuitäten und Sprüngen, in einer Vielzahl möglicher und zum großen Teil unerwartbarer Wandlungen vollzieht und der sich zudem, geschichtlich gesehen, in seinen Anfangsphasen befindet, dessen Entfaltung also noch außerhalb des Erfahrungs- und Wissenshorizonts liegt. Die Frage formulieren heißt, sie zu verneinen. Da sind nur nomologische Aussagen möglich, die lediglich über einige ganz allgemeine Entwicklungsrahmen und Erfordernisse und bestenfalls über einige allgemeine Entwicklungsmöglichkeiten informieren. Man sieht sich da immer weitgehend offenen Perspektiven gegenüber. Man befindet sich auf unsicherem Feld, wo normalerweise schon sehr viel erreicht ist, wenn man mit begründeten Vermutungen über allgemeine Entwicklungsrichtungen arbeiten kann. Für die dialektisch-materialistische Geschichtsauffassung ist das eine prinzipielle methodologische Position. Geht man davon aus, daß wir es mit realen, von politischen Programmen und Doktrinen unabhängigen Prozessen der Gesellschaftsformation und -transformation zu

---

18 Mir scheint, daß das ziemlich genau der Intention entspricht, die Marx und Engels etwa in den Worten formulierten, für sie sei der Kommunismus nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, oder ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten habe. "Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung." (K. Marx/F. Engels: Die deutsche Ideologie. In: MEW Bd. 3. S. 35)

tun haben, so ist eine andere Haltung gar nicht möglich. Wer allerdings der politvoluntaristischen Illusion frönt, derartige Umgestaltungen richteten sich nach Absichten und Plänen, den werden wenig Bedenken plagen, wenn er politische Programmpunkte zu Gesetzesaussagen umtauft.

Hier muß ich einfügen, daß es mir ganz fern liegt, alle historische Theoriebildung, die in marxistischem Sinne betrieben wurde, mit diesem Vorwurf des Geschichtsschematismus zu belegen. In der wissenschaftlichen Literatur und Diskussion zu dieser Thematik, an der ja viele von uns teilnahmen, wurde dieser mehr und mehr durchlöchert. Wolfgang Küttler hat darüber einiges ausgeführt, und er hat auch mit vollem Recht gesagt, daß das nie konsequent geschah.

Nun fragt sich, ob das realgeschichtliche Revolutionsgeschehen des 20. Jahrhunderts mit der Begrifflichkeit von der sozialistischen Revolution, wie sie sich im zwanzigsten Jahrhundert entwickelt hatte, oder von ihr her adäquat faßbar ist. Das will ich nicht generell verneinen, aber ich kann es auch nicht generell bejahen. Darauf komme ich gleich zurück. Schließlich ergibt sich - zumindest mit Bezug auf die seit der Nachmitte des 20. Jahrhunderts anstehenden Umwälzungen - die noch tieferliegende Frage, inwieweit und ob überhaupt heutige Transformationen nach dem Paradigma der Revolutionen der Neuzeit, vor allem des 18. und 19. Jahrhunderts, gedacht werden können. Auch das muß ich in vieler Hinsicht, wenn auch nicht generell, verneinen, jedenfalls gehe ich so weit, von einem notwendigen Paradigmenwechsel zu sprechen. Das wird uns weiter unten noch beschäftigen.

Revolutionäre Durchbrüche im 20. Jahrhundert

Über die revolutionären Geschehnisse des 20. Jahrhunderts, vor allem die russische und die chinesische Revolution - die dabei eindeutig dominierenden Vorgänge - muß von einem formationstheoretischen Konzept her, das von Geschichtsschematismen und Voluntarismen befreit ist, neu nachgedacht werden. Wobei man sich darüber klar sein sollte, daß die Wirkungsgeschichte gerade dieser Umwälzungen alles andere als abgeschlossen ist, wie auch darüber, daß diese Wirkungsgeschichte keine widerspruchsfreie, unvermittelte, geradlinige ist.

Diese Revolutionen sind mit sozialistisch-emanzipatorischer Programmatik angetreten, die zu einem wesentlichen Faktor ihrer enormen Durchbruchskraft wurde. Aber zunächst ist zu fragen, welche realgeschichtlichen Lebensprobleme sie wirklich anpackten und mit welchem Erfolg sie das taten. Die Art, wie 1957 und in der Folgezeit der geschichtliche Inhalt der Gegen-

wartsepoche bestimmt wurde, hat den Blick für den geschichtlichen Zusammenhang dieser Revolutionen mit dem umfassenderen und überaus widerspruchsvollen transformatorischen Geschehen, das gegen Ende des 19. Jahrhunderts einsetzte, zumindest ebenso viel verstellt wie erhellt. Auf der Grundlage der kapitalistisch organisierten großindustriellen Produktionsweise setzten mit der raschen wissenschaftlich-technischen und Produktivkraftentwicklung, mit der wachsenden Rolle monopolistischer und finanzkapitalistischer Organisationen und staatlicher Regulierungsfunktionen transitorische Prozesse ein, die aus klassischen privatkapitalistischem Boden erwuchsen, aber zugleich aus dem Privatkapitalismus hinausdrängten; sie markierten einen strukturellen Wandel des kapitalistischen Systems.[19] Mehr und mehr hatte sich die Ausbreitung der kapitalistischen Herrschaft und der durch sie hervorgebrachten sozialen Konflikte mit dem seit vier Jahrhunderten ablaufenden Prozeß der außereuropäischen Expansion, der Kolonisierung, der Schaffung politischer und ökonomischer Dominanzen und Abhängigkeiten verflochten und zur Aufteilung der Welt unter die imperialen Verbände und Mächte geführt. Dadurch wurden die kapitalistischen Formierungssprozesse einschneidend verändert. Dominierend in der weltpolitischen Entwicklung wurden der mit allen Mitteln geführte Kampf dieser Mächte um die Verteilung und Neuverteilung der Einflußsphären, die Erpressung, Ausplünderung und Entwürdigung der Völker in den kolonialen und abhängigen Ländern, militärisch-machtpolitische Drohungen und Provokationen, Wettrüsten und Aggression.

Stellt man diese veränderten geschichtlichen Umstände in Rechnung, so wird die Aufmerksamkeit vor allem auf zwei ineinander verschlungene geschichtliche Ereignisketten gelenkt, die zugleich (und ganz unabhängig von der politischen Programmatik von Parteien) einen strukturellen Wandel in den sozialökonomischen und sozialpolitischen Voraussetzungen und Tendenzen heranreifender gesellschaftlicher Umbrüche anzeigten.

Da ist **einerseits** das in den neunziger Jahren zuerst in Deutschland auf hochindustrieller Basis in Gang gesetzte Wettrüsten und die zur gleichen Zeit einsetzende Kette von Imperialkriegen: der chinesisch-japanische Krieg (1894/95), der spanisch-amerikanische Krieg (1898), der Burenkrieg (1899/1902), der Panamakonflikt (1901), der russisch-japanische Krieg (1904/05), die Marokkokrisen (1905/06, 1911), die Krise um Bosnien (1908), der

---

19 Was Marx bereits vermerkte; er sah in den Aktiengesellschaften eine "Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst" und eine "Übergangsform zu einer neuen Produktionsweise" (K. Marx: Das Kapital Bd. 3. In: MEW 25. S.454 ff). Ähnlich später auch R. Hilferding: Das Finanzkapital. Berlin 1955. S. 556 ff und W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: LW Bd. 22. S. 209 ff

türkisch-italienische Krieg (1911/12), die Balkankriege (1912/13) und schließlich der erste Weltkrieg (1914/18). Das damalige Weltsystem war durch die Kolonial- und Aggressionspolitik der herrschenden imperialen Mächte und der sie stützenden politischen Kräfte auf eine Bahn geraten, auf der nur der Griff des Menschengeschlechts nach der Notbremse, von dem Walter Benjamin sprach[20], vor dem Abgrund retten konnte.[21] Die russische Revolution vom Februar und vor allem vom Oktober 1917 war - was später auch immer geschehen sein mag - in erster Linie eine von einer breiten Volksbewegung getragene Durchbruchsrevolution, die aus dem entsetzlichen Gemetzel des imperialistischen Weltkrieges hinausführte[22] und zumindest einen Grundstein für die Befreiung der Menschheit vom imperialistischen Krieg legte.

Andererseits war die russische Revolution Glied in einer ganzen Kette revolutionärer Ausbrüche (in Persien 1906/11 und der Türkei 1908, in Mexiko 1910, in Portugal 1910/12, in China vor allem 1911/13 und vor allem in Rußland 1905 und dann im Februar und Oktober 1917). Was diese Revolutionen von den vorausgegangenen Revolutionszyklen unterschied, war, daß sie nicht in den damaligen Zivilisationszentren einsetzten, sondern an deren Peripherie, dort, wo die Konfliktpotentiale des damaligen Weltsystems

---

20 W. Benjamin: Gesammelte Schriften. I.3. (Hg. R. Tiedemann u. H. Schweppenhäuser). S. 1232

21 Siehe G. Fülberth: Der große Versuch. S. 27/28. Daß dies berechtigt ist, zeigt ein Blick in die unmittelbar vor dem Oktoberumsturz geschriebene Arbeit Lenins "Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll" (In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 25. Berlin 1960).

22 "Frieden!" war - zusammen mit der Forderung nach Land und nach Brot - die entscheidende Kampfeslosung, unter der im Februar die zaristische Selbstherrschaft zu Fall gebracht wurde. Sie beherrschte die Masssendemonstrationen im April und Mai und die Verbrüderungsszenen deutscher und russischer Soldaten. Als dann die Kerenskiregierung die russische Armee in die aussichtslose Sommeroffensive jagte und diese das vorprogrammierte Fiasko erlitt, war der gesellschaftliche Zusammenbruch eine Frage der Zeit. Die Bolschewiki um Lenin hatten seit dem russisch-japanischen Krieg eine Friedensprogrammatik vertreten, die sich gegen jegliche Kolonial- und Hegemonialpolitik stellte, für die Niederlage und den Sturz der eigenen imperialistischen Regierung eintrat und sozialistische Wandlungen als Ausweg aus der Lage verfocht. Ansehen und Autorität dieser Partei wuchsen seit dem Sommer des Jahres 1917 praktisch von Woche zu Woche. Was konterrevolutionäre Generale an Provokationen und militärdiktatorischen Putschversuchen in Szene setzten, wirkte kräftig in die gleiche Richtung. Als dann die Bolschewiki in der Hauptstadt die Macht an sich nahmen - durch eine friedlich, geradezu ungestört und planmäßig vor sich gehende Aufstandsaktion -, war das nur die Konsequenz eines längst vor sich gehenden, breiten politischen Willensbildungsprozesses, logisches Resultat eines ohnehin ablaufenden plebiszitären Aktes, Nachvollzug einer Machtverschiebung, die auf politischem Gebiet in der Masse der Arbeiter, Bauern, Soldaten und der radikalisierten Intelligenz bereits stattgefunden hatte. Logisch dann auch der erste revolutionäre Gesetzgebungsakt: Buchstäblich wenige Stunden nach der Machtübernahme wurde das Dekret über den Frieden erlassen. In ihm wurde der Krieg als größtes Verbrechen an der Menschheit bezeichnet, und allen kriegführenden Völkern und Regierungen wurden sofortige Verhandlungen über den Abschluß eines allgemeinen, gerechten, demokratischen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen angeboten. Das war Frieden "von unten".

zusammengeballt und durch Krieg und koloniale Aggression dramatisch zugespitzt hervorbrachen.[23] Sowohl Rußland als auch China waren für diese Situation charakteristisch. Die Tatsache des peripheren Ausgangspunktes ist in der Literatur vielfach betont worden.[24] Das entspricht auch dem weiteren Fortgang der Dinge. Was in der russischen Revolution geschah, hatte bedeutenden Einfluß auch auf die entwickelten Industrieländer. Die dort herrschende Ordnung war in der Öffentlichkeit zutiefst diskreditiert. Sie erhielt tiefe Risse. In verschiedenen Ländern (Finnland, in den baltischen Staaten, Ungarn, Deutschland, Österreich) war sie am Zusammenbrechen. Und doch konnte sie sich immer wieder konsolidieren, wobei sie sich gezwungen sah, innovative und soziale Wandlungen vorzunehmen.

Ganz anders an der Peripherie. Hier wurde die russische Revolution zur Initialzündung eines wirklich weltverändernden revolutionären Prozesses. Von ihr ging eine Woge revolutionärer Stürme aus. Sie überzogen den nordafrikanischen und arabischen Raum, die Türkei, Argentinien und Brasilien, Korea und die Mongolei, vor allem aber China und - in ganz anderer Form - Indien. Das schändliche imperialistische Kolonialsystem wurde untergraben; es brach zusammen und zerfiel schließlich im Gefolge des zweiten Weltkrieges. Der Prozeß setzte sich bis in die 70er Jahre fort (Vietnam, Angola, Mozambique, Nicaragua). Für die weiteren Perspektiven der weltgechichtlichen Entwicklung waren damit die Karten neu gemischt.

Bewegungsrichtungen der Geschichte

Anfangs des zwanzigsten Jahrhunderts zeichnet sich also eine weltgeschichtliche Verschiebung ab. Man kann von einer partiellen Umkehr der Bewegungsrichtung der Geschichte sprechen, womit gemeint ist, daß die Determination geschichtlicher Verläufe nicht mehr - wie in den zurücklie-

---

23 Peripherie meint hier nicht einfach Randgebiet in Bezug auf die Ausbildung kapitalistischer Verhältnisse, sondern vor allem Randgebiet der ökonomischen Entwicklung, insbesondere der Produktivkraftentwicklung, wobei Randgebiet nicht absolute Rückständigkeit bedeutet, sondern Schnittpunkt und Konflikt entwickelter Verhältnisse und Rückständigkeit (was sowohl für Rußland wie für China charakteristisch war). Hier gibt es einen Unterschied zwischen den Revolutionen des 20. Jahrhunderts und den bürgerlichen Revolutionen vor 1789, die zwar auch am Rand der Feudalgesellschaft einsetzten, jedoch in den am weitesten fortgeschrittenen Produktionsgebieten (Florenz, Flandern, England).

24 Verwiesen sei vor allem auf I. Wallerstein: The Modern World System. 3 Bde. New York u. a. 1980-1989; M. Kossok: Fragen der Revolutionstheorie. Das 20. Jahrhundert - eine Epoche der peripheren Revolution. In: 75 Jahre Oktoberrevolution in Rußland. Frankfurt a. M.; W. Küttler: 1789, 1917, 2000 - Gedanken zum Verhältnis von Moderne und Revolution. In: Z. Nr. 20. Dez. 1994. Siehe auch E. Nyikos: "Periphere Revolutionen" im Globalsystem. In: Z. Nr. 20. Dezember 1994 und P. Scherer: Der große Aufstand. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1/1993; ferner N. Chomsky: Wirtschaft und Gewalt. Vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung. Lüneburg 1993. S. 116 e. a.

genden Jahrhunderten - nur von den sogenannten Metropolen zur Peripherie hin verläuft, sondern nun auch von letzterer zu ersteren. Dabei kommt es zu einer Divergenz der Entwicklungstriebkräfte der Geschichte in diejenigen der technoökonomischen Entwicklung einerseits und diejenigen der sozialen Umgestaltung und Völkeremanzipation andererseits. Erstere bringt zusammen mit weitgehend zukunftsbestimmenden Produktivkrafttendenzen und entsprechenden Organisationsformen infolge der herrschenden kapitalistischen Profitorientierung zugleich gefährliche destruktive Tendenzen (Rüstungsproduktion, Arbeitslosigkeit, sich vertiefende Gegensätze zwischen Arm und Reich, Umweltzerstörung) hervor. Die zweite mobilisiert oder revitalisiert - zumindest partiell, aber im allgemeinen mit erheblicher Einflußkraft - mit dem Erwachen der vorher niedergedrückten Völker zugleich eine bis dahin ungeahnte Vielfalt unterschiedlicher institutioneller, kultureller, religiöser Traditionen, darunter eben auch Einflußfaktoren und Ideologeme, die gefährliche, destruktive Fehlentwicklungen bewirken können und bewirkt haben.

Hier ist im Kern die ganze Widersprüchlichkeit angelegt, die in den Transformationsprozesses im 20. Jahrhundert hervorbrach. Ihr ist eben mit der genannten Formationsabfolgeschematik theoretisch nicht beizukommen. So wird die Dialektik der geschichtlichen Entwicklung nach meiner Meinung in ein völlig falsches Licht gerückt oder direkt entstellt, wenn man die kapitalistischen Formierungsprozesse des beginnenden 20. Jahrhunderts (oder der Gegenwart) mit geschichtlich zurückliegenden Prozessen der ausreifenden oder gar der sich herausbildenden bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft undifferenziert in einen geschichtlichen Block, "der Kapitalismus" genannt, zusammenschlägt und diesem den anderen Block, genannt "der Sozialismus" - womöglich noch gleichgesetzt mit den 1989 zusammengebrochenen sozialpolitischen Systemen Ost- und Mitteleuropas -, als Totalnegation oder -aufhebung entgegensetzt. Da müssen tieferliegende geschichtliche Bezüge heute vor sich gehender oder anstehender Formations- und Transformationsprozesse mit der ganzen Kette revolutionärer Zyklen, Einschnitte, Entwicklungs- und Krisenschübe seit dem 16. Jahrhundert berücksichtigt werden. Und im Hinblick auf das Verhältnis zwischen den entwickelteren Zentren und der weniger entwickelten Peripherie müssen Wechselbezüge mit geschichtlich tief verwurzelten vor- oder nichtbürgerlichen Formen und Traditionen des Reproduktions- und Kulturprozesses in den Blick treten. Die Globalisierung hebt diese Problematik nicht auf, sie läßt sie nur noch schärfer hervortreten, worauf zurückzukommen ist.

Jedenfalls wandelten sich um die Jahrhundertwende die Konfliktsituationen und die Perspektiven revolutionärer Veränderungen und damit die Inhalte der strategischen Kategorien gegenüber dem, was die Jahrzehnte zuvor an Problemen und Fragestellungen hervorgebracht hatten. Doch die geschicht-

liche Tragweite der Konflikte und Tendenzen, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts sich anbahnten und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zum Durchbruch kamen, wurde von den meisten marxistischen Theoretikern vorerst kaum bemerkt. Auf dem Boden des Konzepts, das Marx und Engels hinterlassen hatten, schien schwer vorstellbar, daß eine revolutionäre Umwälzung von wenig entwickelten Randsituationen ihren Ausgang nehmen würde. Aber immerhin waren Marx und Engels im Gefolge der revolutionären Ereignisse von 1848/49 zu einer merkwürdigerweise kaum beachteten Einschätzung gekommen. In einem 1850 geschriebenen Artikel stellen sie fest, daß in England - damals Zentrum des Kapitalismus und der industriellen Revolution - zwar der Grund gelegt wird für die europäischen Krisen, daß es aber in den Ländern Kontinentaleuropas, die damals die Peripherie der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung bildeten - Marx spricht von den "Extremitäten des bürgerlichen Körpers" -, eher zu revolutionären Ausbrüchen kommen muß als in England, dem "Herzen" des bürgerlichen Körpers, denn hier sei die "Möglichkeit der Ausgleichung" größer als dort. Bei der Rückwirkung der kontinentalen (also peripheren) Revolutionen auf das Zentrum müsse sich zeigen, "inwieweit diese Revolutionen wirklich die bürgerlichen Lebensverhältnisse in Frage stellen, oder wieweit sie nur ihre politischen Formationen treffen."[25] Wenn man die Veränderungen berücksichtigt, die in der Zeit zwischen der Mitte des 19. Jahrhunderts und den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts eintraten - die Ausbildung einer Gruppe hochindustrialisierter metropolitaner Räuberstaaten Europas und Nordamerikas, wodurch auch Länder der vormaligen Peripherie zu Zentren aufrückten, und die Verwandlung des Rests der Welt in eine Peripherie kolonialer und abhängiger Länder - dann wird man zugeben, daß in diesen Bemerkungen Marx' und Engels', die um die Mitte des 19. Jahrhunderts niedergeschrieben wurden, ein Zugang umrissen ist, der, mutatis mutandis, im Hinblick auf die revolutionären Wandlungen in der ersten Hälfte "unseres" Jahrhunderts, kaum trefflicher formuliert werden kann. Die tiefe geschichtliche Einsicht, die hier zum Vorschein kommt, beweist sich auch in den Hinweisen auf die wahrscheinliche Vorreiterrolle der russischen und der chinesischen Revolution.[26]

In der europäischen Arbeiterbewegung wurde jedoch der Wandel in den Perspektiven revolutionärer Umgestaltungen nur zögerlich verstanden, und die Wahrheit gebietet festzustellen, daß sich daran erst in jenem Teil der

---

25 K Marx/F. Engels: Revue. Mai bis Oktober 1850. In: MEGA I/10. S. 466

26 Siehe K. Marx: Revolution in China and in Europe. In: MEGA I/2. S. 147 ff; F. Engels: Die Arbeiterbewegung in Deutschland, Frankreich, den Vereinigten Staaten und Rußland. In: MEW Bd. 19. S. 144 (Italienischer Urtext in MEGA I/25. S. 120); K. Marx/F. Engels: Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des "Manifests der Kommunistischen Partei". In: MEGA I/25. S. 295/96.

Arbeiterbewegung etwas grundsätzlich änderte, in dem der Leninismus Einfluß gewann - speziell im Gefolge der russischen Revolution von 1917. Auch Lenin hielt strikt an der klassischen marxistischen Ansicht zur bevorstehenden sozialen Umwälzung fest, und zugleich trat in seinem strategischen Kalkül bereits lange vor dem ersten Weltkrieg, vor allem aber seit Ausbruch dieses Krieges, der Befreiungskampf der ausgeplünderten Völker in den wenig entwickelten, abhängigen und kolonial unterdrückten Ländern, einschließlich derjenigen des zaristischen Rußlands, als grundlegender Faktor der weltgeschichtlichen Entwicklung auf. Diese Mehrheit der Bevölkerung des Erdballs - so Lenin in einer Rede Ende November 1919 -, die bis dahin außerhalb des geschichtlichen Fortschritts gestanden und keine selbständige revolutionäre Kraft dargestellt haben, höre zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf, eine passive Rolle zu spielen, der imperialistische Krieg habe auch den Osten geweckt und dessen Völker in die internationale Politik einbezogen, und die gegenwärtige Revolution führe dazu, daß die Völker des Ostens die Geschicke der ganzen Welt mitentscheiden, daß die Völker aufhörten, nur Objekt der Bereicherung zu sein.[27] Diese Problemsicht, die in den zwanziger Jahren zu einem Grundzug der in der dritten Internationale vertretenen Auffassungen wurde[28], führte Lenin bereits zu einer wesentlich veränderten Konzeption der sozialistischen Revolution: "Somit wird die sozialistische Revolution nicht nur und nicht hauptsächlich ein Kampf der revolutionären Proletarier eines jeden Landes gegen die eigene Bourgeoisie sein, nein, sie wird ein Kampf aller vom Imperialismus unterdrückten Kolonien und Länder, aller abhängigen Länder gegen den Imperialismus sein."[29] Und 1923: Wenn die gigantische Mehrheit der Weltbevölkerung in Rußland, Indien, China in den antiimperialistischen Kampf für ihre Befreiung hineingerissen werde, sei der endgültige Sieg des Sozialismus vollständig und unbedingt gesichert.[30]

Heute wissen wir, daß hier Weitblick mit perspektivischer Verkürzung gepaart sind. Aber daß die von Lenin erarbeiteten und verfochtenen Prinzipien zur Lösung der kolonialen Frage - vor allem solche Prinzipen wie das der internationalen Solidarität der Arbeiter und der unterdrückten Massen in den kolonialen und abhängigen Ländern, das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung und Lostrennung, das Prinzip der territorialen Autono-

---

27 W. I. Lenin: Referat auf dem II. Gesamtrussischen Kongreß der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens. In: LW Bd. 30. S. 145

28 Daß es dafür auch da harter Auseinandersetzungen bedurfte, mag man ersehen aus dem Auftreten Ho Chi Minhs (Siehe: Reden und Schriften. Leipzig 1980, vor allem die Beiträge "Gedanken zur Kolonialfrage"; "Die Menagerie"; "Die russische Revolution und die Kolonialvölker"; "Rede über die nationale und koloniale Frage auf dem V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale")

29 LW Bd. 30. S. 144

30 W. I. Lenin: Lieber weniger, aber besser. In: LW Bd. 33. S. 489

mie bei gleichzeitigem demokratischen Zentralismus usw. -, die ja auch große Möglichkeiten ihrer Weiterentwicklung geboten hätten, unter die großmachtpolitischen Räder dieser wie jener Seite gerieten, wird, wenn ich recht sehe, von künftigen Generationen als eine der Tragödien der Menschheit empfunden werden.

Die Widersprüchlichkeit der Transformationsprozesse, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts zum Vorschein kam, ist in ihren Grundtendenzen trotz vieler geschichtlicher Veränderungen geblieben, und sie dürfte zumindest bis weit in das nächste Jahrhundert hinein die weltgeschichtliche Szenerie in Formen, die heute kaum absehbar sind, in hohem Maße mitbestimmen. Wer annimmt, die Einflußnahme der rebellierenden Peripherie, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine so handgreifliche Tatsache wurde, sei inzwischen - beispielsweise durch den Zusammenbruch kommandosozialistischer Systeme in Mittel- und Osteuropa - gestoppt worden, dürfte einem lächerlichen Irrtum auflaufen. "Gegenwärtig weist der Trend der historischen Entwicklung, welcher für fünf Jahrhunderte auf eine immer weiter voranschreitende Expansion Europas hinauslief, wieder in die entgegengesetzte Richtung. Von der ehemals kolonialen Peripherie, so scheint es, gehen heute Kräfte der sozialen Bedrohung und potentieller Destabilisierung auf Europa aus. Ja mehr noch, die westliche Zivilisation sieht sich durch den Islam, zumindest in seinen fundamentalistischen Ausprägungen, auf einem höheren Niveau als zuvor herausgefordert. Vor allem aber ist es die dumpfe Furcht vor einem zunehmenden Strom von Einwanderern aus der nichteuropäischen bzw. nichtwestlichen Welt, die uns umtreibt."[31] Hier wäre zu debattieren, ob diese Gegenläufigkeit (in der einen wie der anderen Richtung!) nur in ihren destruktiven und nicht auch in ihren produktiven Wirkungen oder Möglichkeiten begriffen werden sollte. Allerdings ist als wahrscheinlich anzunehmen, daß durch die ganze Entwicklung der letzten Jahrzehnte viele Möglichkeiten vernünftiger Lösungen verbaut wurden und katastrophische Zuspitzungen zunehmen werden.

Die Fakten sprechen leider für diesen Lauf der Dinge. All das was heutzutage von den entwickelten Zentren her auf diesen Teil der Welt ausstrahlt[32] - die Arbeitslosigkeit, die Ausgrenzung armer und ärmster Schichten aus dem gesellschaftlichen Getriebe, der Wirtschafts- und Finanzkrieg, die Grundstücks- und Finanzspekulation, die destruktiven ökologischen Tendenzen, der Waffenhandel und die Militarisierung, die Zunahme der Potentiale struktureller Gewaltanwendung usf. - all das erzeugt dort potenziert verheerende Wirkungen: Völkermord und ethnische Massaker, Elendsda-

---

31 Wolfgang J. Mommsen: Europa und die außereuropäische Welt. In: Historische Zeitschrift. 1994. Band 258. S. 662/63

32 Siehe P. Scherer: Zur Geographie des Kapitalismus 1989 - 1993. In: Z. Nr. 18, Juni 1994

sein von Millionen und Abermillionen in dörflicher Rückständigkeit, Dahinvegetieren in Slums und auf Müllbergen von Megastädten oder in Flüchtlingslagern. Und durch die Politik der industriell entwickelten Staaten wird vorerst in der Regel fortgesetzt, was den metropolitanen Mächten seit Ende des vorigen Jahrhunderts an brutalen, phantasielosen und feigen Reaktionen auf die von der Peripherie her vordringende Rebellion in der Hauptsache einfallen wollte: Schüren von Zwietracht, Intervention, Erpressung, Boykott, Diktat. Der durch NATO getragene und durch die UNO gestützte Interventionismus[33], der sich in den letzten Jahren ausbildete, ist auch nur eine hinter politischen und medialen Rauchvorhängen mit Raffinesse eingefädelte Variante dieser metropolitanen Weisheit.

Wenn es Vergangenheiten gibt, die "aufgearbeitet" werden müssen, dann gehört dazu diejenige der von Europa ausgehenden Unterwerfung und Kolonisierung der Welt. Die weitere Verdrängung dieser Vergangenheit wird wenig fruchten, weil sie die Metropolen einholen wird. Dem wachsenden Einwandererdruck wird man mit Grenzregimen und Bestimmungen auf Dauer schwerlich standhalten können. Auch unabhängig davon werden, wenn die seit Anfang der neunziger Jahre auf den Weg gebrachten antisozialen Tendenzen[34] weiter vorankommen, Verhältnisse, die für unterentwickelte Länder typisch geworden sind, mehr und mehr in den entwickelten Industriestaaten Einzug halten. Noam Chomsky betont, daß die reichen Industriegesellschaften selbst charakteristische Merkmale der Dritten Welt annehmen, und er beschreibt dieses Phänomen so: "Aus einer steigenden Flut von Armut und Verzweiflung erheben sich Inseln extremen Reichtums und enormer Privilegien." Vor allem die USA unter Reagan und Großbritannien unter Thatcher hätten diese Entwicklung genommen. Kontinentaleuropa schließe dazu auf, und der Zusammenbruch des Sowjetimperiums eröffne neue Möglichkeiten, "die Grenzlinie zwischen Norden und Süden innerhalb der reichen Gesellschaften selbst noch besser als bisher zu befestigen."[35]

In der Literatur wird heute zuweilen auf eine Geschichtsparallele der heutigen Situation mit dem Schicksal des römischen Weltreiches seit dem 2. Jahrhundert n. Z. angespielt.[36] Letzteres hat das Interesse der Historiker seit jeher gefunden. Hier ist Vorsicht geboten, weil sich komplexe Situa-

---

33 Siehe U. Albrecht: Reform der VN und "humanitäre" Intervention? In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt. Nr. 55/56. 1994.

34 Siehe W. Gerns: "Renaissance der sozialen Frage": Zum Wirken des allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation. In: Neue Realitäten des Kapitalismus. Linke Positionsbestimmungen. Frankfurt a. M. 1995.

35 N. Chomsky: Wirtschaft und Gewalt. S. 101

36 In diesem Zusammenhang sei verwiesen auf J.-C. Rufin: Das Reich und die neuen Barbaren. Berlin 1993

tionen, die den konkreten geschichtlichen Charakter der Erscheinungen prägen, sich nicht wiederholen. Aber in diesem Falle besitzt die Parallelität eine gewisse Überzeugungskraft, weil sich ohnehin der Schluß anbietet, daß die Menschheit Wege des wirtschaftlichen und kulturellen Ausgleichs und Austauschs, der materiell und kulturell abgesicherten Selbstbestimmung und Autonomie der Völker finden muß - Wege also, die vor allem für die Wohlstandsinseln dieser Welt notwendigerweise einschneidend sind - oder daß sie einer Art "römischer Lösung" mit allen ihren heute kaum vorstellbaren Destruktionen entgegengeht. Und schließlich birgt die Situation die Möglichkeit noch schlimmerer Konsequenzen in sich. Die damalige "römische Lösung" bedeutete nicht nur Rückschlag und Zerstörung, sie brachten auch eine gesellschaftliche und moralische Erneuerung hervor. Heute aber sind hinlänglich Möglichkeiten für ein totales Scheitern der Menschheit gegeben - ganz abgesehen von der ökologischen Problematik (die hier nicht Gegenstand der Erörterung ist).

Sozialistische Programmatik und formationelle Realität

Die entscheidenden Umgestaltungen dieses Jahrhunderts - vor allem in Rußland und China -wurden unter sozialistischen Zielsetzungen in Angriff genommen. Freunde wie Gegner haben immer wieder festgestellt, daß in diesen Ländern vor allem auf ökonomischem und sozialem Gebiet kaum geschichtliche Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus gegeben waren. Und tatsächlich gelang es auf diesem Wege im 20. Jahrhundert nicht, eine - mit Marx zu sprechen - "progressive Epoche ökonomischer Gesellschaftsformation" jenseits der kapitalistischen Produktionsweise zu entwickeln. Die sozialen Ordnungen, die in Mittel- und Osteuropa angetreten waren, um sie zu verwirklichen, sind zusammengebrochen. Waren demnach die sozialistische Programmatik und der Versuch, sie zu verwirklichen, sinnlos, zwecklos, verfehlt?

Hinsichtlich dieser Frage sollte zunächst erwogen werden, ob hier nicht - ähnlich wie das in allen bürgerlichen Umgestaltungen der Fall war - der Überschuß an Blütenträumen, heroische Illusionen, das Ringen um noch nicht Erreichbares geschichtlich notwendig waren, um das, was geschichtlich möglich war, auch zu erreichen. Und was erreicht wurde, war immerhin der Ausbruch eines bedeutenden Teils der Menschheit aus dem imperialistischen Krieg und seinen Verkettungen und der Ausbruch eines bedeutenden Teils der Peripherie aus dem System der kolonialen und halbkolonialen Unterdrückung. Das ist gewiß nichts Unbedeutendes, und das spricht unbedingt für die sozialistische Programmatik. Daher empfiehlt es sich, die von manchen allzu leichthin geäußerte Meinung, in diesem Jahrhundert sei der Sozialismus als Programm historisch gescheitert, nicht allzu ernst zu

nehmen, sondern sie, gelinde gesagt, etwas zu relativieren. Und nicht übersehen werde sollte dabei, daß es nicht Illusionen und nichtreifende Blütenträume, sondern die tatsächlich bewirkten weltgeschichtlichen Veränderungen waren, welche diesen Revolutionen von Anbeginn den abgrundtiefen Haß aller Kriegs- und Kolonialinteressenten, aller Expropriateure, aller Befürworter militärischer Machtpolitik verschaffte, und daraus wurde die Politik der militärischen Aggression und Erpressung, der Interventionsdrohungen, der wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen und Finanzdiktate, der psychologischen Kriegführung geboren, die bis heute fortwirkt.[37]

Allerdings ist dann auch zu fragen, was in diesen Umwälzungen aus dem Programm der Erkämpfung einer sozialstischen Gesellschaft wurde. Wenn sich in Europa und Asien Staaten und Gesellschaften bildeten, die mit dem Attribut "sozialistisch" oder auch "realsozialistisch" versehen wurden, so konnte das zunächst nur in dem Sinne richtig sein, daß sozialistische Ideen, Zielsetzungen und Programme tatsächlich zu einer wesentlichen Triebkraft des Geschehens geworden waren. Eine ganz andere Frage ist aber, inwiefern eine entsprechende Gesellschaftstransformation tatsächlich in Gang gesetzt wurde.

---

37 Die damals in Deutschland herrschenden Klassen, die gerade dabei waren, den durch sie vom Zaum gebrochenen Weltkrieg zu verlieren, dürfen sich rühmen, Haupturheber auch dieser Politik zu sein. Aufschlußreich dafür ist das Kurzprotokoll der Beratung des deutschen Kronrats vom 13. Februar 1918. Die Beratung beschäftigte sich mit der Situation nach den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Die Angst zumindest der zivilen Teilnehmer vor revolutionären Antikriegsaktionen war unübersehbar und durchaus nicht unbegründet; der Sommerschreck, verursacht durch den blutig unterdrückten Kieler Matrosenaufstand saß noch in den Knochen, dann im November die Streiks und Demonstrationen in mehreren deutschen Städten, im Dezember und Januar die ausgedehnten Soldatenverbrüderungen an der Ostfront, im Januar die politischen Massenstreiks in Österreich-Ungarn, und soeben hatten mehr als eine Million Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Rüstungsindutrie für den sofortigen Frieden gestreikt. Hier nun eine kleine Blütenlese aus besagtem Kurzprotokoll. Reichskanzler Hertling: "Die Erklärung Trotzki bringt uns in schwierige Lage. Kein Krieg, aber auch kein Frieden". Kühlmann vom Auswärtigen Amt macht allerlei Bedenken gegen den von den Militärs anvisierten Beginn eines neuen Krieges im Osten geltend. Darauf Hindenburg: "Kriegszustand besteht noch ... Wir müssen rasch und sofort handeln ... Wir müssen daher Russen schlagen. Müssen Regierung umwerfen." Ludendorff: "Wir müssen nach Petersburg marschieren." Darauf Kanzler Hertling: "Wir riskieren Streik". Ludendorffs Antwort: "Streik macht nichts." Und Seine Majestät, der Kaiser, dem heutige Medien gern Milde und einfühlsame Art bescheinigen: "Bolschewiki wollen Revolution, wollen großen Arbeiterbrei machen ..., wir müssen also Bolschewiki so schnell wie möglich totschlagen ... Also Bolschewiki muß weg." (Siehe: Der erste Weltkrieg. Dokumente (ausgew. u. eingel. von H. Otto u. K. Schmiedel). Berlin 1977. S. 282 ff). Nun gelang es zwar Ludendorff nicht, nach Petersburg zu marschieren, und Hindenburg nicht, die Regierung umzuwerfen, dennoch blieb es nicht bei den Worten, es folgte bitterer, blutiger machtpolitischer Ernst. Damit war nun die Mustervorlage wieder für die imperialistische Entente gegeben: wenige Wochen später begann die seit Ende 1917 vorbereitete militärische Intervention seitens Großbritanniens, Frankreichs, Japans und der USA. Und auch das war noch Anfang! - der faschistische Überfall stand noch bevor und der "kalte Krieg" auch.

Hier gilt es zu beachten, daß auch eine Gesellschaftstransformation - wie alles Formationsgeschehen - ein "naturgeschichtlicher Prozeß" ist. Dieser Marxsche Terminus ist zwar mehrdeutig und umstritten. Eines aber drückt er hinlänglich klar aus: eine solche Transformation ist ein realgeschichtlicher Prozeß, dessen geschichtliche Möglichkeiten sich nicht nach politischen Absichten und Deklamationen richten. Was an Veränderungen tatsächlich möglich und wahrscheinlich war und welche sich schließlich durchsetzten, wurde bestimmt durch ein Geflecht vielgestaltiger, einander überschneidender realer Kraftlinien, die aus der Produktivkraftentwicklung und überhaupt aus der zivilisatorischen und kulturellen Entwicklung, aus den ökonomischen Strukturen und den Interessenlagen und -konflikten der unterschiedlichen sozialen und Klassenkräfte, selbstverständlich auch aus dem Wirken politischer und anderer Institutionen, aus der Vielfalt äußerer und innerer Spannungen, aus dem präfigurierenden Wirken von Traditionen hervorgingen. Wie alle Geschichte entsteht auch diejenige gesellschaftlicher Transformationen aus den Resultanten, die sich im Zusammenwirken aller dieser Einflußfaktoren ausbilden und die eben deshalb von den Intentionen der beteiligten Kräfte mehr oder weniger weit - zuweilen sehr weit! - abtriften.

In Anbetracht der Vielschichtigkeit der "Kraftlinien", die gerade in den Umgestaltungen in Rußland und in China zum Tragen kamen, dürfte es schwer fallen, einen einheitlichen sozialökonomischen Inhalt der vor sich gehenden Prozesse festzustellen und zu benennen. Manfred Kossok antwortete auf die Frage, welchen Charakter der Revolutionszyklus des 20. Jahrhunderts hatte, zu Recht: "Die Fülle der Revolutionen (Rußland, Ungarn, Deutschland, Lateinamerika: Mexiko, Chile, Kuba, Nicaragua u.a.m., China, Spanien, Ost- und Südosteuropa, Südostasien) mit dem Begriff 'sozialistische' und/oder 'proletarische' Revolutionen nach dem Wesen ihrer unterschiedlichen Triebkräfte und Hegemoniekonstellationen zu belegen, erweist sich als unmöglich."[38] Die konkreten Prozesse der Gesellschaftsformation und Gesellschaftstransformation, die sich in dem vielschichtigen Komplex innerer und äußerer Widersprüche ausbildeten, sind in Wahrheit bisher nur höchst mangelhaft und kaum historisch-kritisch untersucht. Klar ist auch, daß es dabei keinen sinnvollen Zugriff geben kann, wenn man sich an Parteibeschlüsse und an Winkelzüge der Parteienpolitik, an Pro- und Kontrapropaganda oder an geheimdienstlich transportierte politische Klatschgeschichten klammert, und es ist ganz gleichgültig, ob man das in unkritisch-affirmativer oder in total ablehnender Art (die halt auch nur unkritisch ist) tut. Was bislang an Begrifflichkeit entwickelt wurde, paßt

[38] M. Kossok: Was bleibt von der Revolution und ihrer Theorie? Ein Gedankenspiegel in dreizehn Thesen. In: Z. Nr. 12. Dezember 1992. S. 7.

nicht recht auf das, was tatsächlich stattgefunden hat. Gerade formationstheoretische Gesichtspunkte legen es nahe, im Hinblick auf den formationellen Wandel, der seit der Oktoberrevolution geschah, vorschnell-plakative Urteile und Etiketten aus der wissenschaftlichen Debatte auszuschließen. Ich habe daher hier immer Umschreibungen benutzt und die Bezeichnung "sozialistisch" oder "realsozialistisch" generell mit Vorbehalten benutzt. Die Literatur der letzten dreißig Jahre bietet verschiedene Vorschlägen an, welche die Dinge auf den Begriff bringen sollen. Handelte es sich um Varianten des altorientalischen Despotismus oder des Feudalismus oder des staatsmonopolitischen Kapitalismus? Waren es "Übergangsgesellschaften"? Kann man mit dem Begriff des "frühen Sozialismus" oder des "rohen Kommunismus" operieren? Offenbar stecken in all diesen Vorschlägen - wenn auch vielleicht nur cum grano salis - aus formationstheoretischer Sicht Wahrheiten. Aber andererseits zeigen sie eben auch, daß die formations- und transformationstheoretische Analyse und Synthese noch aussteht und daß daher allen diesen Wortbildungen Etiketten-Charakter anhaftet. Auch Termini wie "nachholende" Revolution oder Entwicklung oder Entwicklungsdiktatur sind - obwohl auch daran ganz offenkundig Richtiges ist - der Sache insofern nicht adäquat, als es sich ja bestimmt nicht um die identische Reproduktion von bereits einmal Stattgefundenem handelte, sondern um ein Nachholen, das mit etwas Neuem einherging.[39]

Eines aber ist klar: es ist in diesen Umbrüchen nicht gelungen, eine neue, zur kapitalistischen Produktionsweise alternative und ihr dauerhaft überlegene Produktionsweise zu entwickeln. Eine neue "progressive Epoche der ökonomischen Gesellschaftsformation", wie Marx sagt, konnte - zumindest bisher - nicht eingeleitet werden. Dennoch aber wurde weltgeschichtlich Neues geschaffen[40], und dieses Neue lag auf der Linie jener Forderungen, Bestrebungen und Bewegungen, die sich seit dem 16. Jahrhundert entwikkelten und die als sozialistisch oder kommunistisch in die Geschichte eingegangen sind.[41] Im Hinblick auf soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, auf das garantierte Recht auf Arbeit, das Recht auf Wohnung, das Recht auf unentgeltliche Bildung, auf gleiche Bildungschancen, auf unentgeltliche medizinische Betreuung, auf die kulturelle Entwicklung, auf die Gleichstellung der Geschlechter wurden der menschlichen Emanzipation dienende gesellschaftliche Qualitäten ausgebildet, die auch das, was in den hochentwikkelten kapitalistischen Ländern an sozialen Errungenschaften erreicht war,

---

39 Siehe H. Bleiber: Geschichte als Hoffnungsgeber. In: Z. Nr. 20. S. 130

40 Hierzu Helmut Bleiber mit Recht: "Historisch seriöse Analyse darf und kann den sozial qualitativ neuen Inhalt des sozialistischen Versuchs nicht übersehen." (H. Bleiber: Ebenda. S. 130)

41 Siehe dazu W. Seidel-Höppener: Sozialismus - nur eine Utopie? In: Z. Nr. 20, Dezember 1994

quantitativ und qualitativ hinter sich ließen - trotz der weitaus weniger günstigen materiellen wie kulturellen Ausgangsbedingungen und trotz der Tatsache, daß diese Errungenschaften mit demokratiedefizitären, prämodernen Deformationen verbunden waren. Auch in der Produktivkraftentwicklung waren die Erfolge beträchtlich, wobei besonders wichtig ist, daß bei der Angleichung der ökonomischen und kulturellen Entwicklungsniveaus Bedeutendes geleistet wurde.

Aber das alles versagte und scheiterte binnen eines Vierteljahrhunderts, als die ganze innere Widersprüchlichkeit und Instabilität der heute oft als "fordistisch" bezeichnete großindustrielle Produktionsweise zutage trat, in der Weltwirtschaft neue Akkumulationsprozesse vor sich gingen, der Weltmarkt zum Feld eines mörderischen Wirtschafts- und Finanzkrieges umfunktioniert wurde und - fast ausschließlich auf die entwickelten Industriestaaten beschränkt - mit der beginnenden informations- und kommunikationstechnologischen Umwälzung eine Produktivkraftrevolution größten Stils einsetzte.

Auch wenn man von der Flut theoretisch bedeutungsloser Politpapiere absieht, ist die Literatur über diesen Niedergang unübersehbar geworden. Ich möchte versuchen, einige Aspekte zu notieren, die sich aus formationstheoretischer Sicht ergeben. Die Frage ist, was an der Gesamtanlage alternativer sozialer Gestaltung in diesem bestimmten Abschnitt schief lief und laufen mußte. Mir scheint, daß vor dem Hintergrund der tiefen Widersprüchlichkeit, in denen sich Inhalt und Verlauf der Transformationsprozesse während des 20. Jahrhunderts bewegten, einige Entwicklungszüge sichtbar werden, welche die sich sozialistisch nennenden Sozietäten von dem Moment an, wo es um den Einstieg in die in den 60er Jahren einsetzende neue Produktivkraftrevolution mit all ihren technoökonomischen, sozialstrukturellen und kulturellen Implikationen ging, mehr und mehr in eine Effiziens- und Innovationskrise bringen mußten. Ich nenne - zunächst summarisch - (a) das hierarchisch organisierte, zu Starrheit neigende Kommandosystem, (b) die sich immer wieder durchsetzende Negativhaltung zu Marktmechanismen, (c) die Geringschätzung von zivilgesellschaftlichen Ordnungsprinzipien.

Es geht nicht um "Staatswirtschaft" oder staatlichen Regulierung schlechthin. Diese hat es früher gegeben, es gibt sie heute, und es wird sie künftig geben. Ohne sie läuft in Wahrheit gar nichts. Die Predigt der "Deregulierung" verschleiert meist nur das neokonservative Programm der staatsregulativen Ermöglichung einer Umverteilung größten Stils von den weniger entwickelten Ländern zu den entwickelteren und generell von un-

ten nach oben.[42] Sie verdeckt die außerhalb jeder demokratischen Kontrolle ausgeübte Realmacht finanzkapitalistischer Verbände und Institutionen.

Auf einem ganz anderen Blatt steht, daß in den staatlichen Regulierungsfunktionen Änderungen anstehen, die durch die informations- und kommunikationstechnologische Umwälzung und durch damit verbundene Wandlungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß möglich und erforderlich geworden sind. Zur Disposition gestellt sind also geschichtlich bestimmte Strukturen und Zielfunktionen der staatlichen Regulierung, nicht diese selbst. Was die als "sozialistisch" deklarierten Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten ins Hintertreffen brachte und zugrunde richtete, war ebenfalls eine spezifische Struktur der staatlichen Regulierung und politischen Organisation: das hierarchisch organisierte Kommandosystem[43], womit auch die Demokratiedefizite, die überschüssigen Repressionstendenzen und der politbürokratische Voluntarismus zusammenhingen. Das mußte den Gesellschaftsorganismus von dem Moment an, wo es galt, Triebfedern für die Entwicklung hochgradig komplexer und dynamischer Produktivkraftsysteme zu mobilisieren, lahm legen. Beiläufig sei vermerkt, daß all dies auch nicht mehr das allergeringste mit gesellschaftlicher Aneignung und planmäßiger Entwicklung zu tun hatte.

Damit eng verbunden war der verfehlte Versuch, Marktmechanismen generell abzuschaffen oder doch zurückzudrängen, statt ihre mögliche Triebkraftfunktion zu organisieren oder zu nutzen und einzusetzen. Hier wirkte sich einerseits eine theoretische Einseitigkeit aus, die eine lange, weit in die Geschichte der sozialistischen Idee und des humanistischen Denkens zurückreichende Tradition hat.[44] Aber natürlich waren hier auch formationsgeschichtliche Realfaktoren wirksam. Ich meine damit einerseits die Unterentwicklung des Marktes und der Geldfunktionen im Leben derjenigen Gesellschaften, die für die Ausbildung des Versuchs einer ökonomischen Al-

---

42 Wobei die Erfahrungen zeigen, daß die durch Neokonservative gepredigten segensreichen Wirkungen auf die technoökonomische Effektivität Legenden sind. "Nirgendwo ist die Befreiung der Wirtschaft von den Fesseln staatlicher Reglementierung radikaler betrieben worden als in Großbritannien, aber in kaum einer anderen kapitalistischen Metropole ist es zu weniger technischen Innovationen und Modernisierung des Produktionsapparates gekommen als in diesem Stammland neokonservativer Vitalisierung." (J. Bischoff/R. Detje: Massengesellschaft und Individualität. Hamburg 1989. S. 21

43 Das in der Sowjetunion und auch in anderen Ländern für eine gewisse Zeit bedeutende Anstöße für die Entwicklung der Produktivkräfte und der materiellen und geistigen Kultur gab, schließlich aber eben dieser Entwicklung Grenzen setzte (Vgl. J. Bischoff/ M. Menard: Marktwirtschaft und Sozialismus. Hamburg 1990, S.24)

44 Dazu haben auch Marx und seine Schüler beigetragen. Siehe dazu W. Jahn: Die Problemantinomie in der Entwicklung von Ware, Wert und Geld zwischen dem esoterischen und exoterischen Werk von Marx und die Folgen. In: Defizite im Marxschen Werk. Frankfurt a. M. 1992, S. 21 ff. Siehe auch G. Fülberth: Der große Versuch. S.12 ff.

ternative entscheidend waren - der russischen und der chinesischen -, und andererseits geht es mir um die mit der peripheren Situation zusammenhängende Zuspitzung der diesen Mechanismen ohnehin eigenen Widersprüche, und dies wieder gerade im Hinblick auf den Weltmarkt, der nun einmal durch die entwickelten Industriemächte dominiert und durch diese zum Austragungsort eines brutalen Wirtschafts- und Finanzkrieges umfunktioniert wird.

Es gab viele theoretische und praktische sozialistische Projekte, die entwikkelt wurden, um Marktmechanismen zu nutzen. Vornan steht die durch Lenin begründete NÖP, das erste Konzept einer auf die Entwicklung der Produktivkräfte für soziale und sozialistische Zielsetzungen gerichteten Marktwirtschaft mit unterschiedlichen, darunter kapitalistischen Wirtschaftsformen.[45] In der praktischen Politik setzte sich jedoch immer wieder die am Ende verderbliche Negativhaltung zu diesen Mechanismen durch, was mit dem oben erwähnten politbürokratischen Kommandosystem zusammenhing. Es war dies auch eine Art Ausstiegsversuch aus der Formationsgeschichte, in etwa vergleichbar mit der berühmten Vorstellung, man müsse die kapitalistischen Eisenbahnen abschaffen und durch sozialistische ersetzen. Er bedeutete den Verzicht auf die Mobilisierung der individuellen und betrieblichen Eigentinteressen, auf mögliche Triebfedern der Kreativität und Wirtschaftsinnovation, auf Sparsamkeit des Wirtschaftens mit Energie und Rohstoffen, auf dynamische Strukturpolitik und überhaupt auf Möglichkeiten einer effektiven Planwirtschaft. Solcherart Ausstieg aus der durch die bürgerlich-kapitalistische Entwicklung bewirkten Formationsgeschichte ist eben nicht möglich. Sprünge in der Geschichte können nicht Sprünge über die Geschichte hinweg oder aus ihr hinaus sein.

Ähnliche Negativwirkungen mußte der mit der abstrakten Negation der bürgerlichen Gesellschaft verbundene Ausstiegsversuch haben. Ich verstehe hier unter bürgerlicher Gesellschaft eine konstitutionelle Verfaßtheit der Gesellschaft, die auf der rechtlichen Gleichstellung von Privatpersonen basiert und es diesen ermöglicht, durch eigene Entscheidung an der politischen und ökonomischen Konstitution der Gesellschaft mitzuwirken. Die Geburt dieser bürgerlichen Gesellschaft als Bourgeois-Gesellschaft bedingte den ihr inhärenten tiefen und zugleich geschichtsträchtigen Widerspruch zwischen der politischen und juristischen Emanzipationsproklamation einerseits und der sozialen Wirklichkeit andererseits.[46] Ihre Entwicklung kann als weiträumige Bewegung dieses Widerspruchs gefaßt werden.

---

45 Siehe dazu J. Bischoff/M. Mennard: Marktwirtschaft und Sozialismus. S.69 ff, speziell über die Fragestellungen bei N. Bucharin S. 84 ff

46 Der Widerspruch wurde von Marx scharf betont (vor allem in "Zur Judenfrage". In: MEGA I/2). Vgl. hierzu H. Klenner: Demokratiedefizite. In: Z. Nr. 21, März 1995

Künftige gesellschaftliche Organisationsformen (wie immer man sie nennen mag) können - zumindest aus europäischer Sicht - die bürgerliche Gesellschaft also nicht in dem Sinne aufheben, daß sie aus ihr aussteigen, sondern nur in dem Sinne, daß sie die zivilgesellschaftlichen Prinzipien bewahren und vertiefen - durch reproduzierenden Wandel und durch quantitative und qualitative historische Veränderung hin zu einer staatsbürgerlichen Ordnung, welche die Interessen und Rechte der ökonomisch Benachteiligten, der gepeinigten Völker in den ehemals abhängigen Ländern, der Frauen, der sozial und der gesundheitlich Schwachen zur Geltung bringt. Ohne vertragsrechtlich geregeltes Zusammenwirken von Menschen unterschiedlicher sozialer Lage und Interessen und ohne staatsrechtlich gesicherte Autonomie der Individuen - die souveräne Person - ist eine Gesellschaft, die sich mit Recht sozialistisch zu nennen vermag, mit Sicherheit nicht möglich.[47] Mir geht es hier nicht so sehr um das moralische oder juristische Prinzip, sondern vor allem um ein allgemeines Ordnungsproblem einer höheren "progressiven Epoche der ökonomischen Gesellschaftsformation": ohne dieses Prinzip müssen die Antriebskräfte der Gesellschaft zum Erliegen kommen, muß ihre Innovationskraft ersterben. In Theorie und Praxis der kommunistischen Bewegung wurde jedoch der der bürgerlichen Gesellschaft eigene Widerspruch immer wieder durch die Brille eines abstrakten unversöhnlichen Formationsgegensatzes gesehen. Natürlich wurden auch da formationsgeschichtliche Realfaktoren wirksam, die mit der peripheren Situation der Umgestaltungen verbunden waren: gerade die russische und die chinesische Gesellschaft verfügten nur über schwache zivilgesellschaftliche Traditionen. Wirkten einerseits patriarchalische und despotische Machtstrukturen und Ordnungsprinzipien kräftig nach, so trat andererseits - und das sollte auch nicht vergessen werden - die bürgerliche Gesellschaft der revolutionären Bewegung gerade an der Peripherie als pure Fassade für imperiale Aggression, Machtpolitik und brutale Ausbeutung gegenüber. Davon ganz abgesehen, kamen überhaupt im 20. Jahrhunderts Gebresten der bürgerlichen Gesellschaftsformen zum Vorschein, die weithin und durchaus nicht nur im linken politischen Spektrum als unheilbare Krise der bürgerlichen Gesellschaft wahrgenommen wurden.

Die vorgenannten Momente einer Fehlentwicklung habe ich wegen ihrer formationstheoretischen Relevanz hervorgehoben. Diese ist zumindest in dreierlei Hinsicht zu sehen. Zunächst wird deutlich, wie die Produktionsverhältnisse - im Vergleich mit den Möglichkeiten der auf Profitproduktion beruhenden Konkurrenz- und Marktwirtschaften - die Fähigkeit einbüßten, spezifische menschliche Innovations- und Bewegungskräfte für die anste-

---

47 Das wurde mit Recht hervorgehoben bei Vgl. P.Ruben: Was ist Sozialismus? In: Initial. 1990. H.2. S.118

hende Produktivkraftrevolution hervorzubringen und als Organisations-, Bewegungs- und Entwicklungsformen für diese zu fungieren. Weiter wird deutlich - ich muß das noch einmal wiederholen -, daß eine neue, der kapitalistischen Produktionsweise überlegene, alternative Produktionsweise nicht durch den totalen Ausstieg aus der durch die kapitalistische Produktionsweise bewirkten Formationsgeschichte zu bewerkstelligen ist. Das hat nicht funktioniert und es konnte nicht funktionieren. Schließlich liegt es wiederum nahe, den geschichtlichen Zusammenhang der Problematik mit der Widersprüchlichkeit in der peripheren Situation der eingeleiteten Umgestaltungen zu betonen.

Hätten sich die Dinge fundamental anders entwickelt, wenn bei den praktizierten sozialistischen Wandlungen etwa seit 1923 oder zumindest seit den 50er Jahren Fehlentwicklungen der genannten Art vermieden oder beseitigt und beweglichere Methoden und Strukturen bewerkstelligt worden wären? Das ist schwer zu sagen. Für die Annahme, daß sich die imperialen Mächte wesentlich anders verhalten hätten, sehe ich keinen Grund. Daher bin ich weit davon entfernt zu behaupten, bei entsprechenden Korrekturen, für die es ja - bereits bei Lenin, dann aber vor allem aber seit den 60er Jahren - manche Ansätze und Vorstöße gab, seien vergleichsweise Schwierigkeiten und eine vergleichsweise Transformationskrise, wie sie in den achtziger Jahren zutage traten, ausgeschlossen gewesen. Sagen läßt sich allerdings, daß mit großer Wahrscheinlichkeit die gesellschaftlichen Wandlungen in der Sowjetunion, in China und in anderen Ländern mit weniger Friktionen und menschlichen Opfern verbunden gewesen wären.[48] Der Gesellschaftsorganismus hätte sicherlich mehr Beweglichkeit, Anpassungsfähigkeit und Dynamik entwickeln können, vor allem im Hinblick auf die Bewältigung der heute vor sich gehenden Produktivkraftrevolution. Der Einfluß auf die Welt hätte größere Dimensionen annehmen können. Ein Zusammenbruch der Radikalität, wie er sich seit dem Ende der achtziger Jahre entwickelt hat, wäre mit ziemlicher Sicherheit vermieden worden. Und was mit hoher Sicherheit behauptet werden kann, ist, daß ungleich bessere Ausgangsbedingungen für künftige Formierunsprozesse, für die offensive Verfechtung erzielter Errungenschaften und für deren Einwirkung auf künftige Prozesse geschaffen worden wären.

Möglichkeiten formationeller Gestaltung

Für das folgende will ich noch einmal das eingangs erwähnte methodologische Grundanliegen markieren. Der Terminus "Gesellschaftsformation" darf

---

48 Vgl. Tatjana Saslawskaja: Die Gorbatschow-Strategie, Wien 1989, S. 95

nicht mit Schubkastenvorstellungen von Gesellschaftsformationen und geschichtsobligatorischen Zäsuren und Abfolgen assoziiert werden. Damit ist auch den Formations- und Transformationsvorgängen dieses Jahrhunderts nicht beizukommen. Für mich verbindet sich mit diesem Terminus ein theoretisches Instrumentarium, das den Blick öffnet für eine im alltäglichen Reproduktions- und Lebensprozeß erzeugte und fortbewegte reale Entwicklungsgeschichte, die sich ungleichmäßig und in vielschichtigen Qualitätsänderungen vollzieht, die auch aus Wechselbeziehungen heterogener Gesellschaftsformen und aus dem Wirken von Traditionen erwächst, die auf jeder Stufe eine Vielzahl möglicher Perspektiven ausbildet usw. Daraus ergeben sich zumindest drei Annahmen.

Erstens. Wenn sich eine Gesellschaftstransformation nur in Gestalt einer unerschöpflichen, in die Zukunft hinein weitgehend offenen und kaum vorhersehbaren Vielfalt unterschiedlicher Veränderungen vollziehen kann, dann liegt die Annahme nahe, daß das, was beim Zusammenbruch staatsbürokratischer Systeme in Mittel- und Osteuropa gescheitert ist, ein Anlauf oder Ansatz, ein durch die Widersprüchlichkeit der geschichtlichen Umstände geprägter Versuch einer anstehenden Gesellschaftstransformation war, nicht aber diese selbst, wenn auch mit recht problematischen Folgen für sie. Diesem Anlauf widerfuhr ähnliches, was vor dem Durchbruch der großindustriellen Produktionsweise auch allen Anläufen innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Erneuerung der Welt widerfahren ist. Außerdem hat die Menschheit in diesem Jahrhundert auch andere, für gewisse Zeit und bestimmte Zwecke durchaus effektive Entwicklungsvarianten scheitern gesehen. Zu erinnern wäre an das "New Deal", an die staatsmonopolitische Wirtschaft Nazideutschlands, an die massive staatsinterventionistische Entwicklungspolitik in Japan. Auch auf das Scheitern des berühmten "schwedischen Modells" wäre zu verweisen.

Schließlich bedeutet das alles nicht, daß die in den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten herrschende Ordnung sich nun als die zukunftsträchtige erweist. All das, was heute erforderlich ist, um die immer gefährlicher werdende Militarisierung von Wirtschaft und Politik zu stoppen, um zumindest eine kontrollierte Entwicklung der Mensch-Natur-Beziehungen zu erreichen, um Entwicklungsprogramme für die zurückgebliebenen Gebiete dieser Welt zu erstellen und zu realisieren, um der produktiven menschlichen Arbeit neue Felder zu erschließen, um die materielle und kulturelle Entwicklung des Menschen in den Mittelpunkt des technoökonomischen Prozesses zu rücken, all das überschreitet die Möglichkeiten einer Marktwirtschaft, die durch Profitproduktion und kapitalistische Spekulation dominiert ist. Auf alle gesellschaftlichen Ordnungen wirkt, was Wolfgang Küttler "Transformationsdruck" nannte, und die Niederlage der kommandosozialistischen Systeme ist - obschon sie hierzulande als spektakuläres Er-

eignis schlechthin erscheint - eben doch nur Moment einer tieferliegenden, weitgespannten, längst ausgebrochenen Transformationskrise: Die wirtschaftlichen, politischen, sozialen, juristischen, ideologischen Regulierungs- und Steuerungsmechanismen, die sich in der Vergangenheit herausgebildet haben, versagen - großenteils wegen ihrer Geeignetheit, als Herrschaftsmittel finanzkapitalistischer und machtpolitischer Sonderinteressen zu dienen - vor der Widersprüchlichkeit, der Dynamik und den komplexen Erfordernissen der heutigen gesellschaftlichen Prozesse, und vorerst sind nur ganz vage Möglichkeiten für den Einsatz geeigneterer Mechanismen in Sicht.

Zweitens. Was den in die osteuropäischen Länder wieder einfallende Kapitalismus anlangt, so darf man sich wohl fragen, ob er nicht inzwischen auf dem Wege ist, dort ebenso gründlich abzuwirtschaften wie der Kommandosozialismus. Aber das ist nur eine Seite der Sache. Es ist zu fragen, ob die sich hier abzeichnenden Veränderungen in den zweifellos massiven Tendenzen einer Rekapitalisierung erschöpfen werden. Nach meiner Meinung kann bezweifelt werden, daß die seit 1989 in Mittel- und Osteuropa sich vollziehenden Wandlungen als Rückkehr zum Kapitalismus (oder gar als Reversibilität der Entwicklung aus dem Kapitalismus zum Sozialismus[49] oder als Durchsetzung einer kapitalistischen one-world) adäquat beschreibbar sind. Das dürfte umso weniger der Fall sein, je mehr in dem als sozialistisch deklarierten Versuch an formationellen Veränderungen wirklich erreicht wurde, zumal ja die wesentlichen Probleme und Widersprüche fortexistieren, aus denen er ursprünglich erwuchs. Heutzutage verschwindet in der Geschichte auch in formationeller Hinsicht nichts Wesentliches, ohne im sozialökonomischen Leben, in Kultur und Politik, im moralischen und mentalen Bereich Spuren zu hinterlassen, Spuren, die kommende formationelle Prozesse mit prägen. Das nicht, indem sich etwas so wie es war, wiederholt oder identisch reproduziert. Derlei gibt es in der Geschichte nicht, da komplexe Situationen immer singulär sind, sich nicht wiederholen. Alles, was geschieht, ist mit der Vergangenheit über vielfältige Biegungen, Wandlungen und Widersprüche, durch ineinander verschlungene Kontinuitäten und Abbrüche vermittelt, wobei natürlich auch das eingeht, was die heute agierenden Generationen tun, also auch deren Kampfesorientierung. Und was über seine Zeit hinaus wirkt, tut das nur über eine komplizierte und widerspruchsvolle Wirkungsgeschichte, über die praktische Tätigkeit der Menschen, über die Verwirklichung alternative Entwürfe usw.

Drittens ist überhaupt anzunehmen, daß sich gerade dort, wo unterschiedliche oder gegensätzliche gesellschaftliche Strukturen aufeinandertreffen und

---

49 Ich glaube daher nicht, daß das Wesen der Sache getroffen wird, wenn man die Anbahnung kapitalistischer Produktionsverhältnisse als "einheitlichen sozialökonomischen Inhalt der Umwälzung in den ehemals sozialistischen Ländern" bezeichnet (so G. Fülberth: l. c. S. 187)

heterogene Reproduktions- und Lebensweisen einander überlagern, formationelle Neuansätze ausbilden oder ausbilden können. In der Geschichte war das häufig der Fall. Marx konstatiert das beispielsweise für den Zusammenstoß der gesellschaftlichen Ordnung der germanischen Eroberer mit dem krisengeschüttelten römischen Reich; es trete "eine Wechselwirkung ein, wodurch Neues entsteht, eine Synthese".[50] Auch heute ist als wahrscheinlich anzunehmen, daß neue, im Detail vorerst nicht absehbare formationelle Situationen entstehen, zumindest entsprechende formationelle Tendenzen sich ausbilden oder bemerkbar machen.[51] So ist es nicht ausgeschlossen, daß sich in China - u.a. auf der Grundlage der großen, überaus reichen und über lange Geschichtabschnitte ungemein innovativen Kulturgeschichte dieses Volkes - und überhaupt in dem ganzen südostasiastischem Bereich eigentümliche Formierungsprozesse ausbilden werden, die in keines der geläufigen Gedankenschemata passen. Möglicherweise wird das - auch im Hinblick auf andere Regionen und Kulturen - ein Aspekt bevorstehender gesellschaftstransformatorischer Prozesse sein. Jedenfalls treten heute gegenläufige Tendenzen hervor, die für die formationelle Entwicklung bedeutend sein dürften: Hand in Hand mit einer raschen Ausbildung globaler Interdependenzen geht die Ausbildung regionaler Zentren und andererseits die immer stärker ins Gewicht fallenden Multiversalität in sozialstruktureller und soziokultureller Hinsicht, wobei eben auch vorkoloniale Strukturen und Traditionen, die unter der Decke kolonialer u.a. Abhängigkeitsverhältnisse fortexistierten oder -vegetierten, zumindest partiell revitalisiert werden.

Die Verschiebung und Differenzierung der weltgeschichtlichen Bewegungstrends, die wir weiter oben als eines der Charakteristika des um die Jahrhundertwende einsetzenden weltgeschichtlichen Veränderungsprozesses herausstellten, wird sich auch künftig auswirken und eine Quelle von lokalen, regionalen wie weltweiten Instabilitäten und Konflikten sein. Aber eben auch von Neuansätzen. Letzteres wäre unbedingt der Fall, wenn es eine so-

---

50 K. Marx: Einleitung [zur Kritik der politischen Ökonomie]. In: MEW Bd. 13. S. 629. Siehe dazu J. Herrmann: Ökonomie und Gesellschaft an der Wende von der Antike zum Mittelalter. In: Ders.: Wege zur Geschichte. Berlin 1986.

51 Zu dieser Fragestellung siehe U. Huar: Möglichkeiten und Grenzen der Restauration des Kapitalismus in ex-sozialistischen Staaten. In: Weißenseer Blätter. 1993. H. 5. Ferner: P. Anderson: Zum Ende der Geschichte. Berlin 1993. S. 140 ff. Verschiedene Erwägungen dieser Art auch bei J. Juchler: Osteuropa im Umbruch. Zürich 1994. Christa Luft schreibt, daß sie ihren Kursanten aus Rußland, Bjelorußland, der Ukraine, Kasachstan anrät, "sie sollten in ihrer Heimat *eigene* Varianten von Marktwirtschaft erproben, sich nicht von 'geschäftstüchtigen' amerikanischen und anderen westlichen Beratern irgendein Lehrbuchmodell aufschwatzen lassen, das ihre Traditionen, Geschichte, Kultur, Mentalität und Wertskalen außer acht läßt." (C. Luft: Die nächste Wende kommt bestimmt. Aufbau Taschenbuch Verlag. 1994. S.25). Eine offenkundig vernünftige Idee! Sie dürfte das nicht nur mittelfristig-wirtschaftspolitisch sein, sondern auch in der Perspektive auf die künftige Geschichte in Dimensionen der Formationsentwicklung.

lidarisch eingerichtete Welt mit realer Selbstbestimmung der Völker geben würde. Jedermann weiß aber, daß es das heute nicht gibt und daß dies nicht gemeint ist, wenn metropolitane Politiker und Medien Lieder über Menschenrechte und Pluralismus anstimmen. Die industriell entwickelten Länder, die sich nun die Weltdominanz anmaßen, betreiben eine Politik, die man als formationelle Gleichschaltung bezeichnen könnte, und sie suchen diese mit allen möglichen und für sie ja reichlich verfügbaren Pressionsmitteln durchzusetzen.[52] Das kann die Mannigfaltigkeit möglicher Formierungsansätze hemmen. Ob sie so abgeblockt werden kann, ist zu bezweifeln.

Die Idee des Sozialismus.

Vor allem im Hinblick auf die Idee des Sozialismus oder Kommunismus dürfte es angebracht sein, von Schubkastenvorstellungen und vom Jonglieren mit "Modellen" abzugehen und sich stärker an den von uns betonten geschichtsmethodologischen Anliegen der Formationstheorie zu orientieren. Es kann weder darum gehen, eine idealische Zukunftsgesellschaft zu konstruieren noch darum, ein lehrbuchartig vorfixiertes und vorfixierbares Gesellschaftsmodell zu kreieren, das dann nur noch mit mehr oder weniger großem Geschick umzusetzen ist. Die Theorie der Gesellschaftsformation läuft von ihren dialektisch-materialistischen Grundlagen her jeder Konstruktion von Zukunftsgesellschaften stracks zuwider. Sie ist schlechterdings unvereinbar mit der berühmt gewordenen end-of-history-Idee.

Bei Marx kann man zwar Aussagen finden[53], die sich später für die Konstruktion von Gesellschafts"modellen" gut gebrauchen ließen. Hier gibt es bei Marx Widersprüche. Denn er war ansonsten geradezu allergisch gegen die zu seiner Zeit blühenden Modellkonstruktionen von Idealgesellschaften und gegen das Vorhaben, "fix und fertige Utopien" einzuführen. Er verhängte, wie sich Georg Fülberth treffend ausdrückt, über die von ihm beeinflußte kommunistische Bewegung ein Bilderverbot.[54] Dem materialistischen Entwicklungsdenker war klar, daß die reale Geschichte aus einer unerschöpflichen Fülle von Kräfteparallelogrammen entsteht, sich als die resultierende Tendenz ausbildet und daher stets von den verfolgten Absichten mehr oder weniger abweicht. Und er wußte in Rechnung zu stellen, daß Entwürfe von Idealgesellschaften ohnehin nichts anderes sein können als

---

52 D. Losurdo ("Demokratische Revolution oder Restauration?" In: Topos, 1994, H. 3, S. 59 ff) verweist auf Tendenzen der offenen Rekolonialisierung.

53 Vor allem in seiner Kritik am Gothaer Programm (Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei In: MEGA I/25)

54 G. Fülberth: Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen. Hamburg 1992. S. 147

idealisierte, ins Schöne hochgemalte Schatten bestehender Zustände und so früher oder später in Konflikt geraten mit der realen Geschichte und ihren Triebkräften.

Drei Ansatzpunkte scheinen mir für eine heute vertretbare Idee des Sozialismus wesentlich zu sein. Erste Voraussetzung ist eine entwicklungstheoretisch fundierte Grundlage, eine prognostische Antizipation, die den Blick weitet für Perspektivenpluralität und die Offenheit künftiger Gestaltungsformen. Zweitens bedarf es axiologischer Prinzipien, die auf Emanzipation - auf die soziale Befreiung der arbeitenden Massen und die Entfaltung der individuellen Vielfalt der Menschen, basierend auf der Entwicklung ihrer produktiven Kräfte - gerichtet sind und dabei die Erfahrungen der Geschichte der sozialen Bewegung berücksichtigen. Drittens müssen sich Theorie und Axiologie an anstehenden geschichtlichen Großaufgaben bewähren, indem sie eine Richtungsbestimmung des Wollens und Handelns liefern, die sich im Ringen um friedenssichernde, sozial gerechte, demokratische, ökologisch vernünftige Alternativen zu den Krisenerscheinungen der heutigen Zivilisation durchsetzt und dergestalt geschichtsbildend wirksam wird.

Waltraud Seidel-Höppner sagt: "**Sozialismus** in des Wortes allgemeiner Bedeutung: als Protest des arbeitenden Volkes gegen soziale und politische Vorrechte und daraus abgeleitetes Streben nach einer freien, friedlichen Welt, in der alle gleichermaßen ihre Lebensbedingungen selbst bestimmen und Bürden und Früchte gerecht miteinander teilen, äußert sich seit Jahrhunderten - der Sache nach, nicht als Begriff - in mannigfaltiger Gestalt und unterschiedlichen Ausprägungen ... "[55] Hier ist in Sachen Sozialismusbestimmung an die Stelle einer bloßen Vision oder eines fest vorgefügten politischen und sozialen Systemkonzepts eine Richtungsbestimmung des Wollens und Handelns getreten, die in der Geschichte der sozialen Bewegungen und des sozialen Denkens verwurzelt ist, sich selbst geschichtlich entwickelt und die Kultur der geschichtlichen Entwicklung - häufig über längerwährende Vermittlungen - wesentlich mitgeprägt hat und mitprägt.[56]

Landet man damit nicht bei Eduard Bernsteins Devise, die Bewegung sei alles, das Ziel aber nichts? Das ist eine interessante Frage. Bernstein hatte nämlich mit seiner Kritik an den in der damaligen sozialdemokratischen Partei verbreiteten starr-deterministischen Vorstellungen vom bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus und auch mit seiner Polemik gegen

---

55 W. Seidel-Höppener: Sozialismus - nur eine Utopie? A. a. O. S. 149
56 Siehe ebenda S. 156/57

ein als Endziel vorfixiertes Sozialismuskonzept so Unrecht nicht.[57] Aber Bernstein bezweckte keine dialektische, an den realen Widersprüchen und Kampfeserfordernissen orientierte Präzision oder Korrektur an Theorie und Programm der Arbeiterbewegung. Von Dialektik - ob bei Hegel oder Marx - hielt er ohnehin nichts. Sein Anliegen war ein anderes. Er argumentierte von den philosophischen Positionen des Neukantianismus her und wollte das sozialistische Programms auf den "Standpunkt des Ideals" (Friedrich Albert Lange) begründen, also auf Kants Ethik. Die geschichtliche Determiniertheit gesellschaftlicher Formations- und Transformationsprozesse wurde so - statt sie adäquater zu fassen - überhaupt in Frage gestellt. Der Sozialismus verwandelte sich in eine Angelegenheit des bloßen Sollens. Die deterministische Sichtweise bei Kautsky, Plechanow, Mehring, Luxemburg war - wie wir das heute sehen - verengt, begrenzt und korrekturbedürftig. Im Prinzip aber blieben sie gegen Bernsteins idealistische Begründung des Sozialismus, die sie als solche erkannten und attackierten, durchaus im Recht.

Das A und O jeder Sozialismusbestimmung und jedes von Humanität diktierten Herangehens an die Lebensfragen der heutigen Menschheit dürfte in Engels' Formel ausgedrückt sein, daß die Menschen "Herren ihrer eignen Vergesellschaftung" werden müssen. [58] Aber damit ist noch nichts darüber gesagt, wie dieses Herren-der-Vergesellschaftung-Werden vonstatten gehen kann. Das kann nur konkret-historisch beantwortet werden, da wir es mit geschichtlich sich wandelnden Inhalten, Verflechtungen und Widerspruchsfeldern zu tun haben. In seiner Arbeit gegen Eugen Dühring gewann Engels seine Hauptargumente für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft aus der Analyse der Vergesellschaftungsprozesse, die die damalige kapitalistische Produktionsweise hervorgebracht hatte, und aus den dabei zutage tretenden Widersprüchen. Dabei rückte er die Verwandlung der Produktionsmittel in "gesellschaftliche, nur noch von einer Gesammtheit von Menschen anwendbare Produktionsmittel" in den Vordergrund.[59] Das bleibt, allgemein gesehen, durchaus richtig, was auch für die daraus hergeleitete - und von Engels dem Staatseigentum direkt entgegengesetze - Forderung gilt, "daß die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den, jeder andern Leitung außer der ihrigen, entwachsenen Produktivkräften".[60] Aber heute fallen unter die Vergesellschaftung, zu deren Herren sich die Menschen emporarbeiten müssen, weitere Komponenten. Hervorzuheben

---

57 Siehe E. Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Reinbeck (Hamburg) 1969. S. 9 f, 26, 200 ff e. a.

58 F. Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring). In: MEGA I/27. S. 466

59 Ebenda S. 436/37

60 Ebenda S. 444

wären da die zu Engels' Zeit nicht absehbare Mobilität und Dynamik, die mit der informationstechnologischen Revolution von Produktion und Kommunikation verbunden ist, die rasch anwachsende Komplexität ökologischer, technoökonomischer, soziokultureller und institutioneller Vernetzungen, die anwachsende Macht der Multimedia-Kapitalgruppen und die enorme Zentralisierung der für Wirtschaft, Finanzen und Machtpolitik entscheidenden Informationsströme im regionalen wie globalem Maßstab bei gleichzeitiger Dezentralisierung von wirtschaftsleitenden Funktionen und Entscheidungsprozessen, die Herausbildung neuartiger Beziehungen von Groß-, Mittel- und Kleinunternehmen. Die Vergesellschaftung hat ein globales Wirkungsfeld erlangt, das auch destruktiven Wirkungsmöglichkeiten der modernen technischen Zivilisation globale Dimensionen verleiht und das gekoppelt ist mit weiter existierenden und sich verschärfenden Widersprüchen zwischen extrem ungleichen zivilisatorischen und kulturellen Entwicklungsniveaus.

So sind heute über die von Engels aufgezeigten Widersprüche hinaus vielfältige und teilweise viel schwerer wiegende Konfliktpotentiale und Instabilitäten gegeben. Mithin sind viele Probleme des Emanzipationsprozesses zwar auf der Grundlage der von Engels eingesetzten Methodologie, aber eben darum in vielem anders zu beantworten als das Engels möglich war. So verlangt heute die Herrschaft der Menschen über ihre eigene Vergesellschaftung in erster Linie, daß die Überlebensprobleme der Menschheit einer gedeihlichen, zukunftsträchtigen, naturverträglichen, emanzipatorischen Lösung entgegengeführt werden. Es hat sich herausgestellt, daß die früher verbreitete Vorstellung aufgegeben werden muß, die Menschen könnten sozusagen durch einen einmaligen Akt - speziell durch Verstaatlichung der Produktionsmittel - zu Herren ihrer Vergesellschaftung werden. In Wahrheit kann es sich nur um eine sehr komplexe, andauernde und sich wandelnde Aufgabe handeln, die immer neu und geschichtlich konkret steht. Außerdem muß heute - im Einklang mit den arbeitsteiligen Funktionen im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß - mit einer Pluralität von Eigentumsformen gerechnet werden - zumindest in einem der sachlich begründeter Prävision zugänglichen Zeitraum. Klar ist auch, daß die qualitative Aufgabenstellung, Herren der eigenen Vergesellschaftung zu werden, gar nichts mit einer totalen oder "flächendeckenden" Regelung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens von einer zentralen Kommandostelle her zu tun hat.

Auch in sozialstruktureller Hinsicht macht sich - abgesehen von den verheerenden sozialen Tendenzen in den schwach entwickelten Regionen, von denen bereits die Rede war - erneutes Nachdenken erforderlich. Einerseits ist festzustellen, daß der für die kapitalistische Produktionsweise charakteristische Proletarisierungprozeß - die Scheidung von Arbeiter und Produk-

tionsmittel und die damit verbundene tendenzielle Polarisierung von Reichtum und Macht einerseits, Armut und Subalternität andererseits - mit der technoökonomischen Umwälzung, in der Informationen zu entscheidenden Produktions- und Machtinstrumenten werden, auch in den entwickelten Ländern neue Dimensionen annimmt. Andererseits ist die Klasse der Industriearbeiter vor allem in diesen Ländern im Schwinden begriffen. An ihre Stelle tritt eine hinsichtlich der sozialen Lage, der Interessenstrukturen, der Funktion und der Qualifikation in sich hochgradig differenzierte Gesamtheit von Beschäftigten in Produktion und Dienstleistung. Die wissenschaftlich-technische Intelligenz, Wissenschafts- und Wirtschaftsorganisatoren und innovatorische Unternehmer gewinnen für die Produktivkraftentwicklung weiter an Bedeutung. Zugleich wird ein wachsender Teil der Bevölkerung aller Schichten aus dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und damit aus der zivilisatorischen, kulturellen und politischen Entwicklung hinausgeworfen.

All das zwingt zu neuen Erwägungen über die klassenmäßig-sozialen Inhalte und Triebfedern der sozialen Umwälzung wie über ihre Bewegungs- und Organisationsformen. In diesem Zusammenhang ist abschließend auf den Terminus "Transformation" zurückzukommen. Ich habe ihn häufig gebraucht, wohl wissend, daß er vieldeutig ist - welcher Terminus dieser Art ist das nicht? - und vieldeutig gebraucht wird. Ich assoziiere mit ihm in unserem Zusammenhang eine komplexe, grundlegende, strukturelle Umgestaltung. Daß derartige formationelle Wandlungen auf der geschichtliche Tagesordnung stehen, halte ich für unbestreitbar. Jedoch ist anzunehmen, daß diese in vieler Hinsicht anderer Natur sind oder sein müssen, als das gesellschaftliche Umwälzungen seit dem 16. Jahrhundert bis weit in das zwanzigste Jahrhundert hinein waren.

Natürlich muß angenommen werden, daß gesellschaftliche Umbrüche auch künftig in aller Regel mit politisch-sozialen Revolutionen im Sinne des Zerbrechens verkrusteter politischer Strukturen und des Sturzes an der Macht stehender bürokratischer Schichten verbunden sein werden. Es ist aber zu fragen, ob sie künftighin - und im Unterschied zu vergangenen Jahrhunderten und Jahrzehnten - mehr sein können als kaum vermeidbare Begleiterscheinungen. Die Kette ineinander verschlungener Revolutionszyklen, die von den frühbürgerlichen Umwälzungen in Europa bis zu den großen Volksrevolutionen des 20. Jahrhunderts in Rußland und China reicht und die den dramatischen stufenförmigen Gang der Weltgeschichte in dieser Zeit entscheidend prägt, geht offenbar zu Ende. Erstens sind gesellschaftstransformatorische Prozesse heute im Hinblick auf die zu lösenden Konflikte, auf ihre Wirkungsdimensionen, ihre Triebkräfte, ihre möglichen Perspektiven und Bewegungsformen immer mit der Überlebensfrage der Menschheit gekoppelt, und sie münden in diese ein. Zweitens hat sich inso-

fern eine neue Situation herausgebildet, als die transitorischen Fähigkeiten gesellschaftlicher Strukturen gegenüber der bloßen Reproduktion bestimmter gesellschaftlicher Zustände entscheidendes Gewicht erlangen

und das Transformatorische oder Transitorische sozusagen permanent, zu einem inhärenten Attribut der menschlichen Sozietät und der Denk- und Verhaltensweisen wird oder werden muß.

Hermann Klenner

Gerechtigkeitstheorien in Vergangenheit und Gegenwart*

In einer Zeit, da die Doppelillusion zugleich genährt - und zerstört und teuer bezahlt wird obendrein - daß nämlich der Weg zum Richter immer auch ein Weg zum Recht sei und das Recht deshalb Recht, weil es der Gerechtigkeit entspreche, mag es angemessen sein, einen Einblick in Gerechtigkeitstheorien der Vergangenheit und vor allem der Gegenwart zu geben. Solch ein Überblick ist mit dem Risiko der Oberflächlichkeit behaftet, denn ohne den Mut zur Lücke, zur Vereinfachung, zur Abstraktion ist er nicht zu haben. Andererseits wird der Erkenntnisschwund in der einen Richtung durch einen Erkenntniszuwachs in einer anderen Richtung (hoffentlich!) aufgewogen, und wenn es nur darum wäre, mittels Erfahrungsvermittlung und Plausibilitätslogik zu demonstrieren, daß kein binärer Code Recht/Unrecht, Gerechtigkeit/Ungerechtigkeit auch nur die Spur einer Chance hat, universal Akzeptierbares zu liefern. Solch ein Code wäre nur um den Preis seiner Inhaltsleere zu haben.

Ein zeitlos gültiges Maß richtigen Verhaltens gibt es nicht, wohl aber hat es die Idee, die Illusion eines solchen Maßes gegeben, die Hoffnung, seine Anwendung zu erleben; wohl gibt es Gerechtigkeitsgefühle und Gerechtigkeitstriebe, und Gewissensbisse gibt es auch, wenn man internationalisierten Normenordnungen zuwiderhandelt. Bereits von hier aus dürfte einleuchten, daß der bundesdeutsche Richter-Eid: "Ich schwöre, nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen" (Deutsches Richtergesetz, 1961/1972, 38), seine heiklen Momente insofern hat, als es bisher noch niemandem gelungen ist, eine allgemein annehmbare Gerechtigkeitsdefinition vorzulegen, geschweige denn ein widerspruchsfestes Gerechtigkeitskriterium anzugeben. Und dann bleibt auch noch Bertolt Brechts böser Vorwurf. daß es in Deutschland unendlich mehr Richter gebe, die Unrecht tun, indem sie die Gesetze ausüben, als solche, die Unrecht tun, indem sie sie verletzen.[1]

Falls jemand, um auch das noch vorher zu sagen, der Auffassung sein sollte, daß "Juristen" diejenigen seien, die wissen, was Recht ist und was Unrecht, hat er sich geirrt. Man hätte damit die Juristen zugleich unter- wie über-

---

* Nachträgliche Aufzeichnung des am 21 Januar 1993 vor den Mitgliedern der Leibniz-Sozietät e. V. in Berlin gehaltenen Vortrages. Erstveröffentlichung in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 36/1994, Heft 1, S. 3 - 21

1 B. Brecht (1898-1956): Werke, Bd. 21, Berlin/Frankfurt a. M. 1992, S. 261. Die Äußerung stammt von 1928.

schätzt. Es hat sich nicht viel geändert seit den Zeiten, da Kant behaupten konnte, daß die Juristen noch immer eine Definition zu ihrem Begriffe vom Recht suchten.[2] Gewiß erwartet man von Rechtsanwälten, daß sie ihren Mandanten in einem konkreten Konflikt das Rechte raten, und erhofft von Richtern, daß sie dem Recht gemäß urteilen. Was aber heute Recht ist, kann morgen Unrecht sein, so wie heutiges Unrecht gestern vielleicht noch Recht war. Und was in dem einen Land Recht ist, kann zum gleichen Zeitpunkt in einem anderen Land Unrecht sein. Es gibt fast nichts Rechtes und Unrechtes, sagt Blaise Pascal (und vor ihm mit fast den gleichen Worten Michel de Montaigne), das nicht mit dem Wechsel der Himmelsgegend seine Natur wechselte; drei Grad Polhöhe stürzten die ganze Jurisprudenz um; nach wenigen Herrschaftsjahren änderten sich die Grundgesetze; das Recht habe seine Epochen; eine lächerliche Gerechtigkeit sei es, die ein Fluß oder ein Berg begrenzt: Wahrheit diesseits der Pyrenäen, Irrtum jenseits.[3] Es müssen nicht die Pyrenäen sein, eine Mauer tat's auch.

Ein Jurist weiß also - günstigenfalls! - im wesentlichen nur, wie ihm Hier und Heute der Recht/Unrecht-Code lautet. Universaljuristen kennt das Universum nicht. Andererseits ist der ein schlechter Jurist, der nur das Recht seines Hier und Heute kennt, ohne sich zugleich darüber Gedanken zu machen, ob das, was Recht ist, auch Recht sein sollte, mit anderen Worten: ob das geltende Recht auch gerecht sei. Recht und Unrecht, deren endlosen Streit Gerechtigkeit vermittelt, heißt es bei Shakespeare (Troilus and Cressida, I/3: Right and Wrong/Between whose endless jar justice resides).

Sind aber Gesetzlichkeit und Gerechtigkeit nicht deckungsgleich, ist die tatsächliche Differenz zwischen diesen beiden Sachverhalten von allergrößter Bedeutung. Auch für Juristen! Wenn es stimmt, daß etwas nicht gerecht ist, weil es Gesetz ist, wohl aber solle etwas Gesetz sein, weil es gerecht ist, dann muß der Jurist mehr noch als andere Bürger das Auseinanderklaffen von Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit als eine Provokation empfinden. Mehr noch. Er muß die kritische Distanz zwischen Legalität und Legitimität wachhalten. Es sei denn, er ist mit dem geltenden Recht seines Landes vollständig einverstanden und identifiziert dessen *lex scripta* mit dem *jus justum et aequum* schlechthin.

Da sich aber in der Praxis noch immer gezeigt hat, daß kein Recht den unübersteigbaren Zenit von Rechtskultur darstellt, und daß Gerechtigkeit ohne Recht ohnmächtig ist wie Recht ohne Gerechtigkeit tyrannisch, gehört das

---

2 I. Kant (1724 -1804): Rechtslehre. Schriften zur Rechtsphilosophie, Berlin 1988, S. 34, 420. Zur Gerechtigkeitskonzeption Kants vgl. P. Unruh: Die Herrschaft der Vernunft. Zur Staatsphilosophie Immanuel Kants, Baden-Baden, 1993, S. 183 ff..

3 B. Pascal (1623 - 1662): Gedanken, Leipzig 1987, S. 43. -M. de Montaigne (1533 - 1592): Die Essais, Leipzig 1953, S. 217.

Gerechtigkeitsproblem zum Urbestand rechtswissenschaftlichen Forschens. So wie die "Wahrheit" eine Fundamentalkategorie der Wissenschaftstheorie ist und die "Schönheit" eine der Ästhetik, ist die "Gerechtigkeit" eine Fundamentalkategorie der Jurisprudenz. Die Gerechtigkeit liegt aber auch im Interessenkern eines jeden Menschen. Wen trifft es nicht im Lebensnerv, wenn man/frau sich ungerecht behandelt fühlt? Schon Aristoteles wußte, daß die Forderung nach Gerechtigkeit vor allem von den Schwächeren erhoben wird[4], und in Wilhelm Weitlings Programmschrift des Bundes der Gerechten, des unmittelbaren Vorläufers des Bundes der Kommunisten, wird "reich sein" als ein Synonym für "ungerecht sein" genommen[5]. Die sich jetzt, 1992/1993, im Osten Deutschlands bildenden Gerechtigkeitskomitees formieren sich gegen einen "Abgrund an Ungerechtigkeiten", wie er sich im Gefolge der Einverleibung der DDR durch die BRD auftat (und hätten sich vielleicht besser "Komitees gegen Ungerechtigkeiten" genannt, denn sich darüber zu verständigen, was ungerecht ist und dagegen zum Kampf zu motivieren, dürfte der Logik zum Trotz leichter sein, als die Pilatusfrage beantwortet zu bekommen, was denn Gerechtigkeit sei). Andererseits hat Brechts Me-ti von Staaten, in denen die Gerechtigkeit zu sehr gerühmt wird, vermutet, daß es in ihnen besonders schwer sei, Gerechtigkeit zu üben[6]. Wir haben das im Osten Deutschlands vor 1989 erlebt, und wir erleben es jetzt wieder.

2

Versteht man unter Gerechtigkeit (noch zu bestimmende) Eigenschaften a) des Verhaltens von Individuen zu anderen Individuen, b) des Inhalts von Verhaltensregeln, speziell von Rechtsnormen, c) des Inhalts von Gerichtsurteilen und Verwaltungsakten und d) des Inhalts von Rechtsordnungen als Ganzes, dann ist klar, daß Gerechtigkeit ein Ingredienz jeglichen menschlichen Zusammenlebens ist. Von Gerechtigkeitstheorien aber, im Sinne von Aussagesystemen über die Gerechtigkeit im obigen Sinn, kann man in Europa erst seit Platon und Aristoteles sprechen. Platon,der die Gerechtigkeit - neben der Weisheit, der Tapferkeit und der Besonnenheit - zu den vier

---

4 Aristoteles (384 - 322 v. u. Z.): Politik, München 1981, S. 206 (1318b).

5 W. Weitling(I8o8- 1871): Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte (1839). In: W.Kowalski: Vorgeschichte und Entstehung des Bundes der Gerechten, Berlin 1962, S. 212. - Bereits Thomas Morus (1478 -1535) hatte in seiner *Utopia* (Harmondsworth 1974, S. 65; Leipzig 1990, S. 45) die kühne These vertreten, daß Privateigentum und Gerechtigkeit sich ausschließen ("I don't see how you can ever get any real justice, so long as there's private property"). Diese Auffassung wurde eigenständig vertreten und praktiziert von Gerrard Winstanley (1609 - 1676) und seinen Diggern während der englischen Revolution. Vgl. ders.: Gleichheit im Reiche der Freiheit, Leipzig 1986, S. 195.

6 B. Brecht: Prosa, Bd. 4, Berlin/Weimar 1975, S. 54.

Kardinaltugenden zählte, und zwar als deren höchste, richtete seine eigene Theorie gegen die Auffassungen der Sophisten. Von denen hatte ein gewisser Thrasymachos die Gerechtigkeit als Funktion der Macht, als Vorteils-Inanspruchnahme der Herrschenden charakterisiert (denn die Leute schmähten die Ungerechtigkeit nicht deshalb, weil sie Angst davor hätten, sie zu begehen, sondern weil sie fürchteten, sie zu erleiden), und ein gewisser Antiphon hatte Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit als Synonyma markiert: "Gerechtigkeit nun besteht darin, daß man die Gesetze des Staates, dessen Bürger man ist, nicht übertritt."[7] Demgegenüber hat Platon - wie er nie hervorzuheben vergaß, unter dem Einfluß des Sokrates, der einen Gerechtigkeitsdualismus (Gerechtigkeit sei die Gesetzlichkeit der Menschen und die der Götter) vertrat[8] - eine zugleich antipositivistische wie antiutilitaristische Theorie entworfen. Der Staat, heißt es bei ihm, in dem das Gesetz von der Macht des Herrschers abhängig sei, anstatt Herr zu sein über die Herrscher, werde zugrunde gehen, und diejenigen Gesetze, die nur den Interessen einer Partei dienen statt dem allgemeinen Besten, seien Partei-, nicht Staatssache, sie enthielten nur sogenanntes, nicht wirkliches Recht[9]. Das Gerechtsein aber, lehrte er seine Schüler weiter[10], bestehe darin, daß man einem Jedem das ihm Gebührende erstatte, denn Gerechtigkeit sei nichts anderes, als daß ein jeder das Eigene hat und das Seinige tut. Man erkennt unschwer in dieser Definition eine der Vorformen der *Suum - cuique* -formula, die dann über Aristoteles, Cicero und Ulpian in das *Corpus juris civilis* (Digesten 1,1,10: *justitia est constans et perpetua voluntas, jus suum cuique tribuendi* = die Gerechtigkeit ist der ständige und unaufhörliche Wille, jedermann das ihm zuständige Recht zuzuteilen) geraten ist und die man schon häufig als inhaltslose Tautologie enttarnt hat, da ja nicht gesagt werde, wonach das Seinige und Meinige bemessen wird. Der Schlachtruf "Gleichheit den Gleichen, Ungleichheit den Ungleichen" ist jedenfalls für Rassisten wie für Antirassisten geeignet, da er verschweigt, ob das Menschsein das eine Individuum zum Gleichen des anderen Individuums macht oder ob die Nationalität, die Religion oder die Hautfarbe das Unterscheidungskriterium sein soll.

---

7 Vgl. W. Capelle (ed.): Die Vorsokratiker, Berlin 1958, S. 358 f. (Thrasymachos), 376 (Antiphon). Thukydides: Politische Reden, Leipzig 1949, S. 234(5/89); alle drei im 5. Jahrhundert v.u.Z. lebend.

8 Vgl. Xenophon (ca. 430 - 354 v. u. Z.): Erinnerungen an Sokrates (469 - 399 v. u. Z.), Leipzig 1976, S.130(4/4/18f.).

9 Platon (427-347 v. u. Z.):Gesetze, Bd 1, Leipzig 1945, S. 13of (715 St.) - vgl. auch O. Gigon/M. W Fischer (ed.): Antike Rechts- und Sozialphilosophie, Frankfurt/M. 1988. - A. Demandt: Der Idealstaat. Die politischen Theorien der Antike, Köln 1993.

10 Platon: Der Staat, Berlin 1987, S. 54,158 (332 St., 433 St.). - Vgl. auch H. Kelsen: Die Illusion der Gerechtigkeit. Eine kritische Untersuchung der Sozialphilosophie Platons, Wien 1985, S. 233 ff., rezensiert in: Deutsche Literaturzeitung, 109/1988, S. 612 f.

Bei Platon selbst jedenfalls hat die Doppelformel von der Gerechtigkeit als Maß sowohl des Habens als auch des Handelns eine sozialkonservative Benutzung in seiner Idee (keiner Utopie!) von einem Dreiklassenstaat mit einer versteinerten Arbeitsteilung und Sklaverei überdies, gefunden.

Die folgenreichste Gerechtigkeitstheorie der Antike stammt allerdings von Aristoteles. Für ihn ist Gerechtigkeit ein mehrdeutiger Begriff[11]. Er unterscheidet zwischen der ausgleichenden Gerechtigkeit (*justitia commutativa*) und der austeilenden Gerechtigkeit (*justitia distributiva*). Während sich die Verteilungsgerechtigkeit auf das Verhältnis zwischen dem Gemeinwesen und seinen Bürgern, zwischen den Eltern und ihren Kindern, zwischen den Reichen und den Armen, also ungleich Bleibenden beziehe, gelte die Austauschgerechtigkeit überall dort, wo Leistung und Gegenleistung unter den vom Gesetz Gleichgestellten stattfindet, etwa zwischen Käufer und Verkäufer, zwischen Mieter und Vermieter, zwischen Darlehensgeber und Darlehensnehmer oder bei der Bemessung von Schadensersatz gemäß dem Talionsprinzip der Vergeltung: wie du mir, so ich dir. Gemeinsam aber sei den beiden Grundformen der Gerechtigkeit, daß ihr Kern ein Mittleres zwischen einem Zuviel und einem Zuwenig sei, eine Gleichheit.

Im Falle der Verteilungsgerechtigkeit handelt es sich um eine proportionale, eine geometrische Gleichheit, denn es werden z. B. die Ämter des Staates an seine Bürger gemäß deren Tugend und Bildung vergeben, je höher die Fähigkeit, desto höher das Amt. Im Falle der Austauschgerechtigkeit handele es sich um eine numerische, eine arithmetische Gleichheit, da Leistung und Gegenleistung sich als kommensurable Größen direkt aufeinander beziehen. Ohne Austausch gebe es keine Gesellschaft, ohne Gleichheit keinen Austausch und ohne Meßbarkeit keine Gleichheit. Alles, was ausgetauscht wird, müsse irgendwie vergleichbar sein, und am Geld als an einer Mittelinstanz lasse sich alles messen, das Produkt des Bauern wie das des Schuhmachers.

Es ist genau diese Einsicht des Stagiriten, die Marx im "Kapital" veranlaßte, vom Genie des Aristoteles zu sprechen, welches darin glänze, daß er im Wertausdruck der Waren ein Gleichheitsverhältnis entdeckt habe, auch wenn er aus der Wertform der Waren nicht herauszulesen vermochte, daß in ihr als gleichgeltend alle menschlichen Arbeiten ausgedrückt sind; die Erkenntnisschranke des großen Griechen erkläre sich aber, so weiter Marx, daraus, daß die griechische Gesellschaft auf der Sklavenarbeit beruhte, also die Ungleichheit der Menschen und ihrer Arbeitskräfte zur Naturbasis

---

[11] Zum folgenden vgl. Aristoteles: Nikomachische Ethik, Berlin 1983, S. 95 ff. (1129a). - Vgl. auch Sp. Panagiotou (ed.): Justice, Law and Method in Plato and Aristotle, London 1989. - K. F. Röhl: Die Gerechtigkeitstheorie des Aristoteles, Baden-Baden 1992.

hatte[12]. In der Tat ist für Aristoteles das Verhältnis zwischen dem Sklaven gegenüber dem Herrn kein Rechtsverhältnis: es habe ja auch mein Fuß mir gegenüber kein Recht oder meine Hand[13].

Aus jedem transzendenten Ansatz, wie er für die Konzeptionen vor allem von Platon, aber, freilich gemindert, auch von Aristoteles charakteristisch ist, hat Epikur die Gerechtigkeitstheorie gelöst. Gerechtigkeit, so einer seiner Hauptlehrsätze, sei nicht etwas an und für sich Seiendes, sondern ein in den wechselseitigen Beziehungen der Menschen an jeweils verschiedenen Orten abgeschlossener Vertrag, einander weder zu schädigen noch sich schädigen zu lassen[14]. Indem das natürliche Recht als ein der menschlichen Natur in Raum und Zeit gemäßes Recht aufgefaßt wird, wird die Gerechtigkeit aus einem von Gott vorgegebenen oder anderweit mystisch verbrämten Tugendkanon befreit. Wenn die Gemeinschaft der Polismitglieder erkenne, was ihr nützlich sei und was sie schädige, werde sie zu entsprechenden Geboten und Verboten veranlaßt. Ein den Bedürfnissen der Gemeinschaft nicht gerecht werdendes Gesetz habe nicht die Natur des Rechts und entbehre daher der Rechtsgeltung. Damit wird der Gerechtigkeitsbegriff materialisiert, relativiert, historisiert. Von einer im Reich der Ideen beheimateten, überzeitlich geltenden Gerechtigkeit halten die Epikuräer nichts. Nicht im Jenseits, im Diesseits liegt für sie die Geburtsstätte der Gerechtigkeit, in den sich geschichtlich und geographisch verändernden Bedürfnissen der Menschen. Kein Wunder, daß Epikur schon von seinen dem Gottesglauben verhafteten Zeitgenossen nach den bis heute herrschenden Journaille-Regeln verleumdet worden ist, wie Diogenes Laertius im Detail berichtete, aber auch widerlegte[15].

Zu den gegen Epikur zu Felde ziehenden Intellektuellen gehörten vor allem die Anhänger der Stoa. Sie überführten die auf die Polis, den altgriechischen Stadtstaat zugeschnittenen Gerechtigkeitsauffassungen insbesondere von Platon und Aristoteles in eine auf die Kosmopolis, auf eine Weltordnung zielende Gerechtigkeitskonzeption. Diese Kosmopolis umfasse Himmel und Erde, Götter und Menschen. Das kosmische Gesetz aber, so lehrte der zeitlich nach Zenon (332 - 262 v. u. Z.) bedeutendste unter den Stoi-

---

12 K. Marx/F. Engels: Gesamtausgabe (MEGA), 2. Abteilung, Bd. 10, Berlin 1991, S. 60.

13 Aristoteles: Magna Morallia, Berlin 1983, S. 37 (1194b).

14 Epikur (341 - 270 v. u. Z.): Briefe, Sprüche, Werkfragmente, Stuttgart 1982, S. 77 (Ratae Sententiae 33), auch in: Griechische Atomisten, Leipzig 1988, S. 290, sowie in: Marx/Engels: Gesamtausgabe (MEGA), 4. Abteilung, Bd. 1, Apparat, Berlin 1976, S. 603. - Vgl. R. Müller: Die Epikureische Gesellschaftstheorie, Berlin 1972, S. 104 - 110: "Relativität und Bedingtheit der Rechtsnormen bei Epikur und in der Sophistik". - R Müller: Die epikureische Ethik, Berlin 1991, S. 78 - 80: "Der instrumentale Charakter der Tugenden".

15 Diogenes Laertius: Leben und Meinungen berühmter Philosophen (ca.220 v. u. Z.), Bd.2, Berlin 1955, S. 224 ff. (10/3-12).

kern, Chrysippos, sei der "König über alle göttlichen und menschlichen Angelegenheiten"; es sei "die Autorität, die bestimmt, was sittlich und was unsittlich ist"; es sei "die Richtschnur für Recht und Unrecht"; es schreibe "den von Natur auf eine Gemeinschaft angelegten Wesen vor, was sie tun und was sie lassen sollen"[16]. So entstand die für die Stoiker typische, aber bis in die Jetztzeit vertretene Rechts-Triade: Menschengesetz - Naturgesetz - Weltgesetz. Danach sei das Menschengesetz, die *lex humana*, vom Naturgesetz, der *lex naturalis*, überlagert, und dieses vom Weltgesetz. Dieses göttliche Weltgesetz, diese *lex aeterna et perpetua*, habe das Werden des Gewordenen bestimmt, so wie es das Werden des Werdenden bestimme. Zugleich enthalte es das von der Gottheit als der Urheberin alles Geschehens verordnete Schicksal des Menschen, das die Willigen führe, die Widerstrebenden aber mit sich fortschleppe[17]. Daraus erklärt sich nicht nur die bis heute als solche auch so benannte stoische Lebensweise, das Sichanpassen des Individuums an die bestehenden Verhältnisse, die Gleichgültigkeit gegenüber den irdischen Mißständen, das Sichfügen gegenüber den Anordnungen der Obrigkeit, der Verzicht auf alternatives Denken und Handeln. Es erklärt sich daraus auch eine mystifizierte Gerechtigkeitsvorstellung. Nicht aus der Befriedigung bzw. Nichtbefriedigung der irdischen Bedürfnisse des Menschen, der Wahrnehmung bzw. Verletzung seiner eigenen Interessen ergibt sich der Gerechtigkeits-/Ungerechtigkeitscode, sondern aus des Menschen Gehorsam bzw. Auflehnung gegenüber einer als göttlich erscheinenden Ordnung der Dinge. Deren Definitionsmonopol haben sich freilich noch immer die Herrschenden angemaßt.

Damit ist bereits der nahezu nahtlose Übergang zur christlichen Gerechtigkeitsauffassung der *Patristik und Scholastik* erreicht. Wenn etwa der auch von den Stoikern unter den Philosophen beeinflußte Cicero schreibt, daß wir zur Gerechtigkeit geboren seien (*nos ad iustitiam esse natos*), daß das wahre, alle Völker ewig und unveränderlich bindende Gesetz die mit der Natur im Einklang stehende richtige Vernunft (*recta ratio*) sei und Gott der gemeinsame Meister und Beherrscher aller (*deus est magister et imperator omnium*), dann macht es dem 303 u. Z. zum Christen gewordenen Kirchenvater Lactantius keine Schwierigkeiten, in der von ihm stammenden ersten lateinischen Gesamtdarstellung der Hauptlehren des Christentums: "Divinae institutiones" diese Passagen so zu kommentieren: "Wir müssen also das Gesetz Gottes auf uns nehmen, welches uns auf diesen Weg weist, das hei-

---

16 Chrysippos (ca. 280 - 204 v. u. Z.). In: J. v. Arnim (ed.): Stoicorum veterum fragmenta, Bd. 3, Leipzig 1905, Nr.314 (Übersetzungen bei W.Nestle (ed.): Die Nachsokratiker, Jena 1923). - Vgl. R. Müller: Polis und Res publica, Weimar 1987, S. 279 - 292: "Die Staatsauffassung der frühen Stoa".

17 So der Stoiker Seneca (ca. 4 v. u. Z. - 65 u. Z.): Von der Seelenruhe, Leipzig 1983, S. 349 (Epistulae morales ad Lucilium, Nr. 107: fata volentem ducunt, nolentem trahunt).

lige, das himmlische, welches Marcus Tullius (Cicero) im dritten Buch vom Staat mit fast göttlicher Stimme geschildert hat." [18]

Jedenfalls gehörte die Aushebelung des Homo-mensura-Satzes: "Der Mensch ist das Maß aller Dinge, der seienden, daß sie sind, der nicht seienden, daß sie nicht sind"[19], durch den geradezu entgegengesetzten Satz: "*non sub homine, sed sub Deo et sub lege*" zu den intellektuellen Voraussetzungen des christlichen Ableitungszusammenhanges zwischen dem ewigen, dem natürlichen und dem zeitlichen Gesetz, der *lex divina*, der *lex naturalis* und der *lex humana*. Danach ist das jeweils höherwertige Gesetz die Wirkursache, der Geltungsgrund, und der Gerechtigkeitsmaßstab für das nachgeordnete Gesetz. Ein dem Naturgesetz widersprechendes Menschengesetz sei gar kein wirkliches Gesetz, sondern pure Gewalttat, *legis corruptio*, eine Gesetzesverkehrung, sagt Thomas von Aquin[20]; es dürfe zwar befolgt werden (sofern es nicht auch noch dem Gottesgesetz widerspricht!), es verpflichte aber niemanden. Was anderes als große Räuberbanden (*latrocinia*) seien Staaten, wenn ihnen die Gerechtigkeit fehlt, sagte schon Jahrhunderte zuvor der christliche Fundamentalist Augustinus[21]. Das hört sich gut an. Besonders gut hörte es sich an, als ein Martin Luther King unter Hinweis auf des Augustinus These, daß ein ungerechtes Gesetz gar kein wirkliches Gesetz sei, den rassistischen Gesetzen seines Landes die Rechtsqualität absprach[22]. Auch ist - allein schon vom Methodischen her - ein objektivierbarer Maßstab erforderlich, um Willkürgesetze mit Gerechtigkeitserwägungen zu delegitimieren und der so illegitimen Legalität Widerstand zu leisten.

Wer aber entscheidet, ob Staaten die Gerechtigkeit fehlt und sie daher bloße Räuberbanden sind? Die noch größeren Staaten, damit sie einen Vorwand haben, ihre kleineren Konkurrenten zu schlucken? Es war der jeweilige Inhaber der päpstlichen Gewalt, der mit seiner Bulle "*Inter caetera divinae*" von 1493 die Herrscher Spaniens und Portugals zu kolonialer Eroberungspolitik (im Interesse des alleinseligmachenden Glaubens, versteht sich) aufforderte und mit seiner Bulle "*Regnans in excelsis*" von 1570 Queen Elizabeth von England absetzte und deren Untertanen vom Treueid entband[23]. Und liegt es nicht nahe, daß der Stellvertreter Christi auf Erden nä-

---

18 Cicero (106 - 43 v. u. Z.): Staatshistorische Schriften, Berlin 1984, S. 229 (De legibus I/10), S. 149, (De re publica 322, die Lactantius-Passage interpoliert).- Cicero: Werke, Bd. 2, Berlin/Weimar 1989, S- 323f. - Vgl. auch C. J. Classen: Cicero - heute? In: Neue Juristische Wochenschrift, 42/1989, S. 367 - 369.

19 Protagoras (ca. 480 - 410 v. u. Z.). In: Diogenes Laertius (Anm. 16) S. 186; Capelle (Anm. 8), S. 327.

20 T. v. Aquin (1225 - 1274): Summa theologica, Bd. 13, Heidelberg 1977, S. 97 (I-II, 95, 2).

21 A. Augustinus (354 - 430): Vom Gottesstaat, Bd. 1, München 1977, S. 173 (4/4).

22 M. Luther King (1929 -1968): Freiheit, Kassel 1964, S. 190 f.

23 Vgl. den Abdruck der genannten Bullen bei: C. Mirbt (ed.): Quellen zur Geschichte des Papsttums, Tübingen 1924, S. 246, 348.

her zu Gott ist und dessen Gesetz besser kennt als die anderen Herrscher? Ist es nicht gerechtfertigt, daß er es ist, dem das Interpretationsmonopol über die *lex divina* zusteht?

3

Es ist das große Verdienst der europäischen Aufklärung von Hobbes bis Hegel, die Universalisierung eines irdischen Gerechtigkeitskonzepts betrieben zu haben. Da die Diesseitsgesetze nicht im Jenseits gemacht werden, sei auch die Gerechtigkeit als das Übereinstimmungsmaß zwischen dem tatsächlich geltenden und dem eigentlich erforderlichen Recht, dem existenten und dem wirklichen Recht nirgendwo anders zu finden als im Hier und Heute. Höchstens metaphorisch wurde das Menschenrecht vom Himmel geholt; man erinnert sich an Friedrich Schillers Verse: "Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht,/ Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden, / Wem unerträglich wird die Last - greift er / Hinauf getrosten Mutes in den Himmel / Und holt herunter seine ew'gen Rechte / Die droben hangen unveräußerlich" (Tell 2/2, 1275). Ansonsten wurde nicht mit der Offenbarung eines Gottes, sondern mit der Ratio eines Menschen argumentiert. Bandbreite blieb dabei genug. Zwischen Hobbes' Apologie des Absolutismus (des Königs oder des Parlaments) und Lockes Apologie der Privateigentümer klaffen Gegensätze, wie auch zwischen Montesquieus Gewaltenteilungs- und Rousseaus Volkssouveränitätslehre, oder zwischen Kants Liberalismus, Fichtes Demokratismus und Hegels Konstitutionalismus. Aber es waren Gegensätze innerhalb einundderselben Weltanschauung. Und ihre wirklichen Gegner gehörten einunddemselben Lager an und operierten mit den gleichen beiden Sorten von Vorurteilen. Als solche galten den Aufklärern sowohl geistige (nämlich geistliche) als auch empirische Vorurteile.

John Locke hat fast die Hälfte seines rechtsphilosophischen Hauptwerkes ausschließlich der Widerlegung seines Gegners Robert Filmer gewidmet, der seinen extremen Royalismus damit begründet hatte, daß sich die absolute Gewalt des Königs vom biblischen Adam herleite, dem seine väterliche Gewalt von Gott selbst übertragen worden sei[24]. Indem Locke die Unmöglichkeit bewies, daß die heutigen Herrscher auf Erden auch nur den entferntesten Herrschaftsanspruch ("the least shadow of authority") aus dem herleiten können, was mittels biblisch überlieferter Offenbarung als Quelle ihrer Macht angesehen wird, ja daß im Gegenteil das Walten von Gerechtigkeit voraussetzt, daß ein gewähltes Parlament nach öffentlich verlautbarten Ge-

[24] Vgl. J. Locke (1632 - 1704): Two Treatises of Government, Cambridge 1988, S. 135 - 263: Detected and Overthrown False Principles of Sir Robert Filmer and His Followers. - R. Filmer (1588 -1653): Patriarcha, Oxford 1949, S. 49 -126: The Natural Power of Kings.

setzen und mittels befugter Richter über die Rechte der Untertanen entscheidet, da diese sich doch selbst zusammengeschlossen hätten, um sich und ihr Eigentum zu schützen,[25] denunzierte er jedes irdische Recht als ungerecht, das einen lediglich überirdischen Stammbaum vorweisen konnte. Zum Selbstverständigungsprozeß aller antifeudalen Klassen der Gesellschaft über ihre Interessen und ihre Gegner gehörte auch die Abkopplung des Rechts von (christlicher) Moral und der Rechtswissenschaft von der Theologie. In Deutschland ist dieser Säkularisierungsvorgang vor allem vom Pufendorf, Thomasius und Gundling auf den Weg gebracht worden.

Das andere Vorurteil, das die Aufklärer zu überwinden hatten, war zum geistig-geistlichen eher entgegengesetzer Art: es war der aus dem Empirisch-Historischen gespeiste Einwand gegen alternatives Denken und Handeln. Hielt man seinen Reformvorschlägen die bisherigen Erfahrungen entgegen, wurde selbst der sonst so friedfertige Kant bissig und verbat sich jegliche "pöbelhafte Berufung auf vorgeblich widerstreitende Erfahrung", die doch gar nicht existieren würde, hätte man sich rechtzeitig nach vernünftigen Ideen gerichtet: Wenn vom Recht die Rede ist, dürfe man nicht vom Empirischen ausgehen, sondern bloß von der Vernunft; wer etwas für Recht deshalb halte, weil es bisher Recht gewesen sei, der spanne die Pferde hinter den Wagen.[26] Schärfer noch der Erzdialektiker Hegel: Hundertjähriges Recht gehe mit Recht zugrunde, wenn die Basis wegfällt, welche die Bedingung seiner Existenz ist.[27]

Gegen diese beiden Vorurteilsgruppen sowie gegen die (bis heute!) herrschende Praxis der Herrschenden "never explain, never apologize" mobilisierten die Aufklärer die Vernunft des Menschen, die durchzusetzen sein Interesse gebiete. Nicht Moralität, Religiosität, Gemüt, Gefühl, Gesinnung, Gewesenes und Gegenwärtiges dürften als solche das Regierende sein, sondern auf dem Richterstuhl für Kritik und Konstruktion throne die Vernunft, und zwar nicht als Abstraktum, sondern als konkrete, einem jeden Menschen naturgegebenen Fähigkeit, seine Lebensbedürfnisse als gesellschaftliches Wesen zu erkennen und zu befriedigen:

Die Vernunft sei es, sagte Hobbes, die den Menschen zu den Grundsätzen verhilft, die ihm den Weg aus dem Krieg aller gegen alle in einen Zustand von Recht und Gerechtigkeit weisen; Kant behauptete von eben dieser Gerechtigkeit, daß sie zu den a priori durch jedes (!) Menschen Vernunft er-

---

25 J Locke (Anm. 24), S. 267, 358 (II,136).

26 I. Kant (Anm. 3), 498, 500. - I. Kant: Kritik der reinen Vernunft, Leipzig 1979 (A 316). - Vgl. auch H. Klenner: Deutsche Rechtsphilosophie im 19. Jahrhundert, Berlin 1991, S. 43 ff.

27 G. W. F. Hegel (1770 - 1831): Grundlinien der Philosophie des Rechts, Berlin 1981, S. 409.

kennbaren Dingen gehöre, und Hegel bewies, daß Gründe regieren müssen und Glauben nicht regieren darf.[28]

Damit ist auch angedeutet, daß die Aufklärer sich nicht damit begnügten, das überkommene Recht durch einen Richterspruch kritischer Vernunft als ungerecht zu disqualifizieren. Ihr eigentliches Ziel bestand darin, eine Gesellschaft etablieren zu helfen, in der sich Recht und Gerechtigkeit grundsätzlich als deckungsgleich erweisen. Denn die Vernunftdenker waren Realisten genug, um zu wissen, daß es nicht die Weisheit, sondern die Autorität ist, die ein Gesetz zum Gesetz macht (Hobbes), daß der Richter die Begründung seines Urteils nicht aus der Vernunft, sondern aus einem Gesetzbuch holt (Kant), und daß das, was immer nur sein soll, ohne zu sein, keine Wahrheit hat (Hegel)[29]. Also mußte es schließlich darauf ankommen, einen Gesellschaftszustand herbeizuführen, in dem das Recht wird, was gerecht ist.

Wie das zu bewerkstelligen sei, war freilich äußerst umstritten. Montesquieu, dem eingestandenermaßen ein Zuviel an Vernunft nicht immer wünschenswert erschien, versprach sich eine Verfassung der Freiheit und Gerechtigkeit dann, wenn die drei Arten staatlicher Machtausübung (die gesetzgebende, die vollziehende und die richterliche Gewalt - puissance législative, exécutrice, de juger) von gleichgeordneten, voneinander unabhängigen, sich aber wechselseitig kontrollierenden Organen ausgeübt werden; Rousseau setzte demgegenüber auf die Identität von Regierenden und Regierten, da das Gesetz dann nicht ungerecht sein könne, weil niemand gegen sich selbst ungerecht sein kann; Kant wiederum bot ein Gedankenexperiment an: Der Probierstein für die Gerechtigkeit eines Gesetzes liege in der bloßen Idee der Vernunft, die aber ihre unbezweifelte praktische Realität hat, nämlich jeden Gesetzgeber zu verpflichten, daß er seine Gesetze so gebe, als ob sie aus dem vereinigten Willen eines ganzen Volkes haben entspringen können, und jeden Untertan, sofern er Bürger sein will, so anzusehen, als ob er zu einem solchen Willen mit zusammengestimmt habe.[30] Das alles ist zumindest antifeudal und antikolonial gedacht und in Richtung auf eine bürgerliche Gesellschaft. Freilich hat deren Absolutheitsanspruch schon Hegel mit seinem Wissen darüber zersetzt, daß diese Gesellschaft

---

28 T. Hobbes (1588 - 1679): Leviathan, London 1988, S. 188 (1/3). -I. Kant (Anm. 3), S. 109. - G. W. F. Hegel (Anm. 27), S. 309.

29 T. Hobbes: Dialog zwischen einem Philosophen und einem Juristen über das englische Recht. Weinheim 1992, S. 42 f. - I. Kant (Anm. 3), S. 372; G. W. F. Hegel: Phänomenologie des Geistes. Frankfurt/M. 1977, S. 192.

30 Ch. de Montesquieu (1689 - 1755): De l'esprit des lois, Paris 1979, S. 295 (deutsch: Vom Geist der Gesetze, Bd. 1 , Tübingen 1992, S. 215). - J. Jc. Rousseau 1712 - 1738): Du contrat social, Paris 1966, S. 75 (deutsch: Der Gesellschaftsvertrag, Leipzig 1984, S. 69). - I. Kant (Anm. 3), S. 268.

durch den ihr immanenten Widerspruch zwischen dem Übermaß an Reichtum auf der einen Seite und auf der anderen Seite dem Übermaß an Armut über sich hinausgetrieben werde.[31] Bringt man den traurigen Mut nicht auf, seine Augen vor den Reichtum/Armut-, Macht/Ohnmacht-, Herr/ Knecht-Antagonismen in der Weltgesellschaft von Heute zu verschließen, kann man nur hoffen, das Hegel recht behalten wird.

4

In der Moderne, dem Ausgang unseres eigenen Jahrhunderts, lassen sich in der Überfülle einschlägiger Juristen-Literatur[32] vier Arten von Gerechtigkeitstheorien ausmachen, nämlich a) analytische, b) agnostische, c) formale und d) materiale Gerechtigkeitstheorien.

Was nun, erstens, die analytischen Gerechtigkeitstheorien betrifft, so handelt es sich ihrem Abstraktionsstatus nach um Metatheorien. Sie entwickeln nicht eigene Kriterien, um Gerechtigkeit von Ungerechtigkeit, gerechtes von ungerechtem Recht unterscheiden zu können. Sie analysieren vielmehr die erkenntnistheoretischen Voraussetzungen, die logischen Strukturen, die

---

31 G. W. F. Hegel (Anm. 27), S. 270 (§ 246).

32 Vgl. etwa: T. Bausch: Ungleichheit und Gerechtigkeit, Berlin 1993. - E. Brunner: Gerechtigkeit, Zürich 1943. - A. Buchanan: Marx and Justice, London 1982. - D. Christoff (ed.): Gerechtigkeit in der komplexen Gesellschaft, Basel 1979.-H.Coing: Grundzüge der Rechtsphilosophie,Berlin 1993. - R. Dreier: Recht - Staat - Vernunft, Frankfurt 1991. - F. Dürrenmatt: Monstervortrag über Gerechtigkeit und Recht, Zürich 1969. - R. Dworkin: Taking Rights Seriously, Cambridge 1977. - T. Evers (ed.): Gerechtigkeit, Hofgeismar 1989. - St. Graubard (ed.): Die Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit, Baden-Baden 1988. - Norbert Greinacher: Der Schrei nach Gerechtigkeit, München 1986. - J. Habermas: Faktizität und Geltung, Frankfurt/M. 1992. - H. L. H. Hart: The Concept of Law, Oxford 1982. - O. Höffe: Politische Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1989. - D. Horster: Politik als Pflicht, Frankfurt/M. 1993. - E. Kamenka/Alice Tay (ed.): Justice, London 1979. - A. Kaufmann: Über Gerechtigkeit, Köln 1993. - H. Kelsen: Was ist Gerechtigkeit, Wien 1953. - H. Klenner: Vom Recht der Natur zur Natur des Rechts, Berlin 1984. - R. Kley: Vertragstheorien der Gerechtigkeit, Bern 1989.- L. Legaz y Lacamra: Rechtsphilosophie, Neuwied 1965. - K. Larenz: Richtiges Recht München 1979. - N. Luhmann Das Recht der Gesellschaft, Frankfurt/M. 1993. - W. Maihofer/G. Sprenger (ed.): Praktische Vernunft und Theorien der Gerechtigkeit, Stuttgart 1992. - R. Marcic: Naturrecht und Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1989. - J. Messner: Das Naturrecht, Berlin 1984. - B. Moore: Ungerechtigkeit, Frankfurt/M. 1985. - K. Muenzel: Recht und Gerechtigkeit, Köln 1965. - G. Orsi (ed.): Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1993. - Ch. Perelman: Über die Gerechtigkeit, München 1967. - V. Peschka Grundprobleme der modernen Rechtsphilosophie, Budapest 1974. - J. Rawls: Die Idee der politischen Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1992. - A. Ross: On Law and Justice, London 1974. - St. Rothlin: Gerechtigkeit in Freiheit, Frankfurt/M. 1992. - B. Rüthers: Das Ungerechte an der Gerechtigkeit, Osnabrück 1991. - J. Shklar: Über Ungerechtigkeit, Berlin 1992. - R. Stranzinger: Gerechtigkeit~Frankfurt/M.~ 1988. - I. Tammelo: Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1977. - M. Walzer: Sphären der Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1992. - H. Welzel: Naturrecht und materiale Gerechtigkeit, Göttingen 1980. - R. Zippelius: Rechtsphilosophie, München 1989.

sprachlichen Formen, die Motivationen, die intellektuellen Quellen und Folgen, die sozialen Ursachen und Wirkungen sowie den Verbreitungsgrad von Gerechtigkeitsvorstellungen anderer, auch von denjenigen übrigens, die auf eine Gerechtigkeitstheorie Verzicht leisten, die Rechtswissenschaft auf Rechtsdogmatik reduzieren und sich auf den von den Gesetzgebern und Gerichten gelieferten Stoff beschränken, auf die Rechtsnormen und die richterlichen Entscheidungen. Sie untersuchen die Gerechtigkeitsbewertungen, die Wurzeln des Strebens nach Gerechtigkeit, deren Funktionen für den einzelnen und die Gesellschaft. Sie erörtern, wie Gerechtigkeitsstandards entstehen und in welchen Bereichen diese Standards das Denken und Handeln (und in welchem Ausmaß) leiten oder wenigstens beeinflussen. Indem die Analytiker mit dem theoretischen oder empirischen Methodeninstrumentarium der Theologie, Philosophie, Soziologie, Psychologie , Ethik, Erkenntnistheorie, Logik, Linguistik, Historiographie operieren, fördern sie wertvolle Erkenntnisse zutage; nur eines bringen sie nicht zustande: eine eigene Gerechtigkeitstheorie. Boshafte meinen zuweilen: die Analytiker wissen alles, aber verstehen nichts.

Was nun, zweitens, die Agnostiker unter den Gerechtigkeitsdenkern anbelangt, so ist ihnen häufig bereits schon der bloße Terminus "Gerechtigkeit" als ein quasi-religiöser, quasi-ideologischer, quasi-moralischer, quasi-politischer Ausdruck suspekt.[33] Gerechtigkeit habe mit Recht nichts als das Etymologische gemein. Oder, was nicht weniger nihilistisch ist, Gerechtigkeit sei eine automatische Folgeerscheinung von Law and Order. Objektivität und Gerechtigkeit hätten nichts miteinander zu tun, behaupteten in schöner Eintracht Friedrich Nietzsche und Max Weber.[34] Daß etwas gerecht sei, lasse sich ebensowenig wissenschaftlich beweisen, wie die Schönheit eines gotischen Domes oder einer Symphonie Beethovens; Gerechtigkeit lasse sich nicht einmal definieren.[35] Sie könne Gegenstand höchstens von Bekenntnissen sein, nicht aber von Erkenntnissen. Wissenschaftlich gesehen seien die Inhalte aller Gerechtigkeitstheorien gleich gültig (und also gleichgültig). Gefühls- und Gemütsangelegenheiten seien sie. Und hatte Kant nicht recht, als er schrieb:[36] Gerecht ist der Krieg, der auf Jerusalem fällt, sagt Bagdad; gerecht ist der Krieg, der auf Bagdad fällt, sagt Jerusalem; gerecht ist er, wenn er amerikanisch ist, sagt Bush, und Saddam sagt

---

33 Vgl. F Dürrenmatt: Monstervortrag über Gerechtigkeit und Recht, Zürich 1969, S. 18. - H. L. A. Hart (1907 - 1992): The Concept of Law, Oxford 1982, S. 163, verweist die Gerechtigkeit aus der Rechtswissenschaft in die Ethik.

34 F. Nietzsche (1844 - 1900): Werke (Schlechta), Bd. 1, München 1977, S. 247. - M. Weber (1864 - 1920): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1988, S. 505, 600.

35 E. Ehrlich (1862 -1922): Grundlegung der Soziologie des Rechts, Berlin 1989, S. 163. - H. Henkel: Einführung in die Rechtsphilosophie, München 1954, S. 304.

36 H. Kant: Abspann, Berlin 1991 S. 437.

das Gegenteil; die einen sprechen vom Lob, die anderen von der Schlacht aller Schlachten, und beide Nationen betrachten sich als Nations under God? Im Ergebnis sorgfältiger Untersuchungen hat jedenfalls Hans Kelsen die am häufigsten aufgestellten Gerechtigkeitspostulate mit Absolutheitsanspruch (u. a.: Jedem das Seine; Was du nicht willst, das man dir tu...; Kategorischer Imperativ; Jedem ein Höchstmaß an Freiheit; Jedem gemäß seinem Rang; Tue das Gute, meide das Böse Maßhalten; Talion; Jedem nach seiner Leistung; Jedem nach seinem Bedürfnis,; Nächstenliebe) allesamt mit der Begründung ad absurdum geführt, daß sie tautologischer Natur seien; Leerformeln seien keine Lehrsätze; Und für sich selbst zog Kelsen die Konsequenz aus seiner Auffassung, daß höchste Werte logisch nicht zu beweisen seien, wie eben das Irrationale zu rationalisieren ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt sei: "In der Tat, ich weiß nicht, was Gerechtigkeit ist."[37]

Die, drittens, formalen Gerechtigkeitstheorien, dominieren gegenwärtig. Manche ihrer Autoren verstehen sich als postmodern (und sind doch eher prämodern). Da die formalen Gerechtigkeitstheoretiker die seit Jahrtausenden überkommene Problemfassung der Gerechtigkeit als materialer Richtigkeit des Rechts radikal verabschiedet haben, hat man sogar sagen können, daß hier das "Gerechtigkeitsproblem" unter Ausklammerung des Gerechtigkeitsproblems formuliert wird.[38]

Man kann den Übergang in die Formalität und deren Rechtfertigung (mit etwas schlechtem Gewissen) sehr gut bei Perelman und seinen beiden Gerechtigkeitsstudien von 1945 und 1965 verfolgen. Nachdem er, methodisch ähnlich vorgehend wie Kelsen, im Ergebnis seiner Analyse von sechs verschiedenen Gerechtigkeitspostulaten zunächst zu der Auffassung gekommen war, daß die Gerechtigkeit "auf willkürlichen und irrationalen Werten" basiere, was logisch nicht auszuräumen sei, ließ ihm zwanzig Jahre danach die sich daraus ergebende "einen Rationalisten zur Verzweiflung treibende Schlußfolgerung", daß man auf den philosophischen Gebrauch der praktischen Vernunft verzichten müsse, keine Ruhe. Mangels absoluter Werte und unabweislicher Evidenzen sollten wenigstens die Kriterien, die im Konkreten der Begründung oder Rechtfertigung von Verhaltensregeln dienen, nicht der Kritik entzogen werden. Wenn man auch die Gerechtigkeit nicht herstellen oder erreichen könnte, sollte man sie wenigstens vermehren, indem man etwa mit den Techniken der Topik versucht, "die Überzeugungen und Bestrebungen eines freien aber vernünftigen Menschen, der sich mit Hilfe

---

37 H. Kelsen (1881-1973): Reine Rechtslehre, Wien 1976, S. 366 ff. - Ders.: Was ist Gerechtigkeit? Wien 1953, S. 43.

38 R Dreier: Recht - Moral - Ideologie, Frankfurt/M. 1981, S. 276. - Ders.: Recht - Staat - Vernunft, Frankfurt/M. 1991, S. 8 ff.

seiner persönlichen und geschichtlich verorteten schöpferischen Anstrengungen bemüht, dem universalen Auditorium, so wie er es versteht, als annehmbare Thesen anzubieten."[39]

Von solcher Gedanken Blässe unangekränkelt ist Luhmanns entschlossene Umformulierung der Gerechtigkeit zur "adäquaten Komplexität des Rechtssystems", wobei diese Komplexität dann adäquat sei, wenn und soweit sie mit konsistenten Entscheiden im System noch vereinbar ist[40]. Damit produziert das Recht sich selbst und seine Anerkennung dazu. Das Gehäuse der Hörigkeit ist perfekt. Der Rechtsunterworfene ist in dieser Theorie kein mögliches Subjekt der Kritik des Rechts von einer außerrechtlichen, seiner eigenen Position her.

Unter den formalen, also nichtmaterialen Gerechtigkeitstheorien haben gegenwärtig deren prozedurale Varianten den meisten Zulauf. Deren Bemühungen sind auf Verfahren (Prozeduren) gerichtet, wie man gerechtes Recht erzeugen und wie man beurteilen könne, ob ein bereits erzeugtes Recht gerecht oder ungerecht ist. So hat etwa John Rawls in seiner international vielbeachteten Theory of Justice mit einem großangelegten Gedankenexperiment aufgewartet:[41] Ein vernunftbegabtes Individuum solle sich in einen Urzustand versetzen mit der Aufgabe, Gerechtigkeitsprinzipien zu entwikkeln. Allerdings müßte dieses durch einen Zufallsgenerator ausgewählte, aber mit gesundem Egoismus ausgerüstete Individuum insofern unter einem Schleier der Ignoranz verborgen entscheiden, "what sort of society it would consider to be just if it had to live in it", als es nicht wissen dürfe, welches Geschlecht, welche Begabung, welches Alter, welches Gebrechen, welche Nationalität, welche soziale Stellung, welche Arbeit, welches Einkommen es in der von ihrn konzipierten Gerechtigkeitsgesellschaft haben werde. Rawls behauptet nun, daß dieser Homunkulus zwei Grundsätze aufstellen würde, nämlich:

Erster Grundsatz: Jede Person soll ein gleiches Recht auf das umfangreichste Gesamtsystem gleicher Grundfreiheiten haben, sofern es mit einem ähnlichen Freiheitssystem für alle vereinbar ist;

Zweiter Grundsatz: Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sollen so arrangiert werden, daß sie beide

---

39 Ch. Perelman (1912 - 1984):Über die Gerechtigkeit, München 1967, S. 82-84, 135, 153, 162. - Vgl. H. Klenner: Zur Juristentopik der Moderne. In: Neue Justiz, 46/1992, S. 284 -288.

40 N. Luhmann: Das Recht der Gesellschaft, Frankfurt/M. 1993, S. 214 - 238: "Kontingenzformel Gerechtigkeit". - Vgl. H. Klenner: Systemtheorie oder Marxismus. In: Rechtsnorm- und Rechtswirklichkeit, Berlin 1993, S. 107 -145.

41 Zum folgenden J. Rawls: A Theory of Justice, Oxford 1976, S. 302. - Vgl. die scharfe Kritik ("Gemenge von Illusion und Unklarheit") bei O. Weinberger. In: Zeitschrift für philosophische Forschung, 31/1977, S. 234 - 251.

a) den am wenigsten Begünstigten den größten Vorteil bringen, und
b) mit Ämtern und Positionen verbunden sind, die allen gemäß fairer Chancengleichheit offenstehen.

Der mit der europäischen Aufklärungsphilosophie von Hobbes über Rousseau bis Hegel wohlvertraute Leser mag sich wundern, wie solch ein Konstrukt, in dem die Freiheit ausdrücklich Vorrang vor der Gleichheit habe und das Privateigentum nicht zur Disposition stünde, Furore machen konnte, da es doch die Ideale radikal von den Interessen abkoppelt. Er sollte sich vielleicht daran erinnern, daß in einer durch prinzipienlosen Pragmatismus verseuchten Denkkultur jede Grundsätze systematisierende Rechtsphilosophie eine kleine Sensation darstellt, zumal wenn sie sozialstaatliche Kategorien (wenn auch den rechtstaatlichen betont nachgeordnet) wenigstens diskutierbar macht.

Eine andere, ebenfalls als prozedural zu klassifizierende Gerechtigkeitstheorie hat Jürgen Habermas vorgelegt.[42] Er bietet kein monologisches Konzept (wie Rawls), sondern ein dialogisches, ja polylogisches. Alle politische Macht solle sich aus der kommunikativen Macht der Staatsbürger herleiten. Danach sei eine Rechtsordnung in dem Maße gerecht, in dem sie die gleichursprüngliche Autonomie ihrer Bürger gleichmäßig sichert, und sie verdanke ihre Gerechtigkeitsqualität den Kommunikationsformen, in denen sich diese Bürgerautonomie allein äußern und bewähren könne. Speziell der Gesetzgebungsprozeß sei der genuine Ort sozialer Integration, in dem sich die privaten Rechtssubjekte kommunikativ vergesellschafteten und in eine frei assoziierte Rechtsgemeinschaft verwandelten. Da das Recht Imperative verschiedener Herkunft verarbeite und sich dabei auch Interessenlagen nur deshalb durchsetzten, weil sie die stärkeren seien, so daß dann das Recht einer illegitimen Macht nur den Anschein von Gerechtigkeit verleihe, müßten Grundsätze und Normen gesucht werden, die verallgemeinerungsfähige Interessen verkörpern. Diese könne man aus einem "kommunikativen Arrangement" der Rechtsgenossen erschließen, die als Teilnehmer an rationalen Diskursen zu prüfen hätten, ob eine strittige Norm die Zustimmung aller möglicherweise Betroffenen finden könnte. Vorhandene Interessengegensätze bedürften dabei eines rationalen Ausgleichs zwischen konkurrierenden Werteeinstellungen und Interessenlagen, was wiederum ein Aushandeln von Kompromissen unter fairen Verhandlungsbedingungen voraussetze.

---

[42] J. Habermas: Faktizität und Geltung, Frankfurt/M. 1992, S. 109 ff., 166 ff. -Vgl. H. Klenner: Fortiter in modo, suaviter in re? Über das prozeduralistische Rechtsparadigma des Jürgen Habermas. In: Utopie kreativ, 35/36/1993, S. 110 -116.

Auch wenn zur Gerechtigkeit (wie zur Wahrheit) nicht nur das Resultat, sondern auch der Weg zu ihr gehört und schon deshalb den prozeduralen Theorien eine gewisse Bedeutung zukommt, so stellen sie doch die Problemlage auf den Kopf: Die Gerechtigkeit eines Rechts solle nicht mehr davon abhängen, ob sein Inhalt gerecht ist, sondern davon, ob es auf gerechte Weise erzeugt worden ist. Das entspricht genau der Wahrheitskonzeption der Prozeduralisten: Die Berechtigung einer Behauptung soll nicht mehr von der Wahrheit abhängen, sondern die Wahrheit des Behaupteten von der Berechtigung der Behauptung.[43] Eine makabre Welt.

Was aber weder Rawls noch Habermas zum Gegenstand ihrer ansonsten hochgestochenen Argumentationen machen, ist die schlichte Frage, wodurch denn nun die Profiteure der - gelinde gesagt - Asymmetrien ökonomischer, politischer, militärischer und geistiger Machtpositionen, international zwischen Bangladesch und den USA sowie national zwischen den Arbeitslosen einerseits und andererseits den Managern in den Konzernen, Banken und in den weitgehend verstaatlichten Parteien (ob in Regierung, ob in Opposition), sich durch handlungsentlastete und erfahrungsfreie Dialoge von Machtlosen ins Bockshorn jagen lassen und in ihre eigene Transformation ins Nichts einwilligen sollten? Alle sich aufs Prozedurale beschränkenden Gerechtigkeitstheorien beruhen auf dem intellektualistischen Fehlschluß, verbindliche Normen aus den bloß formalen Bedingungen sozialer Kommunikation ableiten oder den Geltungsgrund normativer Verbindlichkeit in diesen Bedingungen aufdecken zu wollen. Der Zirkel ist unaufhebbar: Ehe man über die Eigentums-, Gleichheits- und Freiheitsverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger zu diskutieren beginnen kann (also auch über deren Eigentumslosigkeit, Ungleichheit und Unfreiheit), sind die strukturellen Gewalten mit ihren Eigentums-, Gleichheits- und Freiheitskonsequenzen längst etabliert. Über die künftige Machtverteilung in der Gesellschaft kann nur unter den Rahmenbedingungen einer gegenwärtigen Macht/Ohnmacht-Verteilung diskutiert und entschieden werden. Wie sollen die Monologe des juristischen Homunkulus aus folgenlosem Denken in eingreifende Gedanken verwandelt werden? Sich an einem idealen Gegenbild zur realen Rechtswelt zu delektieren, mag Intellektuellen vergnüglich scheinen, wie andere Glasperlenspiele auch. Die Welt aber will verändert werden und nicht nur als veränderungswert gedacht.

Was schließlich, viertens, die materialen Gerechtigkeitstheorien anlagt, so gibt es gegenwärtig neben der marxistischen und der positivistisch-menschenrechtlichen Variante vor allem die naturrechtlichen Konzeptionen (die das sich mit der Gesellschaft entwickelnde Recht an einer werthaften Seins-

[43] R. Alexy: Theorie der juristischen Argumentation, Frankfurt/M. 1991, S. 138.

ordnung oder an der göttlichen Schöpfungsordnung messen[44] und die Hermeneutik, die die Personalität des Menschen, d. h. das Ensemble seiner Beziehungen zu anderen Menschen und zu Sachen, als ontologische Grundrelation des Rechts und Gerechtigkeitsidee auffaßt.[45] Da die zuletzt genannten Theorien in respektablen Monographien neueren Datums vorliegen und auch sonst etabliert sind, soll nachfolgend lediglich auf die beiden zuerst genannten Varianten materialen Gerechtigkeitsdenkens eingegangen werden.

Nun wird die bloße Frage, ob es eine marxgemäße Gerechtigkeitsauffassung von theoretischer Qualität überhaupt geben könne, bereits kontrovers diskutiert. Von Marx wurde einerseits behauptet, daß sein apokalyptischer Gerechtigkeitsglauben der eigentliche Kern seiner Rechtsphilosophie sei, und andererseits meinte man von ihm, er habe weniger eine kritische Theorie der Gerechtigkeit als vielmehr eine (überdies amoralische) Kritik der Lehre von der Gerechtigkeit geliefert, selbst das Wort "Gerechtigkeit" käme bei ihm nicht vor![46] Es ist auch vorgekommen, daß die Ökonomische Analyse der bürgerlichen Gesellschaft durch Marx und Engels - der Terminus "Kapitalismus" wird von ihnen übrigens nicht benutzt - beiseitegeschoben wird durch ein: "Marx and Engels plainly believed that capitalism was unjust, but they did not believe, that they believed this."[47] Glauben hin, Glauben her - was immer Marx hatte, auch wenn er Jurist und Philosoph war: eine Rechtsphilosophie oder Rechtstheorie (im Sinne eines eigenständigen Aussagensystems über das Recht) hatte er so wenig wie Nietzsche oder Heidegger eine hatte. Selbst die Existenzberechtigung einer marxistischen Rechtsphilosophie wurde bisher von Marxisten eher negativ beschieden, und von einer sich marxistisch wenigstens bezeichnenden Gerechtigkeitstheorie sind nur Zufallsspuren zu entdecken. Die mehr bis minder offiziellen Lehr- und Wörterbücher des Dialektischen und Historischen Materialismus, der Staats- und Rechtstheorie, der Philosophie und der Ethik bieten zumeist nichts oder Primitivitäten und Idealismen (etwa: "Die Gerechtigkeit der sozialistischen Gesellschaft bestimmt auch die Rechtsgleichheit im Sozialismus", oder: "Jede Klasse schafft sich ihren Begriff von Gerechtigkeit und baut alle Beziehungen in der Gesellschaft diesem Begriffentsprechend

---

44 Vgl. H. Coing: Grundzüge der Rechtsphilosophie, Berlin 1993. - J. Messner: Das Naturrecht, Berlin 1984. - F. Böckle/E.-W. Böckenförde (ed.): Naturrecht in der Kritik, Mainz 1973. - J. Llompart: Dichotomisierung in der Theorie und Philosophie des Rechts, Berlin 1993 .

45 Vgl. vor allem A. Kaufmann: Rechtsphilosophie in der Nach-Neuzeit, Heidelberg 1990, S. 10 ff. Ders.: Gerechtigkeit, Köln 1993, S. 27 f., 355f., 503 f.

46 Vgl. C. J. Friedrich: Die Philosophie des Rechts in geschichtlicher Perspektive, Berlin 1955, S. 93. - K. Nielsen: Marx and Justice: A Critique of Marxist Amoralism. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, 74/1988, S. 1 - 32.

47 S Lukes: Marxism, Morality and Justice. In: G. H. R. Parkinson (ed.): Marx and Marxism, Cambridge 1882, S. 197.

auf"), über die den Mantel des Schweigens auszubreiten ein Gebot zumindest für diejenigen ist, die sich des Nihilisten Maxime:"Was fällt, das soll man auch noch stoßen"! kategorisch verweigern.

Unterzieht man sich der Mühe, die freilich arg verstreuten Bemerkungen von Marx und Engels zum Gerechtigkeitsthema innerhalb ihres Monumentalwerkes zu strukturieren und zugleich in ihre Gesellschaftstheorie zu integrieren, dann sieht man sich einem komplexen Begriffsgeflecht ausgesetzt.[48] Sie haben einerseits jedes angeborene oder göttlich vorgeschriebene oder apriorisch konstruierte Gerechtigkeitsprinzip mit absolutem Geltungsanspruch negiert, während sie andererseits den teils progressiven, teils konservativen Gehalt der im Geschichtsverlauf der Menschheit auftretenden Gerechtigkeitsvorstellungen und -theorien als ideellen Ausdruck materieller Interessen der verschiedenen Gesellschaftsklassen gewürdigt haben. Und sie haben - davon abgehoben - unterschieden zwischen einer juridischen Gerechtigkeit (justitia legalis et forensis im Sinne von Übereinstimmung zwischen Rechtsnorm und Gerichtsurteil mit der geltenden Rechtsordnung), einer sozialen Gerechtigkeit (im Sinne einer Übereinstimmung zwischen Recht und Produktionsweise) und einer historischen Gerechtigkeit (im Sinne einer Übereinstimmung zwischen dem Recht und den Fortschrittserfordernissen der Gesellschaft). Zu den Vorzügen dieses Dreifaltigkeitskonzepts von Gerechtigkeit gehört ganz gewiß, daß es Differenzierungen in großer Dimension vorzunehmen ermöglicht, daß es ferner Widersprüche, durch deren Produktion sich die Gesellschaft doch in Entwicklung hält, innerhalb von Gerechtigkeitsüberlegungen diskutierbar macht und daß es schließlich dem Gerechtigkeitsproblem das Feld sozialer Handlungen nicht verschließt. Wer nämlich für seine/ihre höchstindividuelle Gerechtigkeitsforderung nicht kämpft, ist für die allgemeine Ungerechtigkeit mitverantwortlich.

Die größten Akzeptanzchancen unter den materialen Gerechtigkeitskonzeptionen hat allerdings deren positivistisch-menschenrechtliche Variante. Und zwar deshalb, weil sie im Ergebnis des opferreichsten Krieges der Menschheitsgeschichte mit seinen millionenfachen Ungerechtigkeiten von den Vereinten Nationen in den beiden Internationalen Konventionen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle sowie über bürgerliche und politische Rechte angenommen und von der Staatenmehrheit inzwischen auch ratifi-

---

48 Vgl. zum folgenden V. Peschka: Grundprobleme der modernen Rechtsphilosophie, Budapest 1974, S. 129 ff. - A. Baratta: Philosophie und Strafrecht, Köln 1985, S.197 - 211: "Recht und Gerechtigkeit bei Marx". - H. Klenner: Marxismus und Menschenrechte. Studien zur Rechtsphilosophie, Berlin 1982, S. 147 -158: "Gerechtigkeit - eine rechtsphilosophische Kategorie" (in der zuletzt genannten Arbeit sowie bei H. Klenner, Vom Recht der Natur zur Natur des Rechts, Berlin 1984, Kap. 5, findet sich eine Zusammenstellung der einschlägigen Äußerungen von Marx//Engels zu Recht und Gerechtigkeit).

ziert wurde, also geltendes Völkerrecht geworden ist.[49] Man kann diese beiden Weltpakte von 1966/76 ohne weiteres als universelles Gerechtigkeitskodifikat betrachten, das zudem den Vorteil hat, mit ansonsten durchaus verschiedenen, ja auch gegensätzlichen Rechtsphilosophien und Gerechtigkeitstheorien kompatibel zu sein. Es enthält in der Tat eine umfangreiche Liste von Kriterien für eine auf Gerechtigkeit zielende Rechtsordnung in der Welt von heute, legitimiert also und illegitimiert geltendes und künftiges Recht.

Nicht eine einzige unter den knapp zweihundert Rechtsordnungen der Gegenwart entspricht diesem Gerechtigkeitsstandard und schon gar nicht das Land, in dem wir leben[50]. In ihm werden nämlich von den Regierenden flächendeckende Verletzungen des Gleichheitsgebotes und des Eigentumschutzes organisiert. In deren Ergebnis prägen Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Grundstücksenteignungen, Bauernlegungen, Abwicklungen in Wissenschaft und Kultur, Kriminalitätsexplosion, Rentenstrafrecht, Berufsverbote, Frauen- und Fremdendiskriminierungen das Gesicht der Gesellschaft. Wo aber der innere Frieden gefährdet ist, bleibt auch die Gerechtigkeit auf der Strecke. Des Propheten Wort, daß der Ungerechtigkeit Frucht der Unfrieden ist (Jes. 32,17), in Gottes Ohr, denn sein irdisches Gefolge hört nicht!

5

Da diese Tour de force eines Gesamtüberblickes von Gerechtigkeitstheorien mit der Antike begann, sei einem ihrer ersten Wortgewaltigen das letzte Wort gegeben: "Und die Gerechtigkeit stammt von Zeus und ist eine Jungfrau", lesen wir bei Hesiod.[51] Ob sie wirklich von Zeus stammt, wer weiß? Jungfräulich ist sie jedenfalls nicht geblieben in den mehr als zweieinhalb Jahrtausenden, seit solches geschrieben ward. Recht aber hatte der Bauerndichter, als er hinzufügte: Heut, wo größeres Recht dem Ungerechten zuteil wird und durch gebogenen Rechtsspruch das Recht verdorben wird, da büßet das Volk die Frevel der spendengefräßigen Herrscher.

---

49 Vgl. den Abdruck der beiden International Covenants in: Human Rights. A Compilation of International Instruments, New York 1988, S. 7 - 42, deutsch in: Menschenrechte. Eine Sammlung internationaler Dokumente zum Menschenrechtsschutz, Bonn 1992, S. 31 - 65.

50 Vgl. von H. Klenner: Von der Pflicht zur Gesetzgebung im Rechtsstaat. In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, 75/1992, S. 275 - 283. Ders.: Menschenrechte versus Grundrechte, Grundrechte versus Menschenrechte. In: Zeitschrift für marxistische Erneuerung, 15/1993, S. 78 - 85.

51 Hesiod (ca. 700 v.u.z.): SämtlicheWerke, Leipzig 1984, S.112 (Werke und Tage, 256).

Johannes Irmscher

Ende der Geschichte? Ende des Eurozentrismus!*

Der deutsche Begriff Geschichte ist verhältnismäßig jung. Im 13. Jahrhundert war das Wort Historie eingedeutscht worden, das sich in allen geläufigen europäischen Sprachen wiederfindet. Nur im Deutschen wurde Historie seit dem 17. Jahrhundert durch Geschichte verdrängt, einen Begriff, dessen Vertiefung Kant und Herder verdankt wird.[1] Er geht zurück auf das mittelhochdeutsche Wort *geschiht*, „Sache, Weise", das im frühen Neuhochdeutschen neu „Erzählung von Geschehenem" bedeuten konnte. Obgleich sie nicht nachgewirkt hat, sei beiläufig auf die hebräische Vokabel dabar, „Wort",[2] hingewiesen, weil deren weitere Entwicklung gewisse Parallelitäten aufweist. Dabar bezeichnet nämlich auch die Sache, das Tun, das Geschäft, die Bewandtnis; von daher wird der Plural deldarim verständlich: die Begebenheiten; die Geschichten, oder schlechthin: die Geschichte.[3]

Der Begriff Historie, der sich, wie angedeutet, allenthalben in Europa durchgesetzt hat, fand seine erste Ausprägung durch Herodot, den „Vater der Geschichte" im 5. vorchristlichen Jahrhundert: ιστοριη heißt Erkundung, Erforschung,[4] zielt also primär auf die Methode des Erkenntnisgewinns und erst in zweiter Linie auf deren Ergebnis. Diese letztgenannte Bedeutungsentwicklung (ea quae sciscitando vel inquirendo cognovimus) ist indes bereits von Herodot vollzogen[5] und hat sich innerhalb und außerhalb des Griechischen durchgesetzt.[6]

Geschichte muß ihrem Wesen nach einen Anfang haben. Die Zeiten liegen gar nicht so weit zurück, als man unter Geschichte nur diejenige Epoche der

---

* Beitrag zum Ehrenkolloquium für Ernst Engelberg anläßlich seines 85. Geburtstages.

1 Friedrich Kluge - Alfred Götze, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, 15. Aufl., Berlin 1951, 261.

2 Wilhelm Gesenius, Hebräisches und aramäisches Handwörterbuch über das Alte Testament, bearb. von Frants Buhl, 17. Aufl., Leipzig 1921, 154 ff.

3 Gesenius a.a.O. 961.

4 Wilhelm Schmid - Otto Stählin, Geschichte der griechischen Literatur, I 2 (Schmid), München 1934, 557.

5 Iohannes Schweighaeuser, Lexicon Herodoteum, 1, Straßburg 1824, 344.

6 Beachtung verdient, daß das Neue Testament auf den Historiebegriff verzichtet. Die Apostel-"Geschichte" trägt den Titel Πραξεις αποστολων, Handlungen, Taten der Apostel (Walter Bauer, Griechisch-deutsches Wörterbuch zu den Schriften des Neuen Testaments und der übrigen urchristlichen Literatur, 4. Aufl., Berlin 1952, 1271); das Verbum ιστορειν begegnet höchst selten und in der Bedeutung „besuchen zum Zweck des Kennenlernens" (Bauer a.a.O., 693 f.).

Menschheitsentwicklung verstehen wollte, die durch schriftliche Quellen dokumentiert ist. Je stärker jedoch die materiellen Zeugnisse der Vergangenheit Beachtung fanden - es mag als symptomatisch gelten, daß Johann Joachim Winckelmann (1717-1768), der nachhaltige Begründer der Kunstgeschichtsschreibung, in seiner Jugend Urnen ausgrub und Hünengräber untersuchte[7] - um so dringlicher ergab sich die Notwendigkeit, die auf diesen neugefundenen Quellen basierenden Einsichten in das herkömmliche Geschichtsbild einzuordnen.[8] Man sprach von Vorgeschichte/Prähistorie[9] und brachte damit gewollt oder ungewollt den scheinbar minderen Wert dieses historischen Bereichs gegenüber dem urkundlich dokumentierten zum Ausdruck und trug auch keine Bedenken, seine wissenschaftliche Bearbeitung weithin der Anthropologie und anderen naturwissenschaftlichen Disziplinen zu überlassen. Je mehr man jedoch die Geschichte als einheitlichen Prozeß der Menschwerdung bis hin zur Gegenwart begriff, wurde der Terminus Prähistorie obsolet und setzte sich, zumindest im deutschen Sprachbereich, die Bezeichnung Urgeschichte durch.[10] Damit war zugleich der Anfang der Geschichte fixiert, wenn auch die Formen der Menschwerdung unterschiedlich betrachtet werden mochten. Problematischer stellt sich die Frage nach dem Beginn der Historie, wenn man in die Geschichte nicht nur die Entwicklung des Menschengeschlechts, sondern, was selten, aber gelegentlich doch geschieht, die gesamte Naturentwicklung („Naturgeschichte") einbezieht.[11] In diesem Falle wird die Frage nach dem Beginn der Geschichte unabweislich, sei es, daß sie durch göttliche Creatio ex nihilo, sei es, daß sie durch ein kosmogonisches Spiel immanenter Kräfte Beantwortung findet.[12]

Wenn mit Berechtigung von einem Anfang der (Menschheits)geschichte gesprochen werden kann, so ergibt sich daraus mit einer gewissen Folgerichtigkeit, daß eben jene Geschichte auch irgendwann ihr Telos, ihr Ende finden wird. In der Tat gibt es vielfältige Vorstellungen von den letzten Dingen, den εσχατα, die sämtlich von der Erfahrung geprägt wurden, daß die gegenwärtigen Zustände unzulänglich sind und nur eine gewaltsame Veränderung, welche das Ende der gegebenen Geschichte einbegreift, zu

---

7 Arthur Schulz, Winckelmann und seine Welt, Berlin 1962, 15.

8 Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang der Beitrag „Archaeology and History" von M.I. Finley, The Use and Abuse of History, London 1975, 87 ff.

9 Jan Filip, Enzyklopädisches Handbuch zur Ur- und Frühgeschichte Europas, 2, Prag 1969, 1602.

10 Filip a.a.O., 1554; Karl Brunner, Einführung in den Umgang mit Geschichte, Wien 1985, 79; Walther Eckermann und Hubert Mohr, Einführung in das Studium der Geschichte, 3. Aufl., Berlin 1979, schweigen sich über die Problematik aus.

11 Zur Sache Brunner a.a.O., 7 ff.

12 Tor Andrae in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, 2. Aufl. von Hermann Gunkel und Leopold Zscharnack, 5, Tübingen 1931, 224 f.

einer Besserung führen kann. Die eschatologischen Spekulationen[13] reichen von der Erwartung einer Welterneuerung und der Wiederkehr des Goldenen Zeitalters bis hin zu dem Gedanken eines einmaligen Geschichtsverlaufs, der zum Weltende führt und zum Urchaos, wie es vor der Schöpfung bestand. Die Endzeit wird in Apokalypsen als eine Katastrophenzeit beschrieben, die im Jüngsten Gericht ihren Abschluß findet.[14] Zyklentheorien lassen auf das Vergehen ein neues Werden folgen.[15]

Der Gedanke, daß Geschichte einen Anfang und entsprechend auch ein Ende finden müsse, ist somit seit eh und je geläufig, und dennoch machte es einigermaßen Furore, als im Sommer 1989 von dem Amerikaner japanischer Herkunft Francis Fukuyama die These vom Ende der Geschichte expressis verbis in den Raum gestellt wurde. Der Mitarbeiter des bei der Universität Chicago bestehenden John-M.-Olin-Zentrums für die Erforschung von Theorie und Praxis der Demokratie formulierte sie erstmals in einem Aufsatz „The End of History", der in der Zeitschrift „The National Interest" auf englisch und in der „Europäischen Rundschau" 17, 1989,[16] in deutscher Übersetzung gedruckt wurde. Auf Drängen von Freunden erweiterte Fukuyama seine Überlegungen zu einem gleichbetitelten Buch, von dem sich alsbald eine zweite Auflage erforderlich macht, in welche der Autor die Erfahrungen der Auflösung des Sowjetsystems einfließen ließ, die seine These zu bestätigen schienen.[17] Diese zweite Auflage wurde der deutschen Übersetzung von Helmut Dierlamm, Ute Milw und Karlheinz Dürr zugrunde gelegt, die München 1992 unter dem Titel „Das Ende der Geschichte" herauskam.

Die Grundthese des Verfassers steht gleich am Anfang und überrascht den unbedarften Leser. Fukuyama glaubt einen weltweiten Konsens darüber feststellen zu können, daß die liberale Demokratie das legitime Regierungssystem repräsentiere, demgegenüber sich konkurrierende Herrschaftsformen wie Erbmonarchie, Faschismus und Kommunismus als unterlegen erwiesen hätten. So sei der „Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit" erreicht und die „endgültige menschliche Regierungsform" gefunden worden; das aber bedeutete das „Ende der Geschichte". Frühere Regierungsformen hätten an schweren Mängeln und irrationalen Zügen gelitten; die liberale Demokratie hingegen sei „bemerkenswert frei von solchen fundamenta-

---

13 Daß solche Spekulationen derzeit en vogue sind, zeigte Werner Röhr, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 42, 1994, 319 ff.

14 Freier in: Joachim Herrmann, Lexikon früher Kulturen, 1, 2. Aufl. Leipzig 1987, 251.

15 Zum Beispiel bei Eduard Meyer, Spengler, Toynbee (Georg Klaus und Manfred Buhr, Philosophisches Wörterbuch, Leipzig 1964, 298 f.).

16 Europäische Rundschau 17, 1989, 16 ff.

17 Ähnliche Gedanken finden sich bei den konservativen Historikern E. Nolte und J. Fest (Brockhaus-Enzyklopädie, 19. Aufl., 23, Mannheim 1994, 18 f., kritisch).

len inneren Widersprüchen": „Das Ideal der liberalen Demokratie ist nicht verbesserungsdürftig."[18]

Zur Vorstellung vom Ende der Geschichte äußert sich Fukuyama wie folgt: „Unter Geschichte verstehe ich einen einzigartigen, kohärenten evolutionären Prozeß, der die Erfahrungen aller Menschen aller Zeiten umfaßt." Man kann diese Definition akzeptieren, weniger dagegen die Anrufung von Hegel und Marx[19] als Kronzeugen. Sie hätten gelehrt, daß die Geschichte enden würde, „wenn die Menschheit eine Gesellschaftsform erreicht hätte, die ihren tiefsten Sehnsüchten entspräche. Beide Denker postulierten also ein 'Ende der Geschichte'."[20]

Diese Interpretation führte zu dem Glauben, daß sich in der liberalen Demokratie amerikanischer Prägung die Sehnsüchte der Menschheit, verkörpert in den Erwartungen der bedeutendsten Denker des vergangenen Jahrhundert, erfüllt hätten; Die USA repräsentieren in dieser Konzeption das säkularisierte Himmelreich, denn die von Fukuyama eingestandenen Probleme wie Drogenmißbrauch, Obdachlosigkeit, Kriminalität, Umweltzerstörung und Exzesse des Konsums seien „auf der Basis liberaler Prinzipien grundsätzlich lösbar."[21] Der Mitarbeiter im Planungsstab des Außenministeriums der USA glaubte, auf diese Weise seine Aufgabe optimal erfüllt zu haben, und das um so mehr, als er im Folgenden durch Exempla aus den „realen Sozialismus" seine Aussagen erhärten zu können meinte.

Es liegt auf der Hand, daß eine derart einseitige Interpretation der Geschichte mit ihrer peinlichen Nutzanwendung im Dienste einer penetranten Glorifizierung der USA-Politik nicht ohne Widerspruch bleiben konnte. Von geschichtsphilosophischer Seite wurde eingewandt,[22] daß der Ausschließlichkeitsanspruch, Geschichte lediglich als Ideologiegeschichte zu interpretieren, nicht zu überzeugen vermöge, und das am wenigsten, wenn dieses Geschichtsbild getrübt wird „durch die einseitige westeuropäisch-atlantische Perspektive und die Idealisierungen einer siegesbewußten Supermacht". Die Geschichte diene auf solche Weise letztlich der „Apologetik des heutigen politischen Status quo". Ohne alternative theoretische Konzepte und neue Utopien ist, so meinte der Rezensent Eckhardt Fuchs, das Überleben des Menschen als Gattungswesen nicht zu garantieren.

---

18 Fukuyama a.a.O., 11.

19 Gegen diese Marxinterpretation wendet sich Wolfgang Schwanitz, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 41, 1993, 1122.

20 Fukuyama a.a.O., 12 f.

21 Fukuyama a.a.O., 23 f.

22 Eckhardt Fuchs, Deutsche Zeitschrift für Philosophie 40, 1992, 837 ff. Vgl. auch die kritische Rezension von Franz Knipping über John Lukacs, Die Geschichte geht weiter, München 1994, in: Neues Deutschland vom 11. März 1994.

Konkreter noch wurden in diesem Zusammenhang die Aussagen, die im Jahre 1993 ein internationaler Kongreß im spanischen Wallfahrtsort Santiago de Compostella traf. Das Präsidentenamt verwaltete Carlos Barros, Historiker der Universität Santiago, ein Mann der Linken; die Autoritäten der Region Galicien waren aktiv vertreten; das wissenschaftliche Komitee wurde von Persönlichkeiten gebildet von den USA bis hin nach Rußland. Das Generalthema lautete: „A historia a debate" und war damit im besten Sinne programmatisch: Geschichte und Geschichtswissenschaft befinden sich in beständigem Flusse und bedürfen deshalb immer neu der Überprüfung, eine Aufgabe, die sich für unsere Gegenwart nachdrücklicher denn je stell; denn die weltweite Krise, welche nahezu alle Lebensbereiche erfaßt hat, ist offenbar. Die These vom Ende der Geschichte macht lediglich eine Antwort unter zahlreichen weiteren möglichen aus, wie das einschlägige Spezialkolloquium zeigte.[23] Sehr viel gewichtiger erschien den Moderatoren die Frage nach der Bedeutung marxistischen Denkens für die heutige Weltansicht und die darauf bauende Historiographie; sie wurde überwiegend bejahend beantwortet.[24] In einer Krisensituation befinden sich augenscheinlich auf die von progressiven Intellektuellen gegründeten Zeitschriften „Annales" in Frankreich und „Past and Present" in England; doch scheint für sie der „tourment critique" bereits überwunden. Noch manche andere brennende Themen hatte der Kongreß von Santiago auf die Tagesordnung gesetzt; für diese muß jedoch auf die zu erwartenden Kongreßakten verwiesen werden. Ein Gesichtspunkt bedarf dagegen noch der Erörterung.

Dank der geographischen Lage des deutschen Staates sind viele Deutsche und auch manche Historiker geneigt, Deutschland als den Mittelpunkt zumindest der europäischen Geschichte anzusehen, und die sogenannte Wiedervereinigung hat diesen Trend verstärkt, nicht zuletzt bei historisch desinteressierten Politikern. Ein Kongreß wie der in Santiago mit dem Blick auf den Atlantik und über diesen hinaus nach Nord- und mehr noch nach Lateinamerika machte demgegenüber deutlich, daß die Geschichte von heute und schon gar nicht mehr die Geschichte von morgen eurozentristisch, geschweige denn germanozentristisch betrachtet und behandelt werden kann. Geschichte ist zu allen Zeiten Weltgeschichte gewesen - ganz gewiß mit wechselnden Schwerpunkten - und die Geschichtswissenschaft hat nur allzulange gebraucht, um sich zu solch einer globalen Sicht durchzuringen, genauso, wie sie lange Zeit gebraucht hat für die Erkenntnis, daß Schriftlichkeit der Quellen keine Voraussetzung für Geschichtlichkeit ausmacht. Wer heute vom Ende der Geschichte im Sinne Fukuyamas redet, fällt einer

---

23 Berichte z.B. in Babelia vom 3. Juli 1993, El Correo Gallego vom 9. Juli 1993 und El País vom 29. Juli 1993.

24 Victor Miguez, Guiero cultural Nr. 578 (1993).

amerikanischen Propagandathese zum Opfer, die God's own country zum irdischen Paradies deklarieren möchte. Dagegen befinden wir uns in einem Prozeß der Um- und Neugestaltung des Geschichtsbildes, das nur ein globales sein kann; in ihm wird Europa, wird Deutschland seinen festen Platz einnehmen, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Eine solche veränderte Sicht wird weitgehende praktische Auswirkungen haben - in der Außen- und Innenpolitik (man denke nur an die Aufhebung der Apartheid in Südafrika), in der Weltwirtschaft (die Forderung der Dritten Welt nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung kann auf die Dauer nicht überhört werden), ja selbst auf dem Felde der Religion (vermag die christliche Kirche[25] noch immer Mohammed zu verketzern, wenn der Islam bereits mehr Gläubige zählt als das Christentum?). Die von Fukuyama gepriesene liberale Demokratie vermag, wie die tägliche Erfahrung lehrt, die globalen Probleme von heute und morgen nicht zu erkennen, geschweige denn zu lösen, und utopisches Denken ist im Gegensatz zu den Auffassungen Noltes, Fests und anderer Konservativer keineswegs obsolet geworden, sondern wird dringender denn je benötigt.[26] Die Geschichte geht weiter.

---

[25] Die römisch-katholische Kirche hat, wie es scheinen will, die Problematik am ehesten erkannt (über den christlich-islamischen Dialog vgl. Ernst Hammerschmidt, Internationale kirchliche Zeitschrift 83, 1993, 100).

[26] Der Satz von Oscar Wilde: „Progress is the realization of Utopia" (bei Finley a.a.O., 192) hat unverändert Gültigkeit.

Neue Mitglieder der Leibniz-Sozietät*

Helmut Abel,

geboren 1928 in Berlin, studierte Physik an der Humboldt-Universität zu Berlin, an der er auch beide Doktorgrade erwarb. Sein Interesse galt, beginnend mit einer Tätigkeit am Institut für Strahlenforschung der Humboldt-Universität, den biophysikalischen Grundlagen der Wirksamkeit ionisierender Strahlung. Am Zentralinstitut für Kernforschung in Rossendorf, als Leiter des Bereiches Strahlenbiophysik am Institut für Biophysik und später am Zentralinstitut für Molekularbiologie der Akademie der Wissenschaften der DDR, während mehrjähriger Arbeit am Vereinigten Institut für Kernforschung in Dubna (Sowjetunion) und schließlich als Abteilungsleiter für theoretische Strahlenbiologie am Zentralinstitut für Krebsforschung der AdW bis zum Jahre 1991 widmete er sich Problemen des Strahlenschutzes, der Dosimetrie und der Entwicklung von Radioaktivitätsmeßtechniken, dem Studium von Strahleneinwirkungen auf biologische Strukturen und im Zusammenhang damit molekularbiologischen Aspekten des Strahlungsrisikos sowie der Weiterentwicklung der Strahlentherapie. Gegenwärtig erarbeitet Prof. Abel im Auftrag verschiedener Ingenieurgesellschaften Gutachten zur Sanierung von Uran-Altlasten der Wismut GmbH.

Seine Publikationsliste weist 50 Titel aus.

Thomas Beth,

ordentlicher Universitätsprofessor für Informatik und Leiter des Europäischen Instituts für Systemsicherheit an der Universität Karlsruhe sowie Visiting Professor am King's College, London, wurde im Jahre 1949 in Hannover geboren.

Nach einem Studium der Mathematik, Physik und Medizin an der Universität Göttingen promovierte und habilitierte er sich in Mathematik bzw. für Informatik an der Universität Erlangen und durchlief über ein Jahrzehnt zahlreiche Forschungsaufenthalte in den USA und in Großbritannien, bevor

* gewählt vom Plenum der Leibniz-Sozietät auf seiner Geschäftssitzung am 18. Mai 1995.

er eine erste Professur an der University of London erhielt, wo er eine Forschungsgruppe für Kryptographie aufbaute. Prof. Beth zeichnet sich durch große Vielseitigkeit und ausgeprägte Interdisziplinarität bei der Wahl seiner Forschungsgebiete aus. Zukunftsweisende Arbeiten hat er u.a. zum Algorithmen Engineering, zur Datensicherheitstechnik, zur Systemtheorie hochgradig komplexer paralleler Systeme, zur Kommunikationstechnik sowie zur digitalen Optik beigesteuert.

Prof. Beth hat über 100 Publikationen und 13 Bücher verfaßt sowie mehrere Patente erworben. Er ist Herausgeber mehrerer internationaler Zeitschriften.

Helmut Bleiber,

geboren am 19. November 1928 in Weißwasser (Kreis Habelschwerdt, Schlesien), international anerkannter Neuhistoriker mit Arbeitsschwerpunkt 19. Jahrhundert. Seine Forschungen zu den Bauernbewegungen ebendieses Jahrhunderts waren Pionierarbeit und trugen wesentlich dazu bei, die Bedeutung des Bauern und des Landarbeiters in den bürgerlichen Umwälzungen zu erkennen und zu würdigen. Gemeinsam mit polnischen Kollegen sammelte und interpretierte Prof. Bleiber Dokumente über deutsch-polnische Freundschaftsbeziehungen in den Revolutionsjahren 1830 bis 1832. Seine biographischen Arbeiten ebenso wie seine historiographischen Synthesen fanden ein weites Echo. Die Analyse der jüngsten historischen Prozesse, namentlich in Deutschland, bilden ein weiteres Aufgabengebiet seiner gegenwärtigen Tätigkeit.

Hans-Otto Dill,

geboren am 4. Juli 1935 in Berlin, gehört zu den besten Kennern der lateinamerikanischen Literatur. Ausgehend von der namentlich an der Berliner Humboldt-Universität praktizierten Realismus- und Naturalismusforschung entwickelt Dill für die Erforschung der lateinamerikanischen Literatur neue kultursoziologische und kulturwissenschaftliche Methoden und Positionen. Dieser Vorstoß in wissenschaftliches Neuland trug ihm Gastprofessuren in Göttingen, in Hamburg, in Havanna (Kuba), in Sao Paulo (Brasilien) und La Plata (Argentinien) ein. Seine Untersuchungen zu dem zeitgenössischen kubanischen Lyriker Nicolás Gillén fanden höchste Anerkennung; Prof. Dill wurde Ehrenbürger von Gilléns Heimatstadt und Ehrenmitglied der Nicolás-Guillén-Stiftung in Havanna.

Irene Dölling,

geboren 1942 in Leicester (England), Professorin für Frauenforschung an der Universität Potsdam, gehört zu den Vorkämpferinnen der Frauenforschung. Ausgebildet an der Humboldt-Universität auf dem Gebiet der Philosophie mit dem Schwerpunkt Kulturtheorie, war sie 1989 Mitbegründerin des Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung an dieser Universität, das sie von 1989 bis 1991 leitete. Sie entfaltete in dieser Funktion eine ausgebreitete Forschungs-, Lehr- und Publikationstätigkeit. Ihre besondere Aufmerksamkeit gilt der Persönlichkeitsentwicklung, der kulturtheoretischen Analyse der Geschlechterbeziehungen, der Theorie und Empirie der Frauenforschung, der Stellung der Frau in staatssozialistischen Gesellschaften, den Leistungen und Defiziten der Frauenforschung in der früheren DDR.

Winfried Engler,

geboren am 17. Dezember 1935 in Saulgau (Württemberg), Ordentlicher Professor für Romanische Philologie an der Freien Universität Berlin, ist ein profunder Kenner der französischen Literatur vorzüglich des 19. und 20. Jahrhunderts. Seine spezielle Aufmerksamkeit galt und gilt dem französischen Roman von seinen Anfängen bis zur Gegenwart; ihm widmete er mehrere zusammenhängende Darstellungen, darunter auch in englischer Bearbeitung. Als Textinterpret weiß er traditionelle Methoden der Hermeneutik mit modernen Sichtweisen zu verbinden. Als sein weitestreichendes Werk darf sein „Lexikon der französischen Literatur" gelten (zuerst Stuttgart 1974, inzwischen in 3. Auflage 1994). Praktisch-politische Arbeit leistet Prof. Engler als Koordinator der Landesregierung für die Städtepartnerschaft Berlin-Paris.

John Erpenbeck,

geboren am 29. April 1942 in Ufa (Baschkirien), tätig im Forschungsschwerpunkt Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie der Förderungsgesellschaft Neuvorhaben, vertritt in seiner Person Physik, Philosophie und Literatur in einem. Von der Physik mit Schwerpunkt Biophysik gelangte er zur Philosophie, vornehmlich beschäftigt mit philosophischen, historischen und wissenschaftstheoretischen Fragen der Psychologie, und behandelte gleichzeitig Wissenschaft und Wissenschaftler in belletristischer Form. Das Deutsche PEN-Zentrum (Ost) berief ihn zu seinem Mitglied. Die Liste seiner wissenschaftlichen Publikationen ist beeindruckend. Sie umfaßt an die 20 Forschungsarbeiten und 3 Patentschriften aus dem physikalischen

Bereich und analog 200 Arbeiten aus der Philosophie, entstanden in interdisziplinärer und interkultureller Kooperation. 1993/94 wirkte er als Research Professor am Center for Philosophy of Science in Pittsbugh (USA).

Hanns-Werner Heister,

geboren am 14. Juni 1946 in Plochingen am Neckar, tätig als Professor für Musikkommunikation an der Musikhochschule „Carl Maria von Weber" in Dresden, gehört zu den profiliertesten und originellsten Vertretern der Musikwissenschaft in seiner Generation. Gründliches musikhistorisches Wissen, Verständnis für die Eigenart der Musik und Sinn für brisante Fragestellungen bestimmten seine zahlreichen Arbeiten zur Rolle der Musik in der menschlichen Gesellschaft. Sie gipfelte bisher in seiner 1983 erschienenen Schrift „Das Konzert, Theorie einer Kulturform", welche allgemeine Akzeptanz erlangte.

Martin Hundt,

geboren 1932, gehört zu den bestausgewiesenen und entsprechend international respektierten Marx-Engels-Forschern. Von der journalistischen Ausbildung und Praxis herkommend, beschäftigte er sich mit der Neuen Rheinischen Zeitung (1850), von der er eine kommentierte Neuedition vorlegte. Er schrieb eine auch ins Slowakische übersetzte Biographie von Louis Kugelmann. Über 27 Jahre war er Mitarbeiter an der Marx-Engels-Gesamtausgabe, von der die Bände I 10 und 11 unter seiner Leitung standen. Dabei verband er die intensive editorische Arbeit mit umfangreichen Untersuchungen zur Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts. Um die Weiterführung der nach 1989 gefährdeten MEGA erwarb er sich Verdienste, u.a. als Gründungsmitglied der Internationalen Marx-Engels-Stiftung in Amsterdam, in deren Redaktionskommission er mitarbeitet.

Peter Ivanovich,

geboren 1928 in Gig Harbor, USA, ordentlicher Professor für Innere Medizin der North-Western-University Chicago und Professor an der Internationalen Fakultät für Künstliche Organe in Bologna, studierte im Anschluß an ein an der Universität Seattle absolviertes Chemiestudium an der St. Louis-Universität Medizin und war anschließend an Kliniken in San Francisco sowie an Universitätskliniken in Zagreb, Washington und an der Harvard-Universität tätig. Als Gastprofessor lehrte er an über 80 Universitäten in den

USA, in Europa und Asien und wurde von mehreren Ländern - darunter Saudi-Arabien und China - als medizinischer Regierungsberater berufen.

Prof. Ivanovich gehört zu den international herausragenden Wissenschaftlern auf dem Gebiet der Inneren Medizin, speziell der Nephrologie und des künstlichen Organersatzes, und leistete Pionierarbeit zur Nierentransplantation und zur Dialyse. Von der Weltgesellschaft für Künstliche Organe (ISAO) wurde er für die Amtsperiode 1996-98 zu ihrem Präsidenten gewählt. In letzter Zeit widmete er sich besonders Grundsatzproblemen der Anwendung von Biomaterialien in der klinischen Medizin. Seine Beiträge zur internationalen Wissenschaftsentwicklung sind in mehr als 100 Publikationen, eingeladene Vorträge und Hauptreferate eingeflossen.

Hartmut Kegler,

geboren 1931 in Stettin, studierte Landwirtschaftswissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, wo er auch mit Arbeiten zu pflanzenpathogenen Viren der Obstgehölze promovierte und habilitierte. Während seiner langjährigen Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter, Abteilungsleiter und Bereichsdirektor sowie als Professor der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR an deren Institut für Phytopathologie in Aschersleben bis zum Jahre 1991 widmete er sich der Analyse, Diagnose und Bekämpfung von Obstviren, der Virusresistenz von Kulturpflanzen sowie der Virusepidemologie und -ökologie, wobei das Vorkommen und Verhalten pflanzenpathogener Viren im Boden und in Gewässern im Vordergrund standen. Prof. Keglers Forschungsarbeiten wurden in enger Zusammenarbeit mit der Praxis der Pflanzenzüchtung durchgeführt und trugen zur Züchtung virusresistenter Sorten und Zuchtstämme landwirtschaftlicher und gärtnerischer Kulturpflanzen bei. Sein Veröffentlichungsverzeichnis weist 290 Titel aus.

Gert Schäfer,

geboren am 16. April in Stuttgart, derzeit Vizepräsident der Universität Hannover, vertritt als Politikwissenschaftler im speziellen Theorie und Soziologie der Politik. Sein besonderes Meritum besteht in der engagierten Erschließung und Neubefragung des sozialistischen und demokratischen Erbes des 20. Jahrhunderts. Seine Veröffentlichungen über den leninistischen und nichtleninistischen Marxismus, über die Gesellschaftsverfassung der Sowjetunion, über die Komintern und über den deutschen Faschismus sowie die wissenschaftshistorischen Einschätzungen von Hannah Arendt und Arthur Rosenberg erweisen ihn als tiefschürfenden Autor. Verdienstvolle Edi-

tionen erschlossen deutsche und nichtdeutsche Einschätzungen des Faschismus. Nicht minder verdienstvoll waren die von ihm initiierten Konferenzen über Bucharin, Trotzki, Lenin und Engels.

Helmut Seidel,

geboren 1929, hat sich als Philosophiehistoriker in Forschung und Lehre gleichermaßen bewährt und internationales Ansehen erworben. Arbeiten von ihm wurden ins Russische, Japanische und Türkische übersetzt. Seine Publikationen betreffen die Philosophie der Antike ebenso wie die Philosophie der Scholastik und der Renaissance. Aber auch Fragen der Theorie und der Philosophie des vergangenen Jahrhunderts sind ihm nicht fremd. Besondere Verdienste erwarb er sich um die Spinozaforschung. Gegründet auf langjährige Detailuntersuchungen und eine Edition von Spinozas „Ethik", legte er in Hamburg 1994 das Werk „Spinoza zur Einführung" vor, das besonders unter Historikern der Aufklärung weite Beachtung fand. Prof. Seidel gehört zu den Mitgliedern des Vorstands der internationalen Spinoza-Gesellschaft.

Pjotr Gennadiewitsch Sennikow,

geboren 1951 in Nishnij Nowgorod, studierte an der Universität seiner Heimatstadt anorganische Chemie und ist am dortigen Institut für Chemie hochreiner Materialien der Russischen Akademie der Wissenschaften tätig. Hier entwickelte er neue spektroskopische Verfahren zur Untersuchung und Analyse hochreiner flüchtiger anorganischer Hydride, die als Ausgangsstoffe in der Produktion von Materialien für Elektronik und Optik Verwendung finden. Besonders hervorzuheben sind die Arbeiten zur infrarotspektroskopischen Untersuchung der intermolekularen Wechselwirkung in verdünnten Wasserlösungen flüssiger Hydride. Die von Prof. Sennikow gewonnenen Ergebnisse sind für die physikalische Chemie verdünnter Lösungen mit schwachen spezifischen Wechselwirkungen von grundlegender Bedeutung und ermöglichen es, eine Reihe praktisch wichtiger Fragen der Reinststoffchemie zu beantworten. Prof. Sennikow ist Autor von mehr als 140 Beiträgen, die in chemischen Zeitschriften Rußlands und des Auslandes veröffentlicht wurden.

Helmut Wilsdorf,

geboren am 9. Mai in Berlin-Halensee, kann in vollem Sinne als Universalgelehrter bezeichnet werden. Sein umfangreiches Oeuvre enthält Arbeiten

auf dem Felde der Orientalistik, der klassischen Altertumswissenschaft, der Byzantinistik, der Mediaevistik, der Humanismusforschung, der Wirtschaftsgeschichte, speziell der Geschichte des Bergbaus, der Ergologie und Folkloristik, der Museologie, der Sprachwissenschaft und nicht zuletzt der Applikation der Naturwissenschaften und Technik. Dr. Wilsdorf gehört zu den Mitbegründern der Montanethnographie und der Agricolaforschung. Diese Arbeiten gipfelten in seiner Kulturgeschichte des Bergbaus. In diverse Speziallexika hat Dr. Wilsdorf sein Wissen für einen weiten Benutzerkreis eingebracht.

Ludger Wöste,

geboren 1946 in Emsbüren, Kreis Lingen, seit 1989 C4-Professor am Fachbereich Physik der Freien Universität Berlin, studierte an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Universität Aachen Physik und Elektrotechnik und im Anschluß daran an der Universität Bonn Physik. An der Universität Bern promovierte er nach mehrjähriger Tätigkeit am dortigen Institut für anorganische Chemie und absolvierte darnach Forschungsaufenthalte sowie Lehr- und Leitungsaufgaben an namhaften Hochschuleinrichtungen der USA und der Schweiz. Seine in über 100 Publikationen niedergelegten Forschungs- und Applikationsergebnisse zeugen von einer souveränen Beherrschung breiter Gebiete der experimentellen Festkörperphysik, der Hochvakuumtechnik und der Spektroskopie wie der theoretischen Methoden zur Beschreibung dynamischer Vorgänge in komplexen Systemen. Hervorzuheben sind Prof. Wöstes Untersuchungen zur Clusterdynamik sowie seine Arbeiten zu Gas-Lasern, Farbstoff-Lasern und blitzlampengepumpten Titan-Saphir-Lasern, wobei es ihm gelang, in kurzer Zeit technisch ausgereifte Gerätelösungen zu schaffen und diese in die Produktion verschiedener Firmen einzuführen. In der Laserapplikation verdienen die in vielfältigen Varianten durchgeführten laserspektroskopischen Messungen zur Umweltüberwachung, darunter LIDAR-Untersuchungen der Atmosphäre über großstädtischen Ballungsräumen und in der Arktis, besondere Beachtung.

Siegfried Wollgast,

geboren am 27. September 1933 in Schönlanke (Netzekreis), zählt zu den international bedeutendsten Historikern der Philosophie der Neuzeit. Sein mehr als tausend Seiten umfassendes Opus „Philosophie in Deutschland zwischen Reformation und Aufklärung 1550 bis 1650" ist zum zuverlässigen Standardwerk für diesen Zeitraum geworden. Es setzt eine Vielzahl von Spezialuntersuchungen voraus und hat weitere Untersuchungen ausgelöst,

welche sämtlich die Fähigkeit ihres Verfassers zur interdisziplinären Arbeit dokumentieren. Ebenjene Fähigkeit ist die Ursache dafür, daß Prof. Wollgast immer neu darum gebeten wird, wissenschaftliche Veranstaltungen zielgerichtet einzuleiten. Nicht minder begehrt ist seine Tätigkeit als Rezensent sowie als Popularisator der Wissenschaft.

Wolfgang Wurzel,

geboren am 3. August 1940 in Ziegenhals (Oberschlesien), zur Zeit tätig am Forschungsschwerpunkt Allgemeine Sprachwissenschaft, Wissenschaftliche Neuvorhaben in Berlin, ist ein produktiver, origineller Forscher auf zahlreichen Gebieten der Linguistik. Seine besondere Leistung besteht darin, daß er angesichts der gegenwärtigen Auffächerung der Sprachwissenschaft und ihrer Vernetzung mit anderen Disziplinen sowie ihrer Durchdringung mit Ergebnissen der Informationsverarbeitung für die geschichtliche Veränderung der systematischen Grundlagen der sprachwissenschaftlichen Tätigkeit neue theoretische Modelle zu finden und fortzuentwickeln vermochte. Seine zahlreichen Veröffentlichungen, darunter auch solche allgemeinbildenden Charakters, begründeten seine Berufung in mehrere internationale Gesellschaften und Gastprofessuren in Köln und Konstanz.

Laudatio
auf Heinrich Scheel anläßlich seines 80. Geburtstages

Auf Einladung der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg, der Schulfarm Scharfenberg und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand fand am 11. Dezember 1995 in Berlin eine Feierstunde anläßlich des 80. Geburtstages von Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Scheel statt. Freunde aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Wissenschaftler und Vertreter der genannten Institutionen würdigten das Werk des Jubilars, dessen Lebensweg eng mit ihnen verbunden war. Die Laudatio hielt Prof. Dr. Samuel Mitja Rapoport, Präsident der Leibniz-Sozietät.

Der Jubilar ist wenige Wochen nach seiner Ehrung am 7. Januar 1996 verstorben.

Nachfolgend wird der Wortlaut der Laudation wiedergegeben:

Lieber Heinrich Scheel,

unsere Leibniz-Sozietät gratuliert Ihnen ganz herzlich zur Vollendung des achtzigsten Lebensjahres und wünscht Ihnen alles erdenklich Gute, Gesundheit vor allem und noch viele Jahre voller Schaffenskraft. Wir sind sehr froh und auch ein wenig stolz, einen Wissenschaftler Ihres Ranges in unseren Reihen zu wissen, einen Mann überdies, der in den schwersten Zeiten deutscher Geschichte in unserem Jahrhundert im Widerstand gegen den Faschismus Willenskraft und Unbeugsamkeit an den Tag legte und der sich auch von den Unbilden der vom Zeitgeist geprägten Gegenwart nicht unterkriegen ließ, sondern seinem Grundsatz treu blieb, etwas zu schaffen und abzuliefern, wie Sie es immer wieder zu formulieren beliebten.

Ihr Lebensweg, lieber Heinrich Scheel, dessen ersten großen Abschnitt bis zum Ende des zweiten Weltkriegs Sie erst vor kurzem im ersten Band Ihrer Erinnerungen ebenso packend und beeindruckend wie literarisch geschliffen vorgestellt haben, war hart und ging durch Höhen und Tiefen. Studium an der Alma mater berolinensis - die sich 1976 die Ehre gab, Ihnen den Dr. honoris causa zu verleihen - verband sich in Ihrer

Biographie der dreißiger und frühen vierziger Jahre mit aktiver antifaschistischer Tätigkeit in den Reihen der Widerstandsorganisation Schulze-Boysen/Harnack. Einem Todesurteil knapp entronnen, nach Zuchthaus- und KZ-Haft in ein Strafbattaillon gezwungen, schließlich zwei Jahre amerikanische Kriegsgefangenschaft überstanden und nach Berlin zurückgekehrt, engagierten Sie sich in den vierziger Jahren in Ihrer Heimatstadt bei der demokratischen Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens auf dem Felde der Volksbildung.

Doch Heinrich Scheel war sein Leben lang mit Leib und Seele Wissenschaftler, Forscher. Seit Sie Anfang der fünfziger Jahre Ihre Arbeit an der Berliner Humboldt-Universität wieder aufnehmen konnten, wurde die Geschichtsforschung Ihre Lebensaufgabe, Wissenschaft für Sie nicht Beruf, sondern Berufung. Was Sie auf den Forschungsfeldern, deren Sie sich annahmen, an Arbeiten vorgelegt haben, gehört zu den internationalen Spitzenleistungen. Demokratische Bestrebungen und Bewegungen im Deutschland des Zeitalters der Großen Französischen Revolution, die süddeutschen Jakobiner und zuletzt vor allem die Geschichte der ersten deutschen Republik, der Mainzer Republik von 1792/93, sind wesentlich durch Ihre Forschungen der Vergessenheit entrissen worden, der sie die bisherige Geschichtsschreibung anheim gegeben hatte. Die Monographien aus Ihrer Feder zeugten von der Fruchtbarkeit einer an Marx' Theorie orientierten Geschichtsforschung, der dogmatische Verklemmtheit und Simplifizierung absolut fremd und Ihnen jederzeit auch ein Greuel waren. Diese Publikationen glichen nicht nur im Buchformat - wie Sie zu sagen pflegen - Mauersteinen, sondern waren auch in ihrem Gehalt unübersehbare und unverzichtbare Bausteine für ein demokratisches Geschichtsverständnis in unserem Land. Das gilt nicht minder für Ihre Veröffentlichungen zur preußischen Reformperiode und last not least für Ihre Forschungen zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes. Ihre Arbeit hat mitgeholfen, die Erinnerung an das andere Deutschland in den Jahren der braunen Barbarei wachzuhalten. Sie haben der deutschen Geschichtswissenschaft Ehre gemacht. Es versteht sich von selbst, daß viele Ihrer Untersuchungen in anderen Sprachen und Ländern erschienen. Die Polnische Akademie der Wissenschaften wählte Sie zu ihrem auswärtigen Mitglied.

Es zeugt von Ihrem hohen Verantwortungsbewußtsein wie von Ihrer physischen und geistigen Spannkraft, daß Sie nie ein beschauliches, zurückgezogenes Gelehrtendasein führten, sondern sich den Herausforderungen des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens Ihrer Zeit in seiner Vielfalt, Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit stellten. Seit

1969 Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften, stets ein engagierter Teilnehmer und oft genug gern gehörter Vortragender in den Sitzungen der historischen Klasse, übten Sie genau ein Dutzend Jahre, von 1972 bis 1984, das schwierige Amt des Vizepräsidenten für Plenum und Klassen der Akademie aus. Der Historiker-Gesellschaft der DDR waren Sie ein Jahrzehnt, von 1980 bis 1990, ein würdiger und beliebter Präsident, gleichermaßen die Wissenschaft energisch fordernd und fördernd wie aufmerksam und verständnisvoll leitend. Wer je mit Ihnen zusammenarbeiten durfte, weiß um die Souveränität, Lauterkeit und Integrität Ihrer Persönlichkeit, schätzt den exzellenten Fachwissenschaftler, der Großes zu leisten vermag und in der Polemik eine treffsichere Klinge zu führen versteht, und rühmt zugleich die menschliche Wärme, die Sie ausstrahlen, und die uneigennützige Hilfsbereitschaft, die in den vergangenen Jahrzehnten so manchen aus Schwierigkeiten und Nöten herausgeholfen hat.

Mit unserem herzlichen Dank für dies alles und nicht zuletzt für Ihr Engagement in unserer jungen, doch altehrwürdigen akademischen Institution. Ad multos annos. Auf daß wir bald Ihren zweiten Erinnerungsband in den Händen halten und lesen können.

Nachrufe

Die Teilnehmer der Festveranstaltung zum Leibniz-Tag 1995 würdigten Leben und Werk der im Berichtszeitraum verstorbenen Mitglieder der Gelehrtengesellschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Leibniz-Sozietät. Die Nachrufe trug Johannes Irmscher vor.

Adolf Butenandt

gehörte unserer Akademie von 1939 bis 1946 als Ordentliches Mitglied an; infolge seiner Übersiedlung zunächst nach Tübingen und 1956 nach München erhielt er den Status eines Auswärtigen Mitglieds. Er verstarb am 18. Januar 1995 kurz vor Vollendung seines 92. Lebensjahres.

Adolf Butenandt war ein Biochemiker von internationalem Rang. Hervorgegangen aus der berühmten Schule der organischen Chemie von Adolf Windaus in Göttingen, gelang es ihm im Jahre 1929, weltweit das erste weibliche Sexualhormon, das Östron, zu isolieren. 1931 glückte ihm die Reindarstellung des männlichen Sexualhormons Androsteron in Form von milligrammschweren Kristallen. Ein Jahr später folgte bereits ein Vorschlag für die chemische Struktur dieses Hormons. Derartige Arbeiten erforderten völlig neue Methoden der chemischen Analyse, die Mikroanalyse, an deren Entwicklung Butenandt maßgeblichen Anteil hatte. Gemeinsam mit anderen Forschergruppen vermochte er 1934 ein anderes weibliches Sexualhormon, das Progesteron, rein darzustellen und im Zusammenwirken mit Leopold Ruzicka 1935 die Struktur des Testosterons, eines weiteren Hormons, aufzuklären. Damit waren in weniger als zehn Jahren die Strukturen der wichtigsten Sexualhormone bekannt. Gemeinsam mit Ruzicka erhielt Butenandt für diese Arbeiten im Jahre 1939 den Nobelpreis für Chemie. Nach 1940 wandte er sich vornehmlich den cancerogenen Stoffen und der Bildung bösartiger Tumoren unter dem Einfluß chemischer Verbindungen zu.

Über lange Jahre leitete Butenandt das Max-Planck-Institut für Biochemie in München. Die Max-Planck-Gesellschaft verlieh ihm die Würde eines Ehrenpräsidenten dieser wissenschaftlichen Einrichtung. Zahlreiche weitere Ehrungen wie z.B. die Ehrenmitgliedschaft in der Gesellschaft Deutscher Chemiker sowie die Ehrendoktorwürde von deutschen und ausländischen Universitäten zeugen von seinem hohen Ansehen. Unsere Leibniz-Sozietät wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Artur Lösche,

emeritierter Professor für Experimentalphysik an der Universität Leipzig, verstarb am 12. Februar 1995 in seiner Geburtsstadt Leipzig. Geboren am 20. Oktober 1921, nahm er 1940 ein Studium der Mathematik und Physik auf, das er wegen Einberufung zur Wehrmacht bis zum Jahre 1946 unterbrechen mußte. Nach Ablegung des Staatsexamens für das höhere Lehramt im Jahre 1948 promovierte er bereits im Jahre darauf mit einer Untersuchung zur Rotationsdoppelbrechung. Trotz intensiven Engagements beim Wiederaufbau des Physikalischen Instituts sowie in der akademischen Lehre habilitierte er sich bereits 1953 mit einer Arbeit zum Modell einer Dipolflüssigkeit. 1955 zum Professor für Kernphysik ernannt, wurde er 1960 auf den Lehrstuhl für Experimentalphysik berufen. Schon früh wandte sich Artur Lösche der Hochfrequenzspektroskopie und im speziellen der paramagnetischen Kernresonanz zu, einem damals neuen, anspruchsvollen Zweig der Wissenschaft. Im Jahre 1957 erschien seine grundlegende Monographie „Kerninduktion", welche für die einschlägigen Forschungen auf Jahre hinaus ein sicheres Fundament legte. Seit 1956 gehörte er dem Groupement Ampère an, der internationalen Gesellschaft zur Förderung der Hochfrequenzspektroskopie. Daß diese Vereinigung ihre 10. Tagung, die erste in Deutschland, nach Leipzig einberief, zeugte von der Anerkennung der hier geleisteten Pionierarbeit. Artur Lösche war von 1972 bis 1974 Präsident des Groupements und von 1994 Ehrenmitglied.

Lösches Lehrveranstaltungen zeichneten sich durch geschickte ausgewählte Experimente und logische Schärfe aus. Seine Hörer betrachteten ihn als Studentenvater.

In seinen letzten Lebensjahren wandte sich Artur Lösche verstärkt der wissenschaftstheoretischen Arbeit zu, ausgehend von der 150jährigen Geschichte des Leipziger Physikalischen Instituts, dessen Archive zu bewahren ihm Herzensanliegen war. Seine wissenschaftlichen Erfahrungen waren in Fachbeiräten, in der Physikalischen Gesellschaft, im Forschungsrat der DDR, gefragt. Unsere Akademie berief ihn 1965 in den Kreis ihrer Mitglieder, die Sächsische Akademie der Wissenschaften folgte alsbald; hier bekleidete er von 1984 bis 1991 das Amt des Vizepräsidenten. 1975 wurde er Mitglied der Leopoldina und 1979 der Société Royale des Sciences de Liège.

Artur Lösche, ein Vorbild von Kollegialität und Toleranz, wird in unserer Erinnerung einen dankbaren Platz finden.

Michail Aleksandrovitsch Sadovskij,

seit 1981 Auswärtiges Mitglied, der AdW der DDR, verstarb am 12. Oktober 1994 in Moskau.

Der am 6. November 1904 in Sankt Petersburg Geborene begann seine wissenschaftliche Arbeit 1928 am Institut für Angewandte Geophysik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR mit gravimetrischen Untersuchungen zum Aufbau des Erdinnern und zur Erkundung von Lagerstätten.

Bereits 1930 wandte er sich der Thematik zu, die zum hauptsächlichen Inhalt seines wissenschaftlichen Lebens werden sollte und bei deren Erforschung er fundamentale Erkenntnisse mit größter praktischer Bedeutung erzielte: den mechanischen und seismischen Effekten von Sprengungen.

Nach Beginn des 2. Weltkrieges setzte er diese Arbeiten im Institut für Chemische Physik der AdW der UdSSR in wesentlich erweiterter Form im Rahmen der Kernwaffenentwicklung fort. Innerhalb kürzester Frist entstanden die Methodik und die Apparaturen zur Untersuchung der Wirkungen von Kernexplosionen. M.A. Sadovskij war in jenen Jahren auch wissenschaftlicher Leiter des Testgebietes für die Erprobung von Kernwaffen bei Semipalatinsk. Als Experte nahm er an den Genfer Verhandlungen zum Verbot der Kernwaffen von 1958-1960 teil.

Als in deren Ergebnis die Kontrolle von unterirdischen Kernwaffenversuchen mit geophysikalischen Methoden strategische Bedeutung erhielt, wandte er sich wieder verstärkt der geophysikalischen Thematik zu. 1960 wurde er zum Direktor des Instituts für Physik der Erde der AdW der UdSSR berufen. Er hat das Institut mit wissenschaftlicher Weitsicht, Tatkraft und Einfühlungsvermögen geführt und entscheidend geprägt. Auf seine Initiative hin entstanden neue wissenschaftliche Richtungen und Bereiche, die heute als eigene spezialisierte Institute im Vereinigten Institut für Physik der Erde der Russischen Akademie der Wissenschaften arbeiten. Als Programm für die geophysikalische Zusammenarbeit, speziell zwischen der UdSSR und den USA, förderte M.A. Sadovskij die komplexen Untersuchungen zur seismischen Gefährdung und zur Prognose von Erdbeben. Über viele Jahre war er Vorsitzender der Sektion Wissenschaften der Erde bzw. Akademischer Sekretär der Abteilung Geologie, Geophysik, Geochemie und Bergbauwissenschaften der AdW der UdSSR.

M. A. Sadovskij war Ehrenmitglied mehrerer ausländischer Akademien.

Paul Steinbrück,

Mitglied unserer Akademie seit dem Jahre 1971, verstarb im 84. Lebensjahr am 30. November 1994. Er wurde am 5. August 1911 in Helbra im Kreis Eisleben geboren. Er studierte Medizin in Leipzig, Würzburg und Halle und empfing bleibende Anregungen durch unser Mitglied, den Kliniker Theodor Brugsch und den Physiologen Emil Abderhalden, langjährigen Präsidenten der Leopoldina. Auf innere Medizin und Kinderheilkunde spezialisiert, bestimmte den weiteren wissenschaftlichen Weg von Paul Steinbrück eine eigene Tuberkuloseerkrankung. In der Heilstätte Albrechtshaus im Harz erwarb er sich das Rüstzeug in Diagnostik und Behandlung dieser Volksseuche, deren Mortalität in der Kriegs- und Nachkriegszeit sich verdreifacht hatte. 1947 wurde Steinbrück mit der Organisation der Tuberkulosebekämpfung im Land Sachsen-Anhalt betraut. In dieser Tätigkeit leistete er erfolgreiche therapeutische und konzeptionelle Arbeit, aufgrund deren er 1951 den Auftrag erhielt, ein Tuberkuloseforschungsinstitut in Berlin-Buch aufzubauen. Fast drei Jahrzehnte leitete Steinbrück dieses Institut, das die Volksröntgenreihenuntersuchungen entwickelte und zum ersten Male landesweit eine BCG-Impfaktion organisierte. Durch diese Maßnahmen gelang es, in der DDR die Zahl der Neuerkrankungen bis zum Jahre 1972 auf etwa ein Zehntel zu vermindern, so daß mit Recht von einer Erikation dieser einstmals gefürchteten Volksseuche gesprochen werden konnte. Steinbrücks Ideen schlugen sich in Verordnungen und Gesetzen nieder, welche Prävention und Therapie der Tuberkulose betrafen. Seinem Weitblick war es zu verdanken, daß mit dem Rückgang der Tuberkulose frühzeitig die unspezifischen Lungenkrankheiten in das Aufgabenspektrum des Instituts einbezogen wurden.

Steinbrücks Ergebnisse und Konzeptionen fanden in mehr als 250 wissenschaftlichen Publikationen ihren Niederschlag. Neben seiner ärztlichen Tätigkeit war Steinbrück ein engagierter Hochschullehrer an der Humboldt-Universität und der Akademie für Ärztliche Fortbildung. Als Experte war er im Komitee der Internationalen Union gegen die Tuberkulose ebenso geschätzt wie in den zuständigen Gremien der Weltgesundheitsorganisation; in- und ausländische Gesellschaften wählten ihn zum Ehrenmitglied. Unsere Sozietät wird dem ideenreichen, Theorie und Praxis verbindenden Humanisten ein dankbares Andenken bewahren.

Klaus Voigt,

langjähriger Direktor des Instituts für Meereskunde in Rostock-Warnemünde, der Akademie der Wissenschaften der DDR, verstarb am 23. April 1995 in Paris kurz vor Vollendung des 61. Lebensjahres.

Klaus Voigt trat nach dem Studium der Meeresbiologie in Leipzig in das damalige Hydro-Meteorologische Institut des Seehydrographischen Dienstes, das spätere Institut für Meereskunde, ein. Nachdem ihm 1959 der Nachweis des äquatorialen Unterstroms im Atlantischen Ozean gelungen war, galt sein wissenschaftliches Interesse fortan den Problemen der tropischen ozeanischen Zirkulation. Er initiierte und leitete zum großen Teil persönlich eine Reihe von Expeditionen zur Untersuchung dieser Problematik als Beitrag zu nationalen und internationalen Programmen.

In dem von ihm seit 1965 geleiteten Institut regte er wiederholt die Bearbeitung von herangereiften wissenschaftlichen Fragestellungen an und beteiligte sich an den Untersuchungen beispielsweise der turbulenten Diffusion im Meer. Er förderte die Entwicklung der ozeanographischen Meßtechnik und bemühte sich zugleich mit Nachdruck um den Aufbau der theoretischen Ozeanographie am Institut. Das Ziel seiner Leitungstätigkeit war es, durch gezielte Beiträge der Grundlagenforschung wissenschaftlichen Vorlauf für die unterschiedlichen Nutzungen des Meeres und seiner Ressourcen zu schaffen. Unter seiner Leitung entwickelte sich das Institut in der DDR zu einer international respektierten Forschungseinrichtung. 1980 wurde Klaus Voigt zum Korrespondierenden und 1989 zum Ordentlichen Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR gewählt.

Mit hohem Einsatz war Klaus Voigt um die internationale meereswissenschaftliche Zusammenarbeit über politische Grenzen hinweg bemüht. Neben der langjährigen erfolgreichen Kooperation im Ostseeraum förderte er unter anderem Beiträge zu globalen Problemen. Während seiner Tätigkeit in der Zwischenstaatlichen Ozeanographischen Kommission der UNESCO in Paris von 1976 - 1980 und wieder seit 1990 war er vor allem mit den marinen Komponenten des Weltklimaforschungsprogramms befaßt.

Sein früher Tod hat in seiner Fachwissenschaft ebenso wie in unserer Sozietät eine spürbare Lücke gerissen.

Bei anderen gelesen:

Dieter Simon

Westliche Theorie - Östliche Realität[1]
Drei Szenen aus der deutsch/deutschen Wissenschaft

(Alle Ähnlichkeiten sind kein Zufall)

Aufbruch der Idealisten

Als Modell kann das politische System dienen. An seinen Figuren wird schneller deutlich, was gemeint ist.

Politische Karrieren sind Machtkarrieren. Deswegen enden sie nur ausnahmsweise in allseitigem Einverständnis. Mit Verabschiedung in gerührter Stimmung und einmütigem Wechsel auf das Altenteil. Meist geht es anders. Ein Ministerpräsident wird gestürzt und quält sich verbitterte Segenswünsche auf seine Nachfolger ab, bevor er in der Versenkung verschwindet. Ein Generalsekretär streckt seinen Kopf zu häufig und allzu ehrgeizig aus der Deckung und wird zum Zwecke der Dekapitierung in die Provinz verschickt, wo ihn die Vasallen herumschubsen. Ein Fraktionsführer wird nicht wiedergewählt. Der Versuch, ihn nutzbringend zu versorgen, enthüllt, daß sich niemand von ihm einen Nutzen verspricht. Solche und ähnliche Typen gibt es auf verschiedenen Ebenen der Macht häufig. Für alle gilt in der Regel: they never come back. Es sei denn, es gibt eine große Wende. Dann ist die Regel außer Kraft, und die schon Abgehalfterten werden noch einmal aufgezäumt. Sie erhalten eine zweite Chance, und einige zeigen tatsächlich erst bei dieser Gelegenheit so richtig, was in ihnen steckt.

In der wissenschaftlichen Welt gilt das politische Modell nur sehr eingeschränkt. Professoren und solche, die es werden wollten, sind anders. Sie stürzen nicht. Sie bleiben stecken, verdorren langsam im Labyrinth der Wissenschaft, ohne daß dies öffentlich sonderlich auffiele oder gar zum Gegenstand engagierter Erörterung gemacht würde. Das ist nicht so gerecht, wie es scheint. Es bleiben nicht immer und nicht nur die Schlechten auf der

---

[1] Abdruck mit der freundlichen Genehmigung des Autors und der Redaktion aus: Transit. Europäische Revue, Heft 9, 1995, S. 159-168. Frankfurt/M., Verlag Neue Kritik.

Strecke. Daß dem so wäre, gehört zu den Legitimationslegenden der Universität. Soziale Intelligenz und einflußreiche Lehrer kompensieren manchen Mangel an Begabung. Fortune tut ein übriges. Wenn die drei Lehrstühle des Faches von drei Vierzigjährigen besetzt sind, muß man - falls kein Unfall nachhilft - 25 Jahre auf eine Chance warten.

Der Gewinner ist häufig nicht besser als der Verlierer. Aber in der Regel sind es doch die Minderbemittelten, die zurückfallen; die Fußkranken und Bedächtigen, die am Wegrand lagern; die müden Wiederkäuer und Uninspirierten, denen die Provinz Schicksal wird.

Sie alle haben mit der Wende die große Chance erhalten. Häufig war sie zu groß für die geringe Fassungskraft der Begünstigten. Deren Auftritte im Osten hallen bis weit in den Westen. Da wurden jetzt Arbeitszimmer eingerichtet, als zögen langverbannte Prinzen aus den Abstellkammern der Vergangenheit in wohlverdiente Paläste. Unhabilitierte Sitzenbleiber eigneten sich von heute auf morgen den Habitus des Großordinarius von vorgestern an. Der Sozialfall als verkanntes Genie. Frischgebackene Anfänger nutzten die Gunst der großen Stunde für Forderungen, die auch von Scheelsucht nicht geplagte Ministeriale erbleichen ließ. Ausgebrannte Heimwerker kostümierten sich als Fackelträger der Freiheit und berechneten den Ossis die Kosten. Die zahlten. Mit Westgeld aus dem Westen.

Die Westtheorie besagte, daß die Besten und von diesen wieder die Idealisten nach Osten ziehen würden. Gelegentlich war das so. Kein kundiger Beobachter würde dies bestreiten. Aber wenn heute auch hintere Ränge völlig geräumt sind, wenn noch die drittklassigste Begabung aus dem Wartestand erlöst wurde und sich mit souveränem Schulterklopfen als Kollege zu erkennen gibt, wo sie bestenfalls zum Taschenträger bestimmt schient - wenn dies so ist, dann hat offenbar die Praxis die Theorie erschlagen.

Konsultiert man jene Idealisten, die meist längst (und gramgebeugt unter der Anstrengung, eine nichtbürgerliche Gesellschaft aushalten zu müssen) die Heimreise angetreten haben, hört man Geschichten aus einer fremden - offenbar eher vorübergehend vergessenen als vergangenen - Welt. Histörchen von Selbstberufungen, passivem Widerstand und aktiver Verweigerung, von Talaren und Amtsketten, von „Magnifizenzen", die gleichwohl nichts Großes machen, von „Spectabilitäten", denen jedoch Ansehnlichkeit fehlt, von farbenfrohen Wichs, Einzug und Auszug, Auerbachs Keller und Wiederbelebung der großen Tradition.

Welcher Tradition?

Die von 1949 bis 1989 kommt nicht in Betracht. Die von 1933 bis 1945 auch nicht. 1945 bis 1949 wurden keine Traditionen begründet.. 1918 bis 1933 auch nicht. 1914 bis 1918 war Krieg. 1871 - 1914? So weit wird man

schon zurückgehen müssen. Erstaunlich, was nach hundert Jahren noch alles erinnert wird. Das kollektive Gedächtnis ist gut.

Sehr gut allerdings nicht. Denn sonst würden die Idealisten auch anderes erinnern können. *Ethos* etwa, *Dienst* z.B., *Zusammenarbeit* auch und *Pflicht* vielleicht. Aber davon hört man nichts.

Die Ost-Universitäten seien zu erneuern. Das war gesamtdeutsche Prämisse. Die Forschung solle gestärkt werden und die Freiheit des Denkens und Lehrens Einzug halten. Erneuerung von oben war freilich nicht attraktiv. Mit dem Staatsregiment sollte es auf alle Zeiten vorbei sein. Selbsterneuerung und Autonomie klangen unvermeidlich viel besser. Doch wie erneuert sich selbst, wer nie autonom war? Wo doch schon autonom geborene Körperschaften sich nicht erneuern können - will man sie reformieren, dann müssen sie, wie man bei den Franzosen lernen kann, neu gegründet werden. Eine Antwort auf die Gretchenfrage, wie die verbal Reformwilligen mit diesem Münchhausen-Syndrom umgehen könnten, wurde nie gesucht. Die Absicht zu suchen, hätte allerdings die gemeinsame Überzeugung vorausgesetzt, daß fundamentaler Erneuerungsbedarf bestehe. Diese Überzeugung war aber nur dem Westen eigen. Im Osten dachte man überwiegend mehr an den Wegfall ungebliebter Kurse und lästiger Verpflichtungen im gesellschaftlichen Bereich. In den besten Fällen vielleicht an einen Neubeginn auf dem *dritten Weg*.

Wenn der Osten von „Erneuerung der Universitäten" sprach, meinte er also dasselbe wie der Westen, wenn der vor der Wende von der dringenden „Erneuerung der Universitäten" faselte: Reform auf der Grundlage des bestehenden, „im Kern gesunden" Alten; die immanente Verbesserung; das Ende der Ablenkungen und Bevormundungen jeder Art unter Rettung aller Besitzstände und Seilschaften. Die alten Zöpfe als Münchhausens Zopf.

Voreilig wurde vergessen, daß es nicht Studenten und Professoren gewesen waren, die seinerzeit auf den Straßen der *Heldenstadt* „Wir sind das Volk" skandierten, daß nicht Professoren und Studenten auf der Mauer am Brandenburger Tor tanzten, sondern wirklich das Volk (ostdeutsch: die Volksmassen). Es wurde übersehen, daß die Universität jener gesellschaftliche Raum gewesen war, in dem der DDR-Sozialismus seine deutlichsten Gewinne eingeheimst hatte. Den Herrschenden wurde eine Revolution zugemutet.

Als man sah, daß es so nichts werden würde, war es schon zu spät. Hastig begann man mit der Reform von außen und oben, um sich nicht den Vorwurf der Wehrlosigkeit gegenüber Altkadern zuzuziehen. Universitätsgründer sprossen reichlich aus westlichem Boden. Daß, wer Universitäten grün-

den will, nachdenken und nicht nur rechnen können muß, blieb beiseite. Daß, wer plant, auch rechnen können muß, ebenso.

Der Preis der Hast war der alte Hut. Einfallsarmut und der Hinweis auf den bekannten *Sachzwang* - hier: studentischer Bedarf nach Unterricht; „kein Semester darf verlorengehen" (ein angesichts der üblichen westlichen Studienzeitvergeudung offenbar besonders heftig gefühlter Zwang) - ersetzte die Konzepte. Ruinen aus dem Westen als kostspielige Modelle für den Aufschwung.

Die überkommenen Insassen der Hochschulen (Ost) halfen tatkräftig mit. Die schweigsame Toleranz des Beginns, die Solidarität der Ehemaligen verschwanden. Sie verwandelten sich langsam - vor allem bei der Musterung jener, die schließlich unbeschadet den Gauck-GAU überstehen würden - in die Neigung zum kaltblütigen Genossenmord. Was übrigblieb, ist nicht der Rede wert. Man sagt mir: Wo gehobelt wird, da fallen Späne. Das hat man auch in den 50er Jahren ostwärts, bei der Vertreibung nicht Linientreuer, öfter lesen können.

Am Ende errichten die beidseitigen Vereinigungsgewinnler im Osten die Universitäten der Zukunft: sie gleichen der maroden Universität des Westens wie ein Ei dem anderen. Und obendrein sind beide Eier faul.

Anfertigung einer Bilanz

Theorievergleiche sind keine einfache Sache. Das ist nicht gerade eine Neuigkeit.

Schon Theorien, die nur aus wenigen Sätzen bestehen, kommen nicht ohne zahlreiche und komplexe Prämissen aus. Diese müssen genau aufgeschlüsselt und in den Vergleich einbezogen werden. Sonst erfährt man nichts über die Reichweite der zu vergleichenden Theorien, und ihr Erklärungswert kann nicht gegeneinander abgewogen werden.

Die Schwierigkeiten wachsen, wenn ausgreifendere Theorien auf dem Prüfstand stehen. Etwa „Gesellschaftstheorien", die beanspruchen, eine gegenwärtige Gesellschaft total zu erfassen und zu erklären - und womöglich ihre weitere Entwicklung vorherzusagen. In solchen Fällen wird die Theoriearchitektur voraussetzungsvoll und unvermeidlich verwickelt. Schnelle Kommunikation scheint nicht möglich. Ist sie dennoch erforderlich, kommt es zu wechselseitiger Übermittlung von Kürzeln, dann zum Austausch von Schlagworten, schließlich zur Konfrontation von (politisch aufgeladenen) Parolen.

Dem Westen war dieser Sachverhalt längst geläufig. Dem Osten nicht weniger. Es schien zweckmäßig und in beiderseitigem Interesse, das aus der Vergangenheit bekannte Modell nicht mehr zu favorisieren. Von langen, öffentlich kaum interessierenden - und wie zu vermuten war: im Dissens endenden - theoretischen Diskussionen konnte man sich nichts versprechen. Also einigte man sich für den gemeinsamen Umgang mit der wissenschaftlichen Vergangenheit (nur der DDR, denn schließlich war sie der BRD beigetreten und nicht umgekehrt!) auf pragmatische „Bilanzen".

„Bilanz" klingt angenehm ökonomisch. Außerdem trocken-empirisch. Es geht weniger um komplizierte Theorien als um Fakten-Listen. Soll und Haben. Wer wissen will, was bleibt oder sogar bleiben soll, muß zunächst deklarieren, was war.

Den Naiven schien dies eine Aufgabe der DDR-Wissenschaft zu sein. Denn eigentlich mußte die am besten wissen, was sie getan und was sie nicht getan hatte. Der Westen hatte keine Einwände. Das allzu rosige Schöngerede der Unverbesserlichen würde man durchschauen und korrigieren. Die Herrschaft über die „Beschreibung" fiel, wie nicht anders zu erwarten, dem Westen zu.

Das Ergebnis war überraschend. Die westlichen Auftraggeber mochten die Beschreibung nicht akzeptieren. Sie fanden, die gelieferten Texte seien nicht wirklich deskriptiv. Es handele sich eher um moralisch und vorwurfsvoll angehauchte politpropagandistische Auslassungen, die mit der alten DDR-Realität wenig gemein hätten.

Die DDR-Bürger bestanden hartnäckig auf der Richtigkeit ihrer Darlegungen. Zwar könne man einräumen, daß nicht immer alles so verwirklicht worden sei, wie es beabsichtigt war, so daß den „Deskriptionen" ein gewisser normativer Kern nicht abzusprechen sei. Aber: das sei ein Umstand, der mehr oder minder jeder Schilderung von normativen Sachverhalten anhafte. Wenn ein Westdeutscher etwa den „Rechtsstaat" beschreibe, dann liefere auch er damit zunächst nur die Skizze einer Absicht, die man so in der Realität nicht verwirklicht finde. Darüber sei sich jeder im klaren. Man bringe diesen Umstand gegebenenfalls in einer späteren Kritik an der realen Existenz der Einrichtung zur Sprache.

Den Westfrauen und Westmännern leuchtete das nicht wirklich ein. Aber sie fanden, daß sich an dieser Stelle ein Zwist nicht lohne. Lieber wollten sie die Sache selbst in die Hand nehmen und die erwünschten Bilanzen in eigener Regie erstellen.

Als sie ihre Papiere abgeschlossen hatten, baten sie die östlichen Mitarbeiter um eine kollegiale Kritik und um den Nachtrag entsprechender Ergänzungen. Die Ostkollegen taten sich schwer. Sie wollten nicht unhöflich sein,

zumal ihnen ohnehin gelegentlich bedeutet wurde, wieviel sie dem Westen zu verdanken hätten. Aber sie erkannten sich in den Texten nicht wieder. Nicht nur, daß diese in einer Sprache verfaßt waren, die den Ostlesern über große Strecken als ein abstoßendes und kaum begreifliches Kauderwelsch erschien. Was sie da als „Beschreibung" lasen, verfehlte obendrein meilenweit ihre lebendigen Erinnerungen und Erfahrungen. Schließlich hatten sie, wie sie betonten, „dort gelebt", sollten also in der Lage sein festzustellen, wie schief ihre Vergangenheit hier auferstand.

Als die ersten amerikanischen Ethnologen bei den Hopi auftauchten, bemühten sie sich um genaue Beobachtung und fertigten umfangreiche Berichte an. Man darf vermuten, daß auch die Hopi nicht zögerten, ihren an der Begegnung nicht beteiligten Genossen ausführlich zu berichten. Über die Berichte der Hopi ist nichts bekannt, da sich nicht gedruckt wurden. Die Berichte der Amerikaner können heute als Hypostase der Befangenheit gelesen werden - wenn man sie denn überhaupt noch lesen will. Immerhin haben sie die amerikanische Gesellschaft beeinflußt. Den Hopi haben sie allerdings nichts eingebracht.

Sollte man so auf eine Bilanzierung der Ostwissenschaft völlig verzichten? Das wäre nicht zweckmäßig gewesen, denn schließlich konnte nur aufgrund dieser Bilanz entschieden werden, ob das, was geblieben war, bleiben sollte oder nicht. Im Hinblick auf die faktischen Herrschaftsverhältnisse votierte man „einstimmig" für „Westbilanz". Die „Ostbilanz" wurde der östlichen Historiographie anheimgegeben.

Ob sie jemals Möglichkeit und Gelegenheit zum Schreiben finden wird, ist freilich nicht gewiß.

Sprachverhältnisse konstituieren die gesellschaftliche Realität. Ein richtiger Marxist kann das nicht akzeptieren. Das darf man selbst dann nicht von ihm erwarten, wenn man im übrigen bereit ist, ihn als solchen zu tolerieren.

Ist er klug genug, ist das nicht weiter schlimm. Er kann sich in der Welt, die nach dem *linguistic turn* unter anderem auch mit der Konventionalität der Sprache lebt, ohne weiteres zurechtfinden. Ob es nun *richtig* „Erziehung", „Lehre" oder „Unterricht" heißt, wird ihm schon der Anpassung halber gleichgültig sein - so gleichgültig wie die Frage, ob er „Hähnchen" oder „Broiler" serviert bekommt. Er wird weder da noch sonstwo darauf beharren, daß eine Sache eine andere ist, weil sie anders heißt - und umgekehrt. Im besten Fall, der jedoch immer noch der schlechteste ist, spricht er wie Großvater Marx persönlich.

Leider sind nur die wenigsten klug genug. Es ist nicht anders als im Westen. Unterhalb einiger weniger, die die Spuren legen oder die Fährten verfolgen, sitzen Tausende, die nichts anderes tun und tun werden als auf ab-

gesunkenem Kulturgut hinter den Führern herzupaddeln. Dagegen ist an sich nicht einzuwenden. Die Welt läuft mit durchschnittlichen Rädern auf den Schienen der Mediokrität. Ansonsten bliebe sie stehen. Auch im Westen sind es nicht die Philosophen, die die Masse derjenigen stellen, die miteinander auskommen müssen und sich auseinanderzusetzen haben. Nur hat es diese Masse, wenn sie westwärts unter sich ist, etwas leichter, weil *anything* - bis hin zur Privatsprache - *goes* und es keine Funktionäre gibt, die mit schraubstockgleichen Sprachzangen die Welt zurechtbiegen.

Der west-östlichen Sprachkonfrontation ist leider nicht mit der amüsierten Feststellung beizukommen, daß jemand, der seinen „*approach* an Karl Mannheim festmacht", nicht aus dem Osten, und jener, bei dem sich die „Widersprüche" oder sogar der „Grundwiderspruch" hier und dort „widerspiegelt", nicht aus dem Westen stammen könne. Das ist nur solange amüsant, wie es um nichts geht. Die Frage nach dem Appetit auf Eisbein läßt sich ohne Rückgriff auf gnoseologische Prämissen entscheiden.

Sobald aber eine theoretische Verständigung angestrebt wird, Handlungspräferenzen festgelegt werden sollen, „Zielstellungen" (Lehnübersetzung aus dem Russischen, für westlich: „Zielsetzung") zu diskutieren sind, generieren die verschiedenen Sprachwelten Kommunikationskonflikte. Die sind von anderer Art als jene, welche bei fremdsprachlich different sozialisierten Wissenschaftlern und solchen, die sich dafür halten, auftreten.

Denn die Schwierigkeiten sind bekannt. Folglich kommen, nach der Phase wechselseitigen Jargonverdachts, wenn guter Wille und die nötige Geduld aufgebracht werden, jene Lernprozesse in Gang, an deren Ende dann Interdisziplinarität gefeiert wird.

Im Ost/West-Fall sind die Schwierigkeiten unbekannt, unerkannt, verleugnet.

Es geht weder um *Kaderwelsch* (B. Brecht), noch um die von Orwell popularisierte *Zwiesprech-Doppelzüngigkeit*, noch um die umschreibende *Sprachverweigerung der nicht staatstragenden Autoren* (W. Thierse). Es geht um die „tückische Polysemie" (P. v. Polenz), d.h. die Unterschiede im Wort- und Begriffsverständnis, die auf der tiefen Imprägnierung durch die marxistisch-leninistische wissenschaftliche Routine und den gesellschaftlichen Alltag beruhen. Die Polysemie hat die theoretische Sprache in einem Maße durchsetzt, daß die verschiedenen Plattformen, von denen aus gesprochen wird, auf Bohrtürmen in weit entfernten Meeren zu ruhen scheinen. Sie müssen erst gewechselt werden.

Wer auf welche zu wechseln hat, ist auf längere Sicht klar - aber was geschieht mit den heute über 18jährigen?

Altmeister Goethe ließ sich im Faust diese mephistophelische Frage in der klassischen Walpurgisnacht durch die Sphinx (!) beantworten:

Doch sagt, was soll nur aus euch werden?
Was für unruhige Gebärden?
Wo wollt ihr hin? Begebet euch fort! ...
Ich sehe jener Chorus dort
macht euch zum Wendehals. Bezwingt euch nicht
Geht hin!

Da die Möglichkeit zum Entweichen in Fällen des Systembruchs auf jene Eliten beschränkt ist, die auch auf der anderen Seite keine unüberwindlichen Schwierigkeiten haben, wird der Rest wohl dem „Chorus" anheimfallen.

Die gegenwärtig überall anzutreffenden Wendehälse der neuen Begrifflichkeit sind allerdings kaum weniger unappetitlich als die der politischen Szene. Bei ihnen endet die Theorie der Verständigung in der Praxis der Papageien.

Gerettete Potentiale

„An ostdeutschen Hochschulen/Universitäten wurde nicht geforscht. Universitäten dienten der Bildung, Erziehung und Ausbildung des sozialistischen Menschen. Die Forschung war nach sowjetischem Vorbild an den Akademien konzentriert." Ein falsches Urteil. Ein Vorurteil des Westens. Der Osten beeilte sich, es zu bestätigen. Zwar widersprachen die Universitäten, aber als Angeklagte waren sie nicht sehr glaubwürdig. Mitglieder der Akademien bekräftigten die Einschätzung, daß sie die eigentlichen Wissenschaftler gewesen seien. Die Bekräftigung war nützlich, denn sie versprach nach der Auflösung der Akademien ein Unterkommen in anderen Bereichen der Wissenschaft. Sie war außerdem eine Genugtuung. Denn mancher, der seine Weisheiten gerne gelehrt hätte, hatte vom alten Regiment zu hören bekommen, seine Ansichten seien besser in stiller Forschung aufgehoben als in der Lehre. Dem Westen war die Bestätigung des Vorurteils sehr willkommen. Denn einerseits verwandelt Bestätigung ein Vor-Urteil in Urteil. Andererseits hatte man die Akademien aus strukturellen, politischen und finanziellen Erwägungen aufgelöst. Die vielen Tausend Mitarbeiter waren so leicht nicht aufzulösen. Zwar ließ sich durch Dividieren einiges erreichen: Wissenschaftler - Nichtwissenschaftler; produktive Wissenschaftler - unproduktive Wissenschaftler; unbelastete produktive Wissenschaftler - belastete produktive Wissenschaftler. Nach jeder Teilung war der Haufen jener, über die nicht mit einem Achselzucken hinweggegangen werden konnte,

kleiner. Aber nicht klein genug. Am Ende waren immer noch Tausende übrig. Tausende, an denen nicht eigentlich etwas auszusetzen war. Sie waren - rein wissenschaftlich gesehen - ordentlich, gut, sogar sehr gut. Sie hatten sich nichts zuschulden kommen lassen. Sie waren fleißig und wollten arbeiten. Fehlten bloß die Arbeitsplätze. Denn die waren soeben beseitigt worden.

Der Westen hatte keine Arbeitsplätze. Für die vierzehn Allerbesten schon. Aber nicht für die restlichen 9.986. Wohin also mit diesen? Man hätte sie auf die Straße setzen mögen. Aber das schien nicht klug zu sein. Wissenschaftler sind keine Arbeiter. Von Arbeitern kann man erwarten, daß sie sich Arbeit suchen. Finden sie keine, ist das Pech. Darüber muß man sie mit Arbeitslosengeld und -hilfe hinwegtrösten. In der Regel funktioniert das. Wissenschaftler sind demgegenüber meist nicht bereit, Pech ohne Umstände als Pech zu sehen. Sie diskutieren. Wo das Pech herkommt? Wieso es bei jedem verschieden ausfällt? Ob es einer zu verantworten hat? Unangenehme Fragen. Unruhestiftende Fragen. Arbeitslose Wissenschaftler in großer Zahl sind ein Unruhepotential. Latente Aufrührerschicht. Dachten die aus dem Westen. Sie kannten den Osten schlecht. Hätten sie geahnt, wie eifrig die Wissenschaftler sich verbeugen würden; wie sie übereinander herfallen und sich wechselseitig bei den neuen Herren anschwärzen würden; wie sie durch harte Worte und schnelle Gesten wegzuscheuchen waren, wie lästige Fliegen vom Tellerrand - hätten sie dies geahnt, sie hätten sich vielerlei Mühe nicht gemacht.

So aber gründeten sie alles mögliche. Ein Institut hier und ein Institut da. Bundesinstitute, Länderinstitute. Großforschung, Max Planck-Forschung, Fraunhofer-Forschung, Was-auch-immer-Forschung. Viele konnten untergebracht werden. Ein großer Rest blieb immer noch. Für ihn wurde das Wissenschaftler-Integrationsprogramm entworfen. Eine Idee, abgeleitet aus einem Vorurteil. Da an der Universität keine Forschung gewesen war, würde sich die Universität freuen, wenn sie ganz plötzlich viele Forscher geschenkt bekäme. Die Wissenschaftler sollten in die bestehenden Hochschulen integriert werden.

Die Universitäten freuten sich nicht. Sie wollten keine Forscher. Denn zum einen hatten sie selber welche. Sollten sie die entlassen, um Platz für die „Neuen", womöglich nicht besseren zu machen? Zum anderen mochten sie die „Neuen" immer noch nicht. Früher hatte man die nunmehr Neuen hinausgeekelt oder beneidet oder beides. Jetzt kamen sie zurück und begehrten die Plätze der Alten. Dabei waren sie doch selber alt und man wollte, wenn schon Neue, dann echte Neue. Am besten aus dem Westen.

Auch die Wissenschaftsminister der Länder freuten sich nicht. Sie hatten zwar nichts gegen ein Geschenk. Aber das Geschenk sollte dauerhaft sein.

Das sah hier nicht so aus. Einige Jahre nur wollte der Bund zahlen. So bis 1996 etwa. Dann sollten die Länder zahlen. Sie müßten zahlen, wenn sie die Wissenschaftler *integriert* hätten. Also integrierten sie nicht. Oder jedenfalls nur einige. Man spricht von vieren.

Eine zynische Bilanz. Gottlob gab es nicht nur das Integrations-Programm. Es gab auch die geisteswissenschaftlichen Zentren. Das war eine noch viel schickere Idee.

Nach den Teilungen und Gauckungen der heimatlosen Akademiemassen war ein Bündel Geisteswissenschaftler übriggeblieben. Nicht eben viele. Rund 150. „Peanuts", würde ein im Geschäftsleben Stehender wohl sagen. Für die sollten Zentren gegründet werden. Um, wie man mit ostdeutscher Zunge formulierte, „Potentiale" zu retten. Aber nicht nur deshalb. Unerwartet schien es eine Möglichkeit zu geben, etwas für die Geisteswissenschaften zu tun. Daß dies erforderlich sei, hatten prominente Geisteswissenschaftler eben erst in einem dicken Memorandum der Öffentlichkeit eindringlich angepriesen: die Einrichtung außeruniversitärer Zentren.

Über Nacht gab es beides: „Potentiale" und die Empfehlung, die schon empfohlenen *Zentren* einzurichten. Rettung und Vision in einer Tag. Das war zuviel. Immerhin war das Memorandum in der und für die BRDa (Bundesrepublik Deutschland „alt"; siehe auch: BRDn = Bundesrepublik Deutschland „neu") geschrieben, nicht für die BRDn. Man wollte die Zentren also selbst haben. Sie den Exkommunisten zu geben, würde die Idee beschmutzen. Sagen konnte man das allerdings so nicht. Und hätte nicht einer der Oberprominenten, jahrelang erfolgreich als Liberaler getarnt, unvorhersehbar und überraschend die Fassung verloren und in einer Großratssitzung sich durch erregte Beschimpfung und einen erstaunlich unkontrollierten Ausbruch von Aversion als kalter Kriegsheld decouviert - es wäre diese innerste Meinung vermutlich nie aufgedeckt worden.

Man hätte den krampfhaft zierlichen Eiertanz, *Zentren* einzurichten, ohne sie „Zentren" zu nennen, damit das Denken nicht fehlgeleitet würde durch besorgniserregende Namen, vielleicht als Folge von Angst gedeutet. Angst vor einem möglichen Zentrenkönig. Vielleicht auch bloß als Abgrenzungs- und Hierarchisierungsbedarf. „Zentrum" heißt Mitte; „Schwerpunkt" ist Subordination.

So aber weiß man es besser. Das 20. Jahrhundert hat auch in diesem Bereich Unerhörtes hervorgebracht. Manchmal steht jetzt am Ende der Adoption die Hinrichtung. Nicht schnell allerdings und nicht auf einen Schlag. Langsam schiebt man den Brocken an den Tellerrand, bis er fast von selbst unter den Tisch fällt. Bis 1996 ist alles gesichert.

Und war wird nach 1996 sein?

Nun was wohl?

Die östlichen Zementköpfe, die man im Westen gern und zu recht die „Ewiggestrigen" nennt, haben nach 1990 eine „Theorie" entworfen - eine der ihnen so überaus lieben finsteren Thesen, wonach die aus dem Westen (besser noch: „gewisse Kräfte") es darauf angelegt hätten, die „fortschrittlichen Potentiale" mit Stumpf und Stiel auszurotten, um der bedrohlichen „Systemkonkurrenz" für alle Zeit zu entgehen. Der liberale Westen lachte. Er sah keine Konkurrenz. Der muffige „Fortschritt" belustigte ihn. Er konnte nicht verstehen, woher die Lust auf Ausrottung kommen sollte. Er verwies fröhlich auf die Zukunft.

In der wird ihm die Fröhlichkeit spätestens dann vergehen, wenn er versuchen wird, die Falschheit der Zementkopf-These zu beweisen.

Herbert Wöltge

Die *unausrottbare societas*.

Bemerkungen zur Geschichte der Gelehrtensozietät der AdW der DDR 1990 - 1992[1]

Am 26. Juni 1992 trat die Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR zu ihrem letzten Leibniztag zusammen. Das war zu einem Zeitpunkt, an dem sie nach offizieller Auffassung bereits einige Zeit aufgehört hatte zu existieren. Im Plenum wurde eine Erklärung verlesen, die vorher in den Klassen - sehr konträr - diskutiert worden war. Darin wurde an Vernunft und Fairneß bei der Fortführung der Gelehrtensozietät entsprechend Art. 38(2)EV appelliert und die Erwartung geäußert, daß das wissenschaftliche Potential der Sozietät in angemessener Weise im Mitgliederbestand der neukonstituierten Akademie Berücksichtigung finde.[2]

Wir wissen längst, daß dies eine Erklärung an der Wirklichkeit vorbei war. Im Sommer 1992 waren die personelle und strukturelle Auflösung der Einrichtungen der AdW und die Einpassung ihrer Trümmer in bundesdeutsche Strukturen vollzogen. Auch ihrer Gelehrtensozietät waren nur noch wenige Tage realer Existenz beschieden. Der Ordnungswechsel im Beitrittsgebiet hatte um die Akademie der Wissenschaften der DDR keinen Bogen gemacht.

... Eine auffallende Abstinenz der Darstellung begleitet bis zur Stunde die letzte Phase der Gelehrtensozietät. In der bisherigen Beschreibung der Transformation der DDR-Wissenschaft in altbundesdeutsche Standards wird sie kaum erwähnt. Wer erfahren will, wie die Gelehrtensozietät zu ihrem Ende gebracht wurde, muß schon sehr suchen, ehe er, etwa im Jahrbuch der AdW von 1990/91 - dem letzten -, Spuren davon findet. Diese reichen aber nicht bis ans Ende der Sozietät, sondern hören, entsprechend der Rechtsauffassung des Jahrbuch-Herausgebers, mit dem Jahr 1991 auf. Das Jahrbuch 1990/92 der Akademie zu Berlin (West) - ebenfalls das letzte - und auch das Jahrbuch 1992/93 der BBAW - das erste - behandeln zwar den gesamten

---

1 Auszüge aus: Protokoll des Kolloquiums "25 Jahre Wissenschaftsforschung in Deutschland", das am 23. September 1995 in Berlin stattfand. In: Schriftenreihe des Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. Berlin, Heft 10/1996. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Veranstalters, Prof. Dr. Hansgünter Meyer.

2 Akademie-Pressedienst APD 3/1992, S. 5

Zeitraum, stellen aber nur dar, wie die BBAW entstand, nicht aber, wie die Gelehrtensozietät unterging. Letzteres bleibt bis heute eine unerzählte Geschichte.

Der Grund dafür mag vielleicht sein, daß dies in der offiziellen Sicht für eine Episode ohne Erzählwert gehalten wird, zumal die Gelehrtengesellschaft zu aller Überraschung ohne größeres Aufsehen von der Bildfläche verschwand. Doch ob von offizieller Bedeutung oder nicht – man sollte registrieren, daß sich ein zunehmend einseitiges Bild und eine vom Endergebnis her gefilterte Sicht der Ereignisse um die Gelehrtengesellschaft im öffentlichen Urteil festsetzt. Der Hergang des Ablebens des Sozietät verdient eine vorurteilsfreie, wahrheitsgemäße Aufarbeitung, selbst wenn das zur Zeit an einigen Punkten noch etwas schwierig ist, weil mache Quellen noch nicht vollständig zu Verfügung stehen, die Einblick in Hintergründe geben – etwa die einschlägigen Akten der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung oder die der großen bundesrepublikanischen Wissenschaftsorganisationen.

Vielleicht wird sich das ändern, wenn erste Ergebnisse der wissenschaftshistorischen Einordnung der DDR-Wissenschaft und ihrer Institutionen anläßlich ihrer bevorstehenden Jubiläen vorliegen. Und mit Aufmerksamkeit wird man der Antwort auf die Frage entgegensehen, welchen Platz die DDR-Akademie bei der Darstellung und Wertung der 300-jährigen Geschichte der Leibnizschen Akademieschöpfung erhalten soll und wie hier die Konkurrenz von zeitgenössischer Sicht und historischer Wahrheit ausgehen wird.

... Diese Ausführungen beschränken sich auf einen Handlungsstrang, der m. E. für das Verständnis des Gesamtzusammenhangs wesentlich ist: Gemeint ist jener Vorgang, der zur Verdrängung der Gelehrtensozietät und ihrer Mitglieder aus der Rolle des Subjekts der landesrechtlichen Regelung gemäß Artikel 38 (2)EV führte und der die Rechtsstaatlichkeit des Gesamtprozesses angemessen beleuchtet.

Die Ausgansposition

Die Ausgangslage ist bekannt. Der Einigungsvertrag hatte der Gelehrtensozietät eine starke rechtliche Position verschafft, indem er ihre Weiterexistenz in Artikel 38(2) festschrieb:

„Mit dem Wirksamwerden des Beitritts wird die Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik als Gelehrtensozietät von den Forschungsinstituten und sonstigen Einrichtungen getrennt. Die Entscheidung, wie die Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der Deut-

schen Demokratischen Republik fortgeführt werden soll, wird landesrechtlich getroffen."

Der Hannoveraner Rechtswissenschaftler Hans-Peter Schneider, von Präsident Klinkmann später zu einer Meinungsäußerung zur rechtlichen Stellung der Gelehrtensozietät aufgefordert, stellte fest, der Einigungsvertrag habe hier definitiv entschieden, daß die Fortführung der Akademie nicht in Frage stehe und sie auch durch ein Landesgesetz nicht einfach aufgelöst werden könne, da es sich beim Einigungsvertrag um Bundesrecht handle, das entgegenstehendes Landesrecht nichtig und unwirksam mache.[3]

Einen starken Ausgangspunkt hatte die Sozietät auch von ihren inneren Voraussetzungen her. Die Mitgliedschaft einer durch Selbstwahl generierten wissenschaftlichen Vereinigung, einmal existent, läßt sich entsprechend den immanenten Regeln akademischen Daseins schwer wieder beseitigen, wenn sie selbst es nicht wünscht. Die Wahl aus sich selbst heraus verleiht einer Akademie sozusagen „ewiges Leben", das nur die Mitglieder allein - normale Verhältnisse vorausgesetzt - durch eigenen Willensakt zu Ende bringen können. Das traf auch auf die Mitgliedschaft der Gelehrtensozietät der AdW der DDR zu. Sie stand in einer ungebrochenen Kontinuität in der Regenierung ihrer Mitglieder durch Selbstwahl, die über die AdW der DDR, die Deutsche Akademie der Wissenschaften in die Preußische hinein- und damit bis an die Ursprünge der Leibnizschen Gründung zurückreichte. Das war national wie international unangefochten. Und es gab keinerlei Anzeichen dafür, daß die Mitglieder beabsichtigten, dem Dasein der Gelehrtensozietät durch einen solchen Willensakt ein Ende zu setzen.

Wie Sie sich erinnern können, war die politische Situation des Jahres 1990 außerordentlich turbulent. Die eben genannten beiden Punkte schoben generellen Bestrebungen einen Riegel vor, den Ordnungswechsel an der Gelehrtengesellschaft gleich im ersten stürmischen Anlauf zu vollziehen. Die Sache machte etwas mehr Umstände. Es dauerte immerhin zweieinhalb Jahre, bis auf politisch-administrativem Wege eine Lösung herbeigeführt war, die in Konkordanz zu den übrigen Ergebnissen der Umgestaltung stand. Am Ende der Prozedur erhielten die 278 in- und die 124 ausländischen Mitglieder der Gelehrtensozietät, das eigentliche Subjekt von Art. 38(2), schließlich im Juli 1992 jenen bekannten Brief der Berliner Wissenschaftsbehörde, der sie über das Erlöschen ihrer Mitgliedschaft informierte und mit dem die von Art. 38(2)EV geforderte landesrechtliche Regelung ihren ganz eigen-

---

3 Prof. Dr. Hans-Peter Schneider in einem Brief an Präsident Klinkmann vom 12. Dezember 1991. Auf die Entstehung und Wirkungsweise von Art 38 EV wird hier nicht weiter eingegangen.

tümlichen Abschluß fand.[4] Diese Entwicklung soll hier ansatzweise in einigen Punkten nachgezeichnet werden.

Die Gelehrten

Nach dem 3. Oktober 1990 fand sich die Gelehrtensozietät in einer für sie neuen Situation wieder. Die Trennung von den Instituten und Einrichtungen war de jure vollzogen. Konsilium und Senat, die im Frühjahr 1990 geschaffenen Organe einer demokratischen Selbstverwaltung der Akademie, bestanden nicht mehr. Der rechtliche Status der Gelehrtensozietät war mit Ausnahme der von Art. 38 (2)EV verfügten Fortführung auf landesrechtlicher Grundlage in vielen Fragen unklar und unscharf und demzufolge strittig. Die Verordnung des Ministerrates der DDR über die AdW, erst im Juni 1990 erlassen, war aufgehoben,[5] das Statut nur noch in Teilen gültig, die Vermögenssituation ganz und gar undurchsichtig, die Kompetenzen der Sozietät noch nicht neu definiert. So konnte sich der Geschäftsführende Präsident Horst Klinkmann nur an den Auftrag halten, den ihm der letzte DDR-Ministerpräsident, Lothar de Maizière, kurz vor Toresschluß erteilt hatte und der für die Zeit nach dem Beitritt fortgalt. Er lautete, die Gelehrtensozietät im Sinne von Art. 38(2)EV auf eine landesrechtliche Grundlage zu überführen.[6] Der ihm zugewiesene Partner war das Land Berlin, das auch der Hauptpartner blieb, als Brandenburg hinzukam.

Das Bemühen um die landesrechtliche Regelung war gleichzusetzen mit dem Bemühen um ein Überleben der Gelehrtensozietät. Es bildete den wesentlichen Inhalt der Tätigkeit des Präsidenten und der ihm zur Seite stehenden akademischen Gremien, die die Gelehrtensozietät aus sich heraus gebildet hatte. Der Grundgedanke ihres Vorgehens bestand darin, die landesrechtliche Regelung durch eigene Vorschläge zu initiieren und bei personeller Erneuerung die Fortführung der Sozietät in einem grundsätzlich gewandelten gesellschaftlichen und wissenschaftsstruktuellen Umfeld zu ermöglichen.

---

4 Schreiben des Senators für Wissenschaft und Forschung, Prof. Dr. Manfred Erhardt, vom 7. Juli 1992 an alle Mitglieder und Auswärtigen Mitglieder der Gelehrtensozietät. Darin heißt es: „Mit Beendigung der früheren Gelehrtensozietät ist auch Ihre Mitgliedschaft erloschen."

5 Verordnung des Ministerrates über die Akademie der Wissenschaften der DDR vom 27. Juni 1990. Gbl. I, Nr. 9, S. 543, aufgehoben in EV, Kapitel XV, Abschnitt II, Nr. 1. Strittig blieb, ob damit auch die Gelehrtengesellschaft entgegen der Festlegung Art38(2)EV als aufgehoben zu gelten habe

6 Abgedruckt in: Jahrbuch 1990/1991 der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR (KAI-AdW). Akademie Verlag Berlin 1994 (im folgenden JB genannt), S. 399

Das geschah auf zwei Ebenen: Zum einen setzte die Gelehrtensozietät die seit Herbst 1989 laufenden Bemühungen fort, ihre Satzungsgrundlagen den neuen gesellschaftlichen Umständen entsprechend neu zu fassen und eine Konkordanz zu den anderen wissenschaftlichen Akademien der Bundesrepublik als föderale Einrichtungen herzustellen. Auf die hier geleistete umfangreiche Arbeit soll nicht eingegangen werden, sie blieb letztlich bedeutungslos. Am 29. November 1990 verabschiedete das Plenum mehrheitlich ein von einer Arbeitsgruppe des Präsidenten ausgearbeitetes Papier[7] und ermächtigte den Präsidenten, „diesen Vorschlag für eine Satzung bei den bevorstehenden Verhandlungen mit den Landesregierungen (Berlin und Brandenburg, d.V.) als Verhandlungsgrundlage zu verwenden"[8]. Er wurde der Wissenschaftssenatorin Barbara Riedmüller-Seel am 4. Dezember 1990 übermittelt.[9]

Den eigentlichen politischen Angelpunkt bildeten von Anfang an jedoch die Fragen der Mitgliedschaft. Die Akademiemitglieder sahen sich zu dieser Zeit unter erheblichem politischen Druck von außen. Die Meinungen, wie weiter zu verfahren sei, gingen weit auseinander. Von den meisten Mitgliedern wurde die Erkenntnis mitgetragen, daß eine Erneuerung der Mitgliedschaft unumgänglich war und daß ohne eine kritische Selbstprüfung und sichtbare Ergebnisse reformerischen Willens ein Überleben der Gelehrtensozietät unter den gegebenen politischen Umständen kaum wahrscheinlich war. Schon im August 1990 hatte der Senat der Akademie betont, daß der *„Schritt von einer Akademie eines sozialistischen Staates DDR zu einer länderorientierten national und international geachteten Akademie ... auch Konsequenzen bezüglich ihrer Mitglieder" erforderte.*[10]

Auf diesem Gebiet waren Präsident und akademische Gremien bemüht, Bedingungen zu schaffen, die eine personelle Neugestaltung der Gelehrtensozietät von innen heraus ermöglichen sollten, die schwierigen Fragen der

---

7 Vorschlag für eine „Satzung der Leibniz-Akademie der Wissenschaften in Berlin", abgedruckt in: JB 431ff.

8 Protokoll der Geschäftssitzung des Plenums am 29. November 1990

9 Abgedruckt in: JB 435f. Die Senatorin antwortete am 17. Dezember und lehnte es ab, sich mit dem Satzungsentwurf zu befassen, da „nach meiner Auffassung die Gelehrtengesellschaft der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR sich nicht als Trägerin der Tradition der Berliner Akademie betrachten kann und daß eine zukünftige Akademie der Wissenschaften in Berlin auf dieser Institution, wenn auch zur Zeit ohne eigene Rechtsperson, nicht aufbauen kann". Dieses Schreiben ist die erste offizielle Äußerung aus der Senatsverwaltung für eine politische Lösung entgegen Art. 38(2)EV

10 Grundkonzept für die Neustrukturierung der Akademie der Wissenschaften der DDR in Vorbereitung auf die Schaffung der Einheit Deutschlands. Vorlage im Senat der AdW vom August 1990. In: Jahrbuch 1990/1991 der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR (KAI-AdW). Akademie Verlag Berlin 1994. Seite 343 (im folgenden JB genannt)

Vergangenheitsbewältigung eingeschlossen. Unklar und umstritten war jedoch im Plenum, ob und welche Zeichen gesetzt werden sollten. Der Vorschlag des Präsidenten, die Institution einer *ruhenden Mitgliedschaft* einzuführen, um dem Präsidenten und einer bei ihm eingerichteten Arbeitsgruppe freie Hand für eine interne Neuordnung der Akademie-Mitgliedschaft zu geben und die ihm angemessene politische Reaktionen nach außen ermöglicht hätten, verfiel in den Klassen der Ablehnung.

Stattdessen favorisierte die Mehrheit des Plenums die Überlegung, die landesrechtliche Regelung durch eine Bewertung der wissenschaftlichen Kompetenz der Akademiemitglieder vorzubereiten und so auch den Vorwürfen entgegenzutreten, die Mitgliedschaft beruhe vielfach auf politischen oder Gesinnungsgründen und nicht auf wissenschaftlicher Leistung. Die Evaluierung sollte im Selbstverständnis der Akademiemitglieder wissenschaftsimmanent, durch in den Klassen gewählte Kommissionen, und nicht von außen durch politisch beeinflußte und wissenschaftlich inkompetente Gremien vollzogen werden. Von den Kommissionen abgelehnte Akademiemitglieder sollten nicht in der auf landesrechtliche Basis zu stellenden Gelehrtensozietät weitergeführt werden.

Aus alledem sprach eine erstaunliche Zuversicht, daß im Ergebnis der Evaluierung die wissenschaftlichen Reputation eine ausschlaggebende *politische* Beweiskraft für den Anspruch auf Weiterführung der Mitgliedschaft in einer gewandelten Akademie erhalten würde. Dieses ungetrübte Vertrauen in die staatliche Garantie der Weiterexistenz der Sozietät, die man aus Art. 38(2)EV herauszulesen glaubte, war bei vielen Mitgliedern eine Zeitlang stärker als die Beachtung der sich häufenden Anzeichen aus dem politischen Tageskampf, die ganz andere, der Illusion des Weiterbestehens entgegenlaufende Entwicklungen ankündigten.

Die Meinungsbildung zu diesem Vorgehen in den Gremien sowie in Plenum und Klassen gestaltete sich langwierig und zog sich über mehrere Monate hin. Sie erreichte einen ersten Abschluß im Januar 1991.[11] Die Evaluierung selbst wurde erst Mitte 1992 abgeschlossen.

---

[11] S. „Konzeption zur Neuordnung der Akademie-Mitgliedschaft in Vorbereitung auf die Konstituierung der Leibniz-Akademie der Wissenschaften in Berlin" (beschlossen auf der Beratung des Präsidenten mit den Klassensekretaren und den Mitgliedern der Arbeitsgruppe zur Neugestaltung der Akademie am 10. Januar 1991), abgedruckt in: JB, 443 f. Das Dokument wurde auf dem Plenum der Akademie am 17. Januar 1991 angenommen. Es war Grundlage des Präsidentenbriefes vom 21. Januar 1991 an die Mitglieder, in dem der Präsident die Mitglieder aufforderte, ihn zu ermächtigen, ihre individuelle Anwartschaft auf Mitgliedschaft bei der personellen Neugestaltung der Akademie zu vertreten. Abgedruckt in: JB, 447. Auf die mit der Evaluierung zusammenhängenden Fragen wird im folgenden nicht weiter eingegangen

Parlamente und Wissenschaftsverwaltung

Im Januar 1991 hatte die außerakademische politische Initiative den innerakademischen Antrieb zu Reform und Personalveränderung allerdings längst überholt. Noch bevor die Arbeitsgruppe des Präsidenten zur Reform der Akademie am 18. Oktober 1990 zum erstenmal überhaupt zusammentrat, war das Problem bereits in beiden Berliner Parlamenten aufbereitet und ein Lösungsweg an Art. 38 (2) EV vorbei in Arbeit.

Dieser Weg kann hier nicht im einzelnen dargestellt werden. Entscheidend war, daß die Stadtverordnetenversammlung in einer Sondersitzung am 31. Oktober auf Antrag der Fraktion Bündnis90/Grüne/UFV beschloß[12]: *„Die Landesregierung von Berlin wird beauftragt, die seit dem Jahre 1701 in Berlin bestehende traditionsreiche Gelehrtensozietät (Akademie der Wissenschaften) zu erhalten, gleichwohl den gegenwärtigen personellen Bestand der ordentlichen und korrespondierenden Mitglieder der Akademie der Wissenschaften der DDR aufzulösen und eine personelle Neukonstituierung dieser Körperschaft vorzubereiten."* Einen fast gleichlautenden Beschluß der Fraktion Grüne/AL hatte das Abgeordnetenhaus wenige Tage zuvor verabschiedet.[13]

Danach wurde das Problem an die zuständige Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung zur Ausführung weitergereicht. Auch hier muß auf detaillierte Ausführungen verzichtet werden. Es sei nur vermerkt, daß sich die Senatsverwaltung schon im Sommer 1990 mit der Frage befaßte, was zu tun sei, wenn die Gelehrtensozietät Ländersache werden würde. Dieses dürfe nicht dazu führen, hieß es in einer internen Notiz der Senatsverwaltung vom 20. Juli 1990, daß „wir den gesamten SED-Laden erben; in diesem Falle müßten wir die Erbschaft eher ausschlagen, d.h. auf Auflösung bestehen oder selbst auflösen". Man müsse dabei aber die Fragen der Vermögenswerte beachten, „da offensichtlich die Gelehrtensozietät über beachtliche wissenschaftshistorische Devotionalien und Besitz" verfüge. Man müsse sich die Frage vorlegen, ob bis dahin „eine 'gereinigte' Akademie, die die Nachfolge der Leibnizschen Sozietät antreten kann, vorhanden ist, oder ob wir nicht selbst einen Schlußstrich ziehen müssen, um neu zu gründen". Nach Inkrafttreten des Einungsvertrages sah die Verwaltung in einer Notiz vom 16. Oktober 1990 den möglichen Weg der Fortführung der

---

12 Stadtverordnetenversammlung von Berlin. Drs 1/291 vom 29. 10. 1990. Protokollvermerk: „angenommen in der Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. 10. 1990 (TOP 4 A)

13 Beschluß des Abgeordnetenhauses von Berlin zur Neukonstituierung der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR.= Beschlußprotokoll über die 47. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26. 10. 1990. Abgedruckt in: JB 417

Sozietät („bei radikaler Entfernung der SED-Strukturen") in zwei Varianten: Selbstreinigung der Gelehrtensozietät in eigener Regie (Vorteil: Rechtsnachfolge gegeben, „wir fungieren als 'Staatsnotar'") oder, wenn dies so nicht ginge, „die faktisch existierende Akademie im Wege der Erklärung, als nicht übernahmefähig darstellen" und eine neue Akademie gründen und Neuberufungen durchführen, im Klartext also: gegen Art. 38(2)EV absichtlich zu verstoßen.

Die Beschlüsse der beiden Stadtparlamente von Ende Oktober 1990 enthob die Senatsverwaltung der politischen Eigenverantwortung in dieser Frage und stellte sie vor die Aufgabe, eine seit 290 Jahren bestehende akademische Mitgliedervereinigung weiterzuführen, deren Tradition zu bewahren und damit Art. 38(2)EV zu entsprechen, „gleichwohl" aber ihre Mitglieder aus politischen Gründen aus ihrer akademischen Wahlfunktion zu entfernen, also Art. 38(2)EV zu umgehen.

Die politischen Umstände in der Stadt waren allerdings zu dieser Zeit einer wie auch immer gearteten Lösung des Problems außerordentlich ungünstig. Der Parlamensbeschluß mußte unweigerlich auf das Gerangel um die Auflösung der Akademie der Wissenschaften zu Berlin (West) treffen, das auf politische Auseinandersetzungen seit 1987 zurückging. Die Wissenschaftssenatorin der rot-grünen Koalition, Barbara Riedmüller-Seel (SPD), stand vor dem Problem, die ungeliebte, bundesrechtlich durch Art. 38(2)EV gestützte Ostakademie fortführen zu müssen - wenngleich nach dem Willen der Parlamentarier ohne ihre Mitglieder - und zugleich die auf Landesebene koalitionspolitisch motivierte Auflösung der AdW zu Berlin West zu Ende zu führen. Ihre anfängliche Position, daß es zwei Akademien in Berlin nicht geben könne und sich der Streit um die Westakademie „durch die historischen Ereignisse praktisch erledigt" hätte, jetzt nur noch „über die Nachfolge der DDR-Akademie der Wissenschaften diskutiert"[14] werden könne, war zu einfach und hielt dem sofortigen scharfen politischen Echo nicht stand. Der Landes- und Fraktionsvorsitzenden der damaligen CDU-Opposition, Eberhard Diepgen, der die Westakademie in seiner Regierungszeit protegiert hatte, brachte das Dilemma politisch auf den Punkt: „Eine demokratische Akademie wird zerschlagen, die alte SED-Akademie dagegen wird zum Ausgangspunkt für eine neue Berliner Akademie. Das ist doch schizophren."[15]

Die Wissenschaftsverwaltung entschied sich angesichts dieser und anderer Schwierigkeiten für den zwar vom Parlamentsbeschluß, aber nicht von Art. 38(2)EV gestützten Versuch einer Neugründung. Damit konnte sie - alles in

---

[14] Zit. in einem Bericht der „Berliner Morgenpost" vom 8. November 1990

[15] a. a. O.

allem - die Interessen der politischen Kräfte in der Stadt am besten bedienen. Sie lief allerdings Gefahr, gerichtliches Vorgehen mit nicht zu unterschätzendem Prozeßrisiko wegen der Verletzung von Art. 38(2)EV auf sich zu ziehen. Die Variante „Selbstreinigung in eigener Regie", wie noch Mitte Oktober als Möglichkeit erwogen, hatte die Verwaltung schon kurz vor Diepgens Äußerung aufgegeben.[16] Sichtbare Zeichen der Sozietät, die auf einen Prozeß der inneren Reformierung hätten schließen lassen und die die Verwaltung hätte bewegen können, noch etwas an dieser Überlegung festzuhalten, fehlten zu diesem Zeitpunkt.

Als diese Zeichen mit dem Statutenentwurf von Ende November gegeben wurden, kamen sie zu spät und waren zu schwach, um noch eine Änderung der allgemeinen Haltung herbeizuführen. Die Senatorin hatte bereits in der Öffentlichkeit angekündigt, ein Gründungsgremium „für eine neue Berliner Akademie" einzusetzen.[17] Am 3. Dezember wandte sie sich an einige Persönlichkeiten aus dem Bereich der Wissenschaft, darunter auch an die Präsidenten beider Berliner Akademien, Klinkmann und Albach, mit der Bitte, dem Senat einen Vorschlag zur Errichtung einer Akademie der Wissenschaften in Berlin zu erarbeiten. Die Akademie solle an die Tradition der von Leibniz gegründeten späteren Preußischen Akademie anknüpfen und frei von politischen Vorgaben der Pflege der Wissenschaften dienen.

Die Planungsgruppe

Bemerkenswert ist, daß von einer landesrechtlichen Regelung zur Weiterführung der Gelehrtensozietät gemäß Art. 38(2)EV in diesem Schreiben keine Rede war. Dennoch sah die Sozietät in der Mitarbeit in diesem dann später als Planungsgruppe bezeichneten Gremium eine geeignete Möglichkeit, Einfluß auf die Gestaltung der landesrechtlichen Regelung zu nehmen. Sie hatte im Grunde auch keine vernünftige andere Wahl. Ihr Handlungsspielraum wurde immer enger. Mit der Ablehnung der ruhenden Mitgliedschaft hatte man auf die wohl aussichtsreichste Variante einer eigenen politischen Regelung verzichtet. Für den nicht aussichtslosen, aber voraussehbar sehr langen Weg der gerichtlichen Klage auf Einhaltung von Art. 38(2)EV waren die subjektiven Voraussetzungen denkbar ungünstig. Im Plenum gab es dafür keine ausreichende Bereitschaft. Es war außerdem so

---

16 Das geht ausIn einem internen Arbeitspapier vom 7. November hervor, in dem der Senatorin vorgeschlagen wurde, „unverzüglich die Initiative an uns zu ziehen", um „uns unabhängig von den Bemühungen des Präsidenten Klinkmann zu machen" und „möglichen wissenschaftsfremden basisdemokratisch orientierten Auflagen aus dem außerparlamentarischen Raum zuvorzukommen".

17 Berliner Morgenpost, 30. 11. 1990

gut wie sicher, daß es nicht gelingen würde, genügend finanzielle Mittel zu finden, um Klage und gerichtlichen Entscheid bis zum Ende durchzustehen.

Die politischen und anderen Hürden, die einer von manchem gewünschten trotzigen Reaktion entgegenstanden, waren inzwischen höher gesetzt als zur Zeit der Ausarbeitung des Einigungsvertrages. Die Sozietät mußte davon ausgehen, daß eine Maximalforderung - Fortführung der Mitgliedschaft aller bisherigen Mitglieder ohne Ausnahme in die neu zu gestaltende Gelehrtensozietät -, die ihr bei günstigster Interpretation von Art. 38(2)EV zugestanden hätte, politisch nicht realisierbar war. Zu deutlich war die feste Absicht der führenden politischen Kräfte der Stadt zu spüren, die in toto als Altlast angesehene Mitgliedschaft nicht zu übernehmen und eine neue Akademie zur Not auch völlig ohne Mitwirkung der Gelehrtensozietät in der Planungsgruppe entstehen zu lassen. Ein Rechtsmantel war mit der obskuren Wiederbelebung der Preußischen Akademie für diesen Fall bereits angedacht.[18]

So blieb dem Präsidenten - mit Zustimmung der akademischen Gremien und der Mehrheit des Plenums - nicht viel anderes übrig, als einen Kompromißkurs einzuschlagen und durch seine Tätigkeit in der Planungsgruppe ein verlustarmes Hinübergleiten der Sozietät in ihr neues Dasein anzustreben. Er konzentrierte sich darauf, eine Neugründung als Art. 38(2)EV entgegenstehend abzuwehren und so die Institution Gelehrtensozietät, die mit ihr verbundenen Traditionen und einen möglichst großen Teil der Mitgliedschaft zu erhalten.

Ohne auf diese Interpretation der landesrechtlichen Regelung weiter einzugehen, sei bemerkt, daß infolge der Intervention Klinkmanns der von der Senatsverwaltung stammende Terminus Neugründung schon bald durch den der Neukonstituierung ersetzt wurde. Neukonstituierung wurde von Klinkmann für wenigstens annähernd vereinbar mit Art. 38(2)EV gehalten, er sollte ausschließen, daß eine völlig neue Mitgliedschaft sozusagen „auf der grünen Wiese" gebildet werden konnte. Auf diese Weise glaubte Klinkmann gute Chancen zu haben, für die Gelehrtensozietät die *Anwart-*

---

[18] Dieser Versuch ist mit dem Namen des Hamburger Hochschuljuristen Werner Thieme verbunden, der im Auftrag des Senats ein Rechtsgutachten über die Wiederbelebung der Preußischen Akademie erstellte, das bereits am 19. Dezember 1990 von der Wissenschaftssenatorin mit sehr dezidierten Vorgaben in Auftrag gegeben wurde und von dem der spätere Wissenschaftssenator Erhardt beim Vorgehen gegen die Gelehrtensozietät regen Gebrauch machte. Thieme galt als Vertrauter der Wissenschaftsverwaltung. Von ihm stammt die unvergleichliche Darlegung des beabsichtigten Vorgehens der Senatsverwaltung gegenüber der Sozietät: „Die läßt man jetzt weitermurksen, man will sie aushungern und einschlafen lassen, und dann wird man sehen."(In: Die Zeit, Nr. 36, vom 30. August 1991). Das Thieme-Gutachten gab den Anstoß für Klinkmann, ein eigenes Rechtsgutachten anfertigen zu lassen. Auf diesen Aspekt des Problems wird hier nicht weiter eingegangen

schaft auf Mitgliedschaft der positiv evaluierten Akademiemitglieder in dem neuen Akademiegebilde durchzusetzen. Die Senatsverwaltung ihrerseits setzte sehr wahrscheinlich darauf, daß man den Unterschied von Neugründung und Neukonstituierung juristisch vernachlässigbar klein halten könnte. Sie strebte, wie später sichtbar wurde, weiterhin eine Neugründung mit dem Schein der Erhaltung von Institution und Tradition an.

Nach den Vorstellungen der Senatorin sollten zur Planungsgruppe gehören: Horst Albach, Manfred Bierwisch, Werner Ebeling, Horst Klinkmann, Wolf Lepenies, Renate Mayntz, Christian Meier, Benno Parthier, Günter Spur, Uwe Wesel und Wolfgang Zapf. Ebeling lehnte die Mitarbeit ab, für ihn kam Gottfried Geiler in die Gruppe. Albach nahm aus anderen Gründen an der Arbeit der Gruppe nicht teil, blieb aber ihr Mitglied.

Der überraschende politische Wechsel in Berlin durch die Wahlen am 2. Dezember 1990 verzögerte den Beginn der Arbeit, änderte in der Wissenschaftspolitik aber nicht viel. Die Politik der rot-grünen Koalition ging nahezu nahtlos in die der Großen Koalition von CDU und SPD über. Der neue Wissenschaftssenator Manfred Erhardt (CDU) trat sein Amt am 25. Januar 1991 an und bestätigte Zusammensetzung und Aufgabenstellung des Gremiums. In Presseäußerungen betonte Erhardt später, die Gruppe hätte von ihm keinerlei politische Vorgaben erhalten. Dem Gründungsprozeß dürfe „kein Makel anhaften dadurch, daß der Staat seine Planungsvorstellungen diktiert".[19]

Am 26. Februar 1991 trat die Planungsgruppe zu ihrer ersten Sitzung zusammen und bestimmte den Münchener Althistoriker Christian Meier zu ihrem Vorsitzenden.

Von der Arbeit der Planungsgruppe soll hier nur jener Teil behandelt werden, der sich mit den Fragen der Mitgliedschaft befaßte. In dem vorzulegenden Entwurf für eine neu zu konstituierende Akademie wurde von der Planungsgruppe auch eine Empfehlung erwartet, auf welche Weise die Akademie zu ihren Mitgliedern gelangen sollte. Die Debatte darüber ergab beträchtlich differierende Vorstellungen und zog sich durch alle Sitzungen der Gruppe. Für die von Klinkmann vorgetragene Rechtsposition der Sozietät fand sich in der Planungsgruppe erwartungsgemäß keine Mehrheit, doch auch Vorstellungen, die Mitglieder der Westakademie zu „setzen", verfielen der Ablehnung. Es setzte sich die Auffassung durch, die die Existenz beider Akademien als nicht mehr gegeben ansah und deshalb einen vollständigen personellen Neubeginn befürwortete. Klinkmann hatte nur erreicht, daß der

[19] Tagesspiegel vom 1. März 1991

Gedanke der Anwartschaft auf Mitgliedschaft der Evaluierten nicht ausdrücklich verworfen wurde.

Das Wahlgremium

Die Planungsgruppe hielt sich korrekterweise für nicht befugt, selbst Empfehlungen zu zukünftigen Mitgliedern abzugeben. Sie schlug vor, einen Personalausschuß zu bilden, der die Bestellung neuer Mitglieder vornehmen sollte. Schon im ersten Entwurf ihrer Empfehlungen vom April 1991 sprach sich die Planungsgruppe dafür aus, daß das Wahlgremium zunächst 50 Mitglieder, für jede der vorgesehenen fünf Klasse zehn, bestellen sollte und diese dann die weiteren Mitglieder zu wählen hatten.[20] Damit verlagerte sich die Frage, wer in die neue Akademie hineinkommen würde, auf die Frage, wer in dieses Wahlgremium zu berufen sei, und von dort aus auf die Frage, wer über diese Berufung in das Wahlgremium befinden durfte.

Der Fahrplan zur weiteren Arbeit der Planungsgruppe sah vor, daß der Entwurf den Vorsitzenden/Präsidenten der großen Wissenschaftsorganisationen, den Präsidenten der anderen Akademien und dem Vorsitzenden der Konferenz der Akademien der Wissenschaften mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt werden sollte. Danach würde die Planungsgruppe die Anmerkungen der angesprochenen Insitutitionen bewerten und gegebenenfalls in den Entwurf einarbeiten. Die endgültige Fassung war dann dem Senator zu übergeben. Da die neuzukonstituierende Akademie durch Gesetz des Abgeordnetenhauses zu begründen war, mußten die Empfehlungen anschließend in Gesetzestext umgewandelt werden. Dieser Gesetzesentwurf wiederum würde der Planungsgruppe nochmals vorgelegt werden, um zu prüfen, ob die Juristen des Senats auch Buchstaben und Sinn der Empfehlungen richtig gefaßt hatten. Der Senator seinerseits hatte dann vorgesehen, den Gesetzesentwurf vor der Behandlung im Parlament einer Meinungsbildung in den Fraktionen des Abgeordnetenhauses zu unterwerfen, um schon vor der Abstimmung einer möglichst breiten parlamentarischen Zustimmung der Parteien sicher zu sein. Ein ähnliches Procedere war auch für die parlamentarische Behandlung in Brandenburg vorgesehen.

Die Meinungsbildung der angesprochenen Institutionen zog sich über den Sommer 1991 hin. Bei weitem nicht alle Institutionen äußerten sich direkt zum Wahlgremium. Die großen Wissenschaftsorganisationen hielten sich zu dieser Frage noch zurück, nur die Präsidenten der Akademien gingen detaillierter darauf ein.

---

[20] Empfehlungen zur Gründung einer Akademie der Wissenschaften zu Berlin. In der Fassung vom 10. April 1991

Mitte September erhielt der Senator die abschließenden Empfehlungen der Planungsgruppe. Der Passus zum Wahlgremium wich von der ersten Empfehlung von April kaum ab. Zustandekommen und Zusammensetzung des Wahlgremiums, blieben nach wie vor offen, obwohl intern ein Lösungsvorschlag bereits existierte. Es war wohl allen Beteiligten klar, daß damit jener neuralgische Punkt ausgespart blieb, der die Bestimmung zu treffen hatte, wem die Entscheidung für den Zugriff auf die Bestellung der Mitgliedschaft zufallen würde. Die oben angedeutete Interessenslage der Senatsverwaltung und, wie sich dann auch deutlich zeigte, die der großen bundesdeutschen Wissenschaftsorganisationen gebot, der Gelehrtensozietät keinen wie auch immer beschaffenen Einfluß auf die Nominierung von Altmitgliedern der Sozietät zu gewähren. Der direkte Bruch mit Art. 38(2)EV war nur eine Frage der Zeit und gewisser noch nicht ausgeräumter Unsicherheiten, ob man wirklich ohne Schaden rigoros vorgehen könnte.

Die Meinung von Christian Meier, Vorsitzender der Planungsgruppe, kann wohl als repräsentativ auch für die Ansicht vieler etablierter altbundesdeutscher Wissenschaftler gelten, wenngleich er diese nur gegenüber der Wissenschaftsverwaltung und nicht in den Debatten der Gruppe äußerte. Bereits am 17. Juli 1991 meldete Meier in einem Brief an die Senatsverwaltung Zweifel an, ob „die Auflösung der bisherigen Gelehrtensozietät samt der 'Entlassung' all ihrer Mitglieder notfalls vor Gericht" durchzuhalten wäre. Wenn das nicht gelinge, müsse „gewährleistet sein, daß die alten Kader die neugewählten Akademiemitglieder nicht majorisieren können". Am 22. August formulierte er diese Bedenken noch prägnanter, sie seien wegen ihrer deutlichen Sprache etwas ausführlicher zitiert: „Allein was machen wir, wenn die Herren vor Gericht gehen? Im Einigungsvertrag ist impliziert, *daß* die Gelehrtengesellschaft fortgeführt werden soll, nur das *Wie* ihrer Fortführung offen ist.... Ich kann mir nicht vorstellen, wie wir ganz aus dieser Lage herauskommen. Kann man sich qua 'föderative' Rechte aus einem Vertrag lösen, dem das Land Berlin doch wohl im Bundesrat zugestimmt hat? Wenn aber nicht, kann man dann eine societas ohne die socii 'fortführen' ? ...Ich kann mir nicht denken, daß die Herren eine Auflösung (Auflösung mindestens als staatliche und staatlich finanzierte Einrichtung, gegebenenfalls aber auch Untersagung der Namensführung 'Akademie der Wissenschaften') respektive 'Abwicklung' so einfach hinzunehmen bereit sind. Wenn aber nicht, dann kann das Land Berlin, so fürchte ich, eine neue Niederlage vor Gericht erleiden. ...Jedenfalls, und das ist mein Punkt, muß man sich darauf vorbereiten. Vorbereiten, um es genau zu sagen, daß uns ein Gericht den Tatbestand einer, aufs ganze gesehen, unausrottbaren societas beschert." Und sollte man dennoch die Mitglieder übernehmen müssen, dürfe dies dann aber nicht für alle gelten. „Man wird IM's und Oibe's rausschießen können, hier und dort - ich bin mir nicht sicher, ob in wirklich sehr

vielen Fällen - wird jemand aufgrund eines Mangels an wissenschaftlicher Qualifikation seinen Stuhl räumen müssen. ... Aber was tun mit dem Rest? Eventuell kann man... eine bestimmte Altergrenze festsetzen. Dann wäre man noch einige weitere los." Meier fürchtete, der verbleibenden Rest müsse in die neue Akademie übernommen werden: „Diese wären dann kaum vom aktiven Wahlrecht auszuschließen, jedenfalls nicht an der Stelle, an der dieses von den ersten Akademiemitgliedern zur weiteren Ergänzung auf 200 ausgeübt wird."

Der Herbst 1991 brachte eine Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen der Gelehrtensozietät und der Senatsverwaltung, da Klinkmann zu weitergehenden Kompromissen nicht bereit war und auf die Anwartschaft auf Mitgliedschaft nicht verzichten wollte. So lebte auch der Wissenschaftssenator weiterhin in der Sorge, daß die Gelehrtensozietät einen für ihn nicht akzeptablen Einfluß auf die Neugestaltung der Mitgliedschaft nehmen könnte, und er hielt offenbar auch den von ihm bevorzugten Rechtmantel für nicht so überzeugend, um die Gefahren, die von der EV-gestützten Rechtsposition der Sozietät ausgingen, endgültig ausgeräumt zu haben. Dafür sprachen u.a. verstärkte Bemühungen, seinen Rechtsstandpunkt mitzuteilen und zu erläutern, daß die Gelehrtensozietät durch den Einigungsvertrag aufgelöst sei und nur noch als Personenverband auf privatrechtlicher Grundlage fortbestehe,[21] und sich insgeheim zu vergewissern, ob die Gelehrtensozietät nicht doch zu rechtlichen Schritten entschlossen war.

Anfang Dezember 1991 legte die Senatsverwaltung der Planungsgruppe den Entwurf eines Staatsvertrages über die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften vor, in dem - in einem Nebensatz - die Gelehrtengesellschaft als nicht fortgeführt, also als aufgelöst festgeschrieben werden sollte. Das sollte, wie aus der dem Text beigefügten Begründung hervorging, die landesrechtliche Regelung von Art.38 EV darstellen. Die Planungsgruppe beschäftigte sich am 25. Januar 1992 mit diesem Text und griff an einigen Stellen korrigierend ein, sie lehnte auf Einspruch von Klinkmann auch den

---

[21] U. a. in einem Schreiben des Senators vom 1. November 1991 an Klinkmann: „...Unstrittig dürfte auch sein, daß der Mitgliederbestand, den die Akademie vor Inkrafttreten des Einigungsvertrages gehabt hat, als solche von keiner Einrichtung fortgeführt werden sollte. Schließlich kann nicht bezweifelt werden, daß die Akademie der Wissenschaften durch den Einigungsvertrag als Körperschaft des öffentlichen Rechts aufgelöst wurde, ihr Eigentum auf das Land Berlin übergegangen ist und die Gelehrtengesellschaft ausschließlich als Personenverband fortbesteht."; weiterhin in einem Schreiben vom 14. November 1991: „ ... meiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß das Land - auch wenn der Art. 38 Abs. 2 des Einigungsvertrages nur von 'wie' spricht - in seiner Entscheidungsfreiheit nicht eingeschränkt ist, ob es die Gelehrtengesellschaft fortführen will."
Am 22. Januar 1992 erklärte Erhardt auf einer Pressekonferenz, die Gelehrtensozietät sei mit dem 31. Dezember 1991 beendet, sie habe davor bestenfalls als eine private Vereinigung existiert, sie sei nach diesem Termin rechtlich nicht mehr existent

erwähnten Nebensatz ab, der seinen endgültigen Platz schließlich in der nicht zum Gesetzestext gehörenden offiziellen Berliner Textinterpretation des Staatsvertrages fand.[22] Im Hinblick auf das Wahlgremium stimmte die Planungsgruppe der im Entwurf enthaltenen Formulierung zu, die dann - mit einer wesentlichen Änderung - zum Text des Staatsvertrages wurde.

Der vorgeschriebene parlamentarischen Weg, den der Entwurf dann ging, soll hier nicht weiter verfolgt werden. Zu ihm gehörten die Wissenschaftsausschußsitzungen der Parlamente beider Länder, einer Anhörung im Berliner Ausschuß, Änderungsanträge und erneute Stellungnahme der Planungsgruppe zu Einzelfragen und schließlich Unterzeichnung durch die Landesoberhäupter Diepgen und Stolpe am 21. Mai und Verabschiedung in der Stadtverordnetenversammlung von Berlin und im Landtag in Brandenburg. Am 1. August 1992 trat der Vertrag in Kraft.

Der für unseren Zusammenhang wichtige Artikel 17(1) zu den Übergangsbestimmungen des Staatsvertrages lautet: „Die ersten 50 Mitglieder, zehn für jede Klasse, werden von einem Wahlgremium gewählt und von dem für Wissenschaft und Forschung in Berlin zuständigen Mitglied des Senats von Berlin im Einvernehmen mit dem für Wissenschaft und Forschung zuständigen Mitglied der Regierung des Landes Brandenburg berufen. Das Wahlgremium besteht aus Wissenschaftlern, die von der vom Senator für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin eingesetzten Planungsgruppe für eine Akademie der Wissenschaften im Einvernehmen mit den Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina sowie den Vorsitzenden des Wissenschaftsrates und der Konferenz der deutschen Akademien der Wissenschaften benannt werden."[23]

Die Heilige Allianz

In Ergänzung der bisherigen Vorschläge der Planungsgruppe zum Wahlgremium war die Festlegung nach Herstellung des Einvernehmens mit den großen Wissenschaftsorganisationen hinzugekommen, nachdem Erhardt

---

22 Die Frage, ob die Gelehrtensozietät mit Inkrafttreten des Staatsvertrages als nicht mehr existent oder als aufgelöst zu gelten habe, ist nicht Gegenstand dieser Ausführungen. Es sei aber bemerkt, daß durch Klinkmanns Einwand immerhin erreicht wurde, daß der Gesetzestext keine Auflösungsbestimmung enthält, er für die Auffassung von einer durch den Staatsvertrag aufgelösten Gelehrtensozietät also nicht herangezogen werden kann. Brandenburg schloß sich der Berliner Gesetzesbegründung ohnehin nicht an., sondern formulierte eine eigene, die den in Rede stehenden Satz nicht enthielt.

23 Gesetz zum Staatsvertrag über die Neukonstituierung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften vom 8. Juli 1992. GVBl für Berlin, 48. Jahrgang Nr. 33 vom 21. Juli 1992, Seite 228

offenbar den Entwurf einer Namensliste mit der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus abgestimmt hatte. Diese Festlegung erwies sich dann als das entscheidende Mittel für den letzten Abschnitt auf dem Weg zum Ende der Gelehrtensozietät

Die in Art. 17 enthaltenen Gesetzesaufträge sollen nochmals in aller Deutlichkeit genannt werden: Die Planungsgruppe *benennt die Mitglieder des Wahlgremiums*, die großen Wissenschaftsorganisationen haben *Einvernehmen* zu den Vorschlägen für das Wahlgremium zu erklären. Das Wahlgremium wählt die ersten Mitglieder, Senator (Berlin) und Wissenschaftsminister (Brandenburg) berufen die Gewählten.

Eine Liste der von der Planungsgruppe benannten zehn Mitglieder für das Wahlgremium lag schon früh, seit Februar 1991, vor, obwohl es zwischenzeitlich Diskussionen gegeben hatte, ob das Wahlgremium nicht aus offiziellen Vertretern der Wissenschaftsorganisationen zusammengesetzt werden sollte. Der Vorschlag verfiel der Ablehnung, nicht zuletzt deshalb, weil Klinkmann darauf hinwies, daß es kaum noch Wissenschaftsorganisationen des Ostens gab, die die Interessen der abgewickelten DDR-Wissenschaft hätte vertreten können. Über die Namensvorschläge wurde Stillschweigen vereinbart. Der Senator, dem die Liste übergeben wurde, versprach, davon Gebrauch zu machen und die Liste zu akzeptieren, wenn das Gesetz ein solches Gremium vorschreibe.

Nach Klinkmanns Auffassung schien das von der Planungsgruppe nominierte Gremium seiner Zusammensetzung nach ausgewogen genug besetzt zu sein, um eine relativ vorurteilsfreie Haltung gegenüber den Interessen der Gelehrtensozietät beziehen zu können. Vier der nominierten Wissenschaftler waren honorige, national wie international anerkannte Mitglieder der Gelehrtensozietät. Außerdem waren Namen von Wissenschaftlern enthalten, von denen man eine Art. 38(2)EV respektierende Haltung und eine liberale Einstellung zur Gelehrtensozietät erwarten durfte. Das gab Klinkmanns Hoffnung Nahrung, seinen Auftrag zu erfüllen, dem Wahlgremium die Anwartschaft auf Mitgliedschaft zur Berücksichtigung bei der Wahl der ersten 50 Mitglieder zu übermitteln. So übergab er zu gegebener Zeit dem Vorsitzenden der Planungsgruppe die Liste der evaluierten Akademiemitglieder mit der Bitte, diese dem Wahlgremium zur Behandlung zu empfehlen. Meier hat dies mit dem ihm eigenen Charme getan, was er auf fatale Weise später selbst geschildert hat.[24] Behandelt wurde die Liste, soweit bekannt, im Wahlgremium nicht.

---

[24] „... Entsprechend hat Herr Klinkmann, der letzte Präsident der Akademie der Wissenschaften, mich gebeten, Ihnen - *vertraulich* die Liste derjenigen Mitgliedere zuzuleiten, die ein, nicht näher spezifiziertes, mir nicht deutlich gewordenes, Evaluierungsverfahren bestanden haben.

Diese Besetzung des Wahlgremiums fand bei der Allianz der großen bundesdeutschen Wissenschaftsorganisationen wegen ihrer grundsätzlich anderen Interessenslage keine Zustimmung. Im Juli 1992 bestellte die Allianz den Vorsitzenden der Planungsgruppe zu sich. Statt lediglich Einvernehmen oder Nichteinvernehmen zu äußern, wie das Gesetz es vorschrieb, entwarf die Allianz, davon völlig unberührt, eine neue und auf 15 Personen erweiterte Liste nach ihren Interessen.[25] Dem Vorgehen der Allianz und ihrer Liste gab Meier ohne Zögern seine Zustimmung. Die von Klinkmann eingebrachten Vorschläge waren in der neuen Liste nicht mehr enthalten. Auch jene von der Planungsgruppe vorgeschlagenen Personen, die als der Gelehrtensozietät einigermaßen loyal gegenüberstehend gelten konnten, tauchten nicht mehr auf. Einzige Mitglieder der Gelehrtensozietät im Wahlgremium waren Manfred Naumann und Werner Köhler. Beide waren vorher im reformerischen und Evaluierungsprozeß der Sozietät kaum in Erscheinung getreten, hatten keinem der akademischen Gremien nach 1989 angehört und waren mit den Intentionen der Sozietät und Klinkmanns nicht vertraut, Köhler war wohl ohnehin wegen seiner Mitgliedschaft in der Leopoldina und nicht der in der Gelehrtensozietät auf die Liste gelangt.

Die Planungsgruppe war damit auf geradezu klassische Weise durch ihren Vorsitzenden ausgehebelt. Einwände gegen diese grundsätzlichen Änderung von Verfahren und Namensliste konnte sie nicht erheben. Sie wurde von Meier weder von der Änderung in Kenntnis gesetzt noch konsultiert oder gar erneut einberufen. Auch einen Abschlußbericht hat die Gruppe nicht verfaßt und nicht bestätigt, obwohl Meier anläßlich der Konstituierung des Wahlgremiums am 10. Oktober 1992 einen solchen Bericht vortrug.

Ich lege diese Liste hierhin. Wobei mir eine Szene aus einem früher weitverbreiteten Bilderbogen vor Augen steht: Der Alte Fritz für Jung und Alt. Dort steht ein preußischer Offizier vor Bürgermeister und Ratsherren der schlesischen Stadt Grüneberg und verlangt die Schlüssel zu den Stadttoren: Der Bürgermeister erwidert darauf: 'Hier auf dem Ratstische liegendie Schlüssel; aber ich werde sie Ihnen unter keinen Umständen geben . Wollen Sie sie sich selbst nehmen, so kann ich es freilich nicht verhindern'. Will sagen: Ich erfülle eine Zusage an Herrn Klinkmann, indem ich diese Liste hier postiere. Zu Ihrer Kenntnis. Aber ich verbinde damit keinerlei Empfehlung."Aus: Christian Meier, Bericht der Planungsgruppe für eine neue Akademie der Wissenschaften an das Wahlgremium anläßlich dessen Konstituierung. In : Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. Jahrbuch 1922/93, Berlin 1994, S. 346 f.

25 Das Wahlgremium setzte sich wie folgt zusammen: Knut Borchardt (München, später ersetzt durch Erhardt Kantzenbach), Horst Fuhrmann (München), Horst-Franz Kern (Marburg), Dieter Kind (Braunschweig), Werner Köhler (Jena), Beate Kohler-Koch (Mannheim), Eckhard Macherauch (Karlsruhe), Gerhard Maes (Rostock), Renate Mayntz (Köln, zugleich Mitglied der Planungsgruppe), Joachim Milberg (München), Manfred Naumann (Berlin), Gernot Neugebauer (Jena), Rudolf Smend (Göttingen, übernahm den Vorsitz), Heinz A. Staab (Heidelberg), Rüdiger Wehner (Zürich)

Zwar protestierte Klinkmann bei Meier, doch blieb dies ebenso wie Vorwürfe von Uwe Wesel, Mitglied der Gruppe, erfolglos.[26]

Der Wissenschaftssenator, der sich auf das ihm von Meier übermittelte Einvernehmen der Planungsgruppe berief, beeilte sich, diese Zusammensetzung des Wahlgremiums zu bestätigen, obwohl sie seiner Bestätigung nicht bedurfte. Änderungen gegenüber der ursprünglichen Liste hätte es nur wegen individueller Ablehnungen aus persönlichen Gründen gegeben, sagte er später in einem Interview. Der Brandenburgische Wissenschaftsminister, Hinrich Enderlein, hielt sich aus der Sache heraus und ließ durch seinen Staatssekretär auf eine Journalistenanfrage hin erklären, er würde sich nicht in die Zusammensetzung des Wahlgremiums einmischen, weil das bereits auf einen Geburtsfehler für die künftige Akademie hinauslaufen könnte.[27]

Damit waren die Kräfte so postiert, daß die Gefahr einer Mitgliedschaft der Sozietät endgültig aus dem Weg geräumt waren.

An der Rechtsstaatlichkeit des geschilderten Vorgehens darf gezweifelt werden. Läßt man außer acht, daß schon der Staatsvertrag auf Kollisionskurs zu Art. 38(2)EV stand, so wäre eine strikte Befolgung von Art. 17(1)StV wenigsten dem Regelgehalt des Einigungsvertrages nahegekommen. Doch ganz offensichtlich reichte die Negierung von Art. 38(2)EV nicht aus, um die in Art. 17(1) noch enthaltene - wenn auch minimale - Chance der Anwartschaft auf Mitgliedschaft der Sozietät zu eliminieren und eigene Interessen ungestört durchzusetzen. So kam es, daß sich die Handelnden über das Gesetz über den Staatsvertrag, Artikel 17, dreimal rigoros hinwegsetzten:

1. Die Heilige Allianz weitete ihr Einvernehmens-Recht zur Neunominierung. Sie griff damit in Landesrecht ein und verletzte die Bestimmung von Art 17 (1) des Staatsvertrages.

---

26 Am 1. August 1992 notierte Klinkmann in er längeren Notiz über die Ergebnisse seiner Präsidentschaft, die er dem Akademiearchiv übergab, u.a.: „Hervorheben muß ich die mir bekanntgewordenen Querelen um die Zusammensetzung der Berufungsgruppe für die Neukonstituierung der Mitgliedschaft der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Entgegen dem Vorschlag der Planungsgruppe wurde dieses Berufungsgremium im Ergebnis einer Beratung mit den Vertretern der 'Heiligen Allianz' personell neu zusammengesetzt, ohne daß die Mitglieder der Planungsgruppe darauf Einfluß nehmen konnten. Meine diesbezügliche Intervention bei dem Vorsitzenden der Planungsgruppe blieb ohne greifbares Ergebnis." Klinkmann, Wesel und Zapf gehörten später nicht zu den sieben Mitgliedern der Planungsgruppe, die Mitglieder der BBAW wurden.

27 In: Tagesspiegel vom 1. August 1992.

2. Der Vorsitzende der Planungsgruppe stimmte Vorschlägen zu, die die Planungsgruppe nicht gemacht hatte und wozu er durch die Planungsgruppe nicht bevollmächtigt wurde.
3. Der Senator schließlich berief Personen in das Wahlgremium, die von der Planungsgruppe nicht benannt wurden, und er tolerierte den Eingriff der Allianz in landesrechtliche Belange.

Die unausrottbare societas

Diese staatsstreichähnliche Aushebelung geltenden Rechts wurde von einer der Sache müde gewordenen Öffentlichkeit kaum bemerkt. Das Problem ging wenig später endgültig unter im Jubel über die Geburt der von Berlin und Brandenburg getragenen neuen Akademie, die vom Makel einer Herkunft aus der ungeliebten DDR-Akademie vollkommen gereinigt war. Mit der Installierung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften galt die Gelehrtensozietät der offiziellen Politik und der etablierten Wissenschaft als nicht mehr existent. Die Abschiebung der Mitglieder der Gelehrtensozietät geschah in aller Stille durch den Postboten.

Keine der politischen Parteien und anderen gesellschaftlichen Interessengruppen nahm daran Anstoß, daß ein juristisch erforderlicher Rechtsakt zur Auflösung fehlte. Die wissenschaftspolitische Diplomatie hatte erreicht, das Subjekt der von Art. 38(2)EV vorgeschriebene "landesrechtliche Regelung", die Gelehrtensozietät der AdW der DDR, aus der Sache vollständig herauszulassen. Das Problem war machtpolitisch erfolgreich gelöst, tagespolitisch nach vorn entwickelt, rechtlich zwar anfechtbar, aber ohne Kläger. Und alles war durch die herrschende öffentliche politische Meinung gedeckt.

Was die Mitglieder der Sozietät in dieser Zeit bewegte und ihre Handlungen bestimmte, bedarf ganz sicher der weiteren Erörterung. Doch das war ebensowenig Gegenstand meiner Ausführungen wie die vielen anderen Fragen, die für diese letzte Etappe der Entwicklung der Gelehrtensozietät noch offen sind und an denen weiter gearbeitet wird.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch eine Bemerkung machen. Christian Meier hatte mit seiner Befürchtung von der *unausrottbaren societas* nicht so unrecht. Die Wiederauferstehung der *socii* ließ nicht lange auf sich warten. Nur wenige Monate nach dem Ende ihres offiziellen Daseins bildete eine Gruppe von Mitglieder der Gelehrtensozietät die Leibniz-Sozietät e.V. In der personellen Kontinuität der Leibnizschen Gründung stehend, versucht sie seitdem mit wachsender Resonanz, wenngleich unter nicht leichten materiellen Voraussetzungen und oft schwierigen äußeren Umständen, den

Akademiegedanken von Leibniz, dem sie sich verpflichtet fühlt, in ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit auf neue Weise umzusetzen.